Mittwoch, 13. April 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen
Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 55 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 85 - 15.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Genf: Schon am 19. April neue Gespräche?

rtr/dpa, Brüssel

Die amerikanisch-sowjetischen Gespräche über den Abbau atomarer Mittelstreckenwaffen in Europa (INF) in Genf werden nach Angaben belgischer Regierungsbeamter möglicherweise schon am 19. April wiederaufgenommen. Ursprünglich war der 17. Mai als Termin vorgesehen. Die Beamten, die den belgischen Außenminister Leo Tindemans nach Moskau begleitet hatten, erklärten gestern nach ihrer Rückkehr, der Vorschlag zur vorzeitigen Wiederaufnahme der Beratungen sei trotz der sowjetischen Ablehnung der jüngsten Vorschläge des US-Präsidenten Ronald Reagan von der Regierung in Washington ausgegangen. Sowjetische Beamte hätten angedeutet, daß die UdSSR der Anregung wahrscheinlich zustimmen werde. Tindemans hatte in Moskau insgesamt acht Stunden mit seinem sowjetischen Amtskollegen Gromyko konferiert. Gromyko lehne „im Augenblick" noch den Vorschlag für eine Zwischenlösung in Genf ab, doch seien die „Brücken nicht abgebrochen," sagte Tindemans.

WIRTSCHAFT

Dritte Welt mit 800 Mrd. Dollar verschuldet

dpa, Bonn

Die Gesamtverschuldung der Entwicklungsländer hat sich auf zwischen 600 und 800 Milliarnden Dollar erhöht. Wie der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in einem gestern veröffentlichten Gutachten feststellte, konzentrieren sich die Defizite besonders auf einige Länder Lateinamerikas. Der Beirat bestätigte nach Angaben des Ministeriums die Auffassung, daß sich das Krisenmanagement des internationalen Finanzsystems, als fähig erwiesen habe, eine weltweite Finanzkrise zu verhindern. Die sich abzeichnende konjunkturelle Erholung der Weltwirtschaft, sinkende Zinssätze und rückläufige Ölpreise hätten günstige Voraussetzungen für eine Konsolidierung geschaffen. Es komme jetzt sehr darauf an, daß alle Beteiligten – Banken, internationale Finanz-Institutionen, Gläubiger- und Schuldner-Länder – durch gleichgerichtete Bemühungen dazu beitrügen, die Verschuldungslage der Entwicklungsländer zu erleichtern.

EXPORT '83 – HANNOVER-MESSE

Die Hannover-Messe '83 wird Signale für zukunftweisende Technologien setzen. 6180 Unternehmen aus 44 Ländern bestätigen den Anspruch der Messe als „Pulsfühler des Fortschritts". Ein 40seitiger farbiger WELT-REPORT beschreibt die wichtigsten Stationen eines Rundgangs.

ZITAT DES TAGES



„Die Gewerkschaften können ihren Beitrag zur Lösung des Arbeitslosenproblems nicht darauf beschränken, aus Arbeitnehmern Freizeitnehmer machen zu wollen."

Wolfgang Seelig, Präsident des Zentralverbandes der Elektrotechnischen Industrie, in einer Rede zur Eröffnung der Hannover-Messe FOTO: DIE WELT

Moskau warnt

rtr, Moskau

Als Verletzung der grundlegendsten Normen des internationalen Rechts und als „absurd" hat Moskau gestern die Pläne von US-Präsident Reagan bezeichnet, den Export westlicher Spitzentechnologie in die Sowjetunion weiter einzuschränken. Die Parteizeitung „Prawda" schrieb, Reagans Pläne seien darauf gerichtet, die Sowjetunion unter wirtschaftlichen Druck zu setzen. Aber schon frühere Sanktionen hätten gezeigt, daß es die westlichen Länder und nicht die UdSSR gewesen seien, die wirtschaftlichen Schaden erlitten hätten.

Angebot der CDU

AP, Wiesbaden

Die hessische CDU will dazu beitragen, die Investitionsblockade zu überwinden, die durch das Scheitern des Haushaltsplans im Wiesbadener Parlament auf kommunaler Ebene entstehen könnte. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Landtagsfraktion, Kanther, schlug gestern vor, die SPD-Landesregierung solle mit Zustimmung des Haushaltsausschusses den kommunalen Trägern für bestimmte ausführungsreife Projekte „Null-Bescheide" erteilen, um die Bauvorhaben freizugeben.

WETTER

Einzelne Schauer

DW. Essen

In ganz Deutschland wechselnd bewölkt und vor allem im Norden noch einzelne Schauer. Tagestemperaturen zwischen 6 und 10 Grad.

Die Reserven der Opec

dpa, Wien

Die Erdölreserven der Opec-Länder reichen nach einer gestern in Wien veröffentlichten Analyse der Opec mehr als 30 Jahre über das Jahr 2000 hinaus. Dieser Berechnung liegt eine durchschnittliche Tagesproduktion aller 13 Opec-Länder von 22,5 Millionen Barrel zugrunde, wie sie 1981 erreicht wurde. Unterdessen ist die Tagesförderung aber auf rund 15 Millionen Barrel zurückgegangen, so daß die bekannten Reserven noch länger ausreichen könnten. Nach der Opec-Analyse verfügten die 13 Mitgliedsländer Ende 1981 über Erdölreserven von 436 Milliarden Barrel. Die Reserven der gesamten Welt wurden auf 671 Milliarden Barrel geschätzt.

3,2 Prozent für Drucker

dpa/VWD, Frankfurt

Die 175 000 Arbeitnehmer der Druckindustrie erhalten wie die Beschäftigten im Metallgewerbe 3,2 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Darauf einigten sich der Bundesverband Druck und die IG Druck und Papier in Frankfurt. Der neue Tarifvertrag, rückwirkend zum 1. April und mit einer Laufzeit von zwölf Monaten, sieht auch eine 3,2prozentige Erhöhung der Ausbildungsvergütung vor.

Arbeitslosen-Kosten

AP, Nürnberg

Ein Arbeitsloser kostet „gesamtfiskalisch" betrachtet rund 24 000 Mark pro Jahr, stellte das Insitut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit fest. Die durchschnittlich 2,3 Millionen Arbeitslosen, mit denen bei einem wirtschaftlichen „Nullwachstum" für 1983 gerechnet wird, würden die Volkswirtschaft so mit rund 55 Milliarden Mark belasten.

Börse verstimmt

DW. Frankfurt

Am Aktienmarkt verstimmten Meldungen über deutliche Dividendensenkungen bei der Großchemie. WELT-Aktienindex 133,2 (134,6). Am Rentenmarkt waren öffentliche Anleihen gut behauptet. Dollar-Mittelkurs 2,4217 (2,4203) Mark. Goldpreis je Feinunze 432,75 (426,75) Dollar.

KULTUR

„Gandhi": Acht Oscars

N. N. Los Angeles

Mit acht Auszeichnungen ging Richard Attenboroughs Film „Gandhi" als eindeutiger Sieger aus dem Rennen um die diesjährigen Oscars hervor. Die Filmakademie in Los Angeles bewertete dieses Jahr Engagement für Freiheit und Menschenrechte stärker als den wirtschaftlichen Erfolg eines Films.

Seite 31

Heute in der WELT

Lambsdorff: Das Konjunktur-Bild hellt sich auf. Kritik an Paris

Hannover-Messe eröffnet / Bald völlig neue Einkommensteuer-Tarife?

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) rechnet fest damit, daß die gegenwärtigen Signale für eine konjunkturelle Verbesserung noch im Laufe dieses Jahres zu einer spürbaren Belebung der Wirtschaft führen werden. Das internationale Konjunkturbild helle sich vor allem in den Vereinigten Staaten, in Großbritannien und in der Bundesrepublik Deutschland auf, sagte Lambsdorff bei der Eröffnung der größten Industrieausstellung der Welt, der Hannover-Messe, gestern abend in der niedersächsischen Landeshauptstadt. Der Minister verband seine optimistische Vorausschau mit heftiger Kritik am wirtschaftspolitischen Kurs in Frankreich.

Die expansive Geld- und Haushaltspolitik in Paris habe zwar zunächst „die schlimmsten Probleme verdeckt"; nunmehr aber träten sie um so schärfer zutage, bedauerte Lambsdorff vor Repräsentanten der ausstellenden Unternehmen aus 47 Ländern. Vor diesem Hintergrund finde es die Bundesregierung „wenig ersprießlich, daß Ministerpräsident Mauroy die Schuld für die französischen Probleme der Bundesrepublik in die Schuhe zu schieben versucht". Es sei kein guter Umgangsstil unter befreundeten Nachbarn, wenn aus Paris zu hören sei, die „Rechte" in Deutschland nehme die Arbeitslosigkeit nicht ernst.

Staatliche Defizite und Inflation, so Lambsdorff, beseitigten Arbeitslosigkeit nicht, sie schüfen sie vielmehr. Das jetzt eingeleitete Programm der französischen Regierung ziele zwar in die richtige Richtung. Er, Lambsdorff, könne aber nicht alles, was dort beschlossen wurde, gutheißen. Dies gelte besonders für die Devisenzwangsmaßnahme.

SEITE 21:
Lambsdorff: Nicht nur die Stimmung hat sich gebessert

Zu den wichtigsten Aufgaben der Bundesregierung gehört es nach den Worten des Ministers, den marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen wieder zu einer zuverlässigen Grundlage der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zu machen. Hierzu gehöre ein überzeugendes Konzept für die mittelfristige Konsolidierung und Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte, eine frühzeitige Offenlegung der steuerpolitischen Eckwerte und die möglichst weitgehende Privatisierung öffentlicher Leistungen.

Diese Politik werde bei der Aufstellung des Haushalts 1984 und der mittelfristigen Finanzplanung konkretisiert. Für die öffentliche Haushalte der nächsten Jahre strebe die Bundesregierung an, den Zuwachs deutlich unter dem Nominalzuwachs des Bruttosozialprodukts zu halten. Die Nettokreditaufnahme des Bundes soll 1984 unter 40 Mrd. DM liegen; das beinhalte Kürzungen von mindestens 6,5 Mrd. DM. Lambsdorff kündigte eine „durchgreifende Neugestaltung des Lohn- und Einkommensteuertarifs" an. Zeitpunkt und Umfang würden sich nach den Konsolidierungsfortschritten und der weiteren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung richten.

Den Tarifvertragsparteien attestierte der Minister gesamtwirtschaftliche Verantwortung. Die bisherigen Ergebnisse seien „auf dem gesamtwirtschaftlichen Teppich geblieben". Die Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften und der Regierung sei über den Regierungswechsel hinweg gut und konstruktiv. Dabei zeigten sich die Gewerkschaften auch der neuen Regierung gegenüber „als Partner und nicht als Gegner".

DER KOMMENTAR

Herausforderung

PETER GILLIES

Derzeit gilt es als außerordentliche Kühnheit, keinen Silberstreif am Horizont auszumachen, kein Licht am Ende des Tunnels zu erblikken, kein Stimmungsbarometer in die Schönwetterzone ausschlagen zu sehen. Die Stimmung sei besser als die Lage, vernimmt man aus den unternehmerischen Ständen. Die Frage, ob die Lage auch der Stimmung folgt, wartet freilich noch auf Antwort.

Der Bundeswirtschaftsminister eröffnete gestern die Hannover-Messe. Seine Klarsicht, durch den Wechsel der politischen Blickrichtung gewachsen, stieß auf der industriellen Heerschau auf Beifall: Aufschwung durch Investitionen, ordnungspolitische Verläßlichkeit, Sensibilität für wirtschaftliche Dynamik – andere Wege zur Wiedergewinnung von Vollbeschäftigung und Sicherung des Wohlstandes sind nicht erkennbar.

Der vielseits schäumende Optimismus birgt die Versuchung, den nächsten Boom schon für zwangsläufig – allenfalls für eine Frage der Zeit – zu halten. Er ist es jedoch keineswegs. Das Auf und Ab konjunktureller Bewegungen ist kein Automatismus, der auf Knopfdruck das Ersehnte bereitstellt.

Vielmehr sind Wachstum und Vollbeschäftigung das schlichte Ergebnis von Arbeit. Unternehmen müssen es wagen, die Märkte von morgen zu erspüren und die von heute zu beackern. Arbeitnehmer müssen zupakken, Bürger nicht auf das Verteilbare schielen, sondern Ansprüche an sich selber stellen und nicht an andere oder den Staat.

Gleichwohl ist festzustellen, daß die Voraussetzungen nicht schlecht sind: moderate Inflations- und Lohnsteigerungsraten, bröckelnde Ölpreise, die Aussicht auf vernünftige und berechenbare Staatstätigkeit; dazu kommen manche anderen Positivsignale. Aber ein Selbstgänger ist der Aufschwung noch lange nicht. Die Bedrohung durch internationale Handelsbeschränkungen oder durch nationale Unvernunft bleibt bestehen. Das Subventionsunwesen ist nur eine der Gefahren, die Lambsdorff anprangerte, aber bisher nicht zu bändigen wußte.

Wer Wohlstand und soziale Sicherheit bewahren will, indem er das Risiko ausschließt, verliert beides. Ohne Wagnis ist der Aufschwung nicht zu haben. So ist nicht die Hoffnung, sondern die Herausforderung die Botschaft von Hannover.

Sozialhilfe erreicht Rekordhöhe

Gründe: Arbeitslosigkeit und Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten

GISELA REINERS, Bonn

Die lange Zeit wachsender Arbeitslosigkeit macht sich auch in den Ausgaben für die Sozialhilfe bemerkbar gemacht: Stärker als fast jeder andere staatliche Ausgabenbereich sind in den Jahren zwischen 1970 und 1981 die Aufwendungen für Sozialhilfe um das Viereinhalbfache auf etwa 15 Milliarden gestiegen. Die Gründe liegen aber nicht nur in der Arbeitslosigkeit, sondern auch in der Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten und in den gestiegenen Kosten.

Eine Untersuchung der Deutschen Bundesbank verschweigt allerdings auch nicht, daß die inneren Vorbehalte gegen den Bezug von Sozialhilfe „im Laufe der Zeit immer mehr abgebaut worden" sind. In einer Fußnote wird jedoch hinzugefügt, daß ein immer noch nicht unerheblicher Teil der Menschen, die einen Rechtsanspruch auf Hilfe hätten, diese nicht erhalten, teils aus Unwissen, teils aber auch aus Verschämtheit, weil sie nicht vor Freunden und Nachbarn als „Fürsorge"-Empfänger dastehen wollen. Eine jüngere Untersuchung im Auftrag des Familienministeriums hatte ergeben, daß der Kreis der Anspruchsberechtigten fast doppelt so groß ist wie der der Bezieher.

Die Zahl der Sozialhilfeempfänger erreichte 1977 mit 2,16 Millionen Menschen einen vorläufigen Höhepunkt (1962: 1,5 Millionen). 1980 wurden nur 2,14 gezählt. Seitdem dürfte sich der Anstieg verschärft haben wegen der gewachsenen Erwerbslosigkeit. 1970 erhielten 25 von 1000 Bürgern Sozialhilfe, 1980 waren es 35. 240 Mark wurden im Schnitt 1981 pro Bundesbürger für Sozialhilfe aufgewendet – 1970 erst rund 54 Mark. Die Aussichten, die Kosten deutlich beschneiden zu können, sind gering. Für 1983 war die Anhebung der Regelsätze von geplanten drei auf zwei gesenkt worden; der Zeitpunkt der Erhöhung wurde um ein halbes Jahr verschoben. Für 1982 war die Anhebung bei drei Prozent eingefroren worden, die Zuschläge, die für Mehrbedarf gewährt werden, wurden gekürzt.

Im Durchschnitt erhält ein Alleinstehender oder ein Haushaltsvorstand nach dem Regelsatz, der in den Bundesländern leicht differiert, 338 Mark, Familienangehörige je nach Alter zwischen 152 und 304 Mark. Neben den Mehrbedarfszuschlägen werden noch Kosten für die Miete übernommen. Dies ist dem Ausgabenblock „Hilfe zum Lebensunterhalt" zuzurechnen, der das Existenzminimum sichern soll. Auf ihn entfällt etwa ein Drittel der Ausgaben.

Zwei Drittel entfallen dagegen auf die „Hilfe in besonderen Lebenslagen", wie die Kranken- und Altenhilfe, die Hilfe zur Pflege und die Eingliederungshilfe für Behinderte. Hier fallen aufgrund der personal- und damit kostenintensiven Pflege die höchsten Kosten an, obwohl der Personenkreis sich nicht wesentlich vergrößert hat.

Einen hohen Anteil an den Beziehern von Sozialhilfe stellen die ausländischen Mitbürger (1970: 1,5 Prozent, 1980: 7,5). Dabei ist zu berücksichtigen, daß ihre Zahl absolut gestiegen ist, daß sie mit 13,1 Prozent die höchste Arbeitslosenquote haben und daß der Strom von Asylbewerbern in den vergangenen Jahren gestiegen ist.

Seite 5: Auch wer Sozialhilfe bekommt, soll arbeiten

Schwere Vorwürfe gegen den DGB

Ein Gewerkschaftsfunktionär: Fortbildung auf Kosten der Bundesanstalt für Arbeit

PETER SCHMALZ, München

Der Deutsche Gewerkschaftsbund steht im Verdacht, Gelder der Bundesanstalt für Arbeit in Millionenhöhe zur Ausbildung hauptamtlicher DGB-Funktionäre mißbraucht zu haben. Nach Schätzungen eines ehemaligen DGB-Sekretärs kann es sich dabei um eine Summe zwischen 9 bis 120 Millionen Mark handeln. Mit den Fakten konfrontiert, sagte ein Sprecher der Bundesanstalt in Nürnberg verblüfft: „Das ist ja ein dickes Ei."

Nach Akten und Aussagen, die der WELT vorliegen, soll der Gewerkschaftsbund seit Jahren nach einem stets gleichen Schema die Nürnberger Kassen angezapft haben: Der DGB betreibt seit 1962 in der Frankfurter „Akademie der Arbeit" Seminare für Arbeits- und Sozialrecht, deren Teilnehmer in elf Monaten zu Rechtsberatern und Prozeßvertretern ausgebildet werden. „Kosten, die durch die Teilnahme unmittelbar entstehen, können zu einem Teil nach den Vorschriften des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) auf Antrag vom Arbeitsamt in Frankfurt erstattet werden", erklärt ein Merkblatt des DGB-Bundesvorstands.

Die Sache hat nur einen Haken: AFG-Gelder erhalten nur arbeitslose oder unmittelbar von Arbeitslosigkeit bedrohte Seminarteilnehmer. Um aber dennoch seine hauptamtlichen Funktionäre auf Kosten des Steuerzahlers fortbilden zu können, schließt der DGB mit seinen fest angestellten Mitarbeitern einen Auflösungsvertrag und stellt sie nach Abschluß des Seminars wieder ein. Bis Ende 1981 wurden jedem Teilnehmer 80 Prozent des letzten Nettoverdienstes von der Bundesanstalt aus Steuermitteln gezahlt, seither gibt es nur noch 58 Prozent als Darlehen. Für den DGB aber hat sich nichts geändert: Die Fortbildung seiner Funktionäre ist für ihn weiterhin kostenlos.

Das jedenfalls belegt der ehemalige Gewerkschaftssekretär Siegfried Kliegel aus München, der an einem Seminar unter den geschilderten Bedingungen teilnehmen sollte. Nachdem er sich geweigert hatte, durch einen Auflösungsvertrag am Mißbrauch von AFG-Geldern mitzuwirken, wurde ihm mit der Kündigung gedroht. Kliegel zur WELT: „Ich hab' denen g'sagt: Ihr seid's ja wahnsinnig. Wenn ihr keine saubere Lösung findet, mach' ich da nicht mit. Daraufhin wurde mir gedroht: Wenn ich den Auflösungsvertrag nicht unterschreibe, würde ich arbeitslos und könne in keiner anderen Gewerkschaft mehr unterkommen." Ein DGB-Kollege soll ihm angekündigt haben: „Dann bist du fertig." Kliegel ist seit dem 30. Juni 1982 arbeitslos.

Dabei hatte die Gewerkschaftskarriere des ehemaligen Meß- und Regeltechnikers glänzend begonnen. Nachdem er bei einem bayerischen Chemieunternehmen zum gewerkschaftlichen Jugendsprecher gewählt worden war und auf dem zweiten Bildungsweg die Hochschulreife nachgeholt hatte, arbeitete er für deutsche Firmen erfolgreich in Südafrika. Auch die Gewerkschaft wollte „Sigi", wie Kliegel von Kollegen genannt wurde, zurückholen: Die IG Chemie, Papier, Keramik, die in der Bundesrepublik mehr als 600 000 Mitglieder zählt, bot ihm an, hauptberuflicher Funktionär zu werden.

Siegfried Kliegel willigte ein und besuchte von Mai 1977 an bis als damals 25jähriger den 43. Lehrgang der „Akademie der Arbeit". Seine Arbeiten wurden mit „sehr gut" bewertet. Das Zeugnis fiel so gut aus, daß ihm der bayerische Senator Alfred Kunzmann, Landesvorsitzender der IG Chemie, be-

● Fortsetzung Seite 12

Geht Walesa auf Konfrontationskurs?

Er traf sich dreimal mit Untergrundführern der „Solidarität"

DW. Warschau

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa hat zum ersten Mal seit seiner Entlassung aus elfmonatiger Internierung im November 1982 direkt Verbindung zu den Untergrundführern der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" aufgenommen. Diese Berichte lösten Spekulationen über Walesas zukünftige Taktik gegenüber den Militärmachthabern aus.

Walesa habe sich in den vergangenen drei Tagen heimlich mit untergetauchten „Solidaritäts"-Spitzenfunktionären getroffen, bestätigte ein Sprecher des Arbeiterführers. Er las westlichen Journalisten am Telefon eine kurze Erklärung vor. Darin hieß es: „Am 9., 10. und 11. April 1983 hat zwischen dem ‚Solidaritäts'-Vorsitzenden Lech Walesa und dem provisorischen Koordinierungsausschuß von ‚Solidarität' ein Treffen stattgefunden. Dabei haben die Teilnehmer die gegenwärtige Lage in dem Land besprochen und eine gemeinsame Haltung festgelegt." Einzelheiten sowie die Namen von Walesas Gesprächspartnern teilte der Sprecher nicht mit.

Zum Interims-Führungsgremium, das die Gewerkschaft nach Ausrufung des Kriegsrechts Ende 1981 gebildet hatte, gehören fünf untergetauchte Mitglieder des ehemaligen Landesausschusses von „Solidarität": Zbigniew Bujak aus Warschau, Bogdan Lis aus Danzig, Wladyslaw Hardek aus Krakau sowie Jozef Pionior und Eugeniusz aus Breslau. Die Untergrundführer hatten zu zahlreichen Protestaktionen gegen das Kriegsrecht aufgefordert und zum Boykott der von der Militärregierung unter Parteichef General Wojciech Jaruzelski propagierten neuen Gewerkschaften aufgerufen. Ihre jüngste Initiative war ein Appell an die Arbeiterschaft, nicht an den vom Staat organisierten Feiern zum 1. Mai teilzunehmen.

Beobachter sahen in Walesas Schritt eine Herausforderung an die Regierung. Der polnische Regierungssprecher Jerzy Urban zeigte sich gestern überrascht von der Nachricht, daß Arbeiterführer Walesa sich mit den Führern des Untergrunds getroffen habe. Auf einer Pressekonferenz in Warschau betonte er jedoch, „Solidarität" existiere nicht, und Walesa sei eine Privatperson. Treffen in Polen seien nur verboten, wenn sie zur Vorbereitung rechtswidriger Handlungen dienten. Ohnehin habe die Untergrundbewegung nach Einschätzung der Regierung an Einfluß verloren.

SED droht den Friedens-Gruppen

AFP/DW. Berlin

Die SED hat jetzt den unabhängigen Friedensgruppen in der „DDR" gedroht und in diesen Vereinigungen kritisch engagierte junge Bürger als „antisozialistische Elemente" bezeichnet.

„Das wahre Ziel, das antisozialistische Elemente unter dem von imperialistischen Massenmedien gehaltenen Tarnschild einer unabhängigen Friedensbewegung gegen die sozialistischen Staaten verfolgen", sei die Schaffung von Spannungen und gesellschaftlichen Veränderungen, schrieb die vom Zentralkomitee der SED herausgegebene Zeitschrift „Neuer Weg". Mit den Interessen der weltweiten Friedensbewegung und den Friedensaufgaben habe „die von imperialistischen Kreisen gewünschte ‚unabhängige Friedensbewegung' in den sozialistischen Ländern wahrlich nicht das geringste zu tun".

Der Sozialismus sei es „der ihm wesenseigenen Sache des Friedens schuldig", derartigen Versuchen, die Friedensidee zu konterrevolutionären Zwecken zu mißbrauchen, „eine Abfuhr zu erteilen". Die Friedenskräfte im Westen könnten gewiß sein, „daß der Sozialismus auch in dieser Hinsicht stets seiner Verantwortung gerecht werden wird", schrieb die Zeitschrift nach Angaben des Informationsbüros West (IWE).

Den unterschiedlichen „neuen demokratischen Bewegungen" in der Bundesrepublik, von den „Aussteigern" über die Frauenbewegung, die Bürgerinitiativen bis zu den „Grünen" und „Bunten", werde in der „DDR" wachsende Bedeutung beigemessen, berichtete IWE weiter.

Debatte über Menschenrechte abgesetzt

ULRICH LÜKE/DW. Straßburg

Das Europäische Parlament hat gestern seine angekündigte Debatte über die Verletzung der Menschenrechte in der Sowjetunion von der Tagesordnung abgesetzt, nachdem Berichterstatter Lord Bethell ein Visum zum Besuch der UdSSR erhalten hatte. Der britische Konservative hatte sich seit zwölf Jahren um die Einreise bemüht. Das Visum erhielt er aber erst, als sein Bericht über die Verstöße gegen die Menschenrechte diskutiert werden sollte. In politischen Kreisen wurde dies gestern als Versuch der Sowjetunion gewertet, eine Erörterung des für Moskau unangenehmen Berichtes zumindest zu verzögern.

Die politische Debatte im Europäischen Parlament war von der Enttäuschung über unzureichende Ergebnisse des letzten europäischen Gipfeltreffens Ende Mai in Brüssel bestimmt. Bundesaußenminister Genscher berichtete den Abgeordneten dabei als EG-Ratspräsident über die Brüsseler Konferenz. Seine Bemerkungen gipfelten in dem Wunsch, daß die „hohen Erwartungen" an das EG-Treffen im Juni in Stuttgart nicht enttäuscht werden dürften.

Am schärfsten kritisierte der Fraktionsvorsitzende der Liberalen, Martin Bangemann, die Entscheidungsunfähigkeit der im Ministerrat versammelten Regierungen. Eine Minderheit von drei Staaten – gemeint sind Griechenland, Großbritannien und Dänemark – verhindere alle Fortschritte in Europa. Das habe auch in der Bundesrepublik Deutschland zu einem „Verfall des europäischen Bewußtseins geführt, der alarmierend ist".

Bisas Bakterien haben Erdöl zum Fressen gern

dpa, Düsseldorf

Manche Bakterien haben Erdöl zum Fressen gern. Sie lösen die Ringverbindungen von Kohlewasserstoffen auf, so daß deren ölige Beschaffenheit verlorengeht. Die Reste der mikrobiologischen Zersetzung sind ökologisch neutral. Die Mikroorganismen beginnen ihre gefräßige Arbeit, sobald das Erdöl mit dem Sauerstoff der Luft in Berührung kommt.

Diesen Appetit sollen Erfindungen des sauerländischen Forschers und Arztes Karl Bisa für die Beseitigung dünner Ölfilme auf Gewässern nutzen, die mit mechanischen oder umweltschädlichen chemischen Mitteln schwer zu beseitigen sind. Bisas biologische Methoden seien zwar umweltfreundlich, meint der Erfinder. Massive Ölteppiche könnten damit aber erst dann bekämpft werden, wenn Wind und Wellen sie zu einem dünnen Ölfilm reduziert haben. Mit Bisas System kann man fast zwei Quadratkilometer Ölfilm für rund 200 Mark beseitigen.

Seit dem 12. Januar sind die Bisa vom Bundespatentamt erteilten Patente gültig, während andernorts – auch mit Steuergeldern – weiter nach ähnlichen Methoden gesucht wird. Patente hat der seit 30 Jahren in der Erforschung von durch Schadstoffe verursachten Krankheiten tätige Wissenschaftler auch in den USA, Großbritannien und Norwegen erworben. Bisa, dem nach eigenen Angaben die Mittel für die Auswertung seiner Erfindungen fehlen, möchte sie durch Lizenzerteilung oder Verkauf der Patente nutzbar machen.

Bisa entwickelte zunächst ein Verfahren, bei dem relativ kleine Mengen spezieller Bakterien mit entsprechenden Nährlösungen beispielsweise aus Hubschraubern in 400 Meter Höhe als Aerosol in der Luft verstreut werden. Später verbesserte Bisa das System durch die Einbringung von Bakterien und Nährlösung in Schaum.

Nach Zerstäubung kann eine Schaum-Schicht auf die ölverseuchte Fläche flockig oder als zusammenhängender Teppich ausgebracht werden. Diese Methode, so heißt es, eigne sich besonders für die Bekämpfung von weitreichenden Ölfilmen auf Wasseroberflächen, aber auch für deren Beseitigung aus Öltanks oder an Umschlagplätzen. Der aus eiweißartigen Stoffen gebildete Schaum zerfällt ohne schädigende Rückstände. Er kann notfalls auch von entsprechenden Bakterien beseitigt werden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Endspurt im Revier

Von Wilm Herlyn

Es ist verständlich und durchaus ehrenhaft, wenn ein Verlierer eine zweite Chance sucht. Und die will Kurt Biedenkopf, seit er 1980 von Johannes Rau in der nordrhein-westfälischen Landtagswahl geschlagen wurde. Für die Partei freilich ist es nicht minder verständlich und ehrenhaft, wenn sie fragt, welcher Kandidat die Prozentpunkte 1985 holt, die ihr seit mehr als einem Jahrzehnt gegen die in Düsseldorf regierenden Sozialdemokraten fehlen.

Ist das der brillante Redner und Denker Biedenkopf? Schon manches Mal hat er in Plenardebatten den Ministerpräsidenten Rau an die Wand debattiert. Aber Rau hat seinen Sieg 1980 nicht im Landtag errungen, sondern draußen, gerade im Revier, aber eben auch im übrigen Land. Er versteht es, Solidität und Solidarität und auch eine gewisse Hemdsärmeligkeit zu vermitteln.

Dieser Ton der Volksnähe entspricht dem Naturell von Bernhard Worms, Vorsitzender des CDU-Verbandes Rheinland – des mitgliederstärksten in der Republik – und des Rivalen von Biedenkopf, der den anderen CDU-Verband im Lande führt, Westfalen-Lippe. Worms, dessen unscheinbares Auftreten und breite rheinische Aussprache von Biedenkopf lange Zeit unterschätzt wurden, hat mit eben diesem Erscheinungsbild erheblich zu jener Ruhrgebiets-Offensive beigetragen, die den Erfolg der Union am 6. März herstellen half.

Nun war Biedenkopf behutsam genug, erst einmal sein Verlangen zurückzustecken, der Vorstand des Verbandes Westfalen-Lippe möge ihn zum Spitzenkandidaten im Landtagswahlkampf 1985 küren. Die Entscheidung wurde auf Freitag vertagt. Dabei war es Biedenkopf, der so lange vor dem Wahlkampf schon zur Entscheidung gedrängt hatte. Es scheint, als fühle er keine Einsamkeit des Langstreckenläufers mehr.

Zur Wiedervorlage

Von Heinz Heck

„Das Beauftragtenunwesen ... ist Ausdruck der bis zur Handlungsunfähigkeit gehenden Entscheidungsschwäche der Koalition, soweit es nicht überhaupt dazu dient, in die Wüste geschickten prominenten Politikern von SPD und FDP zu einer Auftragspfründe zu verhelfen." Dieses Zitat ist zwar korrekt, aber nicht mehr ganz neu (wenngleich unverändert aktuell). Das gilt auch für die daraus abgeleitete politische Schlußfolgerung: „Das Beauftragtenunwesen ... sollte so schnell wie möglich und ohne jede Ausnahme verschwinden."

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages, in dem die Abgeordneten mit den spitzen Rotstiften sitzen, hat sich diese mutige Empfehlung zu Herzen genommen. Anfang Dezember beauftragte er die Bundesregierung, sie möge „kritisch prüfen", ob und wie sie auf den Ausländer- und den Behindertenbeauftragten verzichten könne, und ob deren Belange nicht wieder von der Spitze des Arbeitsministeriums wahrgenommen werden könnten.

Obwohl die Bundesregierung unter der Devise der Sparsamkeit angetreten ist, hat sie es mit diesem Auftrag überhaupt nicht eilig. Noch am 17. März erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Arbeitsministerium, Franke (CDU), auf eine Frage des Abgeordneten Friedmann (CDU), „frühestens nach Abschluß der Koalitionsverhandlungen" könne sich die Bundesregierung dazu äußern. Also dürfen wir jetzt jeden Tag mit der Äußerung rechnen. Zwar kennen wir ihren Inhalt noch nicht. Doch können wir sicher sein, daß zumindest der Behindertenbeauftragte Otto Regenspurger (CSU) vehement für die Abschaffung plädieren wird – so vehement, wie er dies im August 1982 getan hat, wenige Monate vor seiner Ernennung zum Beauftragten. Denn die eingangs zitierte Äußerung stammt von ihm.

Scowcrofts neuer Ansatz

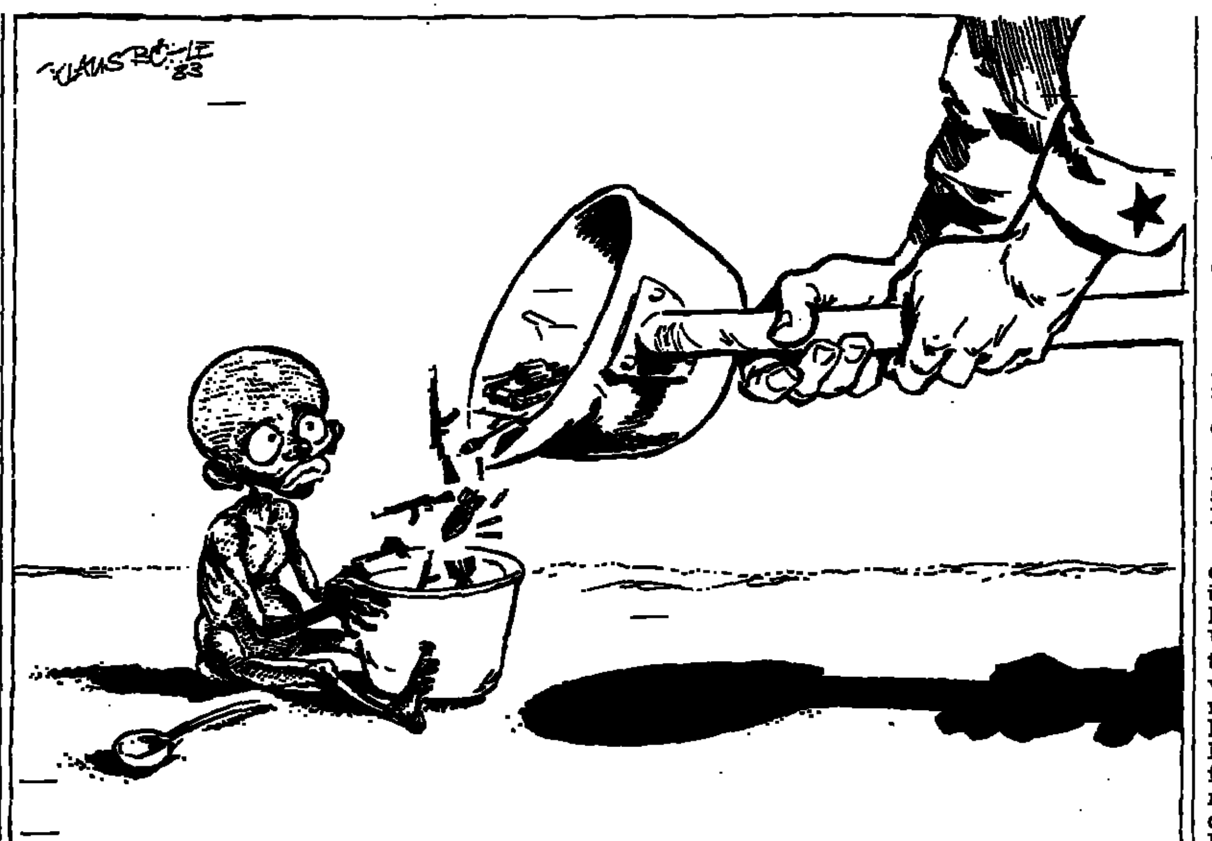
Von Thomas Kielinger

Mit ihren Vorschlägen zur Modernisierung des amerikanischen landgestützten strategischen Arsenals hat die von Präsident Reagan eingesetzte Scowcroft-Kommission beträchtlichen Mut gezeigt. Die Experten haben, als erstes, die Suche nach einem kurzfristig glaubhaften, unverwundbaren Stationierungsmodus der neuen MX-Rakete als Irrweg bezeichnet. Damit geht endlich die Luft aus diesem Argument, das seit den Schlußtagen der Carter-Regierung die Köpfe in Washington unnötig bedrängt hatte.

Natürlich umrahmt ein „Fenster der Verwundbarkeit" die amerikanischen Fernraketen, solange die Sowjets darauf beharren, siebzig Prozent ihres gesamten strategischen Wurfgewichts auf landgestützten Raketen bereitzuhalten. Aber diese Fensteröffnung ist so beängstigend nicht – und darauf weisen Scowcroft und sein Team zu Recht hin –, wenn man das Gesamtbild der amerikanischen Abschreckung, die strategische „Triade" betrachtet, mit ihrer Kapazität zur See, zur Luft und zu Land.

Der Mut hat die Scowcroft-Mannen weiterhin beflügelt, die vom Kongreß schon einmal abgelehnte Dislozierung der MX in den alten Minuteman-Silos – die freilich zu härten wären – erneut vorzuschlagen. Darüber könnte man mit ihnen rechten, würde aber das Thema verfehlen: Daß die USA endlich jenen „nationalen Willen" zeigen müssen (General Scowcroft), der aus einem seit zehn Jahren herumdiskutierten Waffensystem letztlich auch eine wirklich aufgestellte Waffe macht. Vertraut man der Triade, dann läßt sich mit der MX in Minuteman-Silos, bei allen Bedenken, durchaus leben. Aber der Abschreckung ist nicht mehr zu trauen, wenn der Kongreß erneut nein zur MX sagte.

Schließlich gebührt den Experten Lob für ihren richtungweisenden Gedanken, daß bei den landgestützten Systemen nur Raketen mit einem Sprengkopf in Zukunft vermehrte Sicherheit und Stabilität garantieren. Sie verbinden diese Idee mit genügender Vorsicht: Solange Moskau nicht in diese neue Abrüstungsgasse einschwenkt, bleibt den USA gar kein anderer Weg, als kurzfristig mit der MX ihr ICBM-Arsenal zu modernisieren.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Im deutschen Interesse

Von Günter Zehm

Aufregung herrscht bei den großen internationalen Hilfeorganisationen und in diversen Entwicklungshilfe-Ministerien, seitdem die Londoner „Sunday Times" enthüllt hat, daß westliche Hilfegüter für die Hungernden der äthiopischen Sahelzone von der kommunistischen Regierung in Addis Abeba sofort nach Moskau umdirigiert werden, um damit Waffenkäufe zu bezahlen. Die Organisationen fürchten (und zwar völlig zu Recht), daß sie durch derlei Nachrichten in der Öffentlichkeit unglaubwürdig werden. So toben sie gegen die Zeitung an, ohne sie doch widerlegen zu können. Wieder einmal soll der Überbringer schlechter Nachrichten für diese selbst haftbar gemacht werden.

Besser wäre es, wenn die Verantwortlichen die Meldung zum Anlaß nähmen, endlich der unbequemen Wahrheit ins Auge zu sehen. Diese Wahrheit lautet: ein ganz beträchtlicher Teil der durch private Spenden zusammengebrachten Hilfegüter für die Dritte Welt und ein nicht unbeträchtlicher Brokken aus den Etats der staatlichen Entwicklungshilfe werden von Zwischenhändlern und Empfängern zweckentfremdet, um es noch vorsichtig auszudrücken. Milchpulver verwandelt sich auf wundersame Weise in feuerspeiende Kalaschnikows. In friedlicher Absicht hingestellte Fertighäuser entarten zu Kasernen. Über solche Metamorphosen kann es heute nicht den geringsten Zweifel mehr geben.

Nicht immer wird dabei so direkt verfahren wie im Falle Äthiopien oder Kambodscha, wo seinerzeit die vietnamesische Invasionsarmee die westlichen Lebensmittel wegfraß, die für kambodschanische Zivilisten bestimmt waren. In Nicaragua zum Beispiel gehen die deutschen Entwicklungsgelder in die Landwirtschaft und in den „nichtmilitärischen Sektor" der Industrie. Dadurch bekommt die sandinistische Junta Gelder frei, um bei den Sowjets Waffen zu kaufen, die dann über den Golf von Fonseca nach El Salvador gebracht werden. Auch in diesem Fall unterstützt der deutsche Steuerzahler nicht irgendwelche „armen Bauern", sondern die kommunistische Insurrektion in Mittelamerika. Vor Illusionen wird gewarnt.

Soll man also sein Herz verhärten und überhaupt nicht mehr spenden? Der spürbare Rückgang deutscher Spendenfreudigkeit für die Dritte Welt im letzten Jahr zeigt an, daß sich viele Leute im Lande derartige Fragen stellen. Sie müssen sich daran erinnern lassen, daß das Elend und der Hunger wirklich groß sind in jenen Gegenden, daß Nächstenliebe und Samariterdienst zu den ersten christlichen Tugenden gehören und westliche Hilfesendungen im allgemeinen ihr Ziel wohl erreichen. Zu rühmen ist auch die Selbstlosigkeit vieler freiwilliger Helfer, die mit Kaltblütigkeit und Übersicht vor Ort dafür sorgen, daß Mißbrauch ausgeschlossen wird.

Gerade die realistischen, manchmal tief frustrierten Berichte jener freiwilligen Helfer lassen aber auch deutlich werden, daß beim inneren Aufbau und in der Logistik der großen Hilfeorganisationen vieles im argen liegt. Die Strukturen sind nicht luzide genug, der Öffentlichkeit wird zuwenig Rechenschaft gegeben. Auch sitzt so mancher „Weltrevolutionär" im Apparat, dem eine Zweckentfremdung der Güter zupaß kommt und der überhaupt nichts gegen westlich subventionierte Kalaschnikows einzuwenden hat.



... aber auch im Interesse der Betroffenen: Hungernde in Äthiopien FOTO: AP

Was die staatliche Entwicklungspolitik betrifft, so litt sie in Bonn bisher (sehr im Gegensatz zur französischen) an unausgetragenen Zielkonflikten. Nicht zuletzt unter dem Einfluß der Brandtschen Nord-Süd-Kommission wurde die Doktrin mächtig, daß Entwicklungshilfe so etwas wie ein Tribut sei, den die westlichen Länder der Dritten Welt schuldeten und den sie zu leisten hätten, ohne nach dem Verwendungszweck fragen zu dürfen. Eine andere Denkschule stellte sogar die Forderung auf, man müsse bevorzugt die feindlich gesinnten kommunistischen Staaten mit Entwicklungshilfe bedenken, das waffenstarrende, aggressive Vietnam zum Beispiel, um dort „einen Fuß in der Tür zu behalten".

Die neue Bundesregierung hat nun Gelegenheit, hier einiges zurechtzurücken. Das Ressort Entwicklungshilfe ist weder ein Samariterverein noch eine Stelle für Tributzahlungen. Es ist ein durch und durch politisches Ressort und hat, wie jedes andere, den im Wahlkampf so vielbeschworenen deutschen Interessen zu dienen, die in seinem Falle vor allem darin bestehen, daß in der Dritten Welt gemäßigte, einigermaßen rechtsstaatliche, wirtschaftlich und kulturell aufgeschlossene Regime existieren, die sich nicht an der globalen Einkreisungspolitik der Sowjets beteiligen. Diesen Regimen gilt es in erster Linie zu helfen.

Wer statt dessen aggressive Sowjetsatelliten unterstützt, möglicherweise gar noch gegen die eigenen Verbündeten, der handelt gegen nationale Interessen und untergräbt das Bündnis. Es ist ein Köhlerglaube, man könne Kommunisten sanft machen, indem man sich bei ihnen in der Fourage nützlich macht und den Moskowitern, direkt oder indirekt, die Waffenlieferungen bezahlt. Die neue Bonner Regierung sollte sich für derlei blutige Späße zu gut sein.

IM GESPRÄCH Rudolf Titzck

Mit Fahrrad und Humor

Von Bernd Lampe

Wenn der neu gewählte schleswig-holsteinische Landtagspräsident Rudolf Titzck gestern in seiner Antrittsrede zur Eröffnung des Landesparlaments sagte, daß neben Fleiß und Sachlichkeit, Toleranz und gegenseitiger Achtung auch Humor die Arbeit im Hohen Haus prägen sollte, dann tat er das aus innerer Überzeugung: „Ich sage das deshalb, weil Humor nicht nur eine Gabe des Geistes, sondern auch eine Gabe des Herzens ist."

An diese Erkenntnis hat sich der CDU-Politiker bei der Ausübung seiner Ämter immer gehalten. Titzck war bis zu seiner Wahl zum Parlamentspräsidenten Finanzminister. Unter den vier Aussagen Ciceros, die in seinem Vorzimmer gut sichtbar zu lesen sind, befindet sich auch die Forderung des Römers: „Die öffentlichen Schulden müssen verringert, die Arroganz der Behörden muß gemäßigt und kontrolliert werden." Der 58jährige Kieler Politiker hat den Steuerbehörden des Landes immer wieder größere Bürgernähe gepredigt.

Als Finanzminister wachte er streng über die Ausgaben des Landes, wissend, daß sein Amt mit einem Risiko behaftet war – wie er einmal in einer Haushaltsrede unter dem Hinweis auf seine Amtskollegen in Frankreich feststellte: Dort seien zwischen 1315 und 1781 siebenunddreißig Finanzminister „geköpft, gehängt oder verbannt" worden. Nahezu neun Jahre lang war Titzck zuvor Innenminister in Kiel. In der Diskussion um den Extremistenerlaß pochte er strikt auf die Verfassungstreue der Staatsdiener. Die ersten ge-



Da kümmert er sich: Landtagspräsident Titzck FOTO: SVEN SIMON

walttätigen Auseinandersetzungen um das Kernkraftwerk Brokdorf fielen in seine Amtszeit. Die schwere Sturmflut von 1976 und die beiden Schneekatastrophen drei Jahre später waren weitere Bewährungsproben, die er bestand.

„Wer einen Ozeandampfer mit Rettungsbooten versieht, der will nicht, daß das Schiff untergeht. Das gilt auch für den Zivilschutz, der für den Fall eines Krieges ausgebaut wird", ist eine typische Aussage von Titzck, der als Sohn eines Pastors in Nordfriesland geboren wurde und sich auch heute einen „Mann der Westküste" nennt. Der Jurist war von 1963 an sechs Jahre lang Bürgermeister und Kämmerer in Kiel, bis er als Amtschef in die Staatskanzlei berufen wurde. Auch als Landtagspräsident will Titzck, dessen Spruch: „Da will ick mi mal um kümmern" im Land zwischen den Meeren bekannt ist, mit dem Fahrrad zum Landeshaus fahren.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Ermordung Sartawis und die Absage Husseins beschäftigen viele Zeitungen:

Frankfurter Allgemeine

Wer sich im Nahen Osten für friedliche Lösungen einsetzt, muß sterben. Dieser Satz ist durch die Ermordung Issam al Sartawis während der Tagung der Sozialistischen Internationale wieder bestätigt worden. Sartawi war der Mann in der PLO, der sich in den letzten Jahren am weitesten in Richtung auf eine friedliche Regelung des Palästinenserkonfliktes vorgewagt hatte, dafür hatten ihn die Radikalen als „Verräter" abgestempelt. Sein Tod bedeutet einen schweren Rückschlag für die Befriedung des Nahen Ostens, denn welcher arabische Politiker wird in absehbarer Zeit den Mut aufbringen, sich offen etwa für den von dem amerikanischen Präsidenten vorgelegten Friedensplan einzusetzen?

The Washington Post

Man kann König Hussein kaum die Schuld geben, seinem absoluten Erfordernis nachzugehen, mit der PLO nicht aus dem Tritt zu geraten. Er versuchte, und für eine Weile sah es so aus, als ob Yassir Arafat in eine Partnerschaft für Verhandlungen mit ihm einwilligt. Aber Arafat änderte plötzlich seine Meinung, oder er konnte wichtige Gruppen nicht umstimmen, oder er wurde durch Hinweise auf Gewalt, die seinen gemäßigten Anhänger in Portugal tötete, eingeschüchtert oder er wurde von Syrien oder Libyen unter Druck gesetzt oder bestochen, oder was auch immer. Es wäre dumm, der PLO weiter nachzujagen. Aber es wäre kurzsichtig, nicht die Bemühungen fortzusetzen, einen palästinensischen Verhandlungspartner bezüglich des Westjordanlandes auszumachen.

General-Anzeiger

Kissinger plauderte aus, was privat im State Department bestätigt wird: Hussein und Arafat hatten sich schon geeinigt. Alles hing davon ab, daß sich der PLO-Vorsitzende gegen „radikale Elemente" in der eigenen Organisation durchsetzen würde. Doch das gerade hat Arafat nicht geschafft. Das wenig solide Gebäude, dessen Stützen die Architekten Reagan, Shultz und Kissinger schon getraut hatten, brach zusammen. Nun mögen die USA offiziell weiterhin von einem „überwindbaren Hindernis" sprechen und davon, daß sie „sehr hoffnungsvoll" seien, die Mitspieler doch noch an einen Tisch zu bekommen. In Wirklichkeit sind die Aussichten gering, den September-Plan durchzubringen. (Bonn)

LE QUOTIDIEN DE PARIS

In der Kraftprobe, die sich Sowjets und Amerikaner seit drei Jahrzehnten im Nahen Osten liefern, haben die Vereinigten Staaten unbestreitbar gerade einen Rückschlag erlitten. Bedeutet dies, wie einige vorschnelle Kommentatoren anregen, daß Washington von heute auf morgen die Initiative verloren hat? Die Sachen sind weniger einfach. Das Scheitern der jordanisch-palästinensischen Gespräche ist natürlich ein Schlag für die Versuche, eine Pax Americana zu errichten. Aber er ändert – zumindest im Augenblick – nicht das Kräfteverhältnis innerhalb der arabischen Welt. Weiterhin verfügt Washington und nicht Moskau über die wesentlichen Trümpfe im Spiel.

DIE PRESSE

Der Mord an Issam Sartawi ... ist ein doppeltes Signal: Dafür, daß die PLO kein brauchbarer Verhandlungspartner ist, weil es sie als eigentliche Vertretungsorganisation der Palästina-Araber seit dem libanesischen Exodus nur mehr auf dem Papier gibt. Und dafür, daß ein Gesamtfriedenskonzept für die Region undurchführbar ist. Nicht die Palästinenser-Frage, vielmehr Libanon hat Vorrang. Und hier gibt es immer noch Chancen. (Wien)

Mündig ist nur, wer sich fortschrittlich gängeln läßt

Einsichten, das neue Phänomen „Einsichtslücke" betreffend / Von Enno v. Loewenstern

Der Chefredakteur eines Hamburger Wochenblattes hatte einen Moment staatsbürgerlicher Erleuchtung: Er habe einen der Volkszählungs-Fragebögen studiert, und er müsse gestehen, „das Objekt der Empörung" lese sich „nicht gerade furchterregend". Ihn erschüttere es nicht, seine Telephonnummer oder seine Heizmethode nennen zu müssen: „Wenn's das denn wirklich gewesen sein soll, bekenne ich mich unbeschadet der mir wenig einsichtigen verfassungsrechtlichen Bedenken zur Volkszählung. Ich fülle den Fragebogen aus."

Saulus vor Damaskus? Nicht ganz, leider: es folgt das in diesen Kreisen übliche „indes", das „nur": daß dieser Staat „seine vernünftigen Bürger (lassen wir einmal die paranoischen Berufsfürchter außer Betracht) nicht mehr von der Harmlosigkeit und Zweckmäßigkeit einer simplen Volkszählung überzeugen kann" – das ist es, was jenen tapferen Chefredakteur sein Bekenntnis wieder einschränken läßt: „Insofern bleibe auch ich im Zweifel, ob ich Ihnen die Frage beantworten soll, wo mein Scheißhaus liegt, im Treppenhaus oder neben dem Schlafzimmer."

Feinsinniger hätte es Goethe nicht sagen können. Noch auch glaubwürdiger. Da betreibt dieses Blatt seit Jahren eine Kampagne gegen angebliche Gefahren von Wanzen, Gläsernen Menschen, Überwachungsstaat, „1984" und weiß der Himmel welchen Horror noch. Und dann wirft es dem demokratischen Rechtsstaat vor, daß er nicht Überwachungsstaat genug ist, seinen Bürgern die Wahrheit per ordre de moufti einzuhämmern.

Ein anderes Hamburger Wochenblatt konstatiert zur selben Zeit „Unbehagen an der alten Politik". Wohl halte die Politik in der Bundesrepublik die Dinge im Gang. „Staat, Wirtschaft und Gesellschaft funktionieren – und das ist nicht wenig. Aber dieses Funktionieren fasziniert nicht mehr und beruhigt kaum noch. Es schafft wenig Vertrauen. Und es erzeugt nur noch selten das wärmende Bewußtsein von Zusammengehörigkeit."

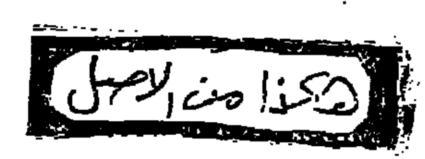
Der Staat, dem man weithin die Frage nach der Heizmethode verdenkt, soll also wärmendes Bewußtsein erzeugen. Wie das, nachdem jahrelang, unter federführender Mitwirkung eben jener Kritiker, jedes Zusammengehörigkeitsgefühl als verlogene Fassade einer nur angeblich heilen Welt verteufelt, Konflikttheorie gepredigt und das Hinterfragen jeglichen wärmenden Bewußtseins zur ersten Jungbürgerpflicht erklärt wurde? Zudem pflegten gerade diese Kritiker es dem deutschen Untertanengeist besonders höhnisch anzukreiden, daß er alles vom Staat verlange, sogar die Erzeugung privater Glücksgefühle.

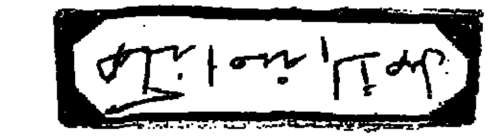
Als neues Stichwort wird die „Einsichtigkeitslücke" ausgegeben. Das reiche von der Politik über die Großtechnologie bis zum sauren Regen und schneide allenthalben die Menschen schmerzhaft ab vom „Zugang zu den Politik-Problemen, von denen doch ihr Schicksal abhängt".

Nicht gemeint ist jener oben zitierte Lichtblick, der verfassungsrechtliche Bedenken als „wenig einsichtig" deshalb bezeichnet, weil sie erkennbar fehlgehen.

Nein, es wird das Bild eines neuerdings unmündigen Bürgers gezeichnet, der nichts mehr versteht und deshalb boykottiert und ausflippt. Dies ein rundes Jahrzehnt, nachdem eine liberale Stiftung ihren Ehrenpreis mit viel Trara nicht einem einzelnen oder einer Organisation, sondern dem „mündigen Bürger" insgesamt verlieh, und zwar wegen der damals gerade abgelaufenen Bundestagswahl (1972). Man tat so, als honoriere man die hohe Wahlbeteiligung; die lag allerdings kaum über den bisherigen Teilnahmequoten. Tatsächlich meinte man ganz offenkundig: der Bürger habe richtig gewählt, und dafür verdiene er einen Preis. Damals hatte die Mehrheit für Brandt und seine Reformitis-Koalition gestimmt.

Damit ist es nun vorbei; die Mehrheit hat eine Koalition gewählt, die den Staat wieder in Ordnung bringen will und soll, nachdem ihn die „konkrete Utopie", das „ich will alles, und zwar sofort" an den Rand des Ruins gebracht hatte. Und die Kritiker selber haben nichts Ernsthaftes einzuwenden, denn wo das Kassenbuch seine Stimme erhebt, müssen die Märchenbücher schweigen. Aber es wäre halt so viel schöner, wenn die Sterntaler sich nicht durch harte Arbeit und nüchterne Sparsamkeit summierten, sondern dank progressiver Beschwörungen vom Himmel fielen. So empfindet man „Unbehagen", ermutigt es in den kleinen Kreisen paranoischer Berufsfürchter und versucht, es auf die staunende Gesamtheit zu projizieren, die sich immer dann als einsichtslückenhaft abgemalt findet, wenn sie gerade das Votum der Vernunft in die Wahlurne geworfen hat. Sie wird es überstehen, auch wenn sie tatsächlich nie erfahren sollte, wo nun die Häuser progressiver Publizisten ihren Hautgout verbreiten.





Den alten Kanzler drücken Sorgen um die Zukunft

Von CARL G. STRÖHM

„Lieber Genosse Doktor Kreisky, hochverehrter Herr Bundeskanzler!" Der „rote" Bürgermeister von Linz, der großen Industriestadt an der Donau, ließ in seiner Anrede sowohl Vertraulichkeit wie Respekt anklingen. Er traf damit genau die Stimmung in der überfüllten Sporthalle. Als der 72jährige Kreisky, wie stets in einem korrekt unauffälligen Maßanzug, eher wie ein Professor denn wie ein Parteiführer wirkend, die Reihen von 8000 versammelten Anhängern durchschritt, intonierte die Werkskapelle der VOEST den Marsch „O Du mein Österreich".

Vor dem Zweiten Weltkrieg, so sagte Kreisky später im Gespräch, habe er als Jungsozialist gepfiffen und protestiert, wenn diese Melodie – damals inoffizielle Hymne der Austrofaschisten und des Dollfuß-Regimes – irgendwo gespielt wurde. Daß dieser Marsch heute zur Begrüßung eines sozialistischen Regierungschefs auf einer sozialistischen Parteiversammlung erklingt, daß es überdies auf dieser Versammlung keine roten Fahnen und sozialistischen Partei-Embleme gab, sondern nur das Rot-Weiß-Rot der österreichischen Nationalfarben, zeigt den Wandel Österreichs und der österreichischen Sozialisten.

Doch trotz aller Begeisterung und Zustimmung, die dem alten Kanzler entgegenschlugen, lag auch ein Hauch von Wehmut über der Szene. Kreisky ist noch einmal angetreten, um nach dreizehnjähriger unangefochtener Amtszeit die absolute Mehrheit seiner Partei zu verteidigen. Er zieht diesmal aus einer wesentlich schwierigeren Ausgangsposition in den Kampf. Da ist sein Gesundheitszustand, der immer wieder zu Spekulationen Anlaß gab. Kreisky in Linz: „Ich bin nicht ganz so gesund, wie ich sein möchte – aber ich bin noch lange nicht so krank, wie andere es haben wollen."

Er weiß, daß sein innenpolitischer Gegenspieler Alois Mock, Kanzlerkandidat der oppositionellen Österreichischen Volkspartei (ÖVP), über einen Vorteil verfügt, der ihm, Kreisky, nicht mehr im Übermaß zur Verfügung steht: Zeit. Daher spricht der sozialistische Kanzler von einer „Schicksalswahl" am 24. April – eine Formulierung, die fast an den nur vier Jahre jüngeren Franz Josef Strauß erinnert. Dann aber fehlt bei Kreisky, trotz allem Pathos und gelegentlicher geschickter Demagogie, auch nicht ein Schuß intellektueller Selbstironie. Er wisse schon, so meint er fast beiläufig, daß viele Zuhörer nur gekommen wären, um zu sehen, „wie der Kreisky beieinand' sei".

Hört man näher hin, ist die Tonlage und die Argumentation seiner Wahlrede eher defensiv als offensiv. Er versucht, die Argumente der Opposition abzufangen – die Sparbuchsteuer etwa, die viele Österreicher ärgert – mit der Feststellung: Wenn es nicht den Massenwohlstand unter der sozialistischen Regierung gäbe, gäbe es auch keine so hohen Sparbuchguthaben. Oder er verteidigt den Bau des teuren Wiener Konferenz-Zentrums – Hauptangriffsziel der Volkspartei: Diese Stätte internationaler Begegnungen werde ebenso wie die Wiener UNO-City zur Sicherheit Österreichs beitragen. Die ÖVP sei aber bereit, den dreifachen Betrag für Überschall-Abfangjäger auszugeben – womit Kreisky zugleich auch den Pazifisten eine rote Nelke über den Zaun warf.

Sein Hauptargument aber ist die Feststellung, wie wohlhabend und stabil Österreich unter seiner Regierung geworden sei und daß es gelte, dies alles gegen Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und natürlich gegen die „unerfahrene" Volkspartei zu verteidigen. War es politisches Kalkül oder auch der Rückblick eines alten Mannes, der den Kanzler immer wieder zum Thema der dreißiger Jahre, zur damaligen Wirtschaftskrise und zur Massenarbeitslosigkeit hinführte? Er wende sich jetzt an die Älteren, „die schon viel erlebt haben", sagte er und sprach dann von der „bittersten Not", die damals in Österreich geherrscht habe, von 600 000 Arbeitslosen, die buchstäblich am Rande des Hungers vegetiert hätten. Wenn jemand in seinem Alter die Aufgabe des Regierens auf sich nehme, dann nur mit dem festen Willen, „daß es nie wieder zu solchen Zuständen kommen darf".

Am Ende aber spricht der Kanzler vor seinen Anhängern bereits von dem Tag, „an dem ich mich einmal verabschieden werde". Wenn jemand nach langer Zeit gehe, so Kreisky, dann lasse er natürlich einen leeren Platz zurück. Eines aber werde er sicher nicht machen: Er werde nicht Chef einer Koalitionsregierung sein. Er habe in früheren Jahren lang genug den „Jammer" einer Koalition und das ewige Feilschen in ihr erlebt. Verhaltene Unruhe und Bewegung ging bei diesen Worten durch die Reihen: Bei keiner vorherigen Wahl hatte dieser Mann jemals von der Möglichkeit eines Abschieds oder eines Rücktritts gesprochen.

Auf der Fahrt nach Linz, in einem gewöhnlichen Schnellzug, in dem nur einige Abteile für den Kanzler und seine Begleitung reserviert waren, sagte er plötzlich: „Einmal muß genug sein." Dann sprach er von zwei anderen bedeutenden Kanzlern, deren Platz in der Geschichte bereits unbestritten ist, die aber politisch zur anderen Richtung gehören als er: Julius Raab und Konrad Adenauer.

Unbarmherzig scharf fiel Kreiskys Kritik an der deutschen Schwester SPD aus. Auf die Frage, wie er sich die menschliche Wärme auf den SPÖ-Versammlungen erkläre, während bei ähnlichen Veranstaltungen der SPD eher Kühle vorherrsche, meinte Kreisky, die deutschen Genossen hätten die Österreicher stets wegen dieser Atmosphäre ausgelacht – aber dies sei ja die eigentliche Stärke seiner Partei. „Sie dürfen nicht vergessen: Wir sind eine Partei der kleinen Leute, die sich unter großen Mühen und Opfern einen bescheidenen Wohlstand errungen haben. Diese Menschen haben Angst, diesen kleinen Wohlstand wieder zu verlieren."

Hier zeigte sich eine im Vergleich zur deutschen Sozialdemokratie beinahe paradoxe Situation: Der aus großbürgerlichem Hause stammende Intellektuelle Bruno Kreisky hat offenbar zum Wesen und der Mentalität der Arbeiterschaft besseren Zugang als manche aus der Arbeiterschaft stammende Politiker der SPD.



Mit 72 noch einmal in den Wahlkampf: Bruno Kreisky
FOTO: POLY-PRESS

Jede Partei, die eine Wahlniederlage erleide, sei selber daran schuld, meinte Kreisky. Das gelte für die SPD, und das würde auch für die österreichischen Sozialisten gelten, wenn diese einmal eine Niederlage erleben sollten. Er, Kreisky, sei seinerzeit aufgefordert worden, Helmut Schmidt „zum Bleiben zu überreden". Er habe aber damals dem deutschen Genossen gesagt, es komme darauf an, mit was für einem Programm man bleiben solle. Dann habe die SPD erklärt, sie sei zwar für Schmidt, aber wenn dieser nicht wolle, werde man auch den Vogel nehmen. Kreisky: „Also, wenn man das mit mir gemacht hätte – wenn man gesagt hätte: Wir nehmen den Kreisky, aber wenn das nicht geht, dann nehmen wir auch den Sinowatz (Vizekanzler im Kabinett Kreisky), dann hätte ich doch auch gesagt: Nehmt ihn doch gleich ..."

Die SPD habe nicht mehr regieren wollen, sinniert der Kanzler. „Es gibt kein Schicksal in der Politik, an allem ist man selber schuld", fügt er hinzu. Die deutsche Sozialdemokratie schwebe jetzt in einer Art „Euphorie der Opposition" – aber daraus werde es bald ein bitteres Erwachen geben.

Kreisky läßt keinen Zweifel, daß er seiner Partei die Fehler und den Abstieg der deutschen Genossen ersparen will. Ihm ist die Arbeiterschaft, „der kleine Mann", wichtiger als alle anderen Gruppen. Dennoch macht er sich um das Schicksal des europäischen demokratischen Sozialismus große Sorgen. Er sehe, so sagt er auf der Rückreise von Linz, den Versuch der Sowjetunion, durch die Friedensbewegung und den Pazifismus der jungen Generation in Westeuropa eine große Aktion zur Destabilisierung der westlichen Demokratien zu starten. Es sei für demokratische Regierungen sehr schwierig, wenn immer wieder Hunderttausende auf die Straße gingen. Die Sowjets gingen für sich selber aber keinerlei Risiko ein, wenn sie solche außerparlamentarische Aktionen anstachelten. Für die Sozialdemokratie, die ja traditionell eine pazifisch orientierte Partei sei, ergäben sich daraus große Schwierigkeiten.

Das Ost-West-Verhältnis schätzt Kreisky auf absehbare Zeit eher pessimistisch ein. Er spricht sogar von der Möglichkeit eines neuen kalten Krieges, der sich über die nächsten anderthalb Jahrzehnte erstrecken könne. Für Polen sieht er keine sichtbare Lösung – die Spannung werde andauern. Fast nostalgisch erinnert er sich an die Zeit des Staatsvertrages, als nur Julius Raab – wieder fällt der Name des ÖVP-Kanzlers – und er, der junge Staatssekretär aus der SPÖ, dafür eintraten, nach Moskau zu fahren, um dort den Sowjets entgegenzutreten, während viele andere österreichische Politiker gar nicht erst in die Höhle des Löwen gehen wollten.

„Wir kennen die Russen – im Guten wie im Bösen. Wir kennen sie besser, als die meisten anderen im Westen", summiert Kreisky.

Der Zug fährt durch das Wien-Tal. Links und rechts kleine Villen und Bungalows – meist Neubauten, mit adretten Gärten, in denen die ersten Frühlingsblüten sprießen. „Das sind unsere Wähler", sagt der Kanzler. „Zum Teil sind es Zweithausbesitzer aus Wien. Wissen Sie, als wir Sozialisten in den fünfziger Jahren ein Plakat mit einem Einfamilienhaus und der Inschrift ‚Besser wohnen – SPÖ' drucken ließen, kamen die Genossen zu mir und sagten, man solle das Plakat zurückziehen, denn so werde nie ein Arbeiter wohnen. Und heute wohnen viele so."

Auf dem Wiener Westbahnhof verabschiedet sich der Kanzler und geht über den Bahnsteig, die Schultern ein wenig zusammengezogen, die Hände auf dem Rücken. Es gibt keinen großen Bahnhof, nur ein paar salutierende Schaffner. Die Reisenden, die gerade ihre Koffer ausladen, fragen sich halblaut: „Ist das nicht der Kreisky?"

Das Wissen des Westens lockt Pekings Intelligenz

Von A. THEYSSEN

Als Guo Shengying erfuhr, daß er nach Deutschland fliegen sollte, hatte er Angst. Denn was er in den Deutschbüchern aus den „DDR"-Verlagen über diese Bundesrepublik Deutschland gelesen hatte, die 8500 Kilometer westlich von seiner Heimatprovinz Anhui liegt, war allerhand: Faschisten und Militaristen sollten die Westdeutschen sein, Mord und Totschlag gebe es auf offener Straße. Und ausgerechnet dort sollte er nun drei Jahre lang studieren.

Dann kam er an, in dieser Bundesrepublik. Und es war alles gar nicht so schlimm, wie er gelesen hatte. Vier Monate lang lernte er Deutsch im Goethe-Institut im malerischen Rothenburg ob der Tauber – fast ein Jahr hatte er zuvor an einer Kaderschule in China gebüffelt – dann schrieb er sich als Student für Computertechnik an der Technischen Hochschule Aachen ein. Seitdem steht Guo Shengying jeden Morgen um sieben auf, geht um acht in sein Institut. Selten ist er vor zwanzig Uhr zu Hause. Häufig arbeitet er noch bis in die Nacht hinein an seinen Computern. „Ganz einfach ist das allerdings nicht", meint er amüsiert, „wenn ich länger arbeiten will, brauche ich eine Sondererlaubnis."

Daß Guo Shengying heute in der Bundesrepublik studiert, verdankt er einem Ereignis, an das viele Chinesen heute noch mit Schrecken denken: der Kulturrevolution. Damals, Mitte der sechziger Jahre, prügelten die Jugendlichen der Roten Garden, von Mao Zedong gegen jegliche Art von Autorität aufgestachelt, Tausende von Intellektuellen zu Tode, Zehntausende jagten sie zur Feldarbeit aufs Land. Die Folgen waren verheerend. Hannelore Theodor, Referatsleiterin im Auswärtigen Amt: „Durch die Kulturrevolution sind den Chinesen praktisch drei Wissenschaftler-Generationen verlorengegangen."

Deng Xiaoping, Chinas „starker Mann", erkannte, wie dringend die Volksrepublik den technischen Fortschritt braucht, und verkündete die „Vier Modernisierungen". Landwirtschaft, Industrie, Streitkräfte und Wissenschaft sollten so schnell wie möglich auf den neuesten Stand der Technik gebracht werden. Und so überraschte Peking die westliche wie die östliche Welt, als es 1978 erklärte, es wolle Tausende von Wissenschaftlern zum Studium nach Japan, Westeuropa und in die USA schicken. Anfang 1979 tauchten die ersten Chinesen aus der Volksrepublik an westdeutschen Universitäten auf.

Heute sind es rund 1100 an 28 Instituten der Bundesrepublik. Doch nur für ein Viertel von ihnen ist es das Erststudium. Die meisten Chinesen an deutschen Universitäten haben bereits ein Studium hinter sich, waren, wie Guo Shengying, Dozenten oder leitende Ingenieure. Einige hatten in China eine Professur. Sie alle machen nun ein ein- bis dreijähriges Aufbau- oder Informationsstudium mit dem Diplom oder dem Doktortitel als Ziel.

Die meisten Chinesen in Deutschland sind Naturwissenschaftler oder Techniker. Einer der seltenen Geisteswissenschaftler unter ihnen ist Sun Xiumin, Germanist aus Shanghai. Er arbeitet in Aachen an einer „Kontrastiven Untersuchung der deutschen und chinesischen Sprache". Bevor er nach Deutschland kam, übersetzte er Heinrich Bölls „Gruppenbild mit Dame" ins Chinesische. Sun Xiumin hoffte, hier den Autor des Werkes kennenzulernen. Doch Heinrich Böll sagte aus Termingründen ab.

Der Alltag der chinesischen Wissenschaftler bietet nicht viel Abwechslung. Der Grund: Einerseits arbeiten sie konzentriert auf ihr Studienziel hin, andererseits haben sie kein Geld für einen gelegentlichen Theater- oder Kinobesuch. Die meisten von ihnen erhalten ein Stipendium der chinesischen Regierung, das mit 600 Mark unter dem BAföG-Satz für deutsche Studenten liegt. Die übrigen beziehen ihre monatlichen Schecks von deutschen Stiftungen. Große Sprünge sind damit nicht zu machen. Vom Gastland kennen die Chinesen meist nur die Universität und ihre engere Umgebung.

Sun Jinyuan kannte Deutschland schon, bevor ihre Hochschule sie dorthin schickte. Mit ihren Eltern wohnte sie mehrere Jahre am Aachener Boxgraben. 36 Jahre später kam sie wieder. Jetzt studiert sie Werkstoffkunde – am gleichen Institut wie damals ihr Vater.

Als Deng Xiaoping vor fünf Jahren beschloß, Wissenschaftler in den Westen zu schicken, stieß er in den eigenen Reihen auf Ablehnung. Altgediente Funktionäre fürchteten, die chinesische Intelligenz könne Gefallen am Kapitalismus finden und nicht in die Heimat zurückkehren. Doch Deng hatte dies einkalkuliert: „Wenn nur zehn Prozent nicht wiederkommen und nur zehn Prozent etwas Vernünftiges lernen, haben wir den Erfolg, den wir wollten." Was die Bundesrepublik anbelangt, war Chinas „starker Mann" zu pessimistisch. Bisher äußerten lediglich drei Chinesen den Wunsch, hier zu bleiben.

Ein Grund dafür könnte die strenge Kontrolle, der sie unterliegen, sein. Wenn sie ihr Studienziel nicht zur festgesetzten Zeit erreichen, gewährt das Erziehungsministerium in Peking nur in Ausnahmefällen eine Studienverlängerung. So sind die Chinesen oft zu verblüffenden Leistungen fähig. Allein im vergangenen Jahr promovierten 30 von ihnen nach nur zwei Jahren Aufbaustudium. In Berlin bereitet sich Zhang Shon-Zhen gerade auf sein Physik-Diplom vor – mit 21 Jahren. Deutsche Studenten machen dies im allgemeinen nach elf Semestern. Zhang Shon-Zhen brauchte fünf.

Eine Ursache für diese Leistungen ist mitunter auch die Einsamkeit der Chinesen. Selten haben sie Kontakt zu Deutschen. Und obendrein warten auf die meisten zu Hause Ehepartner und Kind. „An diese Trennung sind wir gewöhnt", erzählt Sun Jinyuan. Im modernen China sei es durchaus üblich, daß Ehepartnern an weit voneinander entfernten Orten Arbeitsplätze zugeteilt werden.

Für die Chinesen in Aachen und München ist das Problem der Einsamkeit weniger akut. Seit ein paar Monaten kümmert sich die Adam-Schall-Gesellschaft um sie. Deren Arbeit beschränkt sich nicht darauf, Stipendien zu vermitteln, in ihren Statuten steht auch, daß sie den chinesischen Wissenschaftlern und Studenten das Einleben in Deutschland erleichtern will. „Wir besorgen den Chinesen Kontakte mit deutschen Familien", erklärt Professor Hubertus Sprungala, Präsident der Adam-Schall-Gesellschaft, „vermitteln Besichtigungen nach den Wünschen der Chinesen in Kliniken, Industriebetrieben, bei Zeitungen."

Irgendwann in den nächsten Monaten und Jahren wird das Studium in Deutschland für Guo Shengying, Sun Xiumin und Sun Jinyuan zu Ende sein. Und dann? Sie sind sich einig: Das Studium im Ausland allein bedeutet noch nicht die große Karriere. Lu Chongwan aus Chengdu: „Das ist bei uns nicht wie in Japan."



Promotionsfeier in Aachen: Shi Zechang erwarb hier einen Doktorgrad im Maschinenbau
FOTO: HANSJOSEF THEISSEN

Bull soll bis nach der Volkszählung im Amt bleiben

E. N. **Bonn**

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat den Bundesbeauftragten für Datenschutz, Professor Hans-Peter Bull, in einem Schreiben gebeten, trotz seiner Bitte um Ablösung die Geschäfte auf jeden Fall bis zum Abschluß der Volkszählung weiterzuführen.

Anfang 1983 war zwischen Zimmermann und Bull einvernehmlich vereinbart worden, daß der Datenschutzbeauftragte, ohne daß dabei ein Termin genannt worden ist, bis zur Bestellung eines Nachfolgers im Amt bliebe. In einem Brief vom 5. April hatte Bull unter Bezugnahme auf die Volkszählung wiederum auf seinen Wunsch hingewiesen, wegen seiner Ansicht nach nicht ausreichender Kompetenzen seinen Posten zu verlassen. Zimmermann schrieb jetzt, diesen Passus besonders betonend: „Sie haben einen Zusammenhang zwischen ihrer Amtstätigkeit und der Volkszählung gesehen. Ich halte es in der Tat für richtig und notwendig, daß Sie als derjenige, der bei der Entstehung des Volkszählungsgesetzes beteiligt war, als jemand, der die damit entstandene öffentliche Diskussion kennt, auch bei der Durchführung der Volkszählung Ihrer Kontrollfunktion nachkommen."

Neue Medien: SPD setzt jetzt zur Kurskorrektur an

Glotz fordert zur Konzentration auf moderne Kommunikationstechnologie auf

GERNOT FACIUS, **Bonn**

Die deutsche Sozialdemokratie steuert in ihrer Medienpolitik langsam auf eine Neurorientierung hin. Anders als noch zu Zeiten ihrer Regierungsverantwortung in Bonn lehnt sie jetzt als Oppositionspartei eine politische Blockierung moderner Kommunikationstechnologien ab. Die Kurskorrektur kommt in einem Interview zum Ausdruck, das SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz der in Hannover erscheinenden „Neuen Presse" gab. Glotz plädiert darin, die industrielle Nutzung der Kommunikationstechnologie energisch voranzutreiben.

Wenn die Bundesrepublik Deutschland „nicht genauso wie bei der Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung oder bei der Unterhaltungselektronik verspielen und den Markt den Japanern überlassen will, dann muß sie sich auf das Gebiet der Kommunikationstechnologie konzentrieren". Andernfalls, so der SPD-Politiker, „können die Probleme der Arbeitslosigkeit überhaupt nicht bewältigt werden". Und an die Adresse der dieser neuen Technologie gegenüber nach wie vor kritisch eingestellten SPD-Mitglieder und Gewerkschafter richtete Glotz die eindringliche Mahnung: Der Versuch, die ganze moderne Technologie zu blockieren, würde „mit Sicherheit in einer schweren Niederlage für die Arbeiterbewegung" enden. Würde man das Wachstumspotential bei der Kommunikationstechnologie blockieren, „dann würde die Bundesrepublik ihre entscheidende Rolle als Industrienation verlieren". Es gebe „keinerlei Bereitschaft der breiten Massen zur bewußt gebremsten Industriegesellschaft oder sogar aus der Industriegesellschaft heraus".

Mit dieser Einschätzung befindet sich der SPD-Politiker, der in den 70er Jahren die sozialdemokratische Medienpolitik maßgeblich bestimmte, jetzt in größerer Nähe zur Haltung von CDU/CSU und FDP, auch wenn er der Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl vorwarf, „eine Politik des blinden Wachstums" zu betreiben. Diese Regierung, so der SPD-Bundesgeschäftsführer, möchte soviel wie möglich Kernenergie und zusätzliche Autobahnen, außerdem möchte sie die gesamte Republik verkabeln. Glotz riet den Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, sich „sehr genau zu überlegen, wie sie die Interessen der arbeitenden Menschen wirksam verteidigen können". Nach seiner Einschätzung sind „rein statische Rechnungen, die von der verständlichen Sorge vor der Wegrationalisierung ausgehen", problematisch.

Glotz markierte eine neue Argumentationslinie, die zwar von einem grundsätzlichen Ja zu der modernen Kommunikationstechnologie ausgeht, aber bestimmte Sicherungen im Sinne des sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Verständnisses eingebaut sehen möchte. Darauf zielt seine Forderung ab, diese Politik sollte „verbunden sein mit der Verstärkung gewerkschaftlicher Mitwirkungsrechte bei der Einführung der neuen Technologien".

Von mehreren Einzelgewerkschaften des DGB war in den vergangenen Monaten massiv Widerstand gegen die Einführung moderner Kommunikationstechnologien angekündigt worden.

Union weist die Forderung Bahrs zurück

dpa, **Bonn**

Die CDU/CSU hat die Forderung des SPD-Politikers Egon Bahr zurückgewiesen, nötigenfalls den Termin für die westliche Nachrüstung im Falle eines Scheiterns der Genfer Verhandlungen um ein Jahr zu verschieben. „Wenn es darum geht, den NATO-Doppelbeschluß zu torpedieren, ist Egon Bahr stets verläßlich zur Stelle", kommentierte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Volker Rühe.

Bahr hatte in einem Interview der Deutschen Welle darauf hingewiesen, daß der NATO-Doppelbeschluß 1979 mit der Vorstellung gefaßt worden sei, daß volle vier Jahre für Verhandlungen zur Verfügung stünden. Zwei Jahre sei überhaupt nicht verhandelt worden, und das erste Jahr der Verhandlungen „hat uns nicht sehr viel weitergebracht". Wenn die nächste Runde in Genf nicht die Umrisse einer Regelung ergebe, dann könne der Augenblick kommen, „in dem wir sagen, laßt uns ein zusätzliches Jahr zur Verfügung stellen, damit die Verhandlungen nicht unter Zeitdruck geraten".

Dazu erklärte Rühe, Verhandlungszeit sei vergeudet worden, weil Moskau zunächst jegliche Verhandlungen kategorisch abgelehnt habe.

„Die Volkskirche ist auf dem Rückzug"

EKD-Vergleich: Drastischer Rückgang der Taufzahlen

idea, **Hannover**

Ein langfristiger statistischer Vergleich der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zeigt, daß sich die Volkskirche weiter auf dem Rückzug befindet. Der Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea) begründet diese Einschätzung mit dem drastischen Rückgang kirchlicher Amtshandlungen in der Zeit zwischen 1963 und 1981.

In diesen achtzehn Jahren – 1981 wurde die Untersuchung abgeschlossen – hat sich die Zahl der Taufen und Trauungen mehr als halbiert: Die Taufen nahmen – vor allem aufgrund des Geburtenrückgangs – um 52,3 Prozent auf 227 025 ab, die Trauungen um 55,1 Prozent auf 91 533. „Für die Taufen ergibt sich insbesondere, daß die Zahl der Kinder, die nicht mehr im Säuglingsalter getauft wurden, von 7,4 auf 12,1 Prozent gestiegen ist", meldet idea. In Großstädten wie Berlin und Bremen beträgt der Anteil der Spättaufen 35,3 beziehungsweise 27,2 Prozent. In Hamburg sind es fast 40 Prozent. Bei den Trauungen ist der Anteil evangelischer Paare um 15 Prozent zurückgegangen, während die Zahl der Mischehen – evangelisch-katholische Paare – von 33,9 auf 41,1 Prozent stieg. Insgesamt beläuft sich der Rückgang der Eheschließungen auf 37,6 Prozent.

Nur die Zahl der Bestattungen evangelischer Christen stieg im Vergleichszeitraum um 12 008 auf 341 580. Überdurchschnittlich sank auch die Zahl der Gottesdienstbesucher. Von 1963 bis 1981 verloren die evangelischen Kirchen genau 11,2 Prozent ihrer Mitglieder, der Gottesdienstbesuch verringerte sich aber durchschnittlich um mehr als 30 Prozent, die Beteiligung am Kindergottesdienst ging sogar um 60 Prozent zurück.

Wie ferner aus einer Allensbach-Umfrage hervorgeht, besuchen nur zwei Prozent der erwachsenen Protestanten jeden Sonntag den Gottesdienst. 68 Prozent gaben an, „selten oder nie", 24 Prozent „ab und zu" und sechs Prozent „fast jeden Sonntag" in die Kirche zu gehen. In den vergangenen Jahren ist der Gottesdienstbesuch konstant geblieben.

Die meisten Besucher im Haupt- und Kindergottesdienst verzeichnen die EKD-Gliedkirchen in Württemberg mit 9,3 Prozent, die Reformierte Kirche mit 8,4 Prozent in Nordwestdeutschland, in Baden und Bayern mit je acht Prozent. Die Gliedkirchen Oldenburg (3,1), Nordelbien (2,5), Bremen (2,4) und Berlin-Brandenburg (2,2 Prozent) verzeichnen die geringste Gottesdienstbeteiligung. Die höchsten Austrittszahlen wurden in Berlin, Bremen und Nordelbien registriert.

Über die Tendenz „kirchlicher Jugendarbeit heute" gibt ein Kommentar des Monatsblattes der Evangelischen Sammlung Berlin Auskunft. Zum Wahlverhalten der Jungwähler am 6. März resümiert das Monatsblatt, „es stimmt wohl nicht mehr, was man auch in unserer Kirche viel zu oft weismachen wollte, daß die Jugend nicht konservativ sei, sondern eher zu Grünen und sonstigen Außenseitern neige". Wie die Wahlanalysen gezeigt hätten, habe gerade die jüngere Wählerschaft den Unionsparteien zum Sieg verholfen. Die Sammlung kam zu dem Ergebnis, daß die Jugend wohl kritischer geworden sei und „nicht mehr widerstandslos hinnehme, was linke Systemveränderer in Schulen und Universitäten vorerzählen".

Hartkopf und Elias. Muß Carstens entscheiden?

Rückzugswünsche von Staatssekretären machen Probleme

GISELA REINERS, **Bonn**

Wenn Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) von seiner Indien-Reise zurückkehrt, wird er vor demselben Problem stehen wie sein Kabinettskollege Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU). Nach Günter Hartkopf (Innen) will nun auch Dietrich Elias – beide sind beamtete Staatssekretäre und stammen noch aus der SPD/FDP-Koalition – in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden.

Doch diesen Wunsch sieht das Beamtenrecht nicht vor. Beamte können nur dann in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden, wenn der Dienstherr das Vertrauensverhältnis als zerstört ansieht. Der Beamte kann freilich kündigen. Dann verliert er allerdings die attraktiven Teile seiner Altersversorgung, die nach 35 Dienstjahren (wobei z. B. das Studium angerechnet wird) 75 Prozent des letzten Gehalts betragen.

Das Postministerium gibt zum Fall Elias, der zur Zeit in der Karibik Urlaub macht, „keinen Kommentar". Bekannt ist jedoch, daß Schwarz-Schilling den als Fachmann anerkannten Diplom-Ingenieur Elias gerne halten möchte, der seit 1973 auf diesem Posten für die technischen Bereiche zuständig war (u. a. für die Einführung des Fernkopierdienstes und von Bildschirmtext). Es dürfte also für Schwarz-Schilling ebenso schwierig werden wie für Zimmermann, der seinen Staatssekretär ebenfalls schätzt, darüber zu entscheiden, ob und wie der Bitte entsprochen werden kann. Sollten die Minister zustimmen, dann ist der Bundespräsident Karl Carstens gefragt, denn er muß entscheiden, ob er die Entlassungsurkunden unterschreiben will, die auf nicht ganz einwandfreiem Wege zustande gekommen sein mögen.

Während Hartkopf für seinen Rückzugswunsch „allgemeinpolitische Gründe" angibt, wird von Elias gesagt, daß er, dessen Loyalität von niemandem bestritten wird, sich in einem Konflikt befindet. Er möchte nicht von den Sozialdemokraten als Überläufer angesehen und von den der Union angehörenden Kollegen beargwöhnt werden. Aus Rücksicht auf ihn war die üblicherweise beim „Beamteten" liegende Personalhoheit einem „Parlamentarischen" zugeordnet worden, was ihm in der SPD jedoch als Schwäche ausgelegt wurde.

Weil Schwarz-Schilling Elias schätzt, soll er ihm auch die Geschäftsführung der Detecon GmbH angetragen haben, einem Zusammenschluß von Banken und Post für Planung und Betrieb von Fernmeldeeinrichtungen für ausländische Auftraggeber. Das könnte Elias neben seiner Pension von rund 120 000 noch ein Gehalt von 150 000 Mark im Jahr einbringen.

Deutsche Volksgruppe in Rumänien blutet aus

Die Folgen der Auswanderungswelle

dpa, **Bukarest**

Die Auswanderungswelle aus Rumänien zehrt an der Substanz der deutschen Volksgruppe in diesem südosteuropäischen Land. Am meisten macht sich die geistige Auszehrung bemerkbar.

Seit einigen Jahren können nach einer Vereinbarung zwischen der rumänischen Regierung und dem damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt jährlich 12 000 bis 14 000 Rumänien-Deutsche das Land verlassen. Diese Vereinbarung wird auch heute noch von Rumänien erfüllt. Nach deutschen Angaben hat sich allerdings die soziale Zusammensetzung der Auswanderer zuungunsten der Akademiker verschoben. Dies kann als Folge einer von Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu erlassenen Verordnung gesehen werden, nach der Auswanderer dem Staat die Kosten ihrer höheren Schul- und akademischen Ausbildung rückerstatten müssen. Dieses „Dekret", wie es im Volksmund heißt, betrifft etwa ein Viertel der ausreisewilligen Rumänien-Deutschen.

Vielfach ist davon die Rede, daß die Auswanderungsbewegung weniger politische Hintergründe habe, sondern eine „Wirtschaftsflucht" sei. Die Rumänen drückt der Schuh hauptsächlich bei der Versorgung, und die Vorstellung vom „goldenen Westen" – in der Zeit der Voll- und Überbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland entstanden – ist noch nicht verschwunden. Da hilft auch nicht, daß kaum eine Ausgabe der deutschen Zeitungen Rumäniens erscheint, in der nicht ein Bericht über die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik zu finden ist.

Auf Appelle, doch nicht das Deutschtum in Rumänien ganz zu zerstören, reagieren die Auswanderungswilligen meist mit Unverständnis. Wie groß die Sorge um eine kulturelle Aushöhlung mittlerweile ist, sagt ein Sprecher der Rumänien-Deutschen in Kronstadt: „Wenn es so weitergeht, muß man hier in zehn Jahren ein Goethe-Institut eröffnen, wenn man Deutschtum haben will."

Daß es früher oder später zu dem „Dekret" Ceausescus oder einer ähnlichen Maßnahme kommen mußte, darüber sind sich westliche und rumänische Beobachter einig. Einige nennen es die „Berliner Mauer auf rumänisch", weil es offenkundig darauf abzielt, den „Brain-Drain", also die Abwanderung Intellektueller, einzudämmen.

Die geistige Auszehrung macht sich mittlerweile bemerkbar. Es gibt für die 320 000 Köpfe starke deutsche Volksgruppe insgesamt 346 Schulen, aber allein im Bereich Kronstadt sind 21 Lehrerstellen mit nichtqualifizierten „freiwilligen Helfern" besetzt. Das Problem ist weniger, Lehrer der deutschen Sprache zu finden, als vielmehr deutschsprachige Fachlehrer. „Finden Sie uns doch einen Lehrer, der in der Oberstufe Geometrie in deutscher Sprache unterrichtet", heißt es dort.

Die Auswanderungsbewerber haben nach Genehmigung ihrer Ausreise den Status von Ausländern und müssen ihre Reisekosten und eine Reihe von Gebühren in West-Devisen entrichten, die sie eigentlich gar nicht haben dürfen. Nach Ansicht westlicher Beobachter zeichnet sich hier das ab, was man in Bukarest schon die „Mäzenatenlösung" nennt: „In irgendeiner Form wird der Westen zahlen..."

Die EG soll eine Säule der NATO werden

Forschungsinstitute zur europäischen Sicherheitspolitik

BERNT CONRAD, Bonn

Die Europäische Gemeinschaft sollte sich stärker als bisher mit Fragen der Sicherheitspolitik befassen und damit zur „europäischen Säule" der NATO werden. Dieser Vorschlag ist in einer Analyse der vordringlichen EG-Probleme enthalten, die das Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik gemeinsam mit den Instituten für Internationale Beziehungen in Paris, Rom, Den Haag und London ausgearbeitet hat.

„Ausgangspunkt war der Gedanke, daß die EG von einem Desintegrationsprozeß bedroht ist, der zur Zerstörung des Erreichten führen kann", betonte gestern Professor Karl Kaiser, einer der Autoren des Berichts. Um Abhilfe zu schaffen, genügt es nach Ansicht der beteiligten Institute nicht, an den bisher von der Gemeinschaft entwickelten Politiken festzuhalten. „Wir müssen neue Politiken in Angriff nehmen, wenn wir die Vorteile erhalten wollen, die den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft durch die europäische Integration verschafft wurden", heißt es in der in eineinhalbjähriger Arbeit entstandenen Denkschrift.

Mit Besorgnis wird in dem Bericht registriert, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Europa und Amerika über Sicherheitsprobleme an Zahl und Intensität zugenommen haben. Als Reaktion darauf wird nicht etwa eine unabhängige europäische Verteidigungsstruktur, sondern eine „stärkere europäische Dimension der Sicherheitspolitik" innerhalb des atlantischen Bündnisses und in enger Kooperation mit den USA empfohlen.

Konkret gehören dazu folgende Anregungen:

- Ausbau der Londoner Vereinbarung von 1981 über die Erörterung politischer Aspekte der Sicherheitspolitik im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ);
- Regelmäßige Treffen der europäischen Verteidigungsminister im Rahmen der EPZ entsprechend dem Genscher-Colombo-Plan.
- Stärkung der Westeuropäischen Union als Instrument europäischer Politik; gemeinsame Beratungen des Europäischen Parlaments mit der Versammlung der Westeuropäischen Union über Sicherheitsfragen.
- Verstärkung der konventionellen Verteidigungsstruktur in Westeuropa.
- Europäisierung der nationalen nuklearen Abschreckungssysteme.
- Errichtung einer europäischen Agentur für Rüstungsbeschaffung.

Für die Sicherheitspolitik außerhalb Europas wird in der Denkschrift vorgeschlagen, daß jene EG-Mitglieder, die dazu bereit sind, „eine Kerngruppe bilden, die Maßnahmen wie zum Beispiel diplomatische Interventionen, wirtschaftliche Hilfe sowie Friedenswahrung und erforderlichenfalls militärische Maßnahmen, beispielsweise Eingreifverbände, plant und durchführt".

Generell verlangen die Autoren – vor allem mit dem Blick auf die geplante EG-Erweiterung –, daß alle Mitglieder nicht nur die Vorteile, sondern auch die Verpflichtungen der Gemeinschaft bejahen. „Der harte Kern der europäischen Integration, den alle Mitgliedstaaten akzeptieren müssen, umfaßt den gemeinsamen Binnenmarkt, die ihn umgrenzende Zollunion auf der Grundlage des Prinzips der Gemeinschaftspräferenz und die Beachtung gemeinsamer Maßnahmen gegenüber dritten Ländern."

Weitere Vorschläge zielen auf eine Ausweitung des Europäischen Währungssystems (EWS), eine gemeinsame und effektive Energiepolitik, eine Reform der gemeinsamen Agrarpolitik, neue Methoden des Haushaltsausgleichs, Förderung zukunftsträchtiger europäischer Industriestrukturen durch eine gemeinschaftliche Industriepolitik, sowie eine wirksamere Struktur der gemeinschaftlichen Entscheidungsmechanismen.

Biedenkopf will Herausforderung „auf allen Ebenen annehmen"

CDU Rheinland und Westfalen einig: Spitzenkandidaten „einvernehmlich" wählen

WILM HERLYN, Düsseldorf

Was passiert mit einem Fahrzeug, in dem einer voll auf das Gaspedal drückt, ein anderer mit beiden Füßen auf die Bremse steigt? In dieser Lage befindet sich die nordrhein-westfälische CDU. Sie muß sich entscheiden, wer den Wagen lenken soll: Der Chef der westfälisch-lippischen CDU und Oppositionsführer Kurt H. Biedenkopf oder der Vorsitzende des mitgliederstärksten Landesverbandes Rheinland, Bernhard Worms.



Kurt Biedenkopf: Keine Mehrheit mehr im eigenen Landesverband?

Zwar ist bis zur Landtagswahl 1985 noch eine lange Strecke zurückzulegen, doch drängt vor allem Kurt Biedenkopf schon seit 1980 auf die Beantwortung der Frage: Wer soll der Herausforderer von Ministerpräsident Johannes Rau sein? Worms dagegen wich bisher aus. Eine Serie von Beratungen soll in dieser Woche nun Aufschluß geben. Denn aus dem Osterurlaub zurückgekehrt stellte Biedenkopf fest, daß er durchaus keine Mehrheit – noch nicht mal in seinem eigenen Landesverband – auf sich vereinigen kann. Die beiden Streithähne vereinbarten für die kommenden Tage absolutes Stillschweigen in der Öffentlichkeit, damit keiner entweder „hochgelobt oder beschädigt" werde.

Die am Montag getrennt tagenden Landesvorstände von Westfalen-Lippe und des Rheinlandes entschieden aber in einer Art Meinungsbildung, daß der Spitzenkandidat „einvernehmlich" nominiert werden soll, um ein offenes Aufeinanderprallen zu vermeiden. Beide Gremien sind sich auch darüber im klaren, daß die Kandidatur bis zum 7. Mai entschieden sein müsse. An jenem Tag treffen sich die Delegierten zum CDU-Bundesparteitag, der Ende Mai in Köln stattfindet. Dazu sollen nach Auffassung der Westfalen eine Landesversammlung einberufen werden, die nach ihrer Meinung geeignet erscheint, den Spitzenkandidaten für 1985 zu wählen. Dagegen aber steht die Parteisatzung, nach der nur das sogenannte 120er Gremium – paritätisch besetzt von Westfalen und Rheinländern – zwölf Monaten vor der Landtagswahl einmalig zusammentritt, um die Liste aufzustellen.

Aus dem Rheinischen ist nun ein Papier in die Diskussion eingebracht, in dem vorgeschlagen wird, ein Wahlgremium aus beiden Landesvorständen und den je 27 Kreisvorsitzenden könne den Herausforderer von Johannes Rau küren. Vor seinem Vorstand hat dabei Biedenkopf deutlich betont, er werde „sich den Herausforderungen auf allen Ebenen stellen".

Beide Landesvorstände beraten an diesem Freitag getrennt. In Köln werden dabei auch die Bezirksvorsitzenden hinzugezogen. Nicht ausgeschlossen ist aber, daß es anschließend zu einer gemeinsamen Konferenz westfälischer und rheinischer CDU-Spitzenpolitiker kommen könnte.

Ein Beweggrund, die Personalentscheidung schon jetzt herbeizuführen ist die drohende Möglichkeit, daß Biedenkopf auf dem Kölner Parteitag nicht wieder zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt wird. Diesen Platz beansprucht in dem ohnehin eng besetzten Gremium der Stellvertreter Kohl auch Bernhard Worms. In der CDU bildete sich dazu aber mehrheitlich die Meinung heraus, daß der Herausforderer Raus in jedem Fall dort vertreten sein müsse. Rau ist nicht nur Landesvorsitzender der SPD in Nordrhein-Westfalen, sondern auch einer der Vize von SPD-Chef Willy Brandt.

Mit Aufmerksamkeit wurde auch die Tatsache vermerkt, daß es Kurt Biedenkopf innerhalb weniger Wochen zum zweitenmal nicht gelang, eine Sitzung des Landespräsidiums – die Klammer zwischen den beiden Landesverbänden – zustandezubringen. Kurz vor geplantem Beginn mußte er diese am späten Montagnachmittag absagen. Er wäre ohnehin praktisch mit seinem Kontrahenten Worms und den beiden Landesgeschäftsführern allein gewesen. Fast alle anderen Präsidiumsmitglieder hatten angegeben, sie seien wegen anderweitiger terminlicher Verpflichtungen verhindert.

In der SPD sieht man die Vorgänge bei der CDU nicht nur mit Schadenfreude. Die Führungsspitzen sind sich nicht einig darüber, wer der für Johannes Rau gefährlichere Herausforderer wäre. Sie erinnern sich an die überragende Intelligenz und Rhetorik des Oppositionsführers im Landtag: Biedenkopf hatte mehrfach Johannes Rau in Plenardebatten ausgestochen. Auf der anderen Seite müssen sie Bernhard Worms vielleicht mehr fürchten, der wie Rau auf die Menschen zugeht und den Dialog sucht und „draußen im Land" ankommt.

Die CDU wird sich aber auch im Hinblick darauf entscheiden müssen, wie ihr Kandidat mit einem möglichen Koalitionspartner FDP umgehen kann. Als sicher gilt, daß der Ende April neu zu wählende Landesvorsitzende der Freien Demokraten, Jürgen Möllemann, eine Koalitionsaussage zugunsten der CDU befürworten wird.

Seite 2: Endspurt im Revier

Auch wer Sozialhilfe bekommt, soll arbeiten

Berliner Senat hat Verpflichtungs-Programm beschlossen

F. DIEDERICHS, Berlin

Mit der gestern beschlossenen Einführung eines verpflichtenden Arbeitsprogrammes für Sozialhilfeempfänger will der Berliner Senat „als erstes Bundesland konsequent und intensiv den Vorschriften des Bundessozialhilfegesetzes Folge leisten". Gestern wurde die von Sozialsenator Ulf Fink (CDU) eingebrachte Senatsvorlage verabschiedet, die von den rund 117 000 Sozialhilfe-Empfängern an der Spree etwa 15 000 Personen als „arbeitsfähig" charakterisiert und diese zu „gemeinnützigen Arbeiten" heranziehen möchte.

Der Berliner Sozialpolitiker beruft sich bei dem Beschluß auf den Paragraphen 19 des Bundessozialhilfegesetzes. Er verpflichtet den Träger der Sozialhilfe, für erwerbslose Sozialhilfeempfänger Arbeitsgelegenheiten im öffentlichen Dienst zu schaffen. „Die Kommunen sind bisher diesem Gesetzesauftrag nicht ausreichend nachgekommen", begründete Fink sein Modell.

Gegenleistung will der Berliner Senat arbeitsfähigen Sozialhilfebeziehern in den Bereichen der Sport- und Gartenbauämter, Krankenhäuser, Seniorenheimen, Behörden, Forstverwaltungen und Museen abfordern. Entlohnt werden die nicht mehr an andere Arbeitsstellen vermittelbaren Sozialhilfeempfänger mit einem Stundensatz von drei Mark und der Erstattung der Fahrkosten, die Sozialhilfe wird weitergezahlt.

In dem Beschäftigungsprogramm sieht der CDU-Politiker nicht nur eine Möglichkeit, bei vornehmlich jugendlichen Erwerbslosen „negative psychosoziale Schädigungen" zu vermeiden. Erwartet wird auch ein „Entlastungseffekt in der Sozialhilfe": Wer sich weigert, eine zumutbare Arbeit zu leisten, hat keinen Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt. So bestimmt es Paragraph 25 des Bundessozialhilfegesetzes. Berlins Sozialsenator: „Wir werden die laufende Sozialhilfe dann kürzen oder ganz streichen." Fallen beispielsweise bei nur 500 Sozialhilfeempfängern die monatlichen Zuwendungen weg, entstehen dem Landeshaushalt Einsparungen in Höhe von jährlich viereinhalb Millionen Mark.

Von finanzpolitischen Überlegungen getragen, entpuppte sich schon im vergangenen Jahr ein ähnliches Fink-Konzept als Volltreffer. Als die Sozialverwaltung ausländische Asylbewerber – die ebenfalls Sozialhilfe beziehen – zur Granulat- und Laubbeseitigung auf die Berliner Straßen schickte, ging die Zahl der Asylbewerber sprunghaft um mehr als 30 Prozent zurück. Der Senat sparte so annähernd 30 Millionen Mark ein.

Während das Arbeitsprogramm für Asylbewerber auf eine eher kurzfristige Beschäftigung abzielte, könnte nach Finks Auffassung aus einer Arbeitsstelle für einen erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger ein längerfristiges Arbeitsverhältnis entstehen, das dann für den Sozialhilfe-Bezieher einen weiteren Anreiz bietet. Schon nach zwölf Monaten könne dieser Anspruch auf Arbeitslosengeld erheben.

In Berlin, das im regionalen Vergleich mit den übrigen Bundesländern mit 79 Sozialhilfeempfängern auf 1000 Einwohner am ungünstigsten abschneidet, fand der Senatsbeschluß nur geteilte Zustimmung. Der Vorsitzende der Berliner ÖTV, Heinz Hackbarth, hält den Senatsbeschluß für „arbeitsmarktpolitisch widersinnig" und argumentiert, erst würden öffentliche Arbeitsplätze abgebaut und die Arbeitslosigkeit verschlimmert, dann würden Arbeitslose zu Sozialhilfeempfängern, die schließlich wieder zur Arbeit im öffentlichen Dienst verpflichtet würden. Sozialsenator Fink wies diesen Vorwurf als „unbegründet" zurück und betonte, er folge nur dem Gesetzesauftrag, „ohne daß uns hier ein Ermessensspielraum zusteht".

Tarifverhandlung mit moderaten Tönen

Minister Zimmermann verwahrt sich gegen „unerbetene Ratschläge" für öffentlichen Dienst

GÜNTHER BADING, Bonn

Belastungen der in diesem Jahr ohnehin besonders schwierigen Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst durch Erklärungen nicht kompetenter Politiker sind nach Ansicht von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann „überflüssig wie ein Kropf". Zimmermann ließ diese Erklärung abgeben, nachdem die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes empört auf die „unerbetenen Ratschläge" von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff zu den Tarifverhandlungen für die 2,8 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes reagiert hatten. Die Verhandlungen sollen morgen in Stuttgart weitergehen.

Was die Gewerkschaften und den Innenminister gleichermaßen empörte, war Lambsdorffs Empfehlung, die Einkommenserhöhung für den Tarifbereich von Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst wie bei den Beamten auf zwei Prozent zu begrenzen. Verständlich wird diese Empörung, weil die Diskussion zwischen Gewerkschaften und Bundesregierung um angebliche „Lohnleitlinien" gerade ausgeräumt schien.

Ärger verursachte Zimmermann aber nicht nur der Wirtschaftsminister, sondern auch ein Interview von Sozialminister Blüm in der „Zeit". Blüm hatte dort laut überlegt, daß das Zwei-Prozent-Signal für 1983 ausschließlich für die Beamten, nicht aber auch – zumindest in seinem Volumen und der Größenordnung – für die Arbeitnehmer gelte. Dadurch war der Anschein eines Spielraums nach oben erweckt worden, wobei Blüm sogar die Zahl Vier genannt hatte. Dies wiederum wurde von Zimmermann geradezu als fatal empfunden.

Beobachtern der Tarifrunde im öffentlichen Dienst ist aufgefallen, daß der Innenminister sehr rasch die Brisanz der Diskussion um Lohnleitlinien erkannt hat und deshalb intern und öffentlich immer wieder auf den Grundsatz der Tarifautonomie in der Lohnrunde für Arbeiter und Angestellte gepocht hat. Andererseits bemühte sich die neue Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), Frau Wulf-Mathies, ebenso deutlich um moderate Töne in Richtung Innenministerium. Die Forderung an Zimmermann, sich von Lambsdorff zu distanzieren, vermied beispielsweise sorgfältig jeden Angriff auf den Innenminister selber.

Am Donnerstag werden die öffentlichen Arbeitgeber in Stuttgart ein konkretes Angebot vorlegen. Sämtliche Gewerkschaften, die ÖTV an der Spitze, fordern für den öffentlichen Dienst fünf Prozent mehr Lohn und Gehalt bei einem Mindestbetrag von 110 Mark monatlich und der Einführung von 30 Urlaubstagen für alle Beschäftigten. Das Arbeitgeberangebot, über das am Vormittag die Vertreter von Bund, Ländern und Gemeinden beraten werden, wird wohl kaum aus einer nackten Lohnzahl bestehen; schon, weil dies dann von der Größenordnung her nach der „Lohnleitlinie" der Beamtenbesoldung aussehen müßte. Zu vermuten ist, daß ein Angebotspaket geschnürt werden wird, dessen Lohnzahl sogar unter zwei Prozent liegen könnte, das auf der anderen Seite aber Zugeständnisse beim Sockelbetrag und der Urlaubsforderung zum Inhalt haben könnte. Keinesfalls verzichten will man im Innenministerium darauf, trotz des Widerstandes der ÖTV, auch die Zusatzversorgung der öffentlich Bediensteten in die Tarifverhandlungen einzubeziehen. Innenminister Zimmermann will die „Überversorgung" abbauen, die dazu geführt hat, daß die Alterseinkommen teilweise höher als die Nettobezüge während der aktiven Arbeit sind.

An der zweiten Verhandlungsrunde am Donnerstag wird voraussichtlich noch der beamtete Staatssekretär Günter Hartkopf teilnehmen, der sich schon unter Zimmermanns Vorgängern einen Ruf als hervorragender Fachmann im Tarifbereich erworben hatte. Da er allerdings aus dem Amt scheidet, muß der neue Innenminister künftig stärker auf den ebenso renommierten Sachverstand des Abteilungsleiters von Hartkopf, Ministerialdirektor Breier, zurückgreifen.

Gastgeber USA will Fehlschlag vermeiden

Weltgipfel im Mai soll durch Treffen vorbereitet werden

HEINZ HECK/rtr, Bonn/Brüssel

Nach dem Fehlschlag von Versailles im vergangenen Juni wollen die sieben Teilnehmer des Weltwirtschaftsgipfels nun ein neues Verfahren proben: Der Gastgeber USA hat die Wirtschafts- und Finanzminister vor dem Gipfel Ende Mai in Williamsburg zu vorbereitenden Gesprächen nach Washington, Brüssel und Paris eingeladen.

Danach sollen sich die Wirtschaftsminister am 27. und 28. April in Brüssel, die Finanzminister am 29. April in Washington treffen und am 10. und 11. Mai gemeinsam am Rande der Jahrestagung der OECD in Paris zusammenkommen. Die Termine werden in Bonn nicht offiziell bestätigt, da Washington die Treffen zunächst als geheim eingestuft hat, obwohl Finanzminister Donald Regan sie bei einer Pressekonferenz ausdrücklich nannte.

Eine Tagesordnung ist noch nicht bekannt, doch werden die wichtigsten Themen durch die jüngsten handels- und wirtschaftspolitischen Streitpunkte innerhalb des westlichen Bündnisses bestimmt: Ost-West-Handel, Agrarexport und -subventionen sowie der zunehmende Protektionismus ganz allgemein und Währungsinterventionen auf den Devisenmärkten.

Auch wenn sich neuerdings vor allem in den USA die Anzeichen der konjunkturellen Erholung mehren, so ist die weltwirtschaftliche Entwicklung nach wie vor unbefriedigend und dürfte daher ebenfalls ausgiebig erörtert werden – mit dem Ziel, Maßnahmen zur Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Bekämpfung internationaler Wirtschaftsprobleme zu finden.

Die Bundesrepublik spielt bei dem Treffen eine besondere Rolle, da sie bis zur Jahresmitte turnusmäßig den Vorsitz in der EG innehat (vier der sieben Gipfelpartner gehören der Gemeinschaft an, und Bonn kann stellvertretend für die nicht anwesenden Mitglieder sprechen). Diesem Aspekt dürfte auch schon bei dem am Freitag beginnenden Washington-Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl Bedeutung zukommen.

Sowohl bei dem Treffen Reagan/Kohl wie in den Ministerrunden gilt die künftige Gestaltung des Ost-West-Handels als ein besonders heißes Eisen. Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff hat die Vereinigten Staaten am Wochenende davor gewarnt, durch „übertriebene Forderungen" in Richtung weiterer Beschränkungen die politische Diskussion in der Bundesrepublik mit Blick auf die im Herbst sich verschärfende Nachrüstungsdiskussion zusätzlich zu belasten.

Im Rahmen des Cocom (einem Zusammenschluß praktisch aller NATO-Partner plus Japan) bemühen sich die USA seit annähernd zwei Jahren, den Export in den Ostblock durch Erweiterung der Cocom-Liste drastisch einzuschränken. Im Cocom hat die Stimme jedes Mitglieds großes Gewicht. Nach den Regeln genügt schon das Veto eines Landes, um Exportanträge für in der Cocom-Liste aufgeführte Waren abzulehnen. Vor allem deshalb wird im Cocom so hart um die Neuformulierung der Politik gerungen.

CDU-Politiker Dallmeyer gestorben

lam. Kiel

Die Clausewitzsche Maxime, immer „das Ende des Kriegstheaters" im Kalkül zu haben, war der Leitspruch des CDU-Bundestagsabgeordneten Harm Dallmeyer, der im Alter von 40 Jahren in seinem Heimatort Schleswig an den Folgen eines Herzinfarkts gestorben ist. Der Berufsoffizier Dallmeyer zählte zu den hoffnungsvollsten Nachwuchspolitikern in Schleswig-Holstein.

Bei der Bundestagswahl 1980 trat er zum ersten Mal gegen den SPD-Politiker Egon Bahr im Wahlkreis 1 Schleswig-Flensburg an. Über die Landesliste rückte er in das Bonner Parlament ein. Vor gut einem Monat gelang es ihm im Bundestagswahlkampf, gegen Egon Bahr das Direktmandat zu erringen. Bei der bevorstehenden Kabinettsumbildung durch Ministerpräsident Uwe Barschel galt Dallmeyer als Kandidat für ein Ministeramt.

Als Generalsekretär der schleswig-holsteinischen CDU machte sich Dallmeyer über die Grenzen der Partei hinweg schnell einen Namen. Unter seiner dreijährigen Geschäftsführung wuchs der Landesverband um 8000 Mitglieder auf 40 000. Als Landtagsabgeordneter war er medienpolitischer Sprecher seiner Fraktion. In Bonn widmete er sich der Verteidigungspolitik.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Japans LDP bekämpft sich wieder selbst

FRED de la TROBE, **Tokio**

Bei den Präfektur- und Kommunalwahlen in Japan schnitt die regierende Liberaldemokratische Partei (LDP) schlechter als erwartet ab. In zwei scharf umstrittenen Bezirken – Hokkaido und Fukuoka – siegten die Kandidaten der Linksparteien zum ersten Mal seit 24 beziehungsweise 16 Jahren. In Tokio, Osaka und anderen Präfekturen setzen sich die LDP-Bewerber zwar meist durch, doch hatte die Opposition dort nur schwache oder gar keine Kandidaten aufgestellt.

Kritiker Nakasones in der eigenen Partei geben sogar dem Eintreten des Ministerpräsidenten für eine größere militärische Kraftentfaltung Japans die Schuld an dem unbefriedigenden Wahlausgang. Nakasone hatte in den letzten Monaten versucht, sich mit einer realistischen Verteidigungspolitik zu profilieren, stieß dabei aber auf mehr Widerstand als erwartet.

Da die LDP ihr „Klassenziel" nicht erreichte, sind die Aussichten auf eine vorzeitige Auflösung des Unterhauses und gleichzeitige Wahlen für beide Häuser des Parlaments im Juni – zu der Zeit sind Oberhaus-Wahlen fällig – weniger wahrscheinlich geworden.

Nakasone hatte in letzter Zeit angedeutet, er werde von seinem Vorrecht Gebrauch machen, das Unterhaus in Bälde aufzulösen. Die Legislaturperiode der Volksvertretung läuft noch bis Mitte 1984.

Der ehemalige Ministerpräsident Takeo Fukuda, einer der Hauptkritiker Nakasones in der LDP, meinte, die Regierung und die LDP müßten jetzt Selbstkritik üben und einen vorsichtigen politischen Kurs steuern. Fukuda, der frühere Premier Suzuki und der unterlegene Rivale Nakasones bei den letzten Parteiwahlen, Toshio Komoto, sind gegen eine vorzeitige Auflösung des Unterhauses. Sie befürchten, daß sich bei vorgezogenen Wahlen das Kräfteverhältnis unter den LDP-Gruppen zu ihren Ungunsten verschieben könnte.

Die Oppositionsparteien wollen jedoch bald im Parlament eine Abstimmung über ihre Resolution erzwingen, die den wegen der Annahme von Bestechungsgeldern angeklagten Ex-Premier Tanaka zur Aufgabe seines Parlamentsmandats auffordert. Sollte die Regierung eine Abstimmung über diesen Antrag weiterhin zu verhindern versuchen, will die Opposition ein Mißtrauensvotum gegen Nakasone und sein Kabinett einbringen, dem sich auch Teile der Nakasone-Gegner in der LDP anschließen könnten.

(SAD)

MX soll in alte Silos. Auch kleinere Rakete mit nur einem Sprengkopf empfohlen

Das neue System verringert die eigene Verwundbarkeit / Kritik an den Vorschlägen der Scowcroft-Kommission

TH. KIELINGER, **Washington**

Neue Bewegung und neue Opposition gibt es in der amerikanischen Strategie-Debatte. Auslösendes Moment war die jetzt vorgestellte Empfehlung einer Sonderkommission, wie das Problem der landgestützten strategischen Atomwaffensysteme zu lösen sei. Die Kommission hat jetzt endgültig vorgeschlagen, 100 Raketen des neuen Systems MX – mit je zehn Sprengköpfen – in bestehenden Silos der Minuteman-Raketen unterzubringen, aber gleichzeitig beschleunigt eine neue kleinere und leichtgewichtige Interkontinentalrakete mit nur einem Sprengkopf zu entwickeln.

Die Stationierungsart dieser nur auf 15 Tonnen Gewicht veranschlagten Rakete – die MX wiegt etwa 100 Tonnen pro Stück – sollte möglicherweise mobil sein. Dieses neue System würde zwei Anforderungen genügen: Es wäre weniger verwundbar, und es würde gleichzeitig für den Gegner weniger bedrohlich sein als ein Mehrfachsprengkopf-System.

Der Vorschlag ist sofort auf Kritik der Opposition vor allem im Kongreß gestoßen. Beide Häuser hatten bereits vor 16 Monaten die Idee einer MX-Dislozierung in bestehenden – vielleicht noch zu härtenden – Minuteman-Silos abgelehnt. Das Argument lautete: Wenn die Regierung sich schon Sorgen um das Überleben ihrer landgestützten Minuteman-Strategiewaffen gegenüber einem potentiellen sowjetischen Erstschlag macht, um wieviel größer muß die Verwundbarkeit bei dem teuren neuen MX-System sein, wenn es in den gleichen, von der sowjetischen ICBM-Übermacht bedrohten Silos stationiert wird.

Mehrere demokratische Senatoren, aber auch ein so bekannter liberaler Republikaner wie Senator Mark Hatfield (Oregon) haben bereits angekündigt, daß sie den Bau und die Stationierung der MX jetzt noch energischer als bisher bekämpfen werden.

Vor solchem Widerstand warnt die Kommission eindringlich. „Wirkungsvolle Abschreckung", heißt es in dem Text, „hängt zu nicht geringem Teil davon ab, welches Bild sich die Sowjets von unserem nationalen Willen und Zusammenhalt machen. Die MX aufzugeben, nachdem sie zur Testreife vorgedrungen ist, nachdem bereits 5 Milliarden Dollar für sie ausgegeben wurden und nachdem die letzten vier Präsidenten die Bedeutung dieses Systems hervorgehoben haben, vermittelt den Sowjets nicht den Eindruck, daß wir den Willen haben, der für effektive Abschreckung vonnöten ist."

Trotzdem weicht die von General Scowcroft, dem früheren Chef des Nationalen Sicherheitsrates (unter Präsident Ford), geleitete Kommission der Frage der Verwundbarkeit der landgestützten nuklearstrategischen Systeme nicht aus. Sie stellt die Debatte vielmehr in ein neues Licht, mit der Behauptung, daß man in den letzten Jahren zu isoliert und zu sehr in kurzfristiger Denkweise das Problem der ICBM-Verwundbarkeit angegangen sei. In dieser Argumentation steckt auch Kritik an der Reagan-Administration, die das sogenannte „Fenster der Verwundbarkeit" und die Bemühungen, es ein für allemal zu schließen, zu einem zentralen Anliegen ihres strategischen Konzepts gemacht hatte.

Die Scowcroft-Kommission sagt dazu: Die Verwundbarkeit unserer landgestützten strategischen Systeme ist kurzfristig gar nicht zu beseitigen – aber das wiegt weniger, als man bisher geglaubt hat, denn die gesamte bestehende Triade der amerikanischen strategischen Abschreckung: zur Luft (Bomber), zur See (U-Boote) und auf Land (ICBM) bietet ausreichenden Schutz vor einem sowjetischen Überraschungsangriff.

Gründe für Erweiterung des strategischen Arsenals

Warum dann dennoch die Notwendigkeit der MX? Die von Reagan im Januar eingesetzte Kommission führt vier Gründe an:

1. Die Hoffnung auf Fortschritte im Abrüstungsbereich macht es geradezu zwingend, daß die USA ein landgestütztes System besitzen, das von annähernd der gleichen Bedrohlichkeit für die sowjetischen landgestützten Systeme ist wie die SS 18 und SS 19 der Sowjets für die amerikanischen ICBM-Waffen.
2. Wirkungsvolle Abschreckung gelingt nicht mit Hilfe von Schubladenplänen, die doch nie reifen, sondern nur mit der Entschlossenheit, vorhandene Waffen, die schon Testreife erreicht haben, auch zu dislozieren.
3. Die gegenwärtige Ungleichheit der landgestützten ballistischen Systeme unterminiert die amerikanische nukleare Garantie für die NATO. Diese Garantie setzt letztlich voraus, daß die USA eine dem sowjetischen Vermögen vergleichbare Fähigkeit besitzen, gehärtete Punktziele – Kommandozentralen, Industriezentren, Raketenbasen – zu treffen. Mit den bestehenden Minuteman-Raketen ist diese Mission nicht ausreichend abgedeckt, die Abschreckung mithin nicht fehlerfrei.
4. Daraus folgt, daß die landgestützten Raketen dringend der Modernisierung bedürfen. Dieses Argument – das wird nicht ausdrücklich gesagt, steht aber zwischen den Zeilen – widerspricht gleichzeitig der amerikanischen „Freeze"-Bewegung.

Alexander Haig, ein Mitglied der Scowcroft-Kommission, fügte vor der Presse noch einen ihm sehr wichtigen Punkt hinzu: Die europäischen Verbündeten würden kaum zur Dislozierung neuer Mittelstreckenwaffen zu bewegen sein, wenn die USA sich weiterhin Jahr für Jahr von der Einführung eines neuen landgestützten Systems in ihrem strategischen Arsenal herumdrückten.

Revolutionär wirkt die Kommission mit ihrer Forderung nach der landgestützten ballistischen Rakete der Zukunft: ein Einfachsprengkopf-System. Es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Sowjets von den Vorzügen dieser neuen Idee zu überzeugen sind.

Hinter der Abkehr von Systemen mit Mehrfachsprengköpfen (MIRV) steht ein einfacher Gedankengang. Technischer Fortschritt und die Begrenzung von Trägersystemen, wie unter SALT I und II vereinbart, haben es mit sich gebracht, daß die einzelne Rakete immer „wertvoller" wurde: Heute kann sie schon bis zu 14 einzeln ins Ziel gelenkte Sprengköpfe tragen. Das heißt: Eine immer größere Kluft tut sich auf zwischen der verfügbaren Sprengkopf-Zahl und den Zielen, auf die sie gerichtet sind.

Die Sowjets brauchen nur einen geringen Teil ihrer etwa 5500 Sprengköpfe auf landgestützten Raketen gegen die amerikanische ICBM-Streitmacht (zur Zeit: 1047 Raketen) anzusetzen, um sie auszulöschen. Die einzelne Rakete ist nicht nur wertvoller als Trägerwaffe, sie ist auch ein immer lohnenderes Ziel geworden. Destabilisierung ist langfristig die Folge: Man kann mit einem immer geringeren Teil des eigenen Arsenals einen immer größeren des anderen treffen.

Was Henry Kissinger – ein beratendes Mitglied der Scowcroft-Kommission – bereits darstellte, rückt das jetzt vorgelegte Schlußdokument in den Mittelpunkt der Analyse: Die Einfachsprengkopf-Rakete, mobil disloziert, nimmt die bedrohliche Ungleichkeit zwischen Sprengkopf-Zahl und Trägersystem wieder zurück. Sie reduziert drastisch den Wert der einzelnen Rakete und erhöht damit Stabilität und Sicherheit.

Denn: Wenn es nur noch Einfachsprengkopf-Raketen gäbe, müßte die eine Seite nahezu ihren gesamten Bestand an ICBM-Systemen aufwenden, wollte sie die andere Seite vernichtend in ihrem landgestützten Arsenal treffen. Mit anderen Worten: Während sich der Wert der einzelnen Rakete als Zielobjekt verringert, erhöhen sich die Kosten eines Überraschungsschlages für den potentiellen Angreifer.

Auch Sowjets testeten bereits zwei neue Typen

Umgekehrt nimmt mit der Verringerung des Wertes der einzelnen Rakete auch die Gefahr ab, die von ihr als offensivem System ausgeht: Sie hat keine Erstschlagkapazität mehr, taugt nicht mehr zu einem Präventivschlag.

Da aber nicht sicher ist, ob die Sowjets diesem Übergang in eine neue Abrüstungsära zustimmen werden, und da man praktischerweise nicht so viele Einzelsprengkopf-Raketen bauen kann, wie die Sowjets an Mehrfachsprengköpfen besitzen, ist auch deshalb – so argumentiert die Scowcroft-Kommission – die Beibehaltung eines Systems wie der MX vorerst unverzichtbar.

Theoretisch verstößt der Vorschlag der überparteilichen Kommission, zwei neue strategische Waffensysteme zu entwickeln, gegen die Bestimmungen des SALT-II-Vertrages, der nur die Entwicklung eines neuen Systems erlaubt. Praktisch hat dies jedoch keine Folgen. SALT II läuft Ende 1985 aus. Die MX wird aber erst 1986 produktionsreif sein, das neue mobile System sogar in den 90er Jahren. Auch die Sowjets haben im übrigen bereits zwei neue Systeme getestet.

Seite 2: Scowcrofts neuer Ansatz

Irans Armee blutet sich im Golfkrieg aus

Aber langfristig stehen die Chancen für Irak schlechter

PETER M. RANKE, **Beirut**

Eine neue persische Offensive 80 Kilometer westlich von Dezful ist an den gut ausgebauten Stellungssystemen der Iraker in der Steppe und an der überlegenen irakischen Luftwaffe gescheitert. Angeblich konnten die gemischten Einheiten der persischen Armee und der Revolutionsgarden zwar einige hundert Quadratkilometer Land „befreien", doch waren die Verluste an Toten und Gefangenen hoch. Unter ihnen sind zahlreiche Jungen im Alter zwischen 13 und 18 Jahren, die auf ihren Hemden die Worte tragen „Der Imam weist den Weg in das Paradies".

Noch immer hält die irakische Armee vor der Missan-Provinz zwischen Bagdad und Basra einen 30 Kilometer breiten Streifen persischen Gebiets besetzt. Das von Khomeini proklamierte Ziel, die Iraker überall rund fünfzig Kilometer hinter die eigene Grenze zurückzutreiben, haben die Perser trotz vier großer Offensiven seit vorigem Juli nicht erreicht.

Militärische Beobachter machen die dauernden Streitereien zwischen Armeeführung und Revolutionsgarden sowie die bessere Kampfmoral der Iraker, die jetzt die Heimat verteidigen, für die persischen Fehlschläge verantwortlich. Die persischen Brigaden sind auf zwei statt drei Bataillone zusammengeschmolzen. Eines der zwei Bataillone besteht stets aus jungen, schlecht ausgebildeten Revolutionsgardisten (Pasdaran), die oft von bewaffneten Mullahs kommandiert werden.

Die Perser verfügen nur noch über eine motorisierte Division mit Panzern; eine Fallschirmjäger-Division wird aus Mangel an Flugzeugen als Infanterie eingesetzt. Es fehlt bei der Luftwaffe an Ersatzteilen für die F-4 und F-5 aus Amerika. Dagegen hat Irak neue „Mirage" aus Frankreich und MiGs aus Ägypten erhalten.

Moskau und Syrien haben die Waffenlieferungen an Teheran nicht eingestellt, denn die Perser zahlen bar und lieferten den Sowjets zwei französische Exocet-Raketen aus, die sie von den Irakern erbeutet hatten. Für die Sowjets ist wichtig, daß die Perser den afghanischen Widerstandskämpfern nicht stärker mit Waffen und Geld helfen.

Trotz des dritten Kriegsjahres und trotz der letzten militärischen Mißerfolge herrscht in Persien unangefochten Khomeini. Die Regierung unter Hussein Masavi hat das Nachfolge-Problem für den 81jäh-rigen geregelt und dank der herr-schenden Mullahs ein dichtes Kon-trollnetz über das Land gelegt. Die Moscheen dienen zugleich als Gebetsstätten, Suppenküchen für die Armeen, Rekrutierungsbüros und Überwachungszentralen.

Jede Opposition im Lande wird weiter gnadenlos verfolgt, Hinrichtungen von links-nationalistischen Mudjahedin und Bahai-Anhängern sind an der Tagesordnung. Die von Paris aus arbeitende Opposition unter Ex-Präsident Bani-Sadr hat heute keine Chance. Das einzige Machtinstrument, das den Mullahs gefährlich werden könnte, die Armee, bleibt im Golfkrieg und verblutet dort.

Khomeini verlangt zur Beendigung des Krieges jetzt nicht mehr den Sturz des irakischen Präsidenten Saddam Hussein, sondern seine Verurteilung als Angreifer, einen Truppenrückzug bis fünfzig Kilometer hinter die Grenze und 50 Milliarden Dollar als Kriegsentschädigung. Anders als Irak fördert Persien über zwei Millionen Barrel Rohöl täglich für den Export und hat die Bedürfnisse der Bevölkerung auf ein Minimum an Überleben und Entwicklung reduziert. Einschränkungen und Knappheiten im täglichen Leben müssen durch stramme Frömmigkeit ersetzt werden.

Während Persien den Golfkrieg offenbar noch lange weiterführen kann, verliert Irak diesen Abnützungskrieg immer deutlicher, obwohl die Front hält. Das Land fördert nur noch 650 000 Barrel Öl täglich, das wegen der syrischen Blockade nur über die Türkei exportiert werden kann. Die Devisen-Einnahmen sind daher auf 6 bis 8 Milliarden Dollar jährlich gesunken, die Schulden wuchsen auf über 30 Milliarden.

Bagdad hat Devisen-Zahlungen an ausländische Firmen praktisch eingestellt, rund eine Million ausländischer Arbeiter haben Irak schon verlassen. Am schwersten ist die Krise in der Bauindustrie, wo Firmen nur noch Aufträge erhalten, wenn sie langfristige Bankkredite mitbringen. Erschwerend kommt hinzu, daß die arabischen Nachbarn wie Kuwait und Saudi-Arabien wegen des Rückgangs der Ölförderung und der Einnahmen Irak nicht mehr wie bisher finanziell unterstützen können, auch wenn die Saudis schon eigenes Öl zugunsten der irakischen Staatskasse verkaufen.

Mit Zusagen holt sich Mauroy das Ja der KPF

Sparplan gebilligt / Fabius schlägt liberalen Ton an

A. GRAF KAGENECK, Paris

Frankreichs Premierminister Mauroy kann jetzt sein zweites Austerity-Programm auch mit Genehmigung der kommunistischen Koalitionspartner durch Verordnungen an den Mann bringen. Nach starken inneren Zweifeln und einer fast zweistündigen Klausursitzung ihrer Kammerfraktion, an der Parteichef Marchais und das profilierteste Kabinettsmitglied der KPF, Transportminister Fiterman, teilnahmen, hatte Fraktionsvorsitzender André Lajoinie am Montagabend verkündet, daß seine Fraktion für das „Ermächtigungsgesetz" der Regierung stimmen und ihre Abänderungsanträge zurückziehen werde. Damit war der Weg frei für ein Sanierungsprogramm, das den Franzosen für den Rest des Jahres die Lust am Ausgeben, an Auslandsreisen und am Sozialismus verderben wird.

Mauroy hätte sein Schock-Programm auch ohne die Kommunisten durchsetzen können. Er verfügt mit 268 sozialistischen Stimmen in der Kammer über die alleinige absolute Mehrheit. Aber ein Abseitsstehen der Kommunisten wäre für die Regierung unangenehm, auf die Dauer vielleicht gefährlich gewesen. Sie hätten sich später auf ihre Enthaltung berufen können, wenn irgend etwas schiefgeht. Das könnte der Fall sein, wenn, wie Wirtschafts- und Finanzminister Delors vor der sozialistischen Kammerfraktion befürchtete, die Zahl der Arbeitslosen im Sommer um 100 000 zunimmt oder wenn die Kaufkraft der Arbeiter, wie es die kommunistische Gewerkschaft CGT voraussagt, um eineinhalb Prozent in diesem Jahr abnimmt.

Der Premier hatte diesen taktischen Vorteil am Morgen der entscheidenden Parlamentssitzung mit einem geschickten Schachzug errungen. Nachdem er zunächst kommunistische Vorhaltungen, das Sanierungsprogramm sei zu hart für die kleinen Einkommensschichten und müsse „sozial gerechter" durch schärfere Einbeziehung der großen Vermögen korrigiert werden (Vorhaltungen, die auch auf dem linken Flügel der Sozialisten erhoben wurden), abgelehnt hatte, schrieb er den beiden Vorsitzenden der sozialistischen und der kommunistischen Kammerfraktion, Pierre Joxe und André Lajoinie, einen Brief, in dem garantiert wurde:

1. Entschiedener Kampf gegen jede Zunahme der Arbeitslosigkeit, 2. Zusage einer Steuerreform anläßlich der Budgetberatungen im Herbst im Sinne einer noch größeren Heranziehung der hohen Einkommen, 3. Erleichterung der einprozentigen Sondersteuer des Sanierungsprogramms für die kleinsten Einkommen, Streichung für alle, die weniger als 270 Franc (90 Mark) Steuern in 1982 zahlten. Damit gaben sich die Kommunisten dann zufrieden. Lajoinie selbstgenügsam im Wandelgang des Palais Bourbon: „Ich habe Mauroy die Feder geführt."

Einmal mehr haben die Kommunisten hier gezeigt, daß sie ihre Zugehörigkeit zur Regierung mit der Hinnahme einer Politik zu erkaufen bereit sind, die nicht immer mit den Erwartungen ihrer (schwindenden) Anhängerschaft in Einklang steht. Marchais hat bisher keine Gelegenheit versäumt, diese Zugehörigkeit nachdrücklich zu bekräftigen. Was den Gaullisten Robert-André Vivien in der Kammer zum oft gehörten Kommentar verleitete: „Die gehen erst, wenn Mitterrand sie hinausschmeißt."

Offenbar legt die Regierung es jedoch nicht nur darauf an, die KPF an die Kette zu legen. Sowohl Wirtschaftsminister Delors (in der Kammer) wie der neue Industrieminister Fabius (vor Unternehmern) gaben in den letzten 48 Stunden derart überraschende Bekenntnisse zu einer unternehmerisch-liberalen, vom Profit motivierten Wirtschaftspolitik ab, daß Vermutungen über eine gewisse Kursänderung angebracht erscheinen. Fabius, von dem bekannt ist, daß er Präsident Mitterrand besonders nahesteht, sagte bei einer Industrieausstellung in Paris, daß der Staat sich nicht in die Angelegenheiten der Unternehmer einzumischen habe, daß es neben dem öffentlichen einen großen privaten Sektor in Frankreich gebe. Dieser könne auf die Hilfe des Staates bauen, wenn er „innoviere und investiere".

Fabius' Vorgänger Chevenement war von Mitterrand gefeuert worden, weil er eine dirigistische Industriepolitik verfochten hatte. Wirtschaftsminister Delors beschwor die Unternehmer, ihr Mißtrauen zu überwinden und Frankreich in die Lage zu versetzen, in der „völlig neuen Welt", die aus der augenblicklichen weltweiten Krise hervorgehen werde, zu bestehen. Er, Delors, gründe seine Politik auf die vier Pfeiler Sparen, Investieren, Forschen und Bilden.

Die Wirtschaftskrise in Chile schwächt die Position Pinochets

Politiker der alten Parteien suchen einen demokratischen Ausweg / Jeder dritte arbeitslos

MANFRED NEUBER, Bonn

In Chile wird der Druck auf Staatschef Augusto Pinochet (67) ständig stärker, sein autoritäres Regime zu lockern. Der General kam durch den Putsch vom 11. September 1973 an die Macht und regiert seit drei Jahren, nach Inkrafttreten der neuen Verfassung, als legitimierter Präsident.

Das südamerikanische Land steckt in der schwersten Wirtschaftskrise seit 50 Jahren. Von den mehr als 17 Milliarden Dollar Auslandsschulden muß Santiago in diesem Jahr mehr als die Hälfte zurückzahlen. Internationale Banken zögern mit der Zusage von weiteren Krediten.

Mit der freien Marktwirtschaft konnte Chile in den siebziger Jahren den Bankrott der Volksfront-Regierung überwinden. Der Aufschwung brachte ein „chilenisches Wirtschaftswunder". Als der Preis für Kupfer, Chiles wichtigster Devisenbringer, fiel und die Energiekosten stiegen, geriet der Andenstaat in eine tiefe Rezession.

Die Firmen-Pleiten und Bank-Zusammenbrüche erschüttern die Volkswirtschaft. Fast jeder dritte Chilene ist arbeitslos. Und die Inflationsrate, die von 600 Prozent unter dem Sozialisten Salvador Allende auf sechs Prozent gedrückt werden konnte, zieht seit Monaten wieder an.

Schon zwölfmal hat Pinochet in seiner bald zehnjährigen Herrschaft das Kabinett umgebildet. Die Finanz- und Wirtschaftsminister wechselten in immer schnellerer Folge, ohne daß der Kurs der monetaristischen Wirtschaftspolitik geändert worden wäre. Am „Chicago-Modell" wird festgehalten.

Milton Friedman, dessen reine Lehre die „Chicago-Boys" in Santiago praktizieren, hat wiederholt klargestellt, daß die freie Marktwirtschaft nur in einer wahrhaft freien Gesellschaft gedeihen könne. Wenn jetzt private Unternehmer gegen den Wirtschaftskurs rebellieren, geschieht es aus Existenznot.

Namhafte Repräsentanten von Handel, Industrie und Berufsverbänden haben den Präsidenten kürzlich aufgefordert, innerhalb von sechs Monaten Parlamentswahlen und spätestens in zwei Jahren Neuwahlen für das Präsidentenamt durchführen zu lassen, um so einen Ausweg aus der Krise zu finden. In Chile sind keine Parteien zugelassen; der Kongreß wurde 1973 aufgelöst.



Finanziell am Ende: Staatschef Augusto Pinochet FOTO: CAMERA PRESS



Spannungen mit der Regierung: Kardinal Raúl Silva Henriquez. FOTO: AP

Als Sprecher dieses „Projektes der nationalen Entwicklung" sagten ehemalige Politiker der Nationalpartei, der Christdemokraten, der loyalen Gewerkschaften und des Transportunternehmer-Verbandes, der großen Anteil am Sturz Allendes hatte, ihr „großzügiges Angebot" an Pinochet solle einen „bevorstehenden Kollaps" verhindern. Pinochet solle nicht abgesetzt werden, sondern wieder Junta-Mitglied werden.

In Santiago hat es überrascht, daß diese Aktion nicht sofort als „subversiv" zurückgewiesen wurde. Statt dessen berief der Präsident seinen Stabschef, Generalmajor Santiago Sinclair Oyender, zum Vorsitzenden des Berater-Gremiums und erteilte ihm die Vollmacht, Regierungspapiere zu unterzeichnen. Dankt Pinochet vielleicht auf Raten ab?

Die politische Opposition im Lande will nicht länger auf eine Veränderung des Regimes von innen heraus warten. Nach monatelangen Vorbereitungen trat sie jetzt mit einem „Demokratischen Manifest" an die Öffentlichkeit. Kommunisten und einige Fraktionen der Sozialisten wurden nicht einbezogen, sagten aber ihre Unterstützung zu.

Die „Multipartidaria" setzt sich nach eigenen Angaben aus der Republikanischen Partei (sie umfaßt angeblich zwei Drittel der alten konservativen Nationalpartei), den Christlichen Demokraten, den bürgerlichen Radikalen, Sozialdemokraten und drei gemäßigten Richtungen der Sozialisten zusammen. Ihre führenden Köpfe sind Ex-Außenminister Gabriel Valdést sowie die ehemaligen Senatoren Patricio Aylwin und Luis Bossay.

Unterdessen haben sich auch die Spannungen zwischen der Regierung und der katholischen Kirche wegen der Ausweisung von drei ausländischen Priestern verschärft. Kardinal Raúl Silva Henriquez wies die Erklärungen des neuen Außenministers Miguel Schweitzer zu diesem Vorfall zurück. Weihbischof Jorge Hourton sprach von einem „Schlag ins Gesicht" der Kirche.

Die auf Bitten der Kirche gewährte Rückkehr von Chilenen im Exil ist neuerdings gedrosselt worden. Jaime Castillo, prominenter Christdemokrat und Präsident der chilenischen Menschenrechtskommission, sagte: „Das Ganze ist ein großer Betrug am Volk. Es wurde die Illusion der Aussöhnung geschaffen, aber nur sehr wenige dürfen tatsächlich heimkehren."

Die Prüfungskommission, die von der Regierung eingesetzt worden war, ist von Pinochet aufgelöst worden, nachdem sie in einem Bericht eine umfassende Amnestie vorgeschlagen hatte. Chiles UNO-Botschafter gab die Zahl der Chilenen im Exil mit 11 000 an, andere Stellen sprechen von 200 000, einschließlich der Angehörigen.

Wie ernst die Lage in Chile ist, gestand Pinochet selbst ein: Ohne neue Anleihen aus dem Ausland sei Santiago „finanziell am Ende"; das Bruttosozialprodukt habe sich 1982 um 14 Prozent verringert. Zweimal in den vergangenen drei Monaten sah er sich genötigt, umlaufenden Putschgerüchten zu widersprechen. Noch hält die vielbeschworene Geschlossenheit der chilenischen Streitkräfte.

„Wir glauben nicht an den Mythos der SA-5"

Dennoch nimmt Israel die syrische Aufrüstung ernst

ROLF TOPHOVEN, Tel Aviv

Israels militärisch erfolgreicher Feldzug in Libanon gegen die PLO und syrische Verbände hat die Militärexperten im Kreml nachhaltig beeindruckt. Westliche beziehungsweise israelische Technologie deckte manche Schwäche der östlichen Waffensysteme auf. Nach der Zerstörung hochmoderner syrischer Raketenbatterien der sowjetischen Typen SA-6 und SA-8 reagierte die Sowjetunion, indem sie syrische Verluste im Bereich der Luftwaffe ersetzte, neue Panzer heranschaffte und erstmals außerhalb der Sowjetunion die Luftabwehr-Rakete SA-5 (NATO-Code „Gammon") in der Nähe von Damaskus stationierte. Sowjetisches Personal bedient dieses Waffensystem.

Die Sowjets taten noch mehr. Assads Armee erhielt, so israelische Militärexperten, ein an sowjetische Satellitensysteme gekoppeltes elektronisches Kommunikationssystem, das nicht auf gleiche Weise auszuschalten ist wie jenes im letzten Sommer. Ebenso sind die neuen syrischen Raketenstellungen mit erheblich verbesserten sowjetischen Radarcomputern ausgestattet.

Die Zahl sowjetischer Militärberater bei den noch in Libanon stehenden Einheiten der Syrer stieg seit Herbst letzten Jahres sprunghaft an. Diese Berater sind vor allem den Kampfeinheiten im Bekaatal – an der „heißen Linie" zu den israelischen Truppen – zugeordnet.

Schon gibt es in Nahost Berichte, wonach Boden-Luft-Raketen vom Typ SA-10 in Syrien stationiert sein sollen. Das gehört zum Besten, das die Sowjets haben. Auch dieser Raketentyp wäre erstmals außerhalb der UdSSR installiert.

Assads Regime ist heute angesichts der wachsenden strategischen Rolle der USA einer der wenigen „politischen Einfallstore" der Russen in Nahost. Und die Syrer tun alles, dem großen Bruder im Kreml zu helfen, sein Gesicht und auch ihr eigenes zu wahren. Dazu gehört zweifellos auch die Blockierung des Friedensprozesses, um den Reagan-Plan zum Scheitern zu bringen: Denn der Verbleib syrischer Truppen – ohne jede rechtliche Grundlage – in Libanon verhindert den Abzug der Israelis und ist somit auch eine der Ursachen für die Weigerung König Husseins, an Verhandlungen auf der Grundlage des Reagan-Plans teilzunehmen.

Vier syrische Divisionen stehen derzeit in Libanon und an der Grenze zu diesem Nachbarstaat auf syrischem Gebiet. Drei davon direkt auf libanesischem Territorium. Insgesamt sind 40 000 Soldaten der Armee Assads im Bekaatal und in Nordlibanon stationiert. Rund tausend Panzer der sowjetischen Typen T-55, T-62 und T-72 haben in diesen Gebieten Stellung bezogen; hinzu kommen etwa 400 gepanzerte Fahrzeuge; außerdem mehrere Raketenwerfer (Katjuschas) des Typs B-21. Kommando-Einheiten und Truppen zur speziellen Panzerabwehr ergänzen diese militärische Palette. Derzeit beträgt die syrische Stärke in Libanon das Dreifache von der am Vorabend des Libanon-Krieges.

Im einzelnen sind die Truppen aus Damaskus in Libanon wie folgt disloziert: Im Raum um die Hafenstadt Tripolis befinden sich die Operationszentrale einer Panzerbrigade, neun Kommando- sowie zwei Artillerie-Bataillone. Weiter stehen eine mechanisierte Infanteriebrigade, sieben Infanterie/Kommando-Bataillone, vier Artillerie- und sieben Panzer-Bataillone bereit. Im Südzipfel des von ihnen kontrollierten Bekaa-Tals haben die Syrer eine Infanteriebrigade, 15 Kommando-Bataillone, sechs Panzerbrigaden, drei mechanisierte Infanteriebrigaden sowie drei verstärkte Artilleriegruppen stehen.

Dieses Potential führte in den vergangenen Wochen in den internationalen Medien immer wieder zu Spekulationen über einen bevorstehenden „heißen Sommer" zwischen Israel und Syrien. Genährt wurden diese Gerüchte durch Warnungen aus dem Kreml an die Adresse Israels. Jerusalem hat jedoch kein Interesse daran, Syrien anzugreifen. Die Stärke des israelischen Truppenkontingents in Libanon ist bekannt und offenbar von geringerer Zahl als vor dem Auszug der PLO aus Beirut. Auf jeden Fall ist es schlagkräftig genug, um einen Angriff Syriens abzuwehren. Auch gegen das neue sowjetische Luftabwehrsystem vom Typ SA-5 scheinen die Israelis vielleicht schon gewappnet zu sein. Ein hoher Luftwaffenoffizier sagte gegenüber der WELT: „Wir nehmen zwar die Installierung der neuen Raketen in Syrien sehr ernst, doch an den Mythos, den einige Medien um dieses System gemacht haben, glauben wir nicht!"

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

re-construction

Eine ideale Lage. Eine ideale Anlage.

Sichern Sie sich Ihre Steuervorteile für das Jahr 1983. Jetzt.

Direkt am Aaper Wald in Düsseldorf entstehen Eigentumswohnungen mit 60, 65 und 120 m². Leben mit *hohem Freizeitwert. Der Wald liegt vor der Tür. im Haus* Sauna und Fitnessraum. Die Düsseldorfer City erreicht man in 10 Minuten.

Interessant auch für Anleger. Fertigstellung ist im September 83, das bedeutet 5% degressive Abschreibung.

re-construction, Prinz-Georg-Str. 7, 4000 Düsseldorf. Tel.: 0211-480336 37.

COSTA BRAVA
Rarität an der Sonnenküste

Traumvilla (720 m²) auf wunderschönem, ruhigem 1 900 m² Hanggrundstück, nur 200 m zum Meer, 72 m² Swimmingpool. Totalsicht auf Stadt, Meer und Berge. Sofort beziehbar, komplett ausgerüstet. Alle Wohnräume, von katalanischem Künstler in gediegener Atmosphäre gestaltet, sind mit Materialien feinster Qualität und maßangefertigten Möbeln ausgestattet. 2 exklusive Salons, Bar, großes Speisezimmer, 5 Schlafzimmer mit Bädern und jeweils eigener Terrasse, Billardzimmer, Bodega, ultramoderne Küche, 70 m² Garage. 1 Luxusappartement und 1 Einliegerwohnung für Personal. Preis: VHS.

Zuschriften unter Z 5658 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, *4300 Essen.*

Gesucht werden 2 Millionen DM

Völlig ungeeignet für ROULETT-Spieler + Börsen-Spekulanten! Gefragt ist der klassische

Unternehmer

zur Durchsetzung einer langfristig ausgelegten

NEUEN GESCHÄFTSIDEE

aber bereit ist, auf schnelle Luxusgewinne zu verzichten! Kontakt über: Horst Eggerstedt

Michael-Wefers-Weg 2, D-4050 Mönchengladbach 1, Tel.: 0 21 61 / 60 27 48

Ihre Residenz in Baden-Baden

wie in einer Burg über der Stadt

Komfort. Hanghaus mit einmaligem Panoramablick.
Großzügige Raumaufteilung,
Haupt- und Einliegerwohnung:
211,5 m² Wohnfl., 77 m² Balkon- u. Terrassenfl.
Doppelgarage, Lift, Grundstücksgröße 918 m²

Kaufpreis DM 948 000,-

Günstige Finanzierung über örtl. Kreditinstitut möglich.
Hohe Steuervorteile.
Informieren Sie sich vollständig, informieren Sie sich jetzt.

Apartbau Baden-Baden
Apartbau-GmbH
Bauträger- und Betreuungsunternehmen
7575 Baden-Baden
Maria-Viktoria-Str. 3
Telefon (0 72 21) 2 44 04

MAKLER

Wir glauben, Ihre Kunden können viel mehr verdienen, indem Sie unser Konzept investieren. *Einkommensprojektionen* durch eine internationale Treuhandfirma vorgenommen. Ihr Kunden können mit einer DURCHSCHNITTLICHEN JÄHRLICHEN RENDITE VON ÜBER 100% für die ersten 20 Jahre rechnen. Ideale Anlage mit Einkommen auf unbestimmte Zeit. Mindesteinlage $ 10 000. Großzügige Kommissionssätze.
Für weitere Auskünfte:
GLOBE PLAN SA
24, Av. Mon Repos
1005 Lausanne/Schweiz
Telex: 25 185

Wenningstedt/Sylt

Lux. 3-Zi.-App., ca. 65 m², möbl., Balk., v. Priv., DM 310 000,-.
Tel.: 0 41 01 / 2 82 60 + 3 53 60 oder 0 46 51 / 4 32 80

In schönster u. ruh. Südhang-Wohnlage von 5408 Nassau/Lahn (Kurort) *ist ein sehr massives, dreigeschoss.*

1-Fam.-Wohn- u. Gesch.-Haus

(z. Zt. Tanzbar), unfertig, für DM *650 000,- zu verkaufen.*
Tel.: 0 26 04 / 50 50, Woog-Stübchen.

HOLLAND – St. Maartenszee

Zu verk.: Lux.-Finnl.-Bungalow inkl. Inventar, kpl. hfl. 59 000.
Tel. 0031-2510.21506

Südschweden
Bustad/Halmstad

1-Fam.-Haus m. Gästehs., Grdst. 600 m², zentr. Lage, Umgebung Wald u. Wasser, VB DM 200 000,-.
Zuschr. erb. u. PJ 46255 an WELT-Verlag, Postfach, 2 Hamburg 36

HOLLAND

Bungalow auf 230 m² Eigengr., 6 km v. Strand (NH), 2 Schl.-Zi., ganz möbl., hfl 75 000,-.
Tel.: 00 31 / 32 60 / 5 06 98

Dahme/Ostsee

Einfam.-Haus

ganzj. bewohnb., 165 m² Wfl., innen u. außen renov., neu möbl., Zhzg., Garage, 700 m² Grdst., 50 m z. Strand, DM 260 000,-.
Tel.: ab 17 Uhr 0 40 / 4 29 32 23

Vermittlung von sfr/DM/Dollar
in unbegrenzter Höhe

Anfragen bitte nicht unter 1 Mio.
Kontaktaufnahme: WSB Eitorf,
Tel.: 0 22 43 / 8 00 66
Telex: 8 869 737 WSB D

Brühl, Höhenlage

lux. Villa, 320 m² Wfl., 1400 Parkgarten, Hausschwimmbad, Sauna, offene Kamine. Frei ab 1. 8. 1983. *DM 980 000,–*
Zuschr. u. B 5660 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Zu verkaufen:

1 große Scheune

als Wohnung voll ausbaufähig, mit Garten. Preis: DM 100 000,–.
Tel.: 0 58 45 / 4 25

Moseltal b. Koblenz

Komf. Landhaus mitten in Weinbergen, 220 m² Wfl., 85 m² Einlg.-Whg., 1500 m² Parkgarten m. Schwimmb. Doppelgar., off. Kamine, gr. Loggia. DM 650 000,- von Privat.
Zuschr. u. A 5659 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Beteiligung Schweiz

Eisenwarenfabrik (AG) im Raume Zürich sucht aus Altersgründen einen aktiven oder passiven Teilhaber. Die Firma besteht seit 25 Jahren, ist noch sehr ausbaufähig und arbeitet mit Gewinn. Umsatz 15 Mio. Franken p. a., neuer Fabrikbau mit modernem Maschinenpark, Personalbestand 60, Fabrikation und Handel: technische Spezialitäten, ca. 50 % Export. Kapitalbedarf 1–2 Mio. Franken.

Offerten unter J 7505 an IVA AG, Postfach, CH-8032 Zürich

Tutzing, Starnberger See

DHH, Fertigst. 9/83, sehr ruhige, zentrale Lage (500 m S-Bahn-Station), 140 m² Wfl., 40 m² Nutzfl., 2 Bäder, Ausbau-Dach, Garage, ca. 600 m² Garten, alter Baumbestand. DM 690 000,-. Keine Maklergebühren.
UG-Bau, Sonnenstr. 20, 8 München 2, Tel. 0 89 / 55 41 49

SPANIEN
Costa del Sol

Torremolinos, Fuengirola, Marbella.

Bungalows ab DM 36 500,–
Komfort-Eigentumswohnungen in Strandnähe, bezugsfertig, Swimmingpool, Tennis, Golf.

1 Zi., Kü., Bad, Blk.	ab DM 27 000,–
2 Zi., Kü., Bad, Blk.	ab DM 42 500,–
3 Zi., Kü., Bad, Blk.	ab DM 49 800,–

Besichtigungsflüge nach Vereinbarung – für Käufer frei!! –

Marysol Immobilien GmbH · VDM
Postfach 31 27 · 4902 Bad Salzuflen 1
☎ 0 52 22 / 8 35 35

Ihr Kapital wächst auf

ca. 425% in 11 Jahren

Bankkonto/Depot: SCHWEIZ
Anlage in US-$ (Weltfirmen). Verfügung im „Notfall" jederz. a. i. USA u. Kanada.
Info: Beratungsgemeinschaft Postf. 50 11 24, 6072 Dreieich

France – Roussillon

Appartements

am Mittelmeer, Garage, Garten, Bj. 82, von DM 90 000,– bis 176 000,–.
LE TENÈRE 10, bd. Arago 66400 Céret

Baufinanzierung und Hypothekenbeschaffung

nach Maß. Auch in schwierigen Fällen (Zwangsversteigerung oder negativer Auskunft) können wir helfen. Eine telefonische Anfrage lohnt sich.
Vermittlung: WSB EITORF
Tel. 0 22 43 / 8 00 66 / 7

SCHWEIZ
BERNER OBERLAND

Auf dem sonnigen *Hochplateau* von Kandesteg verkaufen wir

1- bis 4-Zimmer-Eigentumswohnungen

mit Preisen ab DM 160 000,–, Grundbucheintrag/Hotelservice sowie Vermietungsmöglichkeit gegeben/Holzausbau/mit oder ohne Möblierung.

Für weitere Angebote verl. Sie unsere Dokumentation.

STIFAG Bau-Planungs AG
Kirchenfeldstr. 14
CH-3005 Bern
Tel. 00 41 / 31 43 00 43

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Ladenlokal

260 m² Verkaufsfläche, zuzügl. Nebenr. u. Keller, in 3150 Peine, beste Lage Innenstadt, Fußgängerzone, Nähe Jacobikirche/Kultur- u. Begegnungszentrum, zu vermieten.

Zuschriften an:
Ing. Friedrich Hanke GmbH, Bahnhofstr. 15
3150 Peine, Telefon 0 51 71 / 5 30 53

1400–1700 m² Verkaufs-, Büro- und Nebenräume
(evtl. teilbar) sowie
470 m² Lagerhalle
7 m Stapelhöhe, an Bundesstr. 64, neben SB u. Teppichbodenmarkt, zu vermieten.
Kalenkötter, G. b. R., Hauptstr. 46
484 Rheda-Wiedenbrück
Tel.: 0 52 42 / 33 32

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen *immer die Chiffre-Nummer auf dem* Umschlag vermerken!

Schöner

Schwarzwaldbauernhof
in Hinterzarten

in reizv. Lage im Feldberggebiet, 900 m, z. verk. Stallteil für ca. 40 Stück Vieh in gut. Zustand. Dach reparaturbed. Großer, schöner Wohnteil im Hof. 14 ha eig. Wiesen- u. Weidegelände u. 11 ha Pachtfl. Eigen- u. Zentralwasserversorgung. Hof wird seit 25 J. von einer tüchtigen Pächterfamilie bewirtschaftet.
Gemeinde 7824 Hinterzarten
Tel. 0 76 52 / 14 56
Bürgermeister Ruch

STELLENGESUCHE

Arab. Raum

Ing. (Bachelor of Science in Mechanical Eng.), Ägypter, 33 J., verh., 3 J. Erf. i. Baumasch.-Bereich (Ägypten, Libyen), 5 J. Konstruktion: Betriebsmittel u. Sondermasch. (Dschld.). Sprachen: Deutsch, Engl., Arabisch, sucht verantwortungsvolle Aufg. i. arab. Raum oder Ägypten.
Ang. erb. u. N 5428 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Werbemann

(42) sucht in Messewesen-/ban verantw. Pos. Erf. in Agent. u. Industrie. (Nordd. Raum!)
Angeb. erb. u. G 5555 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

= DV-Fachmann =

34 J., Hochschulabschluß, langj. Tätigkeit bei verschied. Herstellern der MDT u. von Mikros, erf. in Programmierung, Systemanalyse, Projektarbeit, Kundenbetreuung u. qualifizierte Beratung, fundierte Marktkenntnisse. Bin interess. an verantwortungsv. Tätigkeit, flexibel.
Zuschriften erbeten unter L 5558 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Spanien

Für Außendienst oder ähnliche Aufgabe in Spanien möchte erfahrener Verkäufer (43 J.), z. Z. Heimtextilbranche, verantwortliche Position übernehmen.
Angeb. erb. u. E 5553 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Dipl.-Bibliothekarin

m. 7jähr. Berufserfahrung in Verlag, PR-Agentur u. Bibliothek sucht abwechslungsreiches Tätigkeitsgebiet. Sehr gern in Lektorat, Redaktion, Archiv, Bibliothek, Dokumentation. Raum Hamburg.
Ang. erb. u. B 5572 an WELT-Verlag, *Postfach 10 08 64, 4300 Essen.*

Staatlich geprüfter

Medizin-Techniker

sucht Stelle im Krankenhaus oder in der Industrie zum 1. Sept. 1983.
Angeb. u. Y 5569 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Baukaufmann

45 J., mehrjähr. Auslandserfahrung, *gute engl. Sprachkenntnisse,* sucht neuen Wirkungskreis.

Angebote erbeten unter C 5551 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

= Diplom-Kaufmann =

35, kaufm. Lehre, Außenhandel, 5 Jahre Praxis Verwaltung u. Vertrieb, z. Z. Teilnahme an Controlling-Seminar, unternehmerisch denkend u. flexibel, sucht entwicklungsfähige Position.
Angeb. erb. unt. M 5559 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kfm. Führungskraft/ Geschäftsführer

37 J., verh., gelernter Kaufmann (IHK: sehr gut), zu Hause im gesamten Kommunikationsbereich einschl. Presse und Aktions-PR. Mehrjährige Führungsverantwortung im Verbandswesen, sucht verantwortungsvolle Managementaufgabe mögl. in NRW.
Zuschr. erb. unt. H 5556 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Australien

Wer sucht Mitarbeiter – Partner? Betriebswirt ab 1. 10. 1983 in Melbourne. Sehr gute Verbindungen.
Zuschriften unter H 5732 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Schiffahrtskaufmann

mit *Management-Qualifikation,* 20jährige Erfahrung in Europa u. Übersee, fundierte Kenntnisse aller relevanten Bereiche. Sprachen Engl./Franz., sucht neuen Wirkungskreis In- oder Ausland.
Zuschriften erbeten unter V 5544 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Excellenter, erfahrener sportlicher Fahrer

(35 Jahre), Praxis in Übersee und Europa, stellt seine Erfahrungen zur Verfügung. Konditionen VB. Tel. 0 30 / 7 92 64 86 oder Ang. unter C 54 41 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Leiter Software

sucht neuen Wirkungskreis in ltd. Position. Mehrjährige Praxis in UB's/bei Herstellern, Erfahrg. in Software-/Produkt-Marketing.
Angeb. erb. u. U 5565 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Weibl., 26, sucht f. Juli Ferienjob in Frankreich.
Zuschr. erb. u. PL 46257, Welt-Verlag, Postfach, 2 Hamburg 36.

Hauptmann und Kp.-Chef

sucht Tätigkeit im Anschluß an seine Militärzeit zum 1. 6. oder 1. 10. 83.
Ang. erb. u. A 5549 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing.

mit jahrelanger Erfahrung in Asien, Afrika und Südamerika *sucht Mitarbeit bei interessanten* Aufgaben. Sprachkenntnisse vorhanden.
Zuschr. unt. PO 46202 an WELT-Verlag, Postfach, 2 Hamburg 36

Diplom-Ingenieurin

f. biomedizinische Technik sucht Anfangsstellung.
Zuschr. erb. unt. PH 46254 an WELT-Verlag, Postf., 2 Hamburg 36

Dipl.-Physiker

26, ledig, *Diplom 83 (Note 1,8),* Studienschwerpunkte: Festkörperphys., Vakuumtechn., Informatik, Systemtechn., Strömungsphys. sucht Anstellung in Industrie oder öffentlichem Dienst.
Angeb. erb. u. T 5564 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Gesucht wird die Aufgabe im Ausland. Bin

Außenhandelskfm.

29 J., vielseitigst einsetzbar und -bereit.
Angeb. erb. u. V 5566 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Akademisch gebildeter, vitaler Mann, 38 Jahre, seit vier Jahren in alleinverantwortlich leitender Stellung, ideenreich, vielseitig u. menschlich abgerundet, sucht gerade in der heutigen gesellschaftlichen Krisensituation eine an der Aufgabe und Verantwortung orientierte Spitzenposition in der *BRD.* Die Branche ist nicht von primärer Bedeutung. Ang. erb. unt. Z 5548 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsprofi/Pumpenspezialist

Maschinenbau-Ing., 43, mehr als 20 Jahre Berufserfahrung in Akquisition, *Vertragsgestaltung* und *Auftragsabwicklung.* *Spezialist* für Kreisel- und Verdrängerpumpen in Anlagen der Wasserwirtschaft, Ölindustrie sowie Be- und Entwässerung. Zuletzt 6 Jahre in Middle East als Niederlassungsleiter eines renommierten Unternehmens. Sucht zum 1. 8. Position als techn./kaufm. *Leiter oder Repräsentant* eines Unternehmens in Übersee.

Angeb. erb. u. X 5546 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Manager Vertrieb und Marketing

(39), verh., Dipl.-Ing., Dipl.-Kfm., vertraut mit europ. und internat. Märkten techn. Verbrauchsgüter, Engl., Franz., Span., mit modernen Marketinginstrumenten bestens vertraut, entsprech. Referenzen und Erfolgsnachweise, sucht nach 7 Jahren neuen Wirkungskreis.
Angebote erbeten u. Y 5547 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Techn. Leiter/Dipl.-Ing. (FH)

Maschinenbau/Fertigungstechnik, 42 J., verh., in ungekündigter Stellung, sucht neue Aufgabe als techn. Leiter, Werks- oder Betriebsleiter, möglichst im Raum NRW.

Tätigkeiten: Entwicklung, Konstruktion, Fertigung und Disposition, besonders im Bereich Sondermaschinen- u. Anlagenbau für die industrielle Serienfertigung – mehrere Jahre in leitender Funktion – gelernter Werkzeugmacher – Englischkenntnisse.

Zuschr. unter T 5674 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

EDV – Management

Führungskraft, *langjährige* Berufserfahrung in EDV-Organisation, derzeit Managementfunktion in Software-Vertrieb; sucht neuen Verantwortungsbereich

in Hamburg

Angeb. erb. u. W 5545 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Personalmanager

Akademiker, Ende 40, langjährige fundierte Führungspraxis als Personalleiter im gesamten Spektrum des modernen Personal-, Sozial-, Aus- und Fortbildungswesens, kooperativ, unternehmerisch und konzeptionell denkend, sucht einen neuen Wirkungskreis.

Zuschriften erbeten unter F 5554 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. (TH/TU) Maschinenbau

33, bisherige Arbeitsgebiete: Projektierung von Anlagen, Produktion und Arbeitsvorbereitung im Werkzeugmaschinenbau, sucht neue Tätigkeit in den Bereichen Fertigung, Projektierung, Entwicklung im Maschinen- oder Anlagenbau, vorzugsweise im Raum Wuppertal und weitere Umgebung. Angeb. erb. u. S 5563 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Seehafen-Speditionskaufmann

Führungskraft, erf. Praktiker, Mitte 40, verh., langj. Prokurist, Experte f. Projekte/Anlagen, Charter, Logistik. Analytiker mit profit. Denken, überzeugendes Auftreten, kontaktstark, flexibel, seriöse Erscheinung, Auslandserf., sucht adäquate leit. Position per 1. 7. 83 (evtl. früher), vorzugsw. Nordd. *(HB), in Export-Spedition, altern.* als Versandleiter in Handel, Industrie, Exportunternehmen. Auch REPRÄSENTANZ möglich. Angebote u. Z 5570 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Erfahrene Führungskraft

Seit 15 Jahren auf Geschäftsebene (Vertrieb, Verwaltung, Finanzen), *Anfang 50,* sucht neue Aufgabe im Großraum Hamburg.

Zuschr. unter PP 46203 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Arbeitsrecht

Rechtsanwalt Dr. jur., 37 J., seit 5 Jahren Alleingeschäftsführer eines größeren Arbeitgeberverbandes (ungek.) m. fundierten Kenntnissen in allen Bereichen des Arbeitsrechts, insbesondere auch des Betriebsverfassungsrechtes, sucht neue Aufgabe, evtl. auch als freier Mitarbeiter. Gerne Norddeutschland.

Zuschriften erbeten unter L 5602 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebsdirektor

46 J., mit hervorragenden Erfolgen im Vertrieb techn. Investitionsgüter, spez. Gabelstapler, sucht neuen Wirkungskreis als **Geschäftsführer Vertrieb oder Vertriebsleiter.**
Ang. erb. unt. P 5561 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. (TU) / Bauingenieurwesen

28 J., ledig, breit angelegtes Studium mit Schwerpunkten Wasserwirtschaft, Siedlungs-Wasserwirtschaft u. Wasserbau, sucht ab *sofort* interessante und ausbaufähige Anfangsstellung. **Praxis:** Nach Erststudium zum Dipl.-Ing. (FH) ingenieurmäßige Bearbeitung von Wasserversorgungs- u. Stadtentwässerungsentwürfen.
Zuschr. erb. unt. R 5562 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Techn. u. kfm. beleckt.

Branche Präzisionswerkzeuge, suche Erfolg mit gutem Produkt.
Zuschr. u. E 5685 an WELT-Verlag, *Postf. 10 08 64, 4300 Essen.*

ASIEN-FACHMANN

Dtsch. Kaufmann (Hauptsitz Hongkong) übernimmt freiberuflich Betreuung Ihrer Interessen in Asien: allg. Beratung, Konzeptplanung, *Joint-Ventures, Marketing,* Projektbeurteilung, Vertreterüberwachung, Konkurrenzinfo, Sonderaufgaben. Langjährige Erfahrungen, beste Referenzen.

Ang. erb. u. E 5575 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

U.S.A – General Manager

Technisch versierter Dipl.-Kaufmann, Masters degree einer US-Univ., US-Staatsbürger, geb. Holländer, 49 J., sucht verantwortungsvolle Aufgabe bei Gründung, Auf-/Ausbau einer US-Niederlassung. 20 J. erfolgreiche int. Mgmt.-Tätigkeit in den USA & Europa, u. a. Standortwahl, Planung & Bau von Industrie-Anlagen, Logistik, Vertrieb, Vertragsgestaltung, Verhandlungen und Leitung einer US-Tochtergesellschaft. Fließend in Wort und Schrift: Deutsch, Engl. und Niederländisch. Wohnort in Ohio (nicht ortsgeb.).
Zuschr. unter A 5571 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Psychologe

mit langj. Diagnostikerfahrung sucht freiberufl. Zusammenarbeit mit einer Personalberatung (Bewerberbeurteilung/-begutachtung) im Raum 2/3.

Zuschriften erb. unter F 5576 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diener – Chauffeur

40 J., ledig, gutes Organisationstalent und Kochkenntnisse, sucht neuen Wirkungskreis.
Ang. unt. G 5577 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Arabien – Südafrika

7 J. Erfahrung als Verkaufsing. in Aufbau, Beratung u. Unterstützung v. Maschinenhändlern u. Endverbrauchern in allen südarabischen Ländern.
Branche: Bergbau/Mining, Tunnelbohrgeräte, Steinbruch/Quarry Bohrgeräte, fahrb. Kompressoren. Engl. perf. in Wort u. Schrift. Alter 48 J., sucht Dauerstellung m. Hamburg a. Standort.
Ang. erb. u. K 5657 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Anzeigenmarketing

Gelernter Bankkaufmann (39), seit 4 Jahren im Anzeigengeschäft tätig, sucht entsprechende Position: Verlag, Verlagsbüro, Agentur, Gehaltsvorstellung 4000,– (VB). Ab 1. 6. 83 frei.
Kontaktaufnahme über X 5568 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Versierter Außendienstmann

Anf. 30, mit besten Verb. zum Baustoff- u. Fliesenhandel sowie Architekten u. Bauträgern im Raum Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen sucht neuen int. Wirkungskreis (evtl. auch auf freier Basis).
Angeb. erb. u. W 5567 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dokumentar

34 J., vielseitige Erfahrung (Bibliotheksaufbau u. -verwaltung, Archiveinrichtung und Büroorganisation, Instit.- u. Seminarleitung, Erstellung von Marktanalysen), u. techn. Verständnis (E.-Handwerk) wünscht Erweiterung seines Wirkungskreises.
Zuschr. unter D 5684 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENANGEBOTE

2 Assistant Product Managers
Registrierkassen-Systeme (POS)

Wir über uns: Wir sind die europäische Vertriebs- und Marketingzentrale des japanischen Elektronikkonzerns OMRON TATEISI ELECTRONICS CO. mit weltweit über 10 000 Mitarbeitern. Im Mittelpunkt unserer Tätigkeit stehen die Entwicklung und der Vertrieb von Registrierkassen- und Abrechnungssystemen für den Handel.

Die systematische, marktgerechte Entwicklung neuer Systeme ist die Grundlage unseres Erfolges.

Sie für uns:

1. Zur Verstärkung unserer Zen*trale in Hamburg suchen wir* den erfahrenen Fachmann im Bereich der Entwicklung von Hard- und Software für kleine und mittlere Rechnersysteme.

   Anwendungserfahrungen im Handel sowie die Beherrschung einer höheren Programmiersprache wären günstig.

   Sie sollen innerhalb unseres Teams auf der Basis entsprechender Markterhebungen neue Systemanwendungen entwickeln und in Zusammenarbeit mit unserer japanischen F+E-Abteilung die dazu notwendige Hard- und Software sowie die zur Markteinführung erforderlichen Dokumentationen erstellen. Das freie Sprechen vor größeren Gruppen – z. B. im Rahmen von Schulungen – sollte für Sie kein Problem sein.

2. Daneben suchen wir einen jüngeren Ingenieur, Informatiker, Organisator o. ä., der in der Lage ist, komplexe technische und organisatorische Vorgänge *nachzuvollziehen* und diese schriftlich und bildlich leicht verständlich *darzustellen. Schwerpunkt* dieser Tätigkeit ist die Erarbeitung von Handbüchern *und Schulungsmaterial.*

Für beide Positionen sind gute Englischkenntnisse unerläßlich.

Wir gemeinsam: Wenn Sie sich durch diese Anzeige angesprochen fühlen, stehen Ihnen folgende Möglichkeiten der Kontaktaufnahme zur Verfügung:

- Übersenden Sie uns die üblichen Unterlagen
- nehmen Sie telefonisch unter *0 40 / 24 83 00 Kontakt mit unserem* Herrn Roggenbuck auf,
- besuchen Sie uns auf der Hannover Messe, CeBit Halle Nord, Stand C 7008.

Ansprechpartner sind die Herren Hambücker und Mechel.

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung.

OMRON

OMRON EUROPE GMBH
Süderstraße 16
2000 Hamburg 1

McKinsey berät seit 1925 die Führungsspitzen bedeutender Industrie- und Handelsunternehmen, Banken und *Versicherungen. Mit 1500 Mitarbeitern* weltweit. In Deutschland seit 18 Jahren. In Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg und München.

Unser Düsseldorfer Büro sucht

Übersetzer(in)

für Englisch und Deutsch, mit Englisch als Muttersprache.

Wir bieten eine anspruchsvolle Aufgabe in einem jungen Team: Neben dem Übersetzen betriebswirtschaftlicher und technischer Texte in beide Richtungen, gehört dazu das redaktionelle Überarbeiten englischer Vorlagen ebenso wie das Anfertigen von Kurzfassungen in beiden Sprachen.

Um Freude an dieser vielseitigen Tätigkeit zu haben, brauchen Sie außer dem fachlichen Rüstzeug die Fähigkeit, selbständig zu arbeiten und auch unter Termindruck einen klaren Kopf zu behalten. All dies honorieren wir mit leistungsorientierter Vergütung und guten Sozialleistungen.

Sind Sie interessiert? Dann schreiben Sie bitte zunächst mit vollständigem, tabellarischem Lebenslauf an Frau Christel Delker

McKinsey & Company, Inc.

Cecilienallee 9, 4000 Düsseldorf 30

Marketing Director

Do you wish to become financially independent? We are seeking an individual who is capable of recruiting and working with brokers to offer a concept in agriculture with unusual growth potential. **Projected average yearly return exceeding 100 % for the first 20 years.** English and German required. Person selected will receive override on all sales and equity participation. Replies encouraged only from applicants with successful record who reside in Europe.

Send curriculum vitae and recent photograph to:

PRESIDENT, GLOBE PLAN SA
24, Av. Mon Repos, 1005 Lausanne/Switzerland

Wir sind eines der großen Verpackungsmittel-Unternehmen in der Bundesrepublik. Für den Vertriebsbereich Papiersäcke suchen wir einen einsatzfreudigen und verkaufserfahrenen

Außendienstmitarbeiter

zwischen 30 und 40 Jahren.

Das Einsatzgebiet wäre Süd- und Südwestdeutschland.

Möchten Sie in eine sehr interessante Position wechseln, um sich voll zu entfalten und vor allem selbständig arbeiten zu können, schreiben Sie uns bitte unter Beifügung Ihrer kompletten Bewerbungsunterlagen.

Wir sind es gewohnt, gute Leistungen gut zu bezahlen!

Angebote erbeten unter U 5433 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Selbständige Existenz

Moderne Ehe-/Bekanntschaftsanbahnung sucht geeignete Damen und Herren für die Einrichtung einer Filiale. Kapital DM 3000 bis 15 000 erforderlich. Nebenberuflicher Start möglich.

CPA, Postfach 11 04 41, Ffm. 11

Wenn Sie es eilig haben,

können Sie Ihre Anzeige

über Fernschreiber

8–579 104

aufgeben.

Wir suchen einen

Berichtskritiker

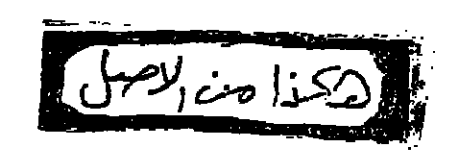
der auf der Grundlage der Fachgutachten und Stellungnahmen des IdW unsere Prüfungen zur Sicherung der *Prüfungsqualität und ordnungsmäßigen* Berichterstattung betreut.

WP-Qualifikation erwünscht, *nicht* Bedingung.

Wir prüfen in Hamburg und Schleswig-Holstein überwiegend Volksbanken und Warengenossenschaften.

Bewerbungen erbeten an:

Nordwestdeutscher Genossenschaftsverband
Postfach 76 08 09, 2000 Hamburg 76
Tel.: (0 40) 25 80 23 / 4



NACHRICHTEN

Sieg über die UdSSR

Kuala Lumpur (sid) – Damenhockey-Weltmeister Deutschland besiegte bei der 5. WM in Kuala Lumpur die UdSSR 2:0 (0:0).

Wieder Ballesteros

Augusta (GB) – Beim Masters-Turnier der Golfer in Augusta (US-Bundesstaat Georgia) gewann der Spanier Severiano Ballesteros zum zweiten Mal nach 1980. Er erhielt 60 000 Dollar der insgesamt 365 000 Dollar Preisgelder. Ballesteros siegte mit 280 Schlägen (68+70+73+69, bei Par 72) vor den Amerikanern Kite (70+72+73+69) und Crenshaw (76+70+70+68) je 284.

2000 Mark Geldstrafe

Mailand (sid) – Mit einer Geldstrafe von 2000 Mark wurde der italienische Fußball-Nationalspieler Alessandro Altobelli belegt, weil er im Punktspiel gegen Avellino (2:0) seinen Teamkollegen Hansi Müller geohrfeigt hatte.

Kohde: Leichtes Spiel

Düsseldorf (sid) – Durch ein fast müheloses 6:3, 6:4 gegen die Holländerin Marcella Mesker erreichte Claudia Kohde (Saarbrücken) die zweite Runde des Tennisturniers von Amelia Island (Florida).

Zweite Liga zweigeteilt

Berlin (dpa) – Die zweite Eishokkey-Bundesliga wird in der nächsten Saison in eine Nord- und Südgruppe mit jeweils zehn Mannschaften aufgeteilt. In der Nordgruppe ist auch eine Berliner Mannschaft spielberechtigt.

Ohne Gregor Braun

Brüssel (sid) – Der deutsche Rad-Profi Gregor Braun (Neustadt) wird morgen nicht am Eintagsrennen „Fleche Wallone" über 251 km in den Ardennen teilnehmen. Braun will am Sonntag auch nicht bei Lüttich–Bastogne–Lüttich starten.

ZAHLEN

HOCKEY

Weltmeisterschaft der Damen in Malaysia, Gruppe A: Australien – Indien 3:2. – Gruppe B: Argentinien – England 1:1, Deutschland – Sowjetunion 2:0.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 925 098,70, 2: 72 191,20, 3: 10 993,50, 4: 148,20, 5: 10,–. **Auswahlwette „6 aus 45":** Klasse 1: unbesetzt, Jackpot: 440 190,95, 2: 75 402,80, 3: 9170,60, 4: 122,70, 5: 9,10. – **Toto:** Elferwette: 1. Rang: 9174,80, 2: 200,80, 3: 14,60. – **Rennquintett:** Pferdetoto: Klasse 1: 21,30, 2: 7,10. – Pferdelotto: Klasse 1: 287,60, 2: 9,60. – Kombinations-Gewinn: 108 991,90.

(Ohne Gewähr)

SKI ALPIN / Rücktritt von Doris De Agostini

„Ich spüre eine große Leere in meinem Herz"

KLAUS BLUME, Bonn

„Ich spüre eine große Leere in meinem Herzen, weil das Feuer nicht mehr brennt." Die Dame spricht vom Skilaufen und von ihrem Entschluß, dies künftig nicht mehr zu tun. „Wenn die innere Leere da ist, dann gibt es auch keine Top-Leistungen mehr", sagt Doris De Agostini aus der Schweiz. So hat die Tessinerin, 25 Jahre alt, beschlossen, ihre sportliche Karriere zu beenden. Weltcup-Siegerin im Abfahrtslauf ist sie in diesem Winter gewesen – damit war sie der Superstar im internationalen Ski-Zirkus. Die Goldmedaille bei den Olympischen Winterspielen 1984 in Sarajewo schien sie nur noch abholen zu müssen.

„Olympia", sagt sie, „das hieße neun Monate hartes Training für zwei Minuten Skilaufen." Neun Monate Training für ein Stück Metall, für eine Medaille. Das lohne die Selbstentäußerung nicht: „Du mußt ganz ehrlich sein und dir das eingestehen."

Sie hat in den letzten zwei Jahren versucht, sich zu begreifen, um festzustellen, da gab es den Superstar Doris De Agostini, und sonst nichts mehr. „Ich hatte das Gefühl, dabei auf der Strecke zu bleiben. Ich wollte deshalb mein Leben nicht mehr mit den Medien und der Öffentlichkeit teilen." So sei es zunehmend schwerer geworden, sich zu motivieren.

Am 13. August 1981 war sie in Zermatt schwer gestürzt. Die von einer Gehirnerschütterung verursachten Kopfschmerzen plagten sie ein Vierteljahr lang. Weil sie 1981 und 1982 den Weltcup knapp verloren hatte, beschloß sie dennoch weiterzumachen. Aber da meldeten sich schon jene Zweifel, die auch Siege nicht mehr beseitigten.

„Ich hatte schwere Mühe, mich zu motivieren, wenn ich allein trainierte. Was soll das alles, sagte ich mir? Warum muß ich denn ständig in den Kraftraum gehen? Ich habe dem Sport alles gegeben und auch alles dafür bekommen. Die Waage hat sich ausgependelt. Ich kann die Skibretter in die Ecke stellen."

Gedanken einer 25jährigen, die sieben Jahre lang zur Schweizer Nationalmannschaft gehörte und deren Leben in dieser Zeit im D-Zug-Tempo ablief. Gedanken einer Rennläuferin, deren Ehrgeiz bislang kaum Raum für anderes ließ. Und wenn, dann waren es Gedanken, die um den Skisport kreisten und die in überaus couragierten Kolumnen im Schweizer Fachblatt „Sport" ihren Ausdruck fanden. Scharf griff sie im Januar die Veranstalter des boykottierten Rennens von Schruns an, „weil sie die Sicherheit der Fahrerinnen in keiner Weise gewährleistet haben". So etwas dürfe nicht hingenommen werden, wolle man die Glaubwürdigkeit der eigenen Branche erhalten. Im nachhinein meint sie: „Die Kritik verpufft, und dann lassen die Mädchen die Arme hängen." Auch Irene Epple und Hanni Wenzel seien der ständigen Auseinandersetzungen überdrüssig – auch niveauvolle Kritik könne schließlich übersättigen.

Und über all dieses verliere man sich zusehends selber aus den Augen. Was übrig geblieben ist, sei eine Figur, in der sie sich kaum wiedererkenne, ein Objekt, das allenfalls als Zugpferd für die Werbung gelte. So waren denn gestern auch die Offerten der Werbeagenturen die ersten Reaktionen auf ihren bekanntgegebenen Rücktritt. Sie sagt: „Das mache ich wohl doch nicht. Ich will ein normales Leben und nicht mehr eines in der Öffentlichkeit." So sei sie nun auf der Suche nach sich selbst, denn „hinter dem Abziehbild Doris De Agostini" müsse schließlich irgendwo noch der Mensch zu finden sein.

Lady D. nennen sie Doris De Agostini im Ski-Zirkus: schön, erfolgreich, unnahbar. Und unter den rund 200 Karten und Briefen, die ihr die Fans täglich schicken, befinden sich stets auch Heiratsanträge. Ein Verehrer lieferte sogar einmal eine exakte Beschreibung der Kirche mit, in der zur Trauung geschritten werden sollte. So weit Teil der Öffentlichkeit zu sein, hat ihren Freiraum eingeschränkt und gleichzeitig den Gedanken aufkeimen lassen, von diesem immer irrwitziger drehenden Karussell abzuspringen. Auf dem Karussell weiterzufahren, nur einer olympischen Medaille wegen? „Das ist nicht mein Stil."

Wie soll es nun weitergehen? Einen Beruf hat sie nicht gelernt, einen Schulabschluß besitzt sie auch nicht. Für zwölf Fächer hätte sie pauken müssen, um das Abitur zu bestehen. Doch wann, wenn man sich entschlossen hat, Rennläuferin zu sein? „In der Schweiz", sagt sie, „muß man sich etwas einfallen lassen, um Spitzensportlern über den Sport hinaus zu helfen."

Doris De Agostini ist zurückgetreten: „Ich spüre jetzt eine riesengroße Erleichterung."

FUSSBALL / Jupp Derwalls Aufgebot gegen die Türkei und Österreich

Schuster ist doch wieder dabei: „Ich werde mich für unser Ziel zerreißen"

MARCUS BERG, Bonn

Fußball-Bundestrainer Jupp Derwall bleibt in einer Sache konsequent, in der ihm viele für eine Meinungsänderung Beifall klatschen würden: Bernd Schuster, Mittelfeldspieler in Diensten des FC Barcelona, wird die Reise der Nationalmannschaft zu den Europameisterschafts-Qualifikationsspielen gegen die Türkei (23. April in Izmir) und Österreich (27. April in Wien) mitmachen. Derwall hatte Schuster am Montag angerufen, gestern veröffentlichte der Bundestrainer sein vorläufiges Spieleraufgebot (von den 22 Namen werden am Samstag noch sechs gestrichen) mit dem Mann, der das Spiel gegen Albanien nicht mitmachen wollte, weil seine Frau Gabi – immer noch – ihr drittes Kind erwartet.

Selbst Schuster zeigte sich überrascht von der Aufforderung, weiterhin in der Nationalmannschaft zu spielen. Er sagt: „Ganz ehrlich, ich war schon darauf gefaßt, daß Derwall mich nicht einladen würde. Um so erfreuter bin ich, daß er es dennoch getan hat. Denn ob man es mir nun abnimmt oder nicht: Ich spiele tatsächlich gern in der Nationalmannschaft und werde mich auch für unser gemeinsames Ziel zerreißen."

Mit seiner Entscheidung für Schuster stellt sich Derwall gegen die Meinung eines Teiles der Mannschaft, die Albanien in Tirana nach einer Reihe von Absagen und Verletzungen 2:1 besiegt hatte. Karl-Heinz Rummenigge, Kapitän der deutschen Nationalmannschaft, gehört zu denen, die sich gegen Schuster aussprachen.

Alle Spieler, die in Tirana waren, sind wieder dabei, sogar Falkenmayer (Frankfurt) und Reichert (Stuttgart), die damals nominiert wurden, damit Derwall genügend Spieler auf der Reservebank sitzen hatte. Hinzu aber kommen die, die vor dem Spiel gegen Albanien verletzt waren: Matthäus, Rolff, Milewski, Dremmler. Und auch Uli Stielike, der zur Zeit an einer Zerrung leidet, ist dabei. Diesmal wird es um seine Freigabe von Real Madrid keine Probleme geben.

Dafür gibt es diesmal Komplikationen um Hansi Müller. Inter Mailand hat gestern beantragt, ihn nicht zu berücksichtigen. Er werde für das Spiel gegen AS Rom gebraucht. Der Deutsche Fußball-Bund beharrt aber auf seiner Freigabe, die in seinem Vertrag mit dem Mailänder Klub verbindlich festgelegt ist.

Nicht berücksichtigt wurde erneut Manfred Kaltz vom Hamburger SV, trotz seiner Formsteigerung in den letzten Spielen.

Das Aufgebot für Izmir und Wien: Tor: Schumacher, Immel, Franke. – Abwehr und Mittelfeld: Briegel, Dremmler, Engels, Falkenmayer, Bernd Förster, Karl-Heinz Förster, Matthäus, Müller, Otten, Rolff, Schuster, Stielike, Strack. – Angriff: Littbarski, Meier, Milewski, Reichert, Rummenigge, Völler.

SCHACH / Die zehnte Partie von R. Hübner und W. Smyslow

In schwerer Position gut verteidigt

LUDEK PACHMAN, Velden

Die letzte Partie der normalen Spielzeit im Viertelfinale des Schach-Kandidatenturniers zwischen dem deutschen Großmeister Robert Hübner und dem sowjetischen Ex-Weltmeister Wassili Smyslow verlief recht dramatisch. Smyslow wollte offenbar alles versuchen, den Wettkampf nach seiner Niederlage in der neunten Partie doch noch für sich zu entscheiden. Robert Hübner geriet in eine schwierige Stellung, verteidigte sich jedoch sehr erfinderisch.

Nach dem 41. Zug von Smyslow wurde die Partie abgebrochen (das Ergebnis der Hängepartie lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor). Mit großer Wahrscheinlichkeit wird Hübner ein Remis erreichen können. In diesem Falle würde der auf zehn Partien angesetzte Wettkampf um vier Spiele verlängert. Stünde es dann immer noch unentschieden, entschiede das Los.

Die Notation, Damengambit, Smyslow weiß:

1.Sf3 d5, 2.d4 Sf6, 3.c4 e6, 4.Sc3 Sbd7,

Offenbar will Hübner die im Wettkampf gegen Kortschnoi angewandte Variante 4. . . . Le7, 5.Lf4 0-0, 6.e3 c5 jetzt nicht riskieren. Nach seinem Zug wäre 5.Lf4 weniger gut wegen dxc4. Und nach 5.Lg5 geht unter anderem . . . h6, 6.Lh4 dxc4!?, 7.e4 Lb4 usw.

5.cxd5 exd5, 6.Lf4 c6, 7.e3 Le7, 8.h3 Sf8!?,

Häufiger wird mit der kurzen Rochade fortgesetzt, Hübner wählt eine weniger bekannte Variante.

9.Ld3 . . .

Vielleicht ist 9.Dc2 etwas genauer. Weiß behielte dabei die Möglichkeit, lang zu rochieren.

9. . . . Sg6, 10.Lh2 0-0, 11.0-0 Te8, 12.Se5 Sxe5, 13.Lxe5 Ld6, 14.Lxd6 Dxd6, 15.Dc2 g6, 16.Tfe1 Ld7, 17.b4! . . .

Nun wäre Dxb4 nicht gut, wegen 18.Tab1 nebst 19.Txb7. Schwarz muß mit zwei möglichen Plänen seines Gegners rechnen: mit dem „Minoritätsangriff" b4–b5 und auch mit der Öffnung des Spiels im Zentrum mit e3–e4.

17. . . . Tac8, 18.Db2 Sh5,

19.b5 ist nicht zu befürchten, weil danach c5 gut wäre: 20.Da3!? b6, 21.Dxa7? würde nach Ta8 natürlich die Dame kosten. Schwarz droht außerdem mit f7–f5, was zum Beispiel nach 19.Sa4 gut wäre.

19.e4! Sf4, 20.Lf1 Df6, 21.Tad1 Te7!?,

In Betracht kam sofort Dg5.

22.Te3! Tee8, 23.e5 Dg5, 24.Tg3 Dh4, 25.Se2 Sxe2+, 26.Lxe2 f6, 27.Lg4 fxe5, 28.Lxd7 Txd7, 29.dxe5 Tf7!

Jedoch nicht Tde7?, 30.Tg4 Dh6, 31.f4 und die schwarze Dame stünde völlig deplaziert.

30.Tg4 De7, 31.f4 Tef8, 32.Dd4 b6, 33.Tf1 De6, 34.Tg5 c5!,

Eine passive Verteidigung wie Kg7 oder Tf5 wäre recht mühsam. Deshalb ist Hübners Entschluß, einen Bauern zu opfern, wohl die beste Lösung.

35.bxc5 bxc5, 36.Dxc5 Txf4, 37.Txf4 Txf4, 38.Dd6 Kf7, 39.Dc7+ Kg8, 40.Dxa7 d4, 41.Db8+ – abgebrochen.

Hübner besitzt einen Bauern weniger, aber der weiße Turm steht momentan nicht gut. Der Bauer a2 ist angegriffen und der Bauer d4 recht stark. Deshalb ist meines Erachtens ein Unentschieden in dieser wichtigen Partie wahrscheinlich.

STANDPUNKT

Briefmarken und Sporthilfe

Die Wirtschaftslage in der Bundesrepublik Deutschland wirkt sich konsequenterweise auch auf die Einnahmen der Deutschen Sporthilfe aus. Neben den Sparmaßnahmen in Betrieben und Haushalten, die das Spendenaufkommen für die Deutsche Sporthilfe schmälern, greift auch der kleine Mann nicht mehr so großzügig für den Sport in seine Tasche. Dies zeigt sich vor allem beim Kauf der Sonderbriefmarken, die das Bundespostministerium jährlich mit einem Zuschlag für die Sporthilfe herausgibt. Ungefähr die Hälfte ihres Etats (6,6 Millionen Mark 1982) deckt die Sporthilfe aus diesen Einnahmen. Die Briefmarkensammler – sie sind die Hauptkunden für diese Sondermarken – brachten der Sporthilfe im letzten Jahr eine Million Mark weniger in die Kasse als noch 1981. Josef Neckermann, der Vorsitzende der Deutschen Sporthilfe, hat gestern die Marken für 1983 vorgestellt und darum gebeten, kräftig Werbung für die neuen Postwertzeichen zu machen.

Das ist ein Aufruf an die Sportler selbst. In den fetten Jahren haben sie von der Sporthilfe die nötigen Gelder zur Ausübung ihres Sports erhalten, konnten sich dadurch auch besser auf die Wettkämpfe vorbereiten. Wenn sie heute von Firmen oder Geschäften zu Autogrammstunden eingeladen werden, dann hat auch die Sporthilfe ihren Teil zur Popularität beigetragen. Wäre es da für die Aktiven nicht angebracht, jetzt, in den mageren Jahren, an Briefmarken-Verkaufsstunden (mit Autogramm selbstverständlich) zu denken?

Die Sporthilfe lockt die Sportler zu solchen Taten sogar mit Preisen bei einem Briefmarkenverkaufs-Wettbewerb. Der frühere Fecht-Weltmeister Alexander Pusch bekam als Bester für das Jahr 1982 (12 500 Mark Erlös) ein Surfbrett mit Zubehör.

Sicherlich sind nur die wenigsten der 2571 geförderten Sportler so bekannt wie Pusch, aber sie brauchen ja auch nicht gleich 10 000-Mark-Beträge herbeizuschaffen. Bei einer solchen Anzahl von werbenden Sportlern würde auch Kleinvieh einigen Mist machen.

Die Aktiven haben es selbst in der Hand, zukünftig für die Verbesserung ihrer finanziellen Lage zu sorgen. Eigeninitiative ist gefordert, nicht das untätige Hoffen auf Wohltätigkeit.

ULRICH SCHMIDLA

Hans-Jürgen Philipp

Dr. jur.

* 6. 11. 1933 † 10. 4. 1983

Er wird in uns weiterleben

Im Namen der Familie

Irmgard Philipp geb. Bischoff
Christiane
Ulrike
Alexander
Erika Philipp-Boehringer

Zu den Eichen 16
2300 Kronshagen

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 15. April 1983 um 11 Uhr in der Pauluskirche zu Kiel statt.

Anschließend erfolgt die Beisetzung im engsten Familienkreis.

Anstelle von Blumen bitten wir um Spenden an das Deutsche Rote Kreuz, Landesverband Schleswig-Holstein, Landesbank Kto.-Nr. 53 004 444 oder an das Tumorzentrum Kiel e. V., Kieler Spar- und Leihkasse. *Kto.-Nr. 9 410 973.*

Mit Bestürzung und Trauer erfahren wir vom plötzlichen Tod unseres Aufsichtsratsmitgliedes

Dr. Hans-Jürgen Philipp

Er war fast ein Jahrzehnt Vorsitzender des Aufsichtsrates der Treubesitz GmbH und in dieser Eigenschaft in den Aufsichtsräten der DEFAG-Beteiligungsgesellschaften und der Kommanditgesellschaft MS Europa tätig.

Mit ihm verlieren wir mehr als nur eine Persönlichkeit, deren sachverständiger Rat und Weitblick uns unverzichtbar waren. Er wird uns fehlen.

Für die Mitarbeiter, Aufsichtsräte und Gesellschafter der

Treubesitz GmbH, der DEFAG-Beteiligungsgesellschaften

und der

Kommanditgesellschaft MS Europa

Dr. Rainer Käselau **Dr. Bernhard Servatius**

Hamburg/Bremen

Wir trauern um

Dr. Hans-Jürgen Philipp

Als Mitglied unseres Beirates stellte er uns seine Sachkenntnis und Überzeugungskraft zur Verfügung.

Wir verlieren einen Freund unseres Hauses, dem wir uns stets in Dankbarkeit erinnern werden.

Reederei Ernst Jacob
Flensburg

Für uns alle unfaßbar, verstarb nach kurzer schwerer Krankheit, Herr

Dr. jur. Hans-Jürgen Philipp

Vorsitzender des Vorstandes der SHL

im Alter von 49 Jahren.

Wir trauern um eine herausragende Persönlichkeit, einen Mann, der mit seinem umfassenden Fachwissen, seiner mitreißenden Tatkraft und seinem Weitblick Mittelpunkt unserer Bank war. Seine menschliche Wärme wird uns sehr fehlen. Sein Engagement wird uns für die Zukunft Vorbild sein.

Wir danken ihm für alles, was er uns gegeben hat.

Der Aufsichtsrat **Der Vorstand** **Die Mitarbeiter**

Schiffshypothekenbank zu Lübeck AG

Trauerfeier am Freitag, dem 15. April, um 11.00 Uhr in der Pauluskirche zu Kiel, Niemannsweg.

Die Beisetzung erfolgt im engsten Familienkreis.

Anstelle von Blumen bitten wir um Spenden an das Deutsche Rote Kreuz, Landesverband Schleswig-Holstein, Konto-Nr. 530 04444 bei der Landesbank Schleswig-Holstein, Kiel, oder an das Tumor-Zentrum Kiel e. V., Konto-Nr. 941 0973 bei der Kieler Spar- und Leihkasse.

Völlig unerwartet verstarb am 9. April 1983 Herr

Dipl.-Ing. Alfred Roth

Vorsitzender unseres Aufsichtsrates von 1975–1979

Herr Roth, langjähriges Vorstandsmitglied des EVT-Gesellschafters M.A.N., war mit unserem Unternehmen über viele Jahre eng verbunden. Er hat die Entwicklung der EVT maßgeblich mitgeprägt.

Besonderen Anteil hatte Herr Roth an der EVT-Erweiterung, als zum 1. Juli 1975 die M.A.N.-Dampferzeuger-Aktivitäten in die EVT eingegliedert wurden. Sein fachmännischer Rat und sein Blick für wirtschaftliche Notwendigkeiten waren wichtige Voraussetzungen für erfolgreiche unternehmenspolitische Entscheidungen während seiner Amtszeit.

Wir werden Herrn Roth als liebenswerten Menschen und hervorragenden Fachmann in Erinnerung behalten und seiner in Dankbarkeit und Wertschätzung gedenken.

Aufsichtsrat, Geschäftsführung, Betriebsrat und Belegschaft

der

EVT Energie- und Verfahrenstechnik GmbH

Stuttgart, den 12. April 1983

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon:
Hamburg
(0 40) 3 47–43 80, –39 42 oder –42 30

Berlin
(0 30) 25 91–29 31

Kettwig
(0 20 54) 1 01–5 18 und 5 24

Telex:
Hamburg
02 17 001 777 as d

Berlin 01 84 611

Kettwig 08 579 104

Erika Sudeck

* 2. 6. 1899 † 10. 4. 1983

In Dankbarkeit

Till und Janine Sudeck
Ulf und Maria Sudeck
Philipp und Marita
Heinz-Wilhelm
und Barbara Warnholtz
Roland und Ascan
Jörg und Verena Helbach
Jan und Ursula

2055 Aumühle
Emil-Specht-Allee 9

Trauerfeier am Donnerstag, dem 14. April 1983, um 14.30 Uhr *in der Aumühler Kirche.*

An Stelle zugedachter Blumen wird eine Spende erbeten an die Schwesternstation Aumühle, Kto. 101 060 Verbandssparkasse Aumühle.

Nach einem erfüllten Leben starb

Dr. Karl Andreae

* 27. Dezember 1902 † 7. April 1983

Er war unser Mittelpunkt. Wir trauern um ihn in Liebe und Dankbarkeit.

Martha Andreae geb. Lübbert
Ingrid Lindhorst geb. Andreae
Jürgen Lindhorst
Eike Reemtsma geb. Andreae
Hermann-Hinrich Reemtsma
Karl-Johann Andreae
Angelika Andreae geb. Blumenthal
Nicolaus Andreae
mit ihren Kindern

Hamburg-Blankenese
Kösterbergstraße 4

Die Beerdigung hat auf Wunsch des Verstorbenen im Kreise der Familie stattgefunden.

Wir erfüllen die traurige Pflicht, den Tod unseres langjährigen persönlich haftenden und geschäftsführenden Gesellschafters, Herrn

Dr. jur. Karl Andreae

* 27. Dezember 1902 † 7. April 1983

zur Kenntnis zu geben.

Über drei Jahrzehnte widmete er seine ganze Kraft unseren Unternehmen. Wiederbegründung und Aufbau unserer Firmen nach dem Kriege geht auf seine alleinige Initiative zurück. Damit und durch seine langjährige weitblickende Arbeit hat er die Grundlage für die heutige Bedeutung unserer Unternehmen geschaffen.

Wir nehmen Abschied in Verehrung und Dankbarkeit.

Geschäftsführung, Betriebsrat und Mitarbeiter
der
KEMNA BAU
Andreae GmbH & Co. KG
mit sämtlichen Tochtergesellschaften

Tondernstraße 70
2080 Pinneberg

Die Beerdigung hat auf Wunsch des Verstorbenen im Kreise der Familie stattgefunden.

Am 7. April 1983 verstarb unser früheres Aufsichtsratsmitglied Herr

Dr. Karl Andreae

Senior der Firma KEMNA BAU, Andreae GmbH & Co. KG, Pinneberg

im einundachtzigsten Lebensjahr.

Der Verstorbene war unserer Bank über Jahrzehnte eng verbunden und gehörte darüber hinaus unserem Aufsichtsrat während der Jahre 1964 bis 1976 an. Als tatkräftiger und erfolgreicher Unternehmer stand Herr Dr. Andreae uns mit Rat und Erfahrung zur Verfügung, die wir stets besonders geschätzt haben.

Wir trauern um einen guten Freund, dem wir ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Aufsichtsrat, Vorstand und Mitarbeiter
der
VEREINS- UND WESTBANK

Wir haben die schmerzliche Pflicht, das plötzliche, unerwartete Ableben von

Dr. med. Lothar Hallmann

* 18. 6. 1898 † 30. 3.1983

anzuzeigen.

Sein Leben gehörte der Wissenschaft und der Forschung.

Im Namen der Angehörigen
Karl Blohm

Hamburg 1
Gr. Bäckerstraße 4

Die Beerdigung findet statt am Dienstag, dem 19. April 1983, um 11 Uhr in der Kapelle 4 des Friedhofes Hamburg-Ohlsdorf.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Neue Volksarmee der Philippinen bedrängt Marcos

epd, **Manila/Washington**

In einer vertraulichen Analyse der innenpolitischen Lage auf den Philippinen wirft eine Expertengruppe des US-Kongresses besorgt die Frage auf, ob diesem südostasiatischen Verbündeten nach Nicaragua und Iran als nächstem der politische Umsturz droht.

Der amerikanische Konsul auf Cebu unterrichtete Washington von der „langsam aber stetig zunehmenden revolutionären Bewegung" der 1968 gegründeten kommunistischen „Neuen Volksarmee" (NPA) auf der Insel Mindanao. In beiden Berichten wird die Stärke der NPA auf 5000 bis 8000 Mann unter Waffen, 10 000 ausgebildete Kader und mehr als 100 000 Sympathisanten geschätzt.

Die NPA operierte zunächst im Norden von Luzon und auf der Insel Samar in den Visayas. Inzwischen hat sie ihr Kommando dezentralisiert und ist nach amerikanischen Analysen in den meisten der 73 philippinischen Provinzen aktiv. Mehr als 60 Prozent der philippinischen Armee sind inzwischen in Mindanao gebunden. Die NPA wird seit zwei Jahren über die PLO mit sowjetischen Waffen versorgt, die von Libyen bezahlt werden. Politisch agiert die NPA über die KP und die „Nationaldemokratische Front".

Son Sann ermuntert China zur 2. Lektion

dpa, **Bangkok**

Son Sann, der Führer der „Nationalen Befreiungsfront des Khmer-Volkes", hat gestern in Bangkok China geraten, die vietnamesische Offensive gegen die kambodschanischen Widerstandsbewegungen an der thailändischen Grenze mit einer zweiten militärischen Strafexpedition gegen Hanoi zu beantworten.

Im Frühjahr 1979 waren chinesische Verbände in Vietnam eingefallen, nachdem Hanoi Kambodscha gewaltsam erobert hatte. Son Sann sagte: „Ich kann nicht für China sprechen. Aber ich hoffe, die zweite Lektion wird bald erteilt." Peking hatte erst am Sonntag Vietnam gewarnt und erklärt, die Hanoier Offensive und das Eindringen vietnamesischer Truppen nach Thailand könne „ernste Konsequenzen" haben. Son Sann teilte mit, er habe in einem Telegramm an Generalsekretär Perez de Cuellar die UNO ersucht, die am 4. April begangene Ermordung von 200 kambodschanischen Frauen und Kindern durch vietnamesische Soldaten zu untersuchen.

Grüne stützen Boykott der Volkszählung

Karlsruhe will heute seine Entscheidung verkünden

EBERHARD NITSCHKE, **Bonn**

Eine „öffentliche Zerreißaktion" für Fragebogen zur Volkszählung 1983 hat der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Klaus Hecker aus Kronberg (Taunus), in Bonn angekündigt. Vor der Presse sagten Sprecher der Grünen, die gesamte 28 Mitglieder zählende Fraktion stehe hinter dem Boykott.

Ob das nach dem Volkszählungsgesetz von März 1982 für Verweigerer angedrohte Bußgeld bei den durch ihre Immunität geschützten Abgeordneten überhaupt eingetrieben werden könne, sei fraglich. Im übrigen solle sich der zur Verweigerung entschlossene Bürger darüber klar sein, daß „Datenschutz und Frieden nicht zum Nulltarif zu haben sind" und „eine gewisse Zivilcourage" erforderlich sei. Hecker gab auf der Pressekonferenz drei Möglichkeiten bekannt, die Volkszählung zu boykottieren.

Nach Auffassung der Grünen zeichnet sich 14 Tage vor der „größten Datenerhebung in der Geschichte der Bundesrepublik" jetzt der „breiteste Akt zivilen Ungehorsams gegen die geplante Volksaushorchung" ab.

In einer Broschüre, die zum Stückpreis von 9,60 Mark von den Grünen herausgegeben wird und die gestern in Bonn vorgestellt wurde, heißt es: „Keine Angst – bei Beziehern mittlerer Einkommen dürfte die Buße mit 80 bis 100 Mark zu bemessen sein." Außerdem sei zweifelhaft, ob das Bundes-Statistikgesetz und seine Strafandrohung überhaupt herangezogen werden könnten, da es sich bei der Volkszählung nicht um eine Statistik handele und das Volkszählungsgesetz keine Bußgeldvorschrift enthalte. Die bestellten Zähler werden in der Broschüre ermuntert, untätig zu bleiben. Hier wäre „allenfalls eine Zwangsgeldandrohung möglich".

Darüber hinaus gelte, daß sich von den befragten Bürgern nur der überhaupt strafbar machen könne, der nicht vollständig, nicht richtig oder nicht rechtzeitig ausfülle – von einer Strafe wegen Nichtausfüllung sei dabei nicht die Rede.

Das Bundesverfassungsgericht wird heute eine Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Volkszählung verkünden.

Galtieri unter Arrest

Buenos Aires: Ehrengericht soll Verhalten prüfen

AP, **Buenos Aires**

Der frühere argentinische Präsident Leopoldo Galtieri, der vor einem Jahr durch seinen Invasionsbefehl den Falkland-Krieg auslöste, ist von Heeresoberbefehlshaber General Cristino Nicolaides für 60 Tage unter Arrest gestellt worden. Nach einer Meldung der offiziellen argentinischen Nachrichtenagentur TELAM ordnete Nicolaides gleichzeitig die Einsetzung eines Ehrengerichts an, das Galtieris Verhalten prüfen soll.

Dem früheren Staatschef werden drei Interviews angelastet, die er der Tageszeitung „Clarin" am 2. April, dem Jahrestag der argentinischen Besetzung der Falkland-Inseln, gab. Galtieri hatte darin erklärt, er sei von der Kapitulation der argentinischen Streitkräfte auf den Falkland-Inseln vom 14. Juni vergangenen Jahres „überrascht" gewesen. „Ich dachte, wir hätten noch etwas mehr Kampfeswillen zeigen sollen. Nicht, daß wir hätten gewinnen können, aber wir hätten mehr Widerstand leisten sollen", sagte er vor der Presse.

Vor allem gab er General Mario Menendez die Schuld am Falkland-Debakel. Menendez war Militär-Gouverneur der Inseln vor der Landung der argentinischen Truppen bis zur Kapitulation der Argentinier im Juni. Galtieri erklärte in dem Interview: „Menendez enttäuschte mich. Es ist etwas anderes, vom Sterben zu sprechen und wirklich zu sterben. Mit jedem Tag *schrumpfte er in meinen* Augen um fünf Zentimeter."

Menendez soll nach Presseberichten Nicolaides wegen dieser Vorwürfe um die Einsetzung des Ehrengerichts ersucht haben. Andererseits soll Nicolaides jedoch den früheren Präsidenten aufgefordert haben, seine Äußerung zu bestätigen oder zu berichtigen. Galtieri aber habe seine Meinung wiederholt und sich damit die Bestrafung zugezogen.

Wie die Agentur DYN berichtete, müsse Galtieri die Strafe in einer nicht genannten Militärunterkunft in der Provinz Buenos Aires absitzen.

Mord an Sartawi Werk eines Terrorkommandos?

AP/dpa/rtr, **Lissabon**

Die Ermordung des PLO-Führers Issam Sartawi in Albufeira ist nach Ermittlungen der portugiesischen Polizei das Werk eines aus mehreren Personen bestehenden Kommandos gewesen. Die Leiche Sartawis, der an einem Kongreß der Sozialistischen Internationale teilgenommen hatte, wurde gestern *mit einem marokkanischen* Militärflugzeug nach Jordanien gebracht.

Wie die Autopsie ergab, wurde Sartawi von drei Schüssen getroffen, zwei davon in den Kopf, die seinen sofortigen Tod zur Folge hatten. Die Polizei geht davon aus, daß es sich um zwei oder drei Terroristen gehandelt habe, nachdem zunächst nur von einem Einzeltäter die Rede war. Diesen Schluß ließen intensive Verhöre eines jungen Arabers zu, der neun Stunden nach der Tat am Sonntagabend festgenommen worden war.

Der Mann hatte einen wahrscheinlich gefälschten marokkanischen Paß auf den Namen Jussef al-Awat bei sich. Er wurde gestern dem Haftrichter vorgeführt. Angeblich war er von Spanien aus nach Portugal eingereist.

Zu dem Mord hatte sich die radikale palästinensische Splittergruppe Abu Nidals bekannt, die für *mehrere Attentate auf gemäßigte* PLO-Vertreter und Freunde Israels in Europa verantwortlich ist. Sartawi galt als Schlüsselfigur bei Kontakten zwischen der PLO und Israel.

Gesagt

„Nun wird in einigen Presseberichten gesagt, die Präsenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sei nicht hochrangig genug. Es *muß darauf* hingewiesen werden, daß eine solche Teilnahme erstmalig ist. Ich kann mich wirklich nicht erinnern, daß eine Delegation der SPD einer Einladung der SED zu einer Konferenz gefolgt ist, noch dazu zu einer Konferenz, die Karl Marx gewidmet ist."

Wolfgang Meyer, Sprecher des „DDR"-Außenministeriums, bei der Ostberliner Karl-Marx-Konferenz. Die SPD ist dabei durch einen Abteilungsleiter der Friedrich-Ebert-Stiftung und den Direktor des Trierer Karl-Marx-Hauses vertreten.

Kreml: Hussein gab Plan Reagans den „Todesstoß"

Israel fordert Nahost-Lösung nach „ägyptischem Modell"

AP/dpa, **Moskau/Washington**

Die Weigerung des jordanischen Königs Hussein, mit Israel über die Zukunft der Palästinenser zu verhandeln, hat nach Moskauer Auffassung dem Nahost-Plan von US-Präsident Reagan „den Todesstoß" versetzt. In Washington wurde dagegen betont, daß man den Plan nicht als gescheitert betrachte.

Die amtliche Nachrichtenagentur Tass schrieb in einem Kommentar, die USA hätten versucht, Jordanien und die Palästinenser in die „Kapitulation des Camp-David-Abkommens" zu zwingen und eine „antiarabische Pseudolösung zu amerikanisch-israelischen Bedingungen" durchzusetzen. König Hussein habe ihnen jetzt aber einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Im Gegensatz zu dieser Einschätzung und den Bestrebungen Israels sieht die amerikanische Regierung *nach eigenem Bekunden* ihre Nahost-Friedensinitiative noch nicht am Ende. Wie ein Sprecher des Außenministeriums mitteilte, habe Reagan sowohl von dem jordanischen König Hussein als auch dem saudischen Herrscher Fahd die Zusage erhalten, daß sie sich weiter um Friedensverhandlungen auf der Grundlage der US-Initiative bemühen werden.

Unter Hinweis auf zwei Telefongespräche, die Reagan zu Wochenanfang mit Hussein und Fahd geführt hatte, sagte der Sprecher: „Jene arabischen Führer, mit denen der Präsident gesprochen hat, haben ihm versichert, daß der (Friedens-)Prozeß weitergeht, daß er in ihren Augen nicht zu einem Ende gekommen ist."

Wie der Sprecher weiter mitteilte, prüft die US-Regierung zur Zeit, ob sie Außenminister George Shultz in den Nahen Osten schikken sollte. Shultz selbst sagte, Reagan habe dies schon früher für den Fall erwogen, daß „es wirklich hilfreich sein kann". Shultz verwies in einem Fernseh-Interview darauf, daß die neuen Forderungen der PLO, aufgrund deren Hussein weitere Gespräche mit PLO-Chef Arafat abgesagt hatte, sowohl von Reagan als auch Hussein und Fahd abgelehnt würden.

Reagan will über seine nächsten Schritte erst nach Konsultationen mit „gemäßigten" arabischen Staatsmännern entscheiden. Auch die britische Regierung bemüht sich derzeit um eine Wiederbelebung der Friedensgespräche. Wie die Nachrichtenagentur der Vereinigten Arabischen Emirate aus Abu Dhabi meldete, wo der britische Außenminister Francis Pym auf seiner Nahost-Reise Station machte, sagte Pym, seine Regierung stehe in Kontakt mit der PLO. Wenn es erforderlich sei, könnte Staatsminister Douglas Hurd mit dem außenpolitischen Sprecher der PLO, Kaddoumi, zusammentreffen. Pym hätte erklärt, das Scheitern der Gespräche Husseins mit der PLO müsse nicht unbedingt das Ende des gesamten amerikanischen Nahost-Plans bedeuten.

Er sieht palästinensische Selbstverwaltung im Westjordanland und dem Gaza-Streifen in Anlehnung an Jordanien vor. Die PLO besteht hingegen auf der Schaffung eines eigenständigen palästinensischen Staates. Hussein soll nach Angaben aus unterrichteten Kreisen in Amman erklärt haben, er sehe Erfolgschancen nur für den Fall, *daß entweder* die USA oder die PLO ihre Vorstellungen änderten.

Der israelische Außenminister Shamir hat die USA inzwischen gewarnt, sie liefen Gefahr, erneut zu scheitern, falls sie an ihrem Friedens-Plan festhalten sollten. Die amerikanische Vorstellung, es werde sich eine breite arabische Unterstützung für Verhandlungen Husseins mit Israel finden, klinge zwar gut, sie sei aber „phantastisch und unrealistisch".

Shamir sprach sich erneut für eine Nahost-Lösung „nach dem ägyptischen Modell" aus. Es sei „vollständig absurd und erstaunlich", daß die USA die grundlegenden Faktoren nicht begriffen hätten, die ihr bisheriges Vorgehen vereitelten. Reagans Friedensplan sei deshalb nicht vorangekommen, weil Jordanien gezwungen gewesen sei, sich mit der PLO abzustimmen. Das Ergebnis sei, daß es „von diesen Mördern abhängt, ob es Frieden im Nahen Osten" geben wird. Er forderte Hussein auf, sich den israelisch-ägyptischen Gesprächen über eine Autonomie für die Palästinenser „ohne Vorbedingungen" anzuschließen.

Warschau nahm gestern den 40. Jahrestag des Aufstands im Warschauer Getto zum Anlaß, die israelische Politik zu kritisieren. Die Haltung der Regierung Begin gegenüber den Palästinensern widerspreche den Werten und Idealen, für die Tausende von Helden des Getto-Aufstands ihr Leben gelassen hätten, hieß es in einem Kommentar der staatlich kontrollierten Tageszeitung „Zycie Warszawy".

Präsident Reagan: Judenvernichtung niemals vergessen

dpa, **Washington**

„Die größte aller menschlichen Tragödien", die Judenvernichtung im Dritten Reich, und ihre Lehren dürfen niemals vergessen werden. Dies erklärte US-Präsident Reagan in Washington zum Auftrakt eines viertägigen Treffens von rund 10 000 Juden aus den USA und Kanada, die Verfolgung und Konzentrationslager überlebt haben. Während des Zweiten Weltkrieges und danach waren rund 150 000 Juden in die USA geflüchtet. In Washington wird in diesem Jahr ein Museum mit einer ständigen Holocaust-Ausstellung eröffnet.

Die Überlebenden des Holocaust seien Zeugen für einen „Exodus aus der Dunkelheit unaussprechlicher Schrecken in das Licht und die Zuflucht eines sicheren Hafens", nämlich vor allem in die USA und in das spätere Israel. „Ich verspreche Ihnen, daß die Sicherheit Ihrer sicheren Häfen, hier und in Israel, niemals aufs Spiel gesetzt werden wird", erklärt der Präsident.

Reagan betonte, vor dem Bösen und vor den Leiden Unschuldiger dürften nie mehr die Augen verschlossen werden, wie es mit der Nazi-Ideologie und sogar mit den ersten KZ geschah.

Liegt Habasch in Syrien im Sterben?

lim. **Bonn**

Die seit Wochen umlaufenden Gerüchte über den Gesundheitszustand des Palästinenserführers Georges Habasch haben jetzt neuen Auftrieb erhalten. In diplomatischen Kreisen Beiruts heißt es, der Chef der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) werde in Damaskus von mehreren Ärzten behandelt. Er leide an Krebs, und sein Zustand sei hoffnungslos.

Habasch soll, wie die WELT von gut unterrichteter Seite in Beirut erfährt, „fast im Sterben liegen". Das berichtet auch das den christlichen „Lebanese Forces" nahestehende und in Bonn erscheinende Bulletin „Libanon Aktuell". Es gebe bereits Anzeichen für den Kampf um die Nachfolge. Die PFLP, die zweitstärkste Gruppierung der PLO, ist eindeutig prosyrisch und prosowjetisch. Habasch gehört wie Nayef Hawathmeh, Abu Nidal und Abu Iyad zu den schärfsten Gegnern jeder friedlichen Nahost-Lösung.

Docker hinter Reagan-Forderung

AFP/DW. **New York**

Die amerikanische Dockergewerkschaft unterstützt die Forderung von Präsident Ronald Reagan nach einer Aufstockung der Verteidigungsausgaben im neuen Haushaltsplan um zehn Prozent. In einem Schreiben an die Senatsmitglieder hob Gewerkschaftspräsident Thomas Gleason hervor, der Pentagon-Etat von 238,6 Milliarden Dollar würde neue Arbeitsplätze schaffen und die amerikanischen Städte zu neuem Leben erwecken. Die Verteidigungsausgaben in der von Reagan geforderten Höhe seien sowohl für die Wirtschaft als auch für die Sicherheit der Vereinigten Staaten unerläßlich. Streichungen bei den Verteidigungsausgaben, so warnte der Chef der 116 000 Mitglieder starken Gewerkschaft der Hafenarbeiter, würden lediglich von der Sowjetunion als Zeichen der Schwäche gewertet.

Zhao: Verhältnis zu USA noch belastet

rtr, **Peking**

Es wirkt sich nach Meinung des chinesischen Regierungschefs Zhao Ziyang weiter auf die chinesisch-amerikanischen Beziehungen aus, daß die USA der chinesischen Tennisspielerin Hu Na Asyl gewährten. Vor seiner Abreise zu einem Besuch Australiens und Neuseelands sagte Zhao gestern, diese Affäre sei jetzt beendet, aber die Konsequenzen blieben. China hatte alle noch für 1983 vorgesehenen Sport- und Kulturveranstaltungen mit den USA abgesagt.

Die 19jährige Tennisspielerin Hu Na hatte sich im Juli 1982 von ihrer Mannschaft in Kalifornien abgesetzt. Sie erhielt Asyl, nachdem sie glaubhaft gemacht hatte, bei einer zwangsweisen Rückführung nach China mit Bestrafung rechnen zu müssen. Peking beschuldigte die USA, eine Verschwörung aus Taiwan geduldet zu haben.

Soldaten-Kritik an Ärzten

dpa, **Bonn**

Der Deutsche Bundeswehr-Verband hat es als Skandal bezeichnet, daß Ärzte in Notfallsituationen und Monopolstellungen Patienten das schriftliche Einverständnis zu höherer Bezahlung abverlangen.

Wie der Verband gestern in Bonn erklärte, seien von solchen Praktiken vor allem Soldaten in abgelegenen Standorten betroffen. Nach der seit 1. Januar 1983 geltenden Gebührenordnung sieht die von der Bundesregierung vorgegebene Höhe der Vergütung des Artzes als Höchstsatz das Dreieinhalbfache des Einfachsatzes vor. Trotzdem lassen sich nach Angaben des Bundeswehr-Verbandes Ärzte unterschreiben, daß der Patient das Sechsfache zahlt. Diese Beträge würden von keiner Versicherung erstattet, betonte der Verband in einem Schreiben an die Standesvertretung der Ärzte.

Schwere Vorwürfe gegen den DGB

● Fortsetzung von Seite 1

geistert schrieb: „Mein Kompliment." Er habe bei Karl Hauenschild, dem ehemaligen IG-Chemie-Chef, bereits ein „Vorkaufsrecht" für Kliegel angemeldet. Inzwischen hatte der so Gelobte auch ein Semester an der Harvard University erfolgreich abgeschlossen, an dem alljährlich zwei DGB-Mitglieder teilnehmen dürfen. Zum 1. Januar wird Kliegel als Sekretär der bayerischen IG-Chemie-Bezirksleitung eingestellt und auf der Landesversammlung in Coburg zu dem für Jugendfragen zuständigen Bezirkssekretär gewählt. Nach Gewerkschaftspraxis muß er zwar alle vier Jahre bestätigt werden, was aber in der Regel nur eine Formalie ist. Kliegel: „Ich kenne nur einen Sekretär, der nicht bestätigt wurde. Der darf jetzt in der Gewerkschaftszentrale bei vollem Gehalt Kopierer spielen."

Doch Kliegel, der als einer der wenigen hauptamtlichen Gewerkschaftssekretäre ohne SPD-Mitgliedsbuch war, bekam bald Ärger, als er in der Zeit, da Franz Josef Strauß Kanzlerkandidat der Unionsparteien war und die Kampagne gegen den CSU-Vorsitzenden auf Hochtouren lief, die Jugendarbeit in seinem Bereich davon freihalten wollte. „Ich bemühte mich, keine sozialistischen und kommunistischen Referenten zu bekommen und auch Teilnehmer des An*achronistischen Zugs von der Jugendarbeit fernzuhalten*", berichtet der Ex-Funktionär. „Ich habe auch zu verhindern versucht, daß mit Gewerkschaftsmitteln die Anti-Strauß-Kampagne unterstützt wurde."

Die Quittung waren Vorwürfe wie „Verräter". Kliegel bat deshalb um Versetzung in den Erwachsenenbereich, wurde nach Nürnberg versetzt und bewies auch dort seine Fähigkeiten. „Kollege Kliegel ist genau der moderne Gewerkschafter, der den immer wichtiger werdenden Angestelltenbereich außerordentlich *gut anspricht*", schrieb der Betriebsratsvorsitzende von Agfa-Gevaert in Fürth im August 1981 an die Gewerkschaftszentrale in Hannover. Doch schon zu dieser Zeit spürte Kliegel den massiven Druck. „Ich bin ein Konservativer und habe daraus nie einen Hehl gemacht. Als man mich aber *in den linkslastigen Bereich* des Nordens, zum Beispiel nach Duisburg, versetzen wollte, da merkte ich: Die wollen dich fertigmachen."

Kliegel beschloß deshalb, sich auf den zwar weniger bedeutenden, aber auch unproblematischeren Posten eines Rechtsschutz-Sekretärs zurückzuziehen und bewarb sich deshalb für das Arbeitsrechtseminar. Der IG-Chemie-Hauptvorstand bekundete mit Datum vom 22. Dezember 1981 in einem Brief an den DGB-Bundesvorstand sein großes Interesse, daß „Kollege Kliegel die Chance bekommt", das Seminar zu besuchen. Dann folgen zwei Sätze, aus denen der Versuch erkennbar wird, den AFG-Mißbrauch zu legalisieren: „Der Kollege Kliegel hatte bei uns zunächst einen befristeten Arbeitsvertrag und wurde dann mit allgemeinen Arbeiten beschäftigt. Wir halten es aber für dringend erforderlich, daß er eine Spe*zialausbildung* erhält, damit er auf Dauer im Gewerkschaftsbereich beschäftigt werden kann." Im Anstellungsvertrag vom 1. Januar 1980 aber, der die Unterschrift von Karl Hauenschild trägt, steht unter Paragraph 5: „Nach Ablauf der Probezeit gilt der Vertrag auf unbestimmte Zeit." Der Münchner Rechtsanwalt und Arbeitsrechts-Experte Frank-Peter Reissinger wertet den Dezember-Brief als offensichtliches Täuschungsmanöver: „Damit will sich die Gewerkschaft die Legitimation schaffen, um an die Nürnberger Gelder heranzukommen zu können."

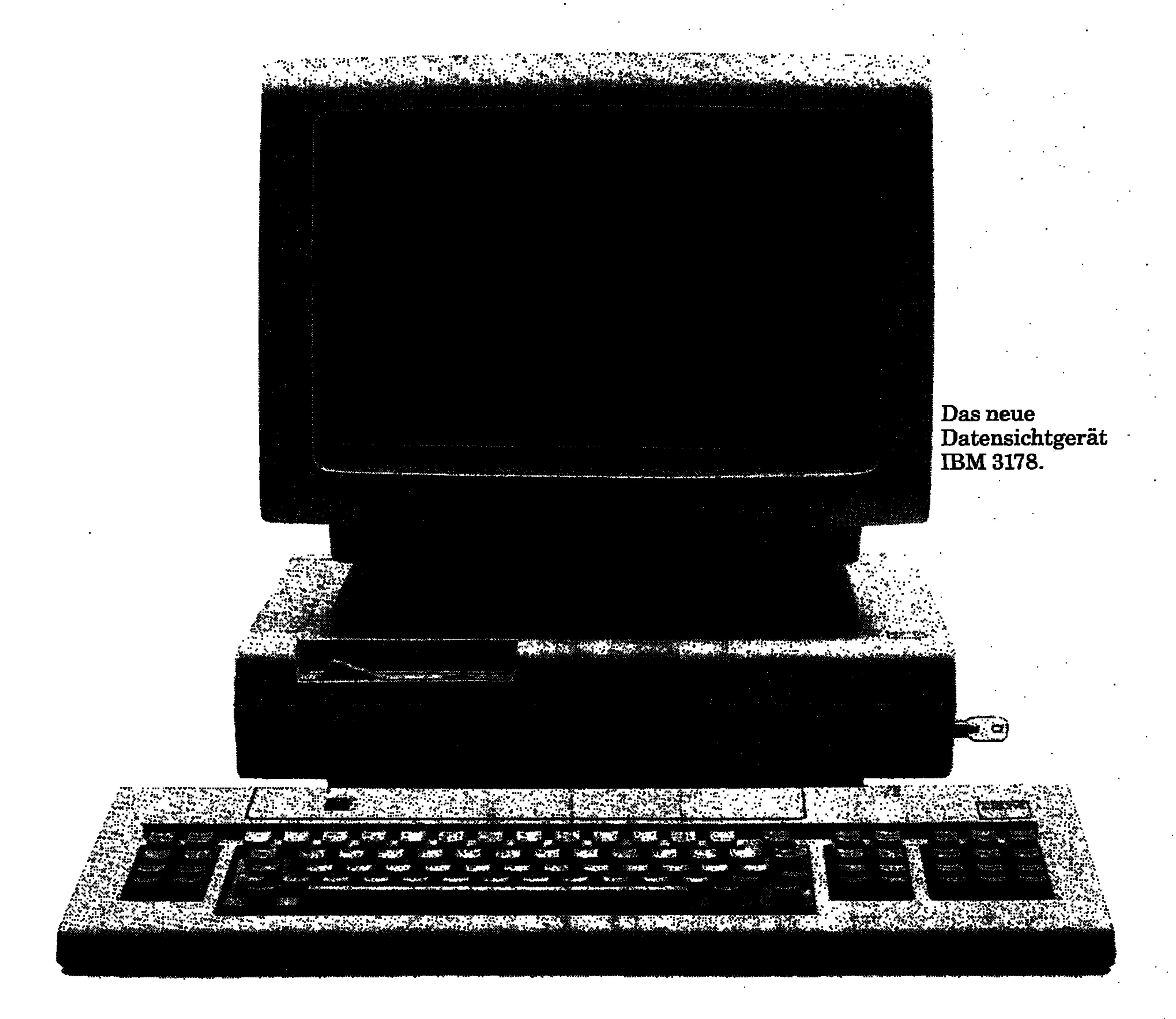
Kliegel absolvierte die Prüfung und wurde danach zu einem Gespräch zum Hauptvorstand nach Hannover gerufen, bei dem von ihm unter Ausschaltung aller in Betrieben sonst geforderten Kontrollgremien wie dem Betriebsrat überraschend die Unterschrift unter einen Auflösungsvertrag gefordert wurde. Nur so könne er am Seminar teilnehmen und die Förderungsgelder aus Nürnberg beziehen. Kliegel zur WELT: „Ich hätte niemals geglaubt, daß der DGB zu solchen Praktiken bereit ist." Doch er hörte sich im Kollegenkreis um und erfuhr: „Die machten das alle so und bauten auf die mündliche Zusicherung, daß sie nach dem Seminar wieder eingestellt werden."

Aber Kliegel schrieb dem DGB-Bundesvorstand, unter diesen Umständen könne er an dem Seminar nicht teilnehmen: „Da ich einen ungekündigten, nichtbefristeten Arbeitsvertrag bei der IG CPK habe, sind die Voraussetzungen der Förderungswürdigkeit sehr umstritten und gegenüber den arbeitslosen Bewerbern schwerlich zu vertreten." Ein weiteres Gespräch folgte. Kliegel: „Dabei wurde ich massiv unter Druck gesetzt. Dabei wurde mir erstmals erklärt, daß mich der Landesbezirk der IG Chemie los sein will. Man versprach mir, mich bei einer anderen Gewerkschaft unterzubringen, falls ich den Auflösungsvertrag unterschreibe." Kliegel fühlte sich derart unter Druck gesetzt und in seiner Existenz bedroht, daß er unterschrieb.

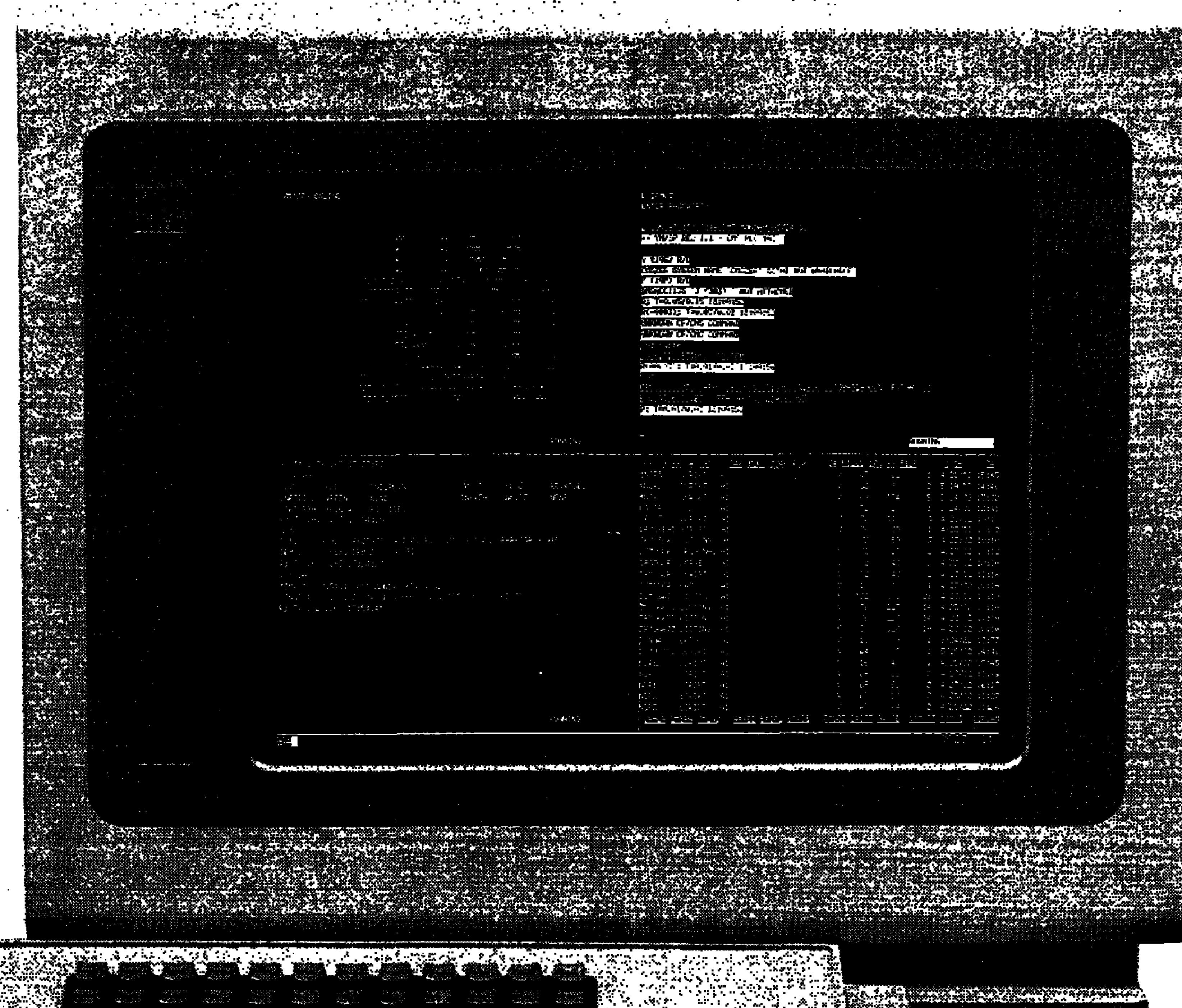
Danach kamen nur noch Absagen der von ihm angeschriebenen Einzelgewerkschaften. Kliegel stand auf der schwarzen Liste.

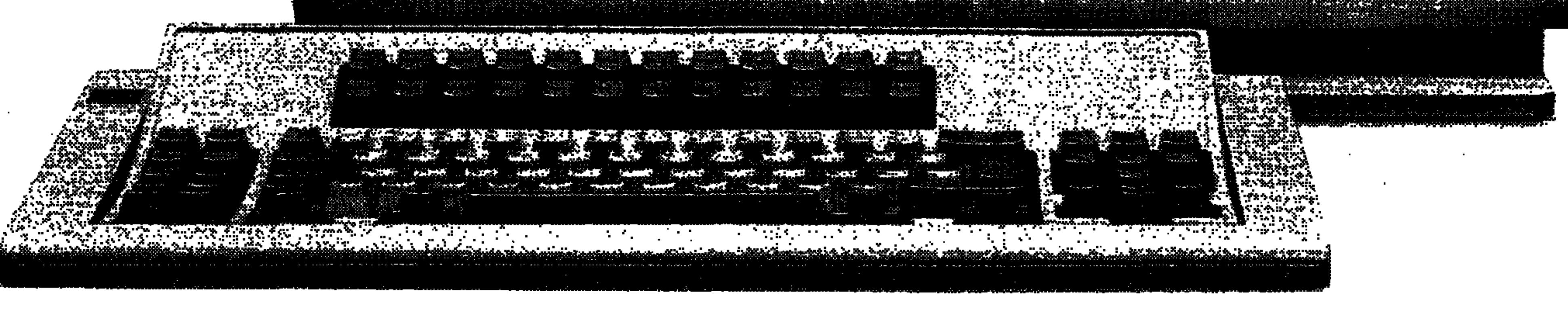
IBM Anzeige

Ab heute:



Für alle Profis.



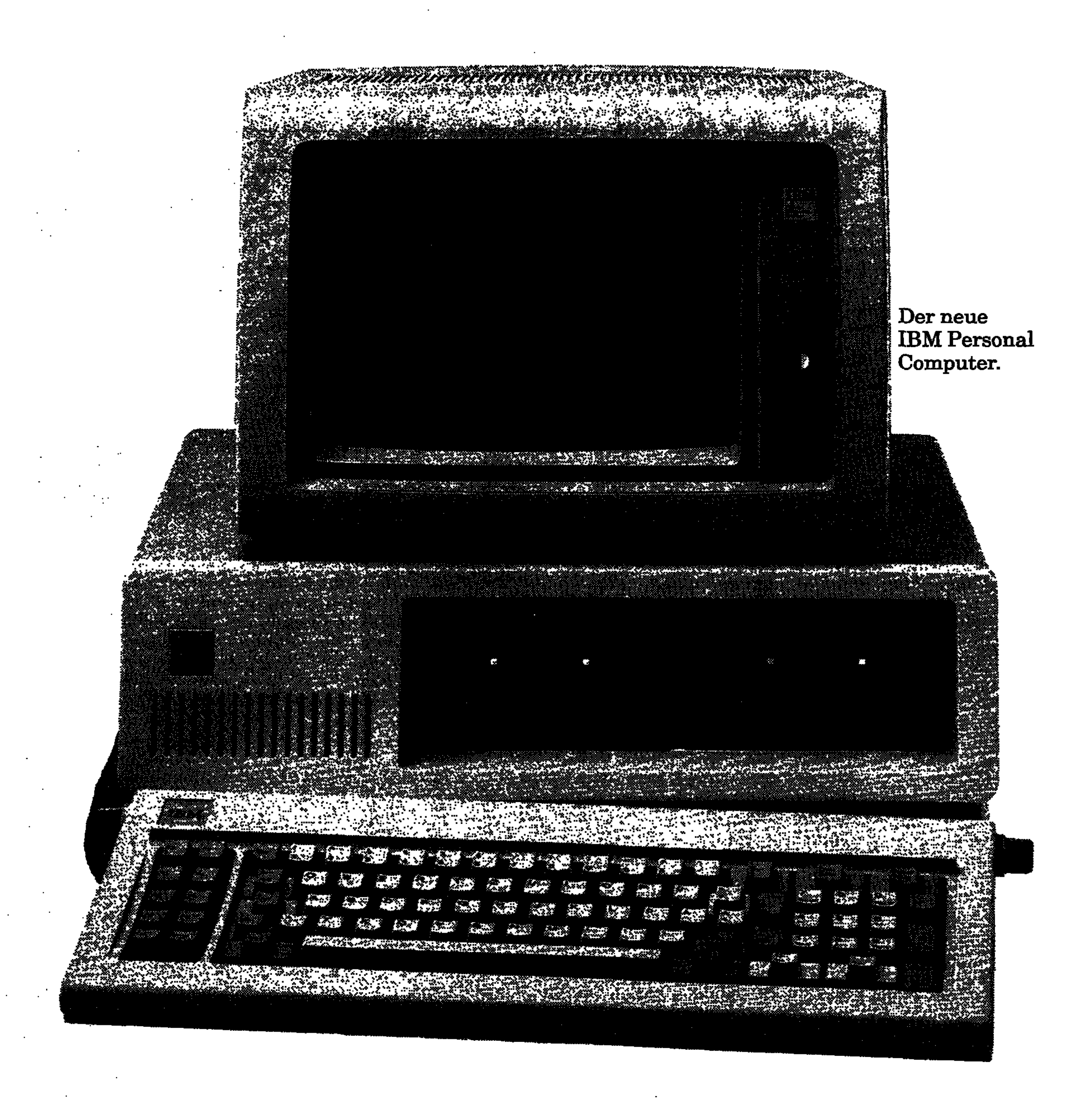


Das neue Informations-Anzeigegerät IBM 3290.

Wenn Sie als Leiter der DV-Abteilung die Programmierer-Produktivität erhöhen, die Informationsverarbeitungszeit verkürzen und die Systemleistung erhöhen wollen oder als Sachbearbeiter neue Anwendungen finden, häufig von einer Anwendung zur anderen springen und mit Daten aus voneinander unabhängigen Quellen arbeiten müssen, sollten Sie sich jetzt das neue Informations-Anzeigegerät genau ansehen.

Es zeigt gleichzeitig je ein Bild aus bis zu vier verschiedenen Anwendungen, es zeigt gleichzeitig bis zu vier Bilder aus einer Anwendung, es zeigt eine Computerseite in Großaufnahme, es kann den Bildschirm in sechzehn Bereiche aufteilen und so weiter und so fort. Das neue Informations-Anzeigegerät IBM 3290 steht erstmals vorführbereit auf der Hannover Messe, Halle 1, CeBIT, Stand B 4901/5001.

Für Große und Kleine.



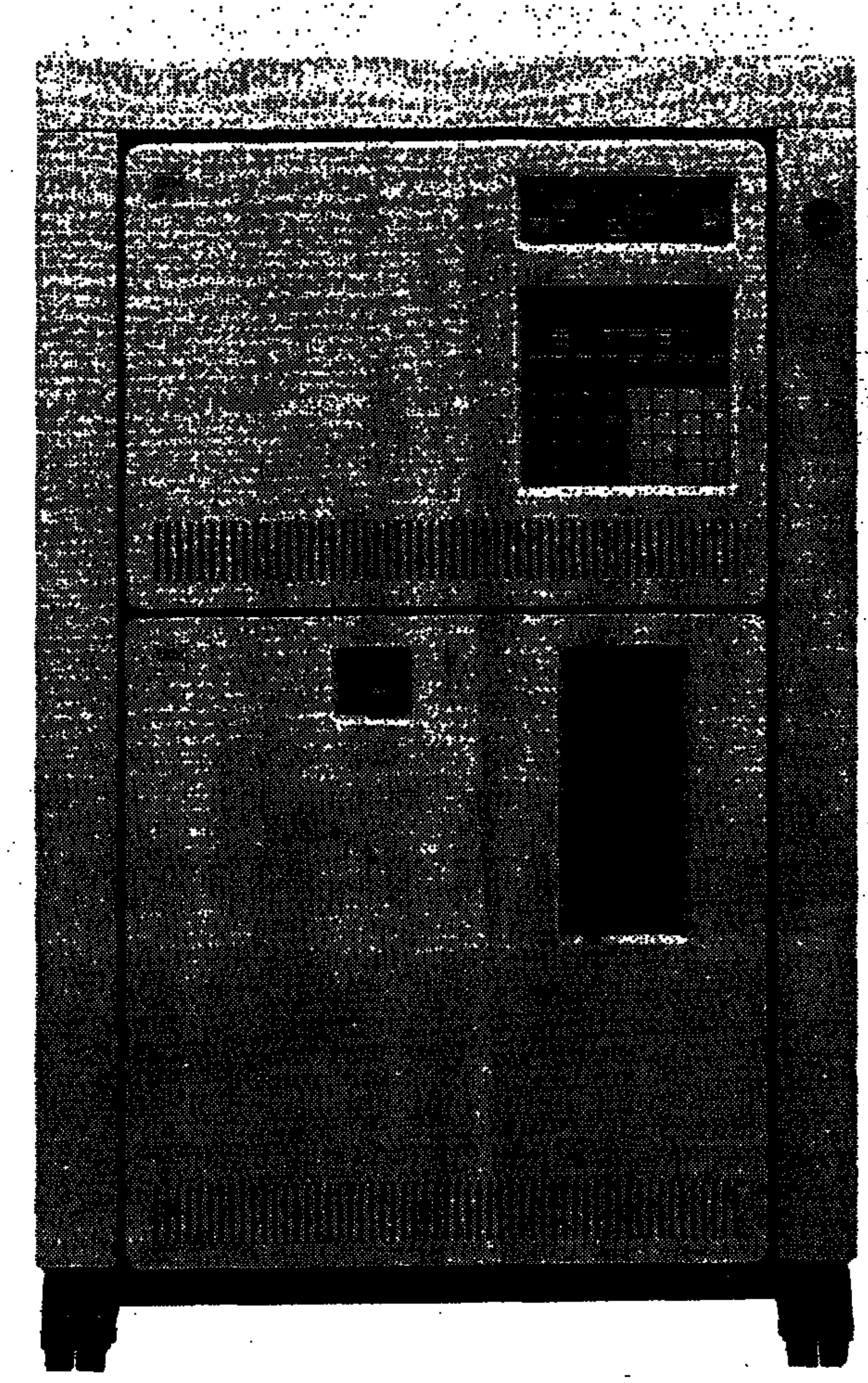
Der neue IBM Personal Computer.

Wenn Sie für Ihren Arbeitsplatz einen kleinen, handlichen Computer suchen, der auch mal größere Aufgaben lösen kann, sollten Sie sich jetzt den neuen IBM Personal Computer genau ansehen. Er hat einen großen 128 K-Byte Hauptspeicher, den man schrittweise bis auf 640 K-Byte ausbauen kann. Er hat bis zu zwei Diskettenlaufwerke zu je 360 K-Byte und bis zu zwei Festplattenlaufwerke mit maximal 20 M-Byte. Er hat acht Erweiterungspositionen für diverse Zusatzgeräte und noch vieles andere mehr.

Außerdem gibt es für ihn eine Reihe neuer Programmpakete, mit denen man sich das Leben im Büro ein bißchen einfacher machen kann. Es gibt diese Anwendungslösungen: Auftragsbearbeitung, Finanzbuchhaltung, Rechnungsschreibung, Lagerbestandsführung, Lohn und Gehalt. Dazu kommen noch spezielle Branchenlösungen zum Beispiel für den Installateur und den Arzt. Der neue IBM Personal Computer steht erstmals vorführbereit auf der Hannover Messe, Halle 1, CeBIT, Stand B 4901/5001.

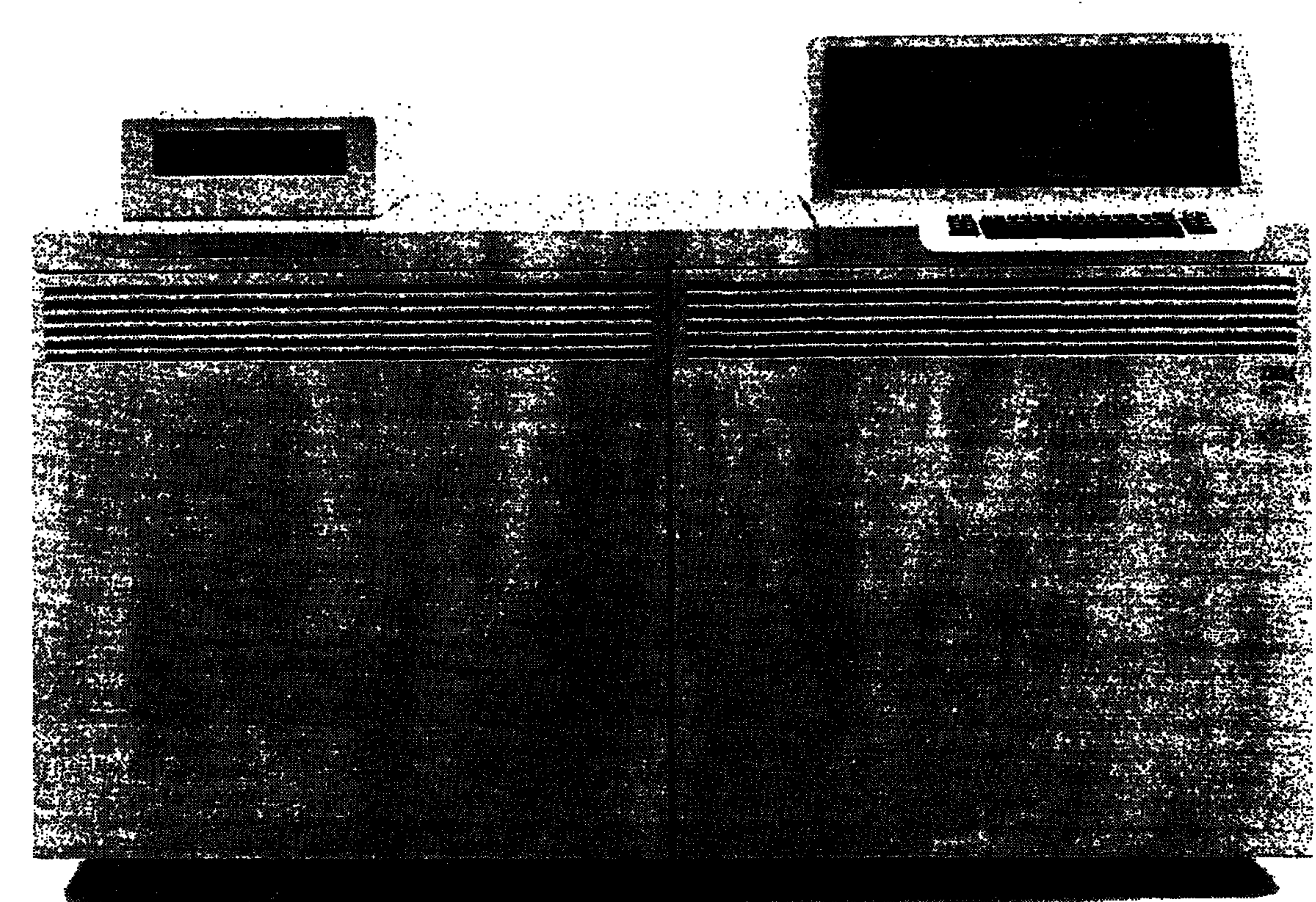


Für Aufsteiger.



Der neue Universalrechner IBM Serie /1.

Wenn Sie in einem Unternehmen arbeiten, in dem immer mehr Mitarbeiter die Informationsverarbeitung für ihre Arbeit brauchen, immer mehr Mitarbeiter miteinander schnell kommunizieren müssen, die Datenverarbeitung mit den wachsenden Aufgaben mitwachsen soll oder der Computer einfach mehr leisten muß, sollten Sie sich jetzt den neuen Universalrechner genau ansehen. Er hat einen Prozessor, in dem ein neuer Speicher mit wesentlich verbesserter Leistung steckt. Er hat eine neue Magnetplatte, die eine dreimal größere Speicherkapazität hat und dreimal schneller sein kann. Und es gibt für ihn eine Menge neuer Software, wie zum Beispiel das neue sogenannte Query-Programm, mit dem der Mitarbeiter Daten nutzen kann, ohne daß neue Programme geschrieben werden oder EDV-Kenntnisse vorausgesetzt werden müssen. Der Universalrechner IBM Serie /1 steht vorführbereit auf der Hannover Messe, Halle 1, CeBIT, Stand B 4901/5001.

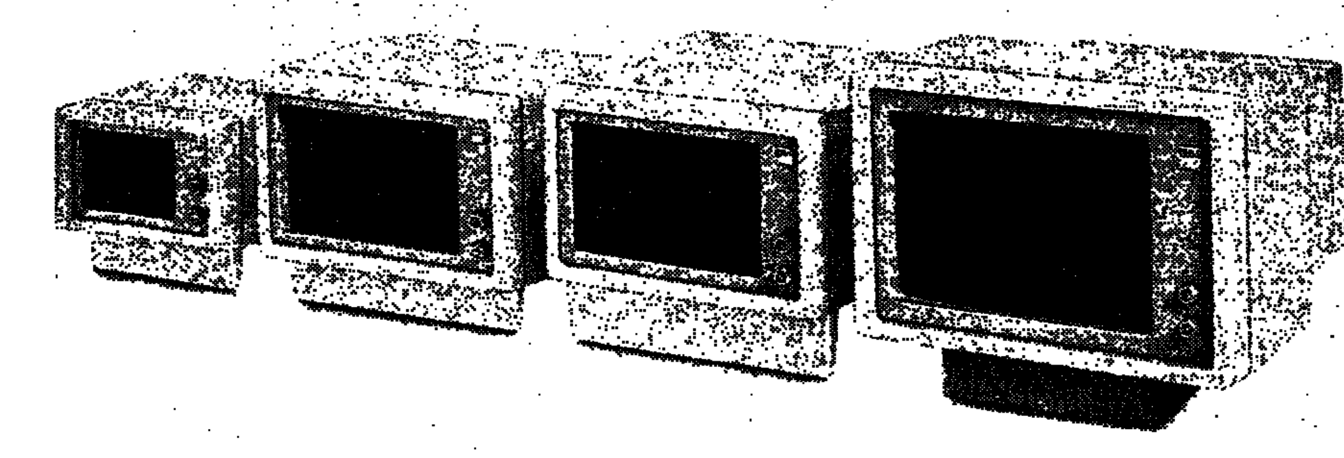


Der neue Datenbank-Computer IBM System /38 Modell 8.

Wenn Sie in Ihrem Unternehmen die Produktivität der Mitarbeiter durch mehr Selbständigkeit steigern wollen, den Schritt von der Daten- und Textverarbeitung zur integrierten Informationsverarbeitung machen wollen, neue Anwendungen verwirklichen wollen, die Vorteile der Informationsverarbeitung mit einer Datenbank nutzen wollen und mehr Arbeitsplätze mit Bildschirmen ausstatten wollen, dann sollten Sie sich jetzt den verbesserten Datenbank-Computer genau ansehen. Er hat jetzt einen doppelt so großen Speicher. Er kann mitwachsen durch noch mehr Zusatzspeicher, und er kann jetzt direkt 128 Bildschirme mit Informationen versorgen. Der Datenbank-Computer IBM System /38 steht vorführbereit auf der Hannover Messe, Halle 1, CeBIT, Stand B 4901/5001.

Und noch was für Bankleute.

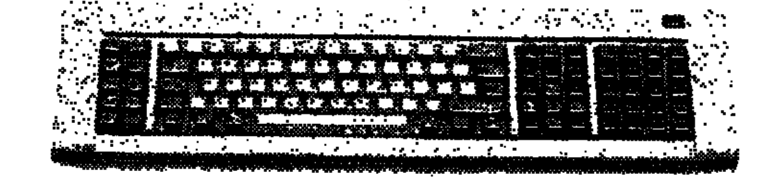
Das komplette Kommunikationssystem für Kreditinstitute IBM 4700.

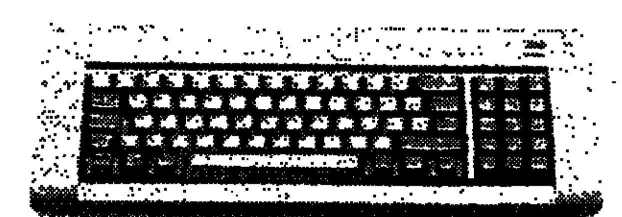


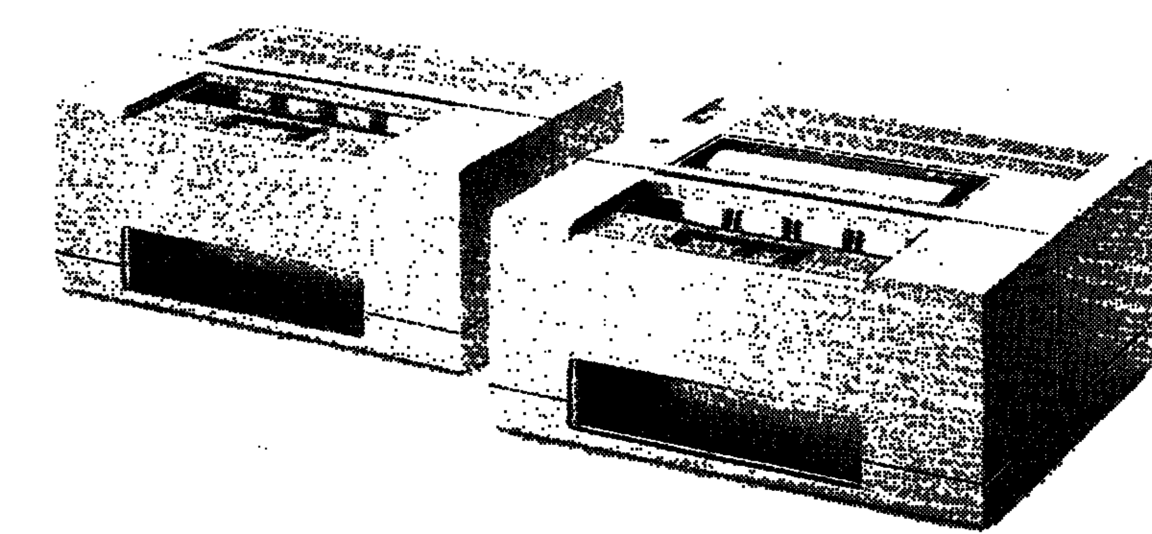
Die Bildschirme IBM 4704. Neu sind der 9-Zoll- und der 12-Zoll-Bildschirm am Direktanschluß.



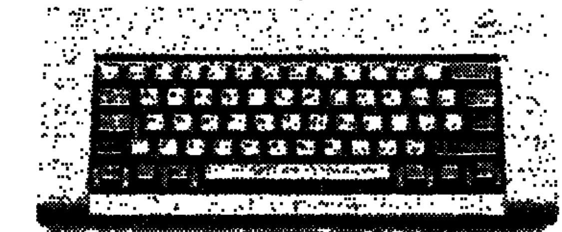
Der neue Journal- und Quittungsdrucker IBM 4710.



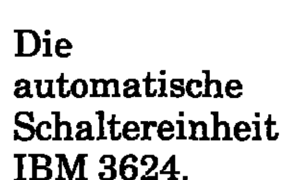


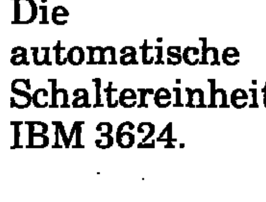


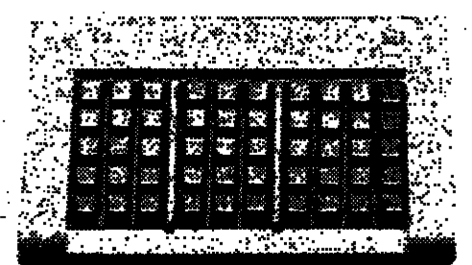
Die neuen Sparbuch- und Formulardrucker IBM 4720.

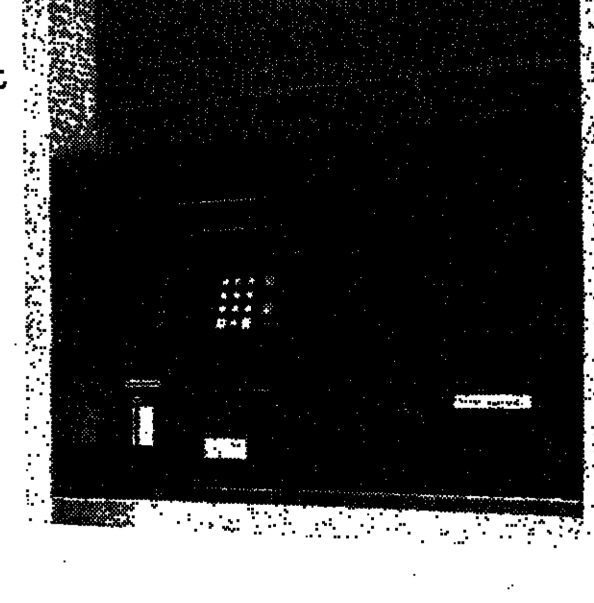


Die Tastaturen. Neu ist die Tastatur mit 107 Tasten.

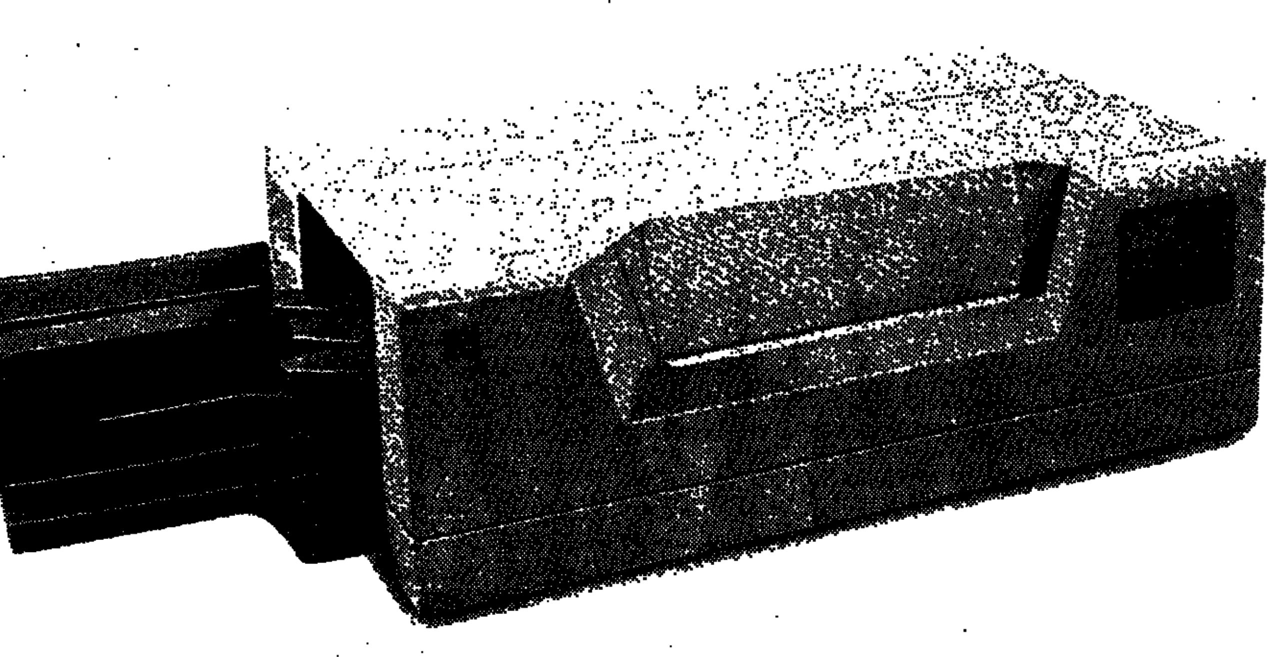




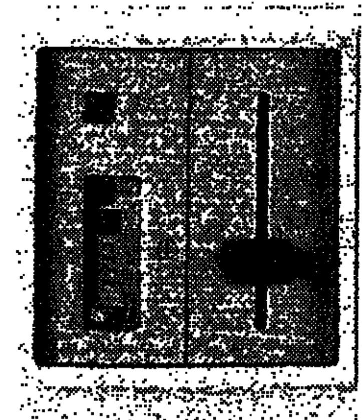


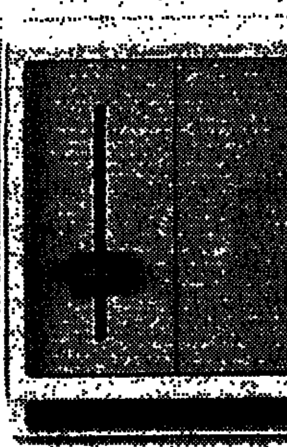


Die automatische Schaltereinheit IBM 3624.



Die Belegbearbeitungseinheit IBM 4723.





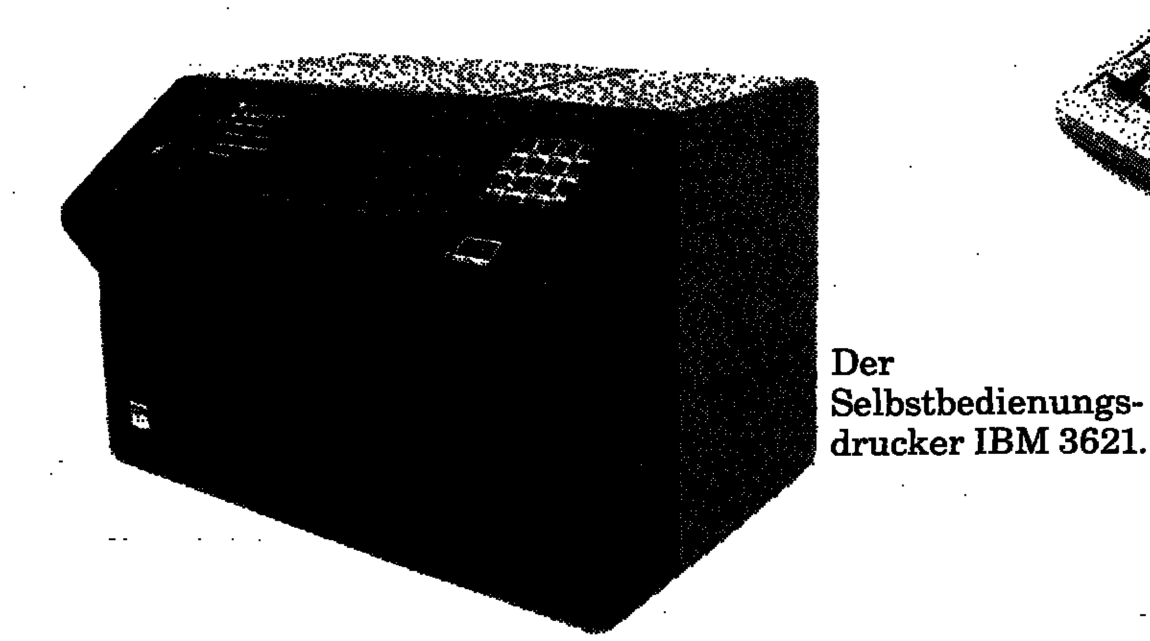
Die Steuereinheiten IBM 4701. Neu ist die Steuereinheit mit 60 M-Byte Plattenspeicher. Neu ist der Direktanschluß für den Typenraddrucker IBM 5210.



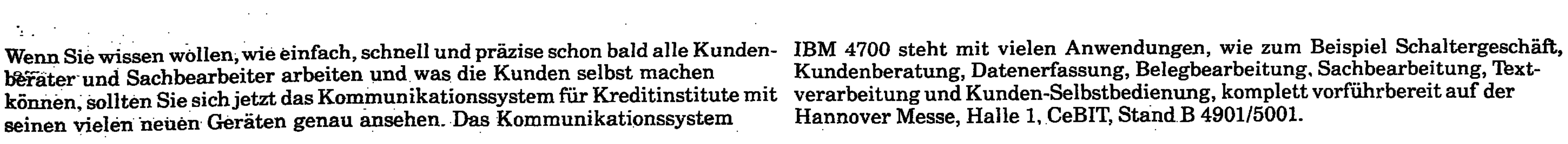


Der Magnetstreifenleser und Kodierer.

Die Kundentastatur.

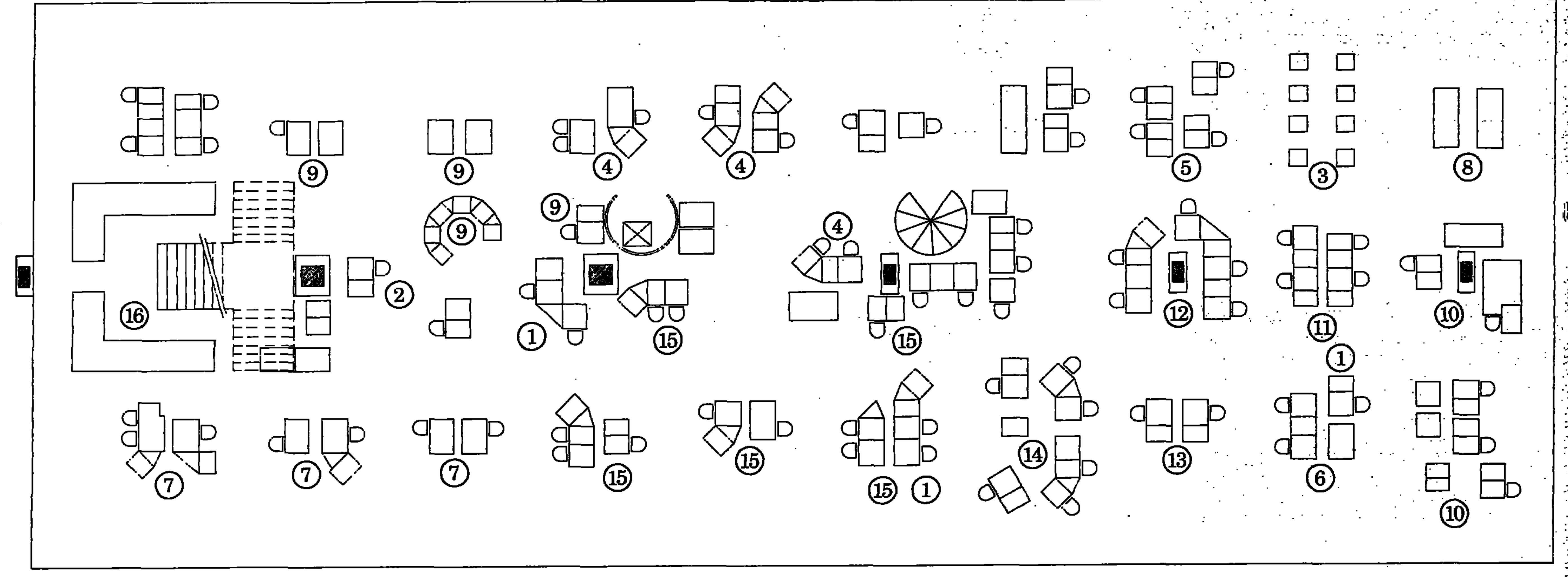


Der Selbstbedienungsdrucker IBM 3621.



Wenn Sie wissen wollen, wie einfach, schnell und präzise schon bald alle Kundenberater und Sachbearbeiter arbeiten und was die Kunden selbst machen können, sollten Sie sich jetzt das Kommunikationssystem für Kreditinstitute mit seinen vielen neuen Geräten genau ansehen. Das Kommunikationssystem IBM 4700 steht mit vielen Anwendungen, wie zum Beispiel Schaltergeschäft, Kundenberatung, Datenerfassung, Belegbearbeitung, Sachbearbeitung, Textverarbeitung und Kunden-Selbstbedienung, komplett vorführbereit auf der Hannover Messe, Halle 1, CeBIT, Stand B 4901/5001.

Halle 1, CeBIT, Stand B 4901/5001.



Im Erdgeschoß.

① Hier führen wir das Datensichtgerät IBM 3178 vor.
② Hier führen wir das Informations-Anzeigegerät IBM 3290 vor.
③ Hier führen wir die Schreibmaschine IBM 85 vor.
④ Hier führen wir das Schreib-System IBM 6580 vor.
⑤ Hier führen wir den IBM Personal Computer vor.
⑥ Hier führen wir den Datenbank-Computer IBM System /38 vor.
⑦ Hier führen wir das Kommunikationssystem für Kreditinstitute IBM 4700 vor.
⑧ Hier führen wir IBM Kopierer vor.
⑨ Hier führen wir IBM Telefonsysteme vor.
⑩ Hier führen wir IBM Datenkassen vor.
⑪ Hier führen wir den Bildschirm-Computer IBM System /34 vor.
⑫ Hier führen wir das Informationssystem IBM 8100 vor.
⑬ Hier führen wir Anwendungen für Handel und Dienstleistungen vor.
⑭ Hier führen wir Anwendungen für die technisch-wissenschaftliche Informationsverarbeitung vor.
⑮ Hier führen wir Anwendungen für die Fertigung- und Grundstoff-industrie vor.
⑯ Hier bekommen Sie alle Auskünfte.

Wo Sie sonst noch was von der IBM finden: In Halle 2, CeBIT-Süd, in der Banken-Sonderschau. In Halle 7, Stand 906/1011, in der VDI-Sonderschau „Rechnerunterstütztes Konstruieren". In Halle 13, Stand 720/820, die neuen Fertigungssysteme IBM 7535 und IBM 7565.

Für alle, die nicht kommen können.

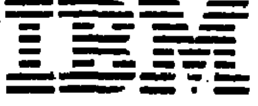
An IBM Deutschland GmbH, Abt. 2155, Postfach 80 08 80, 7000 Stuttgart 80.

Ich kann nicht zur Hannover Messe kommen. Bitte nehmen Sie mich in den Kreis der Interessenten auf und schicken Sie mir Informationsmaterial über

- ☐ das Datensichtgerät IBM 3178
- ☐ das Informations-Anzeigegerät IBM 3290
- ☐ den Universalrechner IBM Serie /1
- ☐ den Datenbank-Computer IBM System /38
- ☐ die Schreibmaschine IBM 85 mit Teletex-Anschluß
- ☐ das IBM Schreib-System mit Teletex-Anschluß
- ☐ den IBM Personal Computer
- ☐ das Kommunikationssystem für Kreditinstitute IBM 4700
- ☐ die Fertigungssysteme IBM 7535 und IBM 7565
- ☐ die Datenverarbeitung in folgender Branche ______
- ☐ diese IBM Produkte ______

Name: ______ Straße: ______
Position: ______ Ort: ______
Firma: ______ Telefon: ______

IBM Deutschland GmbH, Abteilung 2155, Postfach 80 08 80, 7000 Stuttgart 80.



Tierschützer und Kürschner

adh. – Die Tierschützer schlagen Alarm. Der tierliebe deutsche Bürger ruft laut mit, sei es für die süßen Robbenbabies, für die armen Nerze im Käfig oder für die possierlichen Igel, die überfahren werden. Dann dreht er sich um, nimmt seinen Pelzmantel aus dem Schrank und bricht zum Sonntagsspaziergang in abgelegenen Waldstücken auf, die eigentlich Refugium des Wildes sein sollen. Dabei will er möglichst dicht mit dem Auto herankommen und läßt dann seinen Hund im Wildeinstandsgebiet sich austoben.

Diese grob vereinfachende Beschreibung tut sicherlich vielen Engagierten unrecht. Aber grob vereinfacht wird auch, wenn die Tierschützer auf die deutsche Pelzbranche eindreschen, wenn ein kleines Häuflein „Überengagierter" ein ganzes Volk vom Nerz zum Synthetik-Pelz bekehren will. Man sollte in dieser Diskussion gelegentlich auch daran denken, daß diese Branche immerhin mehr als 35 000 Menschen Arbeit und Brot gibt.

Daß die deutschen Kürschner die falsche Adresse für globale Tierschützer-Schelte sind, haben sie längst unter Beweis gestellt: Durch die Finanzierung eines Identifikations-Handbuches zum Beispiel, das die Durchsetzung der Washingtoner Konvention über den Internationalen Handel mit gefährdeten Tier- oder Pflanzenarten sicherstellen soll. Das nächste Projekt: Erfassung und Schutz des bedrohten Wildkatzenbestandes in Südamerika. Gehandelt wird damit nicht auf der Frankfurter Pelzmesse, aber es wird für sie gesammelt. Die Tierschützer sollten mitziehen.

Nur an Zahlen berauscht

Von DANKWARD SEITZ

Wer von der größten Baumaschinen-Messe der Welt, der Münchner Bauma '83, die am 14. April zu Ende geht, mehr als ein kleines positives Konjunktursignal erwartete, muß zwangsläufig enttäuscht sein. Auch wenn die ersten wirtschaftspolitischen Maßnahmen der neuen Bundesregierung und das wiederaufkeimende Vertrauen der Wirtschaft in die weitere Entwicklung günstige Voraussetzungen sind, von dem Geschäftsverlauf dieser relativ kleinen Branche in den ersten Monaten dieses Jahres auf die Gesamtkonjunktur schließen zu wollen, hieße, mit Scheuklappen durch den Alltag zu gehen. Die Belastungen und Risiken, die auf die Baumaschinen-Firmen in diesem Jahr noch zukommen werden, sind so groß und zahlreich, daß selbst vor Optimismus gewarnt werden muß. Von Zuwachsraten im Auftragseingang von 70 Prozent und mehr sollte sich niemand blenden lassen.

Zugegeben, der Bauwirtschaft, dem größten Kunden der Baumaschinen-Branche geht es zusehends besser. Und doch ist auch dies nur die halbe Wahrheit. Der Jubel über die Wende darf nicht von der Entwicklung im Wohnungs- und Wirtschaftsbau her abgeleitet werden. Die überwiegende Zahl der Baumaschinen sind nun einmal Erdbewegungsmaschinen, die fast nur im Tief- und Straßenbau eingesetzt werden können. Und hier wird sich angesichts der leeren Kassen der öffentlichen Hände auch in diesem Jahr nicht viel bewegen.

Nicht ohne Wirkung wird dies auf die Maschinenparks der Baufirmen bleiben, zumal sich die Aufstockung ihrer Kapazitäten immer mit einer erheblichen zeitlichen Verzögerung vollzieht. Ein Auslastungsgrad von nur 50 Prozent zeigt, über welchen Spielraum diese Firmen noch verfügen, bevor sie gezwungen sind, neue Maschinen anzuschaffen.

Ein zweiter kritischer Punkt ist der fast totale Zusammenbruch bisher wichtiger Auslandsmärkte. Angesichts fallender Öleinnahmen haben und werden noch in verstärktem Maße die Opec-Länder ihre ehrgeizigen Baupläne kräftig zusammenstreichen. Durch den Krieg mit Iran ist auch Irak inzwischen zu einem Totalausfall geworden. Die Staaten in Lateinamerika und der Dritten Welt haben kaum noch Geld oder sind schon zahlungsunfähig.

So werden die Baumaschinen-Unternehmen, die bisher ihr Heil im Export fanden und damit so manche Klippe umgehen konnten, ihre Produkte verstärkt auf den Inlandsmarkt drücken. Immerhin gingen 1982 etwa 80 Prozent der deutschen Baumaschinen-Produktion in den Export. Und zu allem Übel schicken sich nun auch die Japaner noch an, mit großen Preisunterbietungen die europäischen Märkte zu erobern.

Nach drei äußerst harten Krisenjahren mag vielleicht dennoch der Optimismus der deutschen Baumaschinen-Hersteller, die auch in München immer wieder zum Ausdruck kam, über den steigenden Auftragseingang, der für 1983 zweistellige Produktions- und Umsatzzuwachsraten verspricht, verständlich sein. Doch, und das ist das Bedenkliche, man berauscht sich nur an diesen Zahlen. Gedanken über den Ertrag werden wie ein lästiges Problem zur Seite geschoben, einfach verdrängt.

Dabei ist gerade im letzten Jahr in der Branche ein Catch-as-catch-can um die Preise ausgebrochen, das auch heute noch nicht beendet ist, vielleicht sogar noch schlimmer wird. Und die Kunden weiden dies fast genüßlich aus. Gegen alle kaufmännischen Sitten werden bereits unterschriebene Kaufverträge widerrufen, wenn ein zweiter Baumaschinen-Hersteller ein noch günstigeres Angebot nachschiebt. Großzügig gibt man dann dem ersten die Gelegenheit, doch noch einmal über seinen Preis nachzudenken.

Zu wahren Schleuderpreisen werden so Maschinen verkauft nach der Devise: Hauptsache der Firmenhof ist leer und die Absatzstatistik stimmt. Kritik an diesem Denken in Marktanteilen und Produktionszahlen wird mit dem in dieser Situation fragwürdigen betriebswirtschaftlichen Argument gekontert: es sei billiger, eine Baumaschine zu verschleudern als hohe Zinsen zu bezahlen. Die betriebswirtschaftlich viel entscheidendere Frage nach dem, was letztendlich unter dem Strich bleibt, wird nonchalant übergangen. Hauptsache man hat überlebt – und sei es auf der Intensivstation.

Bei aller Freude über die Wende wird auch vergessen, daß das derzeit relativ hohe Auftragsvolumen – zum großen Teil bedingt durch das Ende Dezember ausgelaufene Investitionshilfe-Programm – zu Preisen erkauft worden ist, die zumindest in diesem Jahr noch einmal stark an die Substanz gehen werden. Die Katerstimmung kommt spätestens nach dem nächsten Bilanzstichtag.

HANNOVER-MESSE / Lambsdorff: Nicht nur die Stimmung hat sich gebessert

Eine Reihe von Indikatoren spricht für eine wirtschaftliche Erholung

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Bei allen noch vorhandenen nationalen und internationalen Problemen ist eine Verbesserung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Schlüsselgrößen deutlich erkennbar. Diese Ansicht vertrat Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff gestern abend bei der Eröffnung der Hannover-Messe. Zwar seien Risiken und Unsicherheiten noch vorhanden; die bisher labile Balance von Chancen und Risiken habe sich aber zuletzt deutlich zugunsten der Chancen für eine Konjunkturbelebung verschoben.

Der Minister verwies in diesem Zusammenhang auf eine Reihe von Frühindikatoren. Die Zuversicht beziehe sich nicht nur auf die Stimmung in der Wirtschaft. Neben den optimistischeren Erwartungen werde inzwischen auch die tatsächliche Geschäftslage günstiger beurteilt. Als Vorreiter einer wirtschaftlichen Erholung trete dabei immer deutlicher der Baubereich hervor. Aber auch beim verarbeitenden Gewerbe habe sich die Auftragslage erheblich verbessert. Das befürchtete Nachfrageloch nach dem Auslaufen der Investitionszulagen sei ausgeblieben. Erstmals seit langem reagierte die Industrie zu Jahresbeginn mit einer spürbaren Ausweitung ihrer Fertigung, erklärte Lambsdorff.

Wichtiger noch als diese Verbesserung der Frühindikatoren bewertet der Minister die positive Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Hierzu gehörten die Preisstabilität, die positive Leistungsbilanz und die gesunkenen Zinsen. Die im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung Anfang 1983 geäußerte Zuversicht stehe heute auf einem breiteren Fundament als damals.

Nachteilige längerfristige Wirkungen der jüngst vorgenommenen D-Mark-Aufwertung auf die Exportwirtschaft befürchtet Lambsdorff nicht. Die nach wie vor vergleichsweise günstige Kosten- und Preissituation in der Bundesrepublik und der hohe Qualitätsstandard dürften auch in Zukunft die deutsche Industrie begünstigen. Zudem sei die Neufestsetzung der Leitkurse auch als Beitrag zu einer gleichgewichtigen Belebung der Weltkonjunktur anzusehen.

Nachdrücklich sprach sich der Minister gegen das „Subventionsunwesen" aus. Dieses Problem sei noch längst nicht unter Kontrolle. Er, Lambsdorff, unterstütze die Forderung des Mittelstands nach einem Abbau der Subventionen. Dauersubventionen würden „die Signale wettbewerblicher Preisgestaltung und die Weichen für den permanenten Strukturwandel" falsch stellen. Zudem würden vor allem Großunternehmen davon profitieren. Lambsdorff: „Wir müssen den Zug der wirtschaftlichen Entwicklung wieder vom Abstellgleis holen, auf das er auch durch die falschen Signale der Subventionspolitik geraten ist."

Die Bundesregierung werde deshalb strengere Maßstäbe an alle bestehenden und an die Gewährung neuerer Subventionen anlegen. Dies gelte auch für die laufenden Verhandlungen um eine tragfähige Konzeption im Stahlbereich, für die Kohle und schließlich auch für Werftindustrie. Es wäre geradezu fatal, so der Minister, wenn eine „Restrukturierung von Großwerften mit Hilfe öffentlicher Mittel zu Lasten der kleinen und mittleren Betriebe ginge". Das Werft-Konzept des Hamburger Senats bezeichnete Lambsdorff als unbrauchbare Diskussionsgrundlage.

Das wirtschaftliche Hauptziel der Bundesregierung bleibe die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Rückkehr zu dauerhaftem Wirtschaftswachstum. Der einzig gangbare Weg zu diesem Ziel sei eine verstärkte Investitionstätigkeit. Investitionen seien die Voraussetzung für die Anpassung an geänderte Rahmenbedingungen und, wie die Messe in Hannover zeige, für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

BUNDESBANK

Devisenabfluß willkommen – Noch Konjunktur-Schatten

C. DERTINGER, Frankfurt

Positiv bewertet die Bundesbank die nach der EWS-Wechselkurskorrektur in Gang gekommenen Devisenrückflüsse, die bis Ende März rund sieben Milliarden Mark erreichten und die sich auch im April fortsetzen. Dadurch sei die tatsächliche Aufwertung der D-Mark im EWS auf nur 1¼ Prozent begrenzt worden. Eine sofortige Ausschöpfung des mit dem Realignment geschaffenen größeren Aufwertungsspielraums wäre für die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte in anderen EG-Ländern nachteilig gewesen, denn die jüngste Leitkursanpassung sei über die seit dem vorangegangenen Realignment entstandenen Inflationsdifferenzen hinausgegangen.

Die im Ausland ergriffenen Sanierungsmaßnahmen und der mit dem Realignment geschaffene verhältnismäßig weite Raum für eine Höherbewertung der Mark verlangten eine Fortführung des stabilitätsorientierten Kurses der Geld-, Wirtschafts- und Einkommenspolitik in der Bundesrepublik, betont die Bundesbank in ihrem Monatsbericht.

Die Devisenrückflüsse kommen der Bundesbank vor allem auch geldpolitisch gelegen, weil sie die Expansion der Zentralbankgeldmenge bremsen, die im März, auf Jahresrate hochgerechnet, ihren Stand vom vierten Quartal 1982 um 11½ Prozent überstieg und damit über den oberen Rand des Zielkorridors von vier bis sieben Prozent für 1983 hinausschoß. Inwieweit die Beschleunigung der Geldmengenexpansion dauerhaft sei, lasse sich erst in den kommenden Monaten beurteilen, meint die Bundesbank, die gleichzeitig darauf hinweist, daß sie auf kurzfristige „Ausreißer" nie mit einem abrupten Kurswechsel reagiert habe. Sie hätte daher bei ihrer jüngsten Leitzinssenkung, die freilich mit einer Einengung des Bankenliquiditätspotentials um fünf Milliarden Mark gekoppelt war, unterstellen können, daß ihre geldpolitischen Absichten von der Öffentlichkeit nicht als Abgehen vom mittelfristig auf Stabilität gerichteten Kurs mißverstanden würden.

Die Tatsache, daß die Renditen für festverzinsliche Papiere mit etwas längeren Laufzeiten nach der jüngsten Leitzinssenkung leicht gestiegen sind, zeigt nach Auffassung der Bundesbank von neuem, daß die Entwicklung des Kapitalzinses nur in einem lockeren Verhältnis zu Notenbankmaßnahmen stehen.

Das konjunkturelle Bild bezeichnet die Bundesbank als aufgehellt, aber nicht ohne Schatten. Zum einen sei die weitere Entwicklung des Exports noch unsicher, so daß die Wirtschaftserholung von der Inlandskonjunktur abhänge; zum anderen sei der Anpassungsprozeß im Innern noch nicht abgeschlossen. Für manche Branchen, scheine der Zwang zum Kapazitätsabbau noch nicht beendet zu sein.

AUF EIN WORT

❝ Trotz Sorgen in manchen Branchen bin ich überzeugt, daß die deutsche Volkswirtschaft nach wie vor auf bester Grundlage beruht. Wir haben hervorragende Mitarbeiter, stellen Qualitätsprodukte her, die soziale Sicherung ist gewährleistet, und unsere Rechnungen können wir auch bezahlen. Auch wenn wir wegen der Entwicklung der Auslandsmärkte zur Kasse gebeten werden, sollte das kein Grund zum Pessimismus sein. ❞

Heinz Nixdorf, Vorstandsvorsitzender der Nixdorf Computer AG, Paderborn

FOTO: DIE WELT

AGRARPOLITIK

Verbraucher gegen Grenzausgleich

HEINZ HECK, Bonn

„Ohne Grenzausgleich könnten unsere Lebensmittel deutlich billiger sein", schreibt die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) und appelliert an den neuen Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle (CSU), er möge für einen schnellen, stufenweisen Abbau des Grenzausgleichs im Rahmen eines langfristigen Konzepts sorgen, das sich an dem gesamtwirtschaftlichen Interesse der Bundesrepublik orientiere.

Der Grenzausgleich für Agrarerzeugnisse, dessen Aufgabe es ursprünglich gewesen sei, die Landwirtschaft vor abrupten Auswirkungen von Wechselkursänderungen zu schützen, „ist längst zu einem Instrument unsachlicher Preispolitik und zu einem negativen europäischen Politikum geworden", heißt es. Die Preise für Marktordnungsprodukte in der Bundesrepublik lägen dadurch um 13 Prozent über dem ohnehin überhöhten EG-Niveau; zu wichtigen Partnerstaaten betrage das Gefälle sogar rund 20 Prozent. Einfuhren würden dadurch mit einem Zusatzzoll belegt, Ausfuhren entsprechend subventioniert. Die AgV schätzt die zusätzliche Verbraucherbelastung auf jährlich mindestens zwei bis drei Milliarden Mark. Das löse auch zusätzliche Inflationsimpulse aus. Schlimmer noch: Bereits 1973 habe das Kieler Institut für Weltwirtschaft darauf aufmerksam gemacht, daß die Ausklammerung der Agrarwirtschaft aus der D-Mark-Aufwertung den Aufwertungsbedarf für die übrigen Wirtschaftszweige erhöhe und damit deren europäische und internationale Wettbewerbsfähigkeit schwäche.

WÄHRUNG

Britisches Pfund stark gestiegen

WILHELM FURLER, London

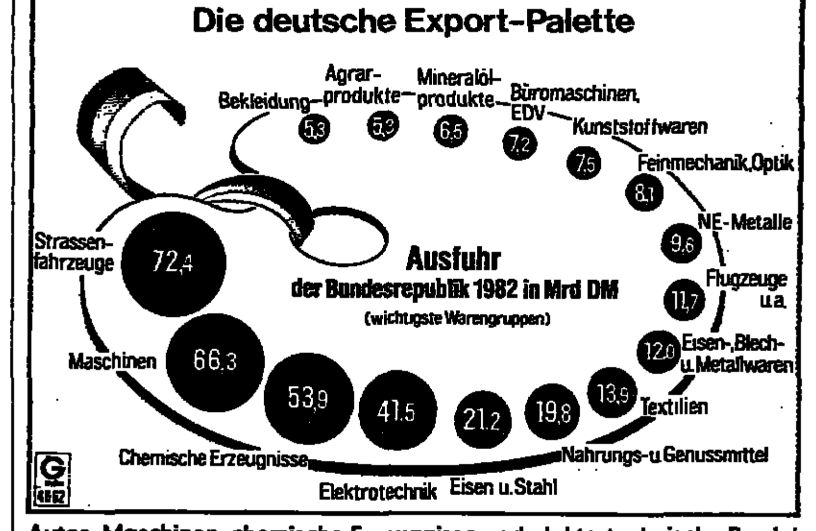
Wachsende Spekulationen darüber, daß die britische Premierministerin Margaret Thatcher die Parlamentswahlen nun doch schon für Juni ansetzen wird, haben auch am gestrigen Dienstag den Pfundkurs gegenüber allen wichtigen Währungen steigen lassen. Gleichzeitig zogen die Kurse an der Londoner Aktienbörse erneut an.

Bereits bei Eröffnung der Devisenbörse wurde die Pfund-D-Mark-Parität auf 3,7201 Mark festgesetzt, nachdem tags zuvor der Schlußkurs bei 3,6975 stand. Im Laufe des Tages pendelte sich der Kurs bei 3,714 Mark ein. Damit ist der Wert der britischen Währung gegenüber der deutschen innerhalb der letzten drei Wochen um etwas mehr als 20 Pfennige gestiegen. Auch gegenüber dem amerikanischen Dollar konnte das Pfund erheblich zulegen.

Auf die starke Pfundkurs-Verbesserung in den letzten Tagen hatte auch die Stabilisierung der Preise für Rohöl wesentlich Einfluß. Schon bevor der neue Referenzpreis für britisches Nordseeöl in Höhe von 30 Dollar je Barrel (Brent-Öl) von den wichtigen Produzenten und Abnehmern akzeptiert worden war, hatten die Preise an den Spotmärkten wieder deutlich angezogen.

Zugleich mit den Spekulationen über frühe Unterhauswahlen hat die in der Londoner City wachsende Aussicht auf eine Herabsetzung der Basis-Kreditzinsen von 10,5 auf zehn oder gar 9,5 Prozent auch am gestrigen Dienstag wieder zu einem Anstieg der Aktienkurse auf breiter Front geführt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Autos, Maschinen, chemische Erzeugnisse und elektrotechnische Produkte – das sind die Exportschlager der Bundesrepublik. Mit diesen vier Warengruppen erzielte die deutsche Wirtschaft 1982 einen Umsatz im Ausland in Höhe von 234 Milliarden Mark. QUELLE: GLOBUS

Begrenzter Spielraum für Zinssenkung

Frankfurt (cd.) – Für eine weitere Senkung des Zinsniveaus am Kapitalmarkt sieht der Verband öffentlicher Banken nur noch wenig Raum, werde wegen der kräftigen Geldmengenexpansion mit weiteren Lockerungsmaßnahmen der Bundesbank nicht mehr gerechnet werden können. Sollte die Bundesbank eine relativ schnelle Rückführung der Geldmenge in den Zielkorridor anstreben, könne es sogar zu Versteifungen am Geldmarkt und entsprechenden negativen Ausstrahlungen auf den Kapitalmarkt kommen.

Tankstellensterben

Bonn (AP) – Die Mineralölkonzerne tragen durch ihre Provisionsgestaltung zur Beschleunigung des Tankstellensterbens in der Bundesrepublik bei. Diesen Vorwurf hat der Zentralverband des Tankstellen- und Garagengewerbes (ZIG) am Dienstag vor Journalisten in Bonn erhoben. Im Mittelpunkt der Kritik steht die Aral AG, die zur Zeit mit Tankstellenpächtern und -eigentümern in Verhandlungen um die Revision ihrer Verträge steht. Die Forderungen der Aral können nach Angaben des ZIG für die Pächter zu Einkommensverlusten bis zu 20 000 Mark im Jahr führen.

Briten tagen in Berlin

Berlin (Wz.) – Die British Chamber of Commerce in Germany, Köln, veranstaltet zum erstenmal in Berlin, dem Sitz einer ihrer Landesgruppen, ihre Jahreshauptversammlung. Präsident der Kammer ist Professor Peter Schmitt, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutschen ICI in Frankfurt/Main. Im Rahmen der Tagung wird am 29. April der frühere britische Premierminister James Callaghan über die internationalen Wirtschaftsbeziehungen in den 80er Jahren sprechen.

Rumasa-Klage abgelehnt

Madrid (dpa/VWD) – Ein Madrider Gericht hat, wie am Dienstag bekannt wurde, die Klage des Präsidenten der am 23. Februar verstaatlichten größten spanischen Privatholding Rumasa, Jose Maria Ruiz-Mateos, wegen „Besitzentzug" abgelehnt. Ruiz-Mateos hatte die Klage letzten Mittwoch im Namen der Familie Mateos eingereicht, die im Alleinbesitz des Großkonzerns war, da die Enteignung des in Schwierigkeiten befindlichen Großkonzerns gegen die Verfassung verstoße.

Neue Finanzhilfe

Saarbrücken (dpa/VWD) – Die zeitweise vom Konkurs bedrohte Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, mit ihren rund 18 000 Beschäftigten hat bis April bereits zwei Drittel der von Bund und Land für dieses Jahr zugesagten Finanzhilfe von zusammen 312 Millionen Mark erhalten. Nach weiteren Angaben des saarländischen Ministerpräsidenten Werner Zeyer (CDU) vom Dienstag beschloß das CDU-FDP-Landeskabinett außerdem die Freigabe einer neuen Finanzhilfe über 25,5 Millionen Mark (je die Hälfte von Bund und Land) an das Unternehmen.

Konkursausfallgeld

Nürnberg (AP) – Rund 144 Millionen Mark an Konkursausfallgeld hat die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg im ersten Quartal 1983 ausbezahlt. Von Januar bis März 1982 waren es nur 130 Millionen Mark gewesen. Die jetzt für nur drei Monate bezahlten 144 Millionen Mark sind, wie die Behörde am Dienstag weiter mitteilte, bereits mehr als 30 Prozent des Haushaltsansatzes für alle zwölf Monate des Jahres 1983 von insgesamt 475 Millionen Mark.

Französische DM-Anleihe

Frankfurt (cd.) – Eine achtprozentige 100-Millionen-DM-Anleihe mit achtjähriger Laufzeit legt die französische Mittelstandsbank (Crédit d'Equipement des Petits et Moyennes Entreprises – Cepme) zu Paris über ein internationales Bankenkonsortium unter Führung der Commerzbank auf. Die Anleihe, die an der Frankfurter Börse eingeführt werden soll, wird vom französischen Staat garantiert.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Warenaustausch der Neun nahm um elf Prozent zu

WILHELM HADLER, Brüssel

Der europäische Binnenmarkt hat sich auch im vergangenen Jahr wieder als wichtige Konjunkturstütze erwiesen. Dies zeigen die jüngsten Handelszahlen des statistischen Amtes der EG. Danach hat der innergemeinschaftliche Warenaustausch (alle Einfuhren außer Griechenland) wertmäßig mit elf Prozent stärker zugenommen als 1981. Im letzten Quartal fiel die Zuwachsrate allerdings wieder auf sechs Prozent zurück.

Den größten Zuwachs der Einfuhren aus anderen Ländern der Gemeinschaft hatten 1982 Frankreich (16 Prozent) und Großbritannien (15 Prozent), den niedrigsten Irland und Belgien/Luxemburg (drei beziehungsweise zwei Prozent). Dafür meldete Irland einen größeren Anstieg bei den innergemeinschaftlichen Ausfuhren (19 Prozent) als die anderen EG-Länder. In Italien und in der Bundesrepublik ergab sich gegenüber dem Vorjahr ebenfalls ein Ausfuhrplus von 17 Prozent.

Die Exporte der neun EG-Staaten in Drittländer (für Griechenland liegen noch keine Ergebnisse vor) sind dagegen weit hinter dem innergemeinschaftlichen Warenaustausch zurückgeblieben. Mit wertmäßig sieben Prozent ist ihr Zuwachs 1982 der niedrigste seit 1978 gewesen. Im letzten Quartal lagen die Ausfuhren sogar nur um drei Prozent über dem Vergleichszeitraum von 1981.

Bei den führenden Einfuhrerzeugnissen der EG war im letzten Quartal, verglichen mit dem Vorjahreszeitraum bei „Maschinen und Fahrzeugen" ein Rückgang um ein Prozent festzustellen, bei „sonstigen bearbeiteten Waren" ein Zuwachs von vier Prozent. Die Einfuhren aus Nicht-EG-Staaten nahmen im gesamten Jahr um fünf Prozent zu. Geringfügig abgenommen hat der Import von Rohstoffen. Dagegen nahm die Einfuhr von Energie wieder leicht zu.

PELZMESSE / Kürschner kamen recht gut durch den milden Winter

Trend zum Leichteren und Feineren

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Kürschner lieben Kälte. In diesem Winter waren sie in der Situation eines verschmähten Liebhabers: Die Geliebte ist nicht gekommen. Die Molltöne von Alfred Hanert, Präsident des Zentralverbandes des Kürschnerhandwerkes, kurz vor Beginn der 35. Internationalen Pelzmesse in Frankfurt (13. bis 17. April) tun dem Optimismus jedoch keinen Abbruch: Denn Kürschner und Rauchwarenwirtschaft sind, wie es eine erste Bilanz zeigt, erstaunlich gut durch die Konjunkturkälte gekommen.

Bereits im letzten Quartal des vergangenen Jahres wurden die auch in dieser Branche registrierten Minusraten deutlich kleiner, ein Trend, der in den ersten drei Monaten dieses Jahres angehalten hat. Allein der Februar, in dem der Winter ein kurzes Gastspiel gab, verschaffte den gut 2000 deutschen Kürschnern – sie nehmen mit 15 200 Beschäftigten die Einzelhandelsfunktion wahr – ein Umsatzplus von 10 Prozent gegenüber der gleichen Vorjahreszeit.

Im vergangenen Jahr hatten die Kürschner bei stabilen Preisen real 6,5 Prozent ihres Umsatzes eingebüßt (Umsatz: 1,45 Mrd. DM). Der gesamte deutsche Einzelhandelsumsatz mit Pelzen und Pelzbekleidung dürfte nach Branchenschätzungen aber auch 1982 wieder rund 3,6 Mrd. DM erreicht haben. Damit ist die Bundesrepublik nach wie vor unangefochten Pelzverbrauchs-Land Nummer eins in der Welt. Auf Platz zwei folgen die USA mit 1,8 Mrd. DM, um die Plätze drei und vier rangeln sich Italien und Japan mit 1,6 bis 1,7 Mrd. DM Pelzumsatz im Jahr. Vor allem Japan hat sich in den letzten Jahren als guter Markt für die Deutschen erwiesen. Auch zur jetzt startenden Messe haben sich bereits 200 japanische Facheinkäufer angesagt; insgesamt werden wieder fast 25 000 Einkäufer aus 40 Ländern erwartet.

Denn Frankfurt hat sich für die Pelzbranche zum absoluten Branchentreff entwickelt, ein Muß, will man über die neuesten Trends informiert sein. Einen großen Anteil an dieser Entwicklung hat die Geschicklichkeit der 21 deutschen Veredelungsbetriebe, die pro Jahr 20 bis 30 Millionen rohe Felle – allen voran den Nerz – mit Geschick und Ideen zu dem machen, was sie für den Träger begehrenswert macht: Weicher schmeichelnder Pelz, der durch die Verarbeitung mit Velours- oder Nappa-Lederseite immer leichter und damit angenehmer im Tragen wird.

Der Trend zum Leichteren und Feineren wird der jetzt eingeläuteten Pelzsaison 1983/84 neue Impulse geben, erwarten Branchensprecher. Damit setzen die deutschen Konfektionäre, die neben ihrer heimischen Fertigung für rund 500 Mill. DM Auftragsproduktion aus dem Ausland vermarkten, auf eine Fortsetzung des Erfolgskurses im Export, der ihnen im vergangenen Jahr trotz Rezession ein Plus von 5,6 Prozent auf 285,6 Mill. DM bescherte.

USA / Rendite der Unternehmen hat sich von 1952 bis 1981 stark verschlechtert

Gewinne haben Durststrecke beendet

H.-A. SIEBERT, Washington

Nach langer Durststrecke zeigt in den USA die Gewinnkurve der Unternehmen wieder nach oben. Umstritten ist jedoch, wie steil sie verläuft. Folgt man dem Mittelwert der jüngsten Prognosen, dann wird das Durchschnittsplus in diesem Jahr 20 Prozent betragen. Namhafte New Yorker Investmenthäuser weichen davon aber erheblich ab. So sagt Goldman Sachs & Co. eine Gewinnausweitung um 30 Prozent voraus.

Wall-Street-Analyten widmen der Gewinnentwicklung in diesem Frühjahr eine besonders große Aufmerksamkeit. Sie entscheidet hauptsächlich über die Investitionsneigung der Betriebe und damit über das Ausmaß der wirtschaftlichen Erholung. Nachdem das Investitionsniveau 1982 schon unter dem 79er Niveau lag, wird 1983 wieder mit einem Rutsch – real minus 3,8 Prozent – gerechnet.

Goldman Sachs begründet den kräftigen Gewinnschub mit ähnlichen Explosionen in früheren vergleichbaren Konjunkturphasen. Danach nehmen die Gewinnmargen und Gesamtgewinne am Anfang eines Aufschwungs dann stark zu, wenn die Kapazitätsauslastung in der vorausgegangenen Rezession besonders niedrig war. Nach nicht so großen Wachstumsverlusten fallen dagegen die Gewinne bescheidener aus. Im Dezember erreichte die Kapazitätsauslastung in der Weiterverarbeitung mit 67,3 Prozent den tiefsten Stand in der US-Geschichte. Inzwischen liegt sie knapp unter 70 Prozent.

Für Goldman Sachs gilt die Regel, daß tieferen rezessiven Einbrüchen stärkere Aufschwünge folgen. Hinzu kommt das Bemühen der Unternehmen, die Kosten zu senken und die Arbeitsproduktivität zu erhöhen. Dazu gehört auch ein „natürliches Maßhalten der Gewerkschaften bei Lohnverhandlungen". Das Investmenthaus geht überdies davon aus, daß die preisbedingten niedrigen Gewinne der Ölindustrie das gesamte Gewinnbild nicht verschlechtern. Vielmehr profitiert die übrige US-Wirtschaft mehr vom billigeren Öl, als die Mineralölgesellschaften verlieren.

Das Brokerhaus Morgan Stanley gießt Wasser in den Essig mit dem Hinweis, daß die Kostensenkungen in der amerikanischen Wirtschaft überschätzt würden. Das gelte vor allem für die verarbeitende Industrie, die seit 1978 einen Gewinnrückgang um 60 Prozent erlitten habe. Laut Morgan Stanley machen die Arbeitskosten in der Weiterverarbeitung nur 20 bis 25 Prozent aus, während alle anderen Aufwendungen das höchste Niveau seit neun Jahren erreicht haben. Die Folge: Da die wirtschaftliche Erholung schwächer ausfallen wird als nach den acht Rezessionen seit 1945, steht auch 1983 eine schwache Gewinnentwicklung bevor.

Für europäische Verhältnisse können sich indes Zunahmen von 13 bis 15 Prozent durchaus sehen lassen. Darüber sind sich auch viele Amerikaner einig. Immerhin haben nach einer neuen Umfrage 293 große US-Gesellschaften im vergangenen Jahr Gewinnrückgänge hinnehmen müssen, die durchschnittlich 21,9 Prozent ausmachten. Die Umsatzrendite schrumpfte gegenüber 1981 von 5,1 auf 4,1 Prozent. Fünf Industriezweige – Luftfahrtgesellschaften, Maschinenbau, Metalle, Stahl und Transportausrüstungen – verbuchten Verluste.

Neun von 22 Industriegruppen erwirtschafteten *1982* niedrigere Gewinne als 1981: Chemie (minus 32,7), Weiterverarbeitung (43,6), Holz (55,5), Anlagenbau (7,2), Maschinen für Metallbearbeitung (52,3), Erdöl (20,5), Eisenbahnen (15,3), Steine, Erden und Glas (41,4) sowie Textilien und Bekleidung (minus 0,1 Prozent). Höhere Gewinne erzielen Luft- und Raumfahrt (plus 17,8), Elektrogeräte und Electronics (4,7), Nahrungsmittel (8,3), Büroausrüstungen (11,8), Kosmetik (6,1) und Versorgungsunternehmen (plus 6,8 Prozent).

Nach einer Untersuchung der Federal Reserve Bank in Kansas City und Professor William Nordhaus von der Yale-Universität war 1982 das Jahr mit der geringsten Verzinsung des Kapitals seit 30 Jahren. Vor 1969 schwankte die Rendite (vor Steuern) zwischen 15 und 20 Prozent, nach 1969 zwischen zehn und zwölf Prozent. Im vergangenen Jahr machte sie nur noch 9,5 Prozent im Durchschnitt aus.

Folgt man der regionalen US-Notenbank, dann hat sich die Rendite in fast allen amerikanischen Wirtschaftsbereichen von 1952 bis 1981 zum Teil erheblich verschlechtert: in der Landwirtschaft um 14,0, in der Weiterverarbeitung um 10,9, im Bau um 7,0, im Bergbau um 1,5, im Groß- und Einzelhandel um 13,9, im Dienstleistungsbereich um 13,0 und in den Sektoren Transport/Versorgung um 1,8 Prozent. Nur in der Finanz- und Versicherungswirtschaft nahm die Rendite zu, und zwar um 12,6 Prozent.

BAUSPARKASSEN / Bankähnliche Geschäfte

Mehr Erfolg als Geldinstitute

PETER GILLIES, Bonn

Trotz Wohnungsbauflaute und Subventionskürzung haben sich die deutschen Bausparkassen in den letzten Jahren gut behauptet. Mit ihren „bankähnlichen" Geschäften erwirtschafteten sie sogar Gewinne, die deutlich über denen der Banken lagen. In ihrem jüngsten Monatsbericht bescheinigt die Deutsche Bundesbank den Instituten eine erfolgreiche und flexible Geschäftspolitik.

Die Bausparkassen hätten auf die nachlassende Baunachfrage mit neuen Tarifen für die Sparer reagiert und damit ihr früher uniformes Programm bereichert. Damit seien sie vom System des kollektiven Zwecksparens zunehmend ins Bankgeschäft übergewechselt. Ihre Rolle als Sammelstelle für Wohnungsbaukapital nennt die Zentralbank „bedeutend".

Nach wie vor seien die Spezialinstitute an der Finanzierung von etwa 30 bis 40 Prozent aller Neubauwohnungen beteiligt. Anstelle des reinen Neubaus hätten die Bereiche Modernisierung, Renovierung und Energiesparen immer größere Bedeutung gewonnen. Aus dem Bundesbankbericht läßt sich ableiten, daß die Kürzungen der staatlichen Bausparförderung das Geschäft dieser Institute nicht nachhaltig getroffen habe. Freilich hat sich die Wartezeit der Bausparer auf das zinsfeste Baudarlehen ständig verlängert.

Die Bundesbank berichtet, daß die Bausparkassen eine beachtliche Rendite auf das Eigenkapital erwirtschafteten. Sie lag im Durchschnitt der Jahre seit 1976 bei 10,7 Prozent (ohne das außerordentliche Ergebnis von 1980). Realkreditinstitute kamen dagegen auf 10,1 Prozent, die übrigen Banken nur auf acht Prozent. Auch ihre Zinsspanne habe deutlich über der des Bankgeschäfts gelegen.

Die Kassen haben mit ihren Gewinnen fast ausschließlich ihr Eigenkapital verstärkt. Es wuchs zwischen 1976 und 1982 um gut ein Drittel. Damit verfügen die privaten Bausparkassen über ein deutlich höheres Eigenkapital als die privaten Hypothekenbanken.

FRANKREICH / Liberalere Industriepolitik

Mittelstand reaktivieren

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Frankreichs neuer Industrieminister Laurent Fabius will im Unterschied zu seinem aus der Regierung ausgeschiedenen dirigistischen Amtsvorgänger Jean-Pierre Chevenement *die Interventionen* der Regierung in die Belange der Industrie auf ein Minimum zurückschrauben. „Der Staat darf sich nicht mehr in alles einmischen", erklärte der Minister zur Eröffnung der „Inova"-Messe.

Nach den gewaltigen Verstaatlichungen, welche die sozialistisch-kommunistische Regierung inzwischen durchgeführt hat, hält Fabius den Zeitpunkt für gekommen, zu einer „gemischten Wirtschaftsgesellschaft" zurückzufinden. Er werde jedenfalls nicht nur Minister der staatlichen Industrie-Unternehmen sein, sondern der gesamten Industrie.

Fabius kommt es, wie er sagte, vor allem darauf an, die mittleren und kleinen Industrie-Unternehmen zu reaktivieren. Der ehemalige Budgetminister denkt dabei auch an Steuererleichterungen. Die für neugegründete Unternehmen bis zu 150 Mitarbeitern Anfang 1982 eingeführte Ermäßigung der Gewinnsteuer von normalerweise 50 auf 25 Prozent, die zum Ende dieses Jahres ausläuft, könnte verlängert und erweitert werden.

Premierminister Mauroy hatte bereits Maßnahmen angekündigt, durch welche die Gründung von mindestens zehntausend Unternehmen im Jahr herbeigeführt werden soll. Außer an fiskalische Maßnahmen ist dabei an Hilfen für Angestellte gedacht, die ein eigenes Unternehmen aufbauen wollen. Sie sollen insbesondere für die Zeit des Unternehmensaufbaues eine Art Arbeitslosenunterstützung erhalten. In den letzten Jahren waren in Frankreich durchschnittlich 3400 mittlere und kleine Industrie-Unternehmen in Konkurs geraten oder sonstwie aufgegeben worden. Der Unternehmensbestand in dieser Gruppe schrumpfte damit auf 43 000. Dieser „Desindustrialisierung" will die Regierung jetzt Einhalt gebieten.

Umschuldung für Kuba perfekt

rtr, Paris

Eine Gruppe westlicher Banken hat nach Angaben aus Bankenkreisen der mit Kuba ausgehandelten Umschuldung von Schulden in Höhe von 140 Millionen Dollar grundsätzlich zugestimmt. Wie aus den Kreisen verlautete, ist laut einer Vorvereinbarung, die noch der Zustimmung sämtlicher etwa 100 Kreditgeber bedarf, eine Umschuldungsperiode von sieben Jahren und eine Freiperiode von zweieinhalb Jahren vorgesehen, in der nur Zinsen anfallen. Das Abkommen umfaßt Schulden, die zwischen September 1982 und Dezember 1983 hätten zurückgezahlt werden müssen.

Das Umschuldungsabkommen war bereits Ende März mit der kubanischen Zentralbank vereinbart worden, ohne daß zunächst Einzelheiten bekannt wurden. Die Bankengruppe unter Führung der französischen Credit Lyonnais, zu der auch deutsche Institute gehören, habe Kuba härtere Bedingungen gesetzt, als eine Gruppe Gläubigerstaaten es im März bei ähnlichen Verhandlungen getan hatte. Diese hatten eine Laufzeit von achteinhalb Jahren, bei einer Freiperiode von dreieinhalb Jahren vorgeschlagen.

HWWA skeptisch für Unctad-Konferenz

dpa/VWD, Hamburg

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die sechste Welthandelskonferenz Unctad im Juni in Belgrad sind alles andere als günstig. Das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, führte in der jüngsten Ausgabe seiner Zeitschrift „Intereconomics" zur Begründung an, daß die Rezession in den Industriestaaten noch keineswegs überwunden ist. Ferner seien die Opec-Staaten mit dem Verfall ihres Preiskartells konfrontiert, und die Dritte Welt leide unter dem Rückgang der Rohstoffpreise, geringeren Exporterlösen und höheren Schuldenlasten.

Die Entwicklungsländer dürften in Belgrad erneut ihre Forderung nach einer Aufstockung der westlichen Entwicklungshilfe auf den Verhandlungstisch bringen. Angesichts der Haushaltsprobleme der meisten Industrieländer bleibe jedoch die Zusicherung, 0,7 Prozent des Sozialprodukts für die staatliche Entwicklungshilfe abzuzweigen ein „leeres Versprechen" des Westens, meint das HWWA.

WELT-Korrespondenten berichten von der Hannover-Messe

Rosenthal – Mannesmann – Krupp – Digital Equipment



FOTO: MANFRED VOLLMER

Am Vortag der Eröffnung der Hannover-Messe herrscht unter Ausstellern und Beobachtern Einigkeit darüber, daß die Messe eine wichtige Station für den erhofften wirtschaftlichen Aufschwung sein wird. Ebenso wie die Reden auf der Eröffnungsveranstaltung in der hannoverschen Stadthalle waren die Pressekonferenzen auf dem Messegelände vom neugewonnenen Vertrauen und der gewachsenen Zuversicht für eine konjunkturelle Verbesserung geprägt. Nunmehr komme es darauf an, die Diskrepanz zwischen den günstigeren volkswirtschaftlichen Konjunkturindikatoren und den betrieblichen Daten so zu verringern, daß aus den Hoffnungen begründete Aufschwungserwartungen werden. *Die Hannover-Messe*, und auch das wird deutlich, zeigt einmal mehr, wie sehr die deutsche Industrie international in die Interdependenzen der modernen Technologie eingebunden ist. Die Befürchtungen in dieser Richtung allerdings sind wenig relevant. Gerade die Ausstellungsbeiträge deutscher Unternehmen unterstreichen die Anstrengungen, hochwertige Technologie zu präsentieren. Gleiches gilt für die ausländischen Unternehmen aus 46 Ländern, die Hannover als Plattform für internationale Geschäftsanbahnungen betrachten. (dos.)

Investitionsschub belastete Erträge

Nachdem die Keramik-Gruppe Rosenthal, Selb, in den vergangenen drei Jahren mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 107 Mill. DM den Umfang der vorangegangenen drei Jahre um 44 Prozent übertroffen und damit ihr „Soll übererfüllt" hat, will sie 1983 mit Sachinvestitionen von 25 (39) Mill. DM im Inland und 3 (3) Mill. DM im Ausland wieder etwas kürzer treten.

Das geplante Volumen erreicht etwa die Höhe der Abschreibungen, kündigte Vorstandssprecher Albert Kaltenthaler in Hannover an. Das bedeutet freilich keinen Stillstand: Bis 1985 soll eine neue Keramik-Fabrik in Kronach mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 25 Mill. DM entstehen, die ein „völlig veraltetes" und damit wenig kostengünstiges Werk ablösen wird.

Nicht zuletzt der antizyklische Investitionsschub hat Rosenthal in den beiden vergangenen Jahren einen spürbaren Ertragsrückgang beschert. Der erhöhte Fremdkapitalbedarf bei hohem Zinsniveau nagte ebenso an den Gewinnen wie die anderen Kostensteigerungen (Energie, Material, Personal), die am angespannten Markt nicht voll weiterzugeben waren. So ging auch 1982 der Gewinn der Gruppe, der bereits im Vorjahr auf 15 (19) Mill. DM vor Steuern geschrumpft war, weiter zurück – das Ausmaß wird noch nicht genannt.

Für 1983 erwartet Kaltenthaler zwar immer noch kein Spitzenergebnis, das mit dem des Jahres 1980 vergleichbar wäre, aber immerhin eine Verbesserung gegenüber den beiden Vorjahren. Grund für solchen Optimismus bietet die *„Stabilisierung" auf der Kostenseite*, nicht zuletzt ein Erfolg von Rationalisierungsmaßnahmen, die 1982 zu einem Abbau des Gruppenpersonals auf 7800 (8200) Mitarbeiter führte.

Hoffnungen auf eine leichte Verbesserung hegt der Rosenthal-Chef – Vorgänger Philip Rosenthal hat inzwischen den Aufsichtsrats-Vorsitz übernommen – auch beim Umsatz. Es gäbe Anzeichen für eine Lockerung der Konsumzurückhaltung, und auch der Fachhandel könnte seine Läger wieder etwas reichlicher bestücken. Zudem seien die Auslandsmärkte keineswegs ausgeschöpft, wenn hier auch zunächst die Währungsfolgen zu spüren sein könnten.

Nachdem das Jahr 1982 nur einen bescheidenen Zuwachs von 3 Prozent auf 602 (585) Mill. DM Gruppenumsatz gebracht hatte, der zudem ausschließlich aus dem Auslandsgeschäft mit seinem Wachstum um 9 (Inland *minus* 3) Prozent stammte – der Exportanteil stieg damit auf 39 (36) Prozent –, *verspricht* das erste Quartal wieder etwas mehr. Die Auftragseingänge im Wohnbereich lagen von Januar bis März um 6 Prozent über dem Vorjahresniveau; die technische Keramik kam sogar auf ein Plus von 8 Prozent.

Sie hatte schon 1982 mit einem Zuwachs um 6 Prozent auf 186 (175) Mill. DM wesentlich zum Wachstum beigetragen. Dagegen ging es beim Porzellan (minus 0,4 Prozent auf 214 Mill. DM), bei der Keramik (minus 32 Prozent auf 8 Mill. DM) und beim Glas (minus 6 Prozent auf 51 Mill. DM) weiter bergab. Alle drei Bereiche sollen jetzt wieder positive Vorzeichen tragen. Zur Jahresmitte sind in den Wohnbereichen leichte Preiserhöhungen über die Mehrwertsteuer-Erhöhung hinaus geplant.

Im Technik-Bereich ist der Optimismus allerdings mit kleinen Fragezeichen versehen. Eine Belebung der Investitionen und der Bautätigkeit werde erst mit zeitlicher Verzögerung wirksam, meint Kaltenthaler. Und: „Wegen der nach wie vor feststellbaren Kurzatmigkeit in der Disposition vieler Abnehmer ist die Vollbeschäftigung nicht in allen Bereichen gesichert."

JOACHIM WEBER

Einstieg in den Software-Markt

Lautete die Unternehmensphilosophie der Digital Equipment *Corporation im wesentlichen bisher* „Wir produzieren nur das, was die Konkurrenz nicht herstellt", so wurden auf der diesjährigen Hannover Messe erstmals andere Töne angeschlagen. Zum ersten Mal bietet das Unternehmen nicht nur Hardware an, sondern ist auch in den Software-Markt eingestiegen. Das neue Motto heißt: „Digital Equipment hat Lösungen." Gemeint sind Lösungen für die Fertigungsindustrie, das computerunterstützte Büro, kommerzielle Anwendungen und Arbeitsplatzcomputer.

Für ganz Europa wurde eine weitgehende Serviceleistung angekündigt, *die „Garantierte Systemverfügbarkeit"*. Zusammen mit dem Kunden werden die betrieblichen Erfordernisse des Systems definiert. Auf dieser Basis wird anschließend der Verfügbarkeitsgrad festgelegt, der sich zwischen 96 und 99 Prozent bewegen kann. Sollte die definierte Verfügbarkeit unterschritten werden, erhält der Kunde für diese Ausfallzeit eine Gutschrift.

Für das laufende Geschäftsjahr (30. 6.) rechnet die Digital Equipment GmbH mit einem Umsatz von 450 Mill. DM, was einer Steigerungsrate von rund 22 Prozent entspricht. Weltweit beträgt der Umsatz etwa 4 Mrd. Dollar.

HERBERT KLAR

Auftragseingänge gesunken

Weltweite Rezession, hohe Verschuldung der Kundenländer und das plötzliche Überangebot an Energie haben bei der Mannesmann Demag AG, Duisburg, ihre Spuren hinterlassen. Insbesondere der Großanlagenbau, der bei dem Unternehmen etwa die Hälfte des Gesamtvolumens von 3,25 Mrd. DM (1982) ausmacht, litt unter diesen negativen Entwicklungen. Prof. Hans Günther Müller, Vorstandsvorsitzender von Mannesmann Demag, sieht auch für das laufende Jahr im Großanlagenbau keine leichte Arbeit. Auf der Hannover Messe 1983 erklärte er: „Eine Umkehr des Trends ist kurzfristig nicht zu erkennen."

Die Auftragseingänge bei der Mannesmann Demag AG, die die Beschäftigungslage für 1983 und 1984 bestimmen, gingen aufgrund dieses Umfelds um 28 Prozent auf 2,7 Mrd. DM zurück. Als wesentliche Ursache nannte Müller die weltweite Schwäche der Stahlindustrie, die zu einem starken Auftragsrückgang *in den Anlagenbereichen* geführt habe.

Diese Krise in der Stahlbranche sei auch für Insider ganz überraschend – insbesondere in ihrer Schärfe – gekommen und mache ein Umdenken ganzer Industriezweige erforderlich. Zum Teil kostspieliges Entwicklungs-Know-how *müsse jetzt mittelfristig* auf Eis gelegt werden. Hierzu zähle vor allem die Entwicklung von Alternativ-Energien und Energiesparmethoden. Bei Mannesmann Demag sind davon so erfolgreiche Projekte wie der Sauerstoff-Verdichter betroffen, der sich bei hohen Energiepreisen für den wirtschaftlichen Einsatz bei der Kohlevergasung bzw. -verflüssigung geeignet hätte. Trotzdem werde das Unternehmen die Entwicklung von Alternativ-Energien systematisch weiterverfolgen, denn der Rohstoff Öl bleibe langfristig knapp.

Ein weiterer wichtiger Bereich für die Zukunftssicherung ist für Mannesmann Demag die Anwendung der Mikroelektronik im Maschinenbau. So seien bereits heute weltweit rund 100 Anlagen der Systemtechnik mit Mikroprozessoren von dem Unternehmen in Betrieb. Hoffnungsvoll entwickele sich auch der Bereich „rechnergestütztes *Projektieren", der mit Hilfe von* Rechnerprogrammen die Konzeption ganzer Werke ermögliche. „Technisch sind wir gerüstet", meinte Müller, der aber dennoch 1983 als Problemjahr ansieht.

HENNER LAVALL

Schwieriges Exportgeschäft

Der Auftragseingang der Fried. Krupp GmbH, Essen, der 1982 *gegenüber dem Vorjahr um 15 Prozent* auf 16,2 Mrd. DM zurückging, dürfte im laufenden Jahr bei steigender Tendenz zumindest das Niveau des Vorjahres wieder erreichen. Wilhelm Scheider, Vorstandsvorsitzender des Unternehmens, rechnet mittelfristig mit wieder stärker steigenden Auftragseingängen sowohl aus Entwicklungs- und Schwellenländern als auch aus den Industriestaaten. Ohne die Position im Stahl und im Schiffbau zu vernachlässigen, verstehe sich Krupp verstärkt als Maschinen- und Anlagenbauer, der komplexe Maschinensysteme und Anlagen anbietet sowie Handels- und Verkehrsleistungen auf speziellen Arbeitsgebieten erbringt.

Obwohl Scheider verbesserte Voraussetzungen für einen Aufwärtstrend der weltwirtschaftlichen Entwicklung erkennt, gibt es nach seinen Worten noch erhebliche Probleme, die gerade für die *exportintensive Investitionsgüterindustrie* unverändert bestehen. Dazu gehöre die schwierige Situation vieler potentieller Nachfrageländer der Dritten Welt und des Ostblocks, die geringere Nachfrage aus den Ölländern und die Zunahme der protektionistischen Bestrebungen im Welthandel.

Diese Einflüsse, so Scheider, hätten schon 1982 „ihre Spuren im Zahlenwerk vieler Unternehmen hinterlassen". So lagen die Auftragseingänge der 38 in der Arbeitsgemeinschaft Großanlagenbau im VDMA zusammengeschlossenen Unternehmen *1982* mit 20,2 Mrd. DM um 21,4 Prozent unter dem Auftragsvolumen des Vorjahres. Dabei blieb der Auftragseingang aus dem *Inland* mit *rund 6* Mrd. DM nahezu unverändert, während die Exportaufträge um 28 Prozent auf 14,2 Mrd. DM abfielen.

Scheider beklagt in diesem Zusammenhang die Wettbewerbsverzerrung gegenüber der ausländischen Konkurrenz, die durch staatliche Hilfestellung, vor allem bei den Finanzierungsbedingungen, unterstützt wird. Zur Wahrung der Chancengleichheit und im Interesse der inländischen Beschäftigung sollte die Bundesregierung „mit deutlichen Gegenmaßnahmen reagieren". Rechtzeitige und deutliche Reaktionen seien wichtig, damit die Bundesrepublik im Investitionsgüterbereich den Entwicklungen „nicht ebenso hinterherlaufen muß wie dies beim Schiffbau oder in der Stahlindustrie" inzwischen der Fall ist.

DOMINIK SCHMIDT

LIEBHERR / Gut ausgelastet und Umsatzplus 1982

Nachfrage hat sich belebt

dpa/VWD, München

Bei der Firmengruppe Liebherr ist das Geschäftsjahr 1982 besser als aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen Situation erwartet verlaufen. Es war von einer kräftigen Umsatzausweitung, gut ausgelasteten Kapazitäten und hohen Investitionen gekennzeichnet, erklärte Kurt Kube, Geschäftsführer der Liebherr-Holding GmbH, Biberach. Der Bruttoumsatz der Gruppe kletterte um 17 Prozent auf 3,42 (2,93) Mrd. DM, der vollkonsolidierte Umsatz erhöhte sich gegenüber 1981 um 19 Prozent auf 2,57 (2,16) Mrd. DM. Beim deutschen Konzern wurde ein Plus von 18 Prozent auf 1,42 Mrd. DM und beim Schweizer Konzern ein Zuwachs um 20 Prozent auf 1,15 Mrd. DM verzeichnet.

Der Jahresüberschuß des deutschen Konzerns konnte gegenüber dem Vorjahr noch auf 24 bis 25 (22) Mill. DM verbessert werden. Investiert wurden 100,2 (85,5) Mill. DM, davon rund 43 Mill. DM beim deutschen Konzern. Die Zahl der Beschäftigten sank zum Jahresende weltweit leicht auf 12 844 (12 985).

Noch größere Bedeutung hat 1982 das Auslandsgeschäft gewonnen. Der Auslandsanteil am konsolidierten Umsatz stieg von 1979 bis 1982 von 61 auf 74 Prozent. Trotz schwieriger Verhältnisse auf vielen Märkten konnte das Geschäft mit Baumaschinen 1982 um gut 25 Prozent auf 1,68 Mrd. DM gesteigert werden. Positiv entwickelten sich auch die Produkte außerhalb des Baumaschinenprogramms wie Schiffs-, Offshore- und Containerkräne, Kühl- und Gefriergeräte und Flugzeugausrüstungen.

Bei einem Exportgeschäft der deutschen Liebherr-Gesellschaft von fast 1,1 Mrd. DM (plus 26,6 Prozent) erhöhte sich der Exportanteil auf 60 (56) Prozent. Der Inlandsumsatz (brutto) stieg noch um knapp 4 Prozent auf 731 (704) Mill. DM. Umsatzstärkste Konzerngesellschaft wurde – im wesentlichen beeinflußt durch einen bis Dezember 1982 abgewickelten sowjetischen Auftrag über Teleskop-Autokrane – die Liebherr-Werk Ehingen GmbH mit 612 (358) Mill. DM. Die zentrale Exportgesellschaft der Firmengruppe, die Liebherr-Export AG, Nussbaumen/Schweiz, erhöhte ihren Umsatz um 37 Prozent auf 464 Mill. DM.

In den letzten Monaten registrierte Liebherr im Inland eine deutliche Nachfragebelebung. Dies gelte vor allem für den Hochbau-Bereich, wo es nach einem dreijährigen Nachfragestau beispielsweise bei Kranen schon zu Lieferfristen bis zu vier Monaten komme. Dagegen habe die Kaufzurückhaltung bei Erdbewegungsgeräten länger angehalten. Im Ausland verlaufe die Entwicklung differenziert. In Saudi-Arabien etwa erhofft sich das Unternehmen 1983 eine Umsatzsteigerung. Die Preise wurden Ende März – hauptsächlich bei Hochbaugeräten – um durchschnittlich 5 Prozent erhöht.

JAPAN / Rasche Konzentration in den letzten zehn Jahren – Gute Chancen für deutsche Firmen bei Spezialgeräten

Inlandsmarkt für Baumaschinen ist übersättigt

FRED de la TROBE, Tokio

Japan ist nach den USA zum zweitgrößten Produzenten von Baumaschinen in der Welt aufgerückt. Die Branche richtet ihre Hoffnungen in diesem Jahr auf die Exporte, da der Inlandsmarkt stagniert. Zwar ließen sich auch bei den Ausfuhren nicht mehr die Zuwachsraten früherer Jahre erreichen, doch ist ihre Entwicklung im Vergleich zur heimischen Nachfrage noch immer günstiger.

Da die japanische Regierung seit 1980 die öffentlichen Bauaufträge im Rahmen des staatlichen Sparprogramms rigoros eingeschränkt hat und auch das private Bauvolumen abnahm, sind die inländischen Bestellungen in den drei letzten Jahren gesunken. So beliefen sich die Auftragseingänge aus dem Inland laut den Statistiken des Industrieverbands 1982 auf einen Wert von 4,9 Mrd. DM oder 14 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Auslandsorders erreichten dagegen mit 4,6 Mrd. DM noch 17 Prozent mehr. Insgesamt ergab sich aber bei den Bestellungen eine Abnahme von 1,7 Prozent.

Die Geschäftslage vieler Firmen im Baumaschinensektor hat sich während der beiden letzten Jahre verschlechtert. Einige kleine Unternehmen und im vergangenen Sommer auch ein mittleres – die Nakamichi Machinery Industry – mußten Konkurs anmelden. Infolge des Überangebots in der Branche hat sich die Konkurrenz verschärft. Preisnachlässe von 30 bis 40 Prozent sind nicht mehr ungewöhnlich.

Die japanischen Exporte von Baumaschinen erreichten 1982 einen Wert von 6,8 Mrd. DM, 28 Prozent mehr als im Vorjahr. In dieser Zahl sind Krane nicht eingeschlossen, deren Ausfuhren 9 Mrd. DM (plus 15 Prozent) betrugen. Knapp die Hälfte der Lieferungen gingen in asiatische Länder, je etwa 16 Prozent nach Nordamerika und Europa und 9 Prozent nach Afrika. Die wichtigsten Positionen waren Traktoren für 2,2 Mrd. DM, Hydraulikbagger für 1,7 Mrd. DM, Bulldozer für 822 Mill. DM, Grader für 304 Mill. DM, Straßenwalzen für 181 Mill. DM und andere Maschinen für 1,6 Mrd. DM. Der Exportanteil lag im Branchendurchschnitt bei ungefähr 50 Prozent.

Die Importe von Baumaschinen nach Japan erreichten 1982 einen Wert von 263 Mill. DM, 4,2 Prozent mehr als im Vorjahr. Dazu kamen die in der japanischen Statistik an anderer Stelle eingeordneten Krane für 148 Mill. DM, 40 Prozent mehr. Hauptbezugsländer waren die USA, aus denen vier Fünftel der Einfuhren stammten. Aus Europa kamen 13 Prozent der Importe. Zu den Lieferanten gehören auch deutsche Firmen, deren Verkaufschancen besonders bei Spezialgeräten gut eingeschätzt werden. Die wichtigsten Einfuhrpositionen waren Traktoren für 71 Mill. DM, Hydraulikbagger für 4 Mill. DM und andere Maschinen für 188 Mill. DM.

Die Produktion von Baumaschinen war parallel zum abnehmenden Auftragsvolumen 1980 und 1981 rückläufig, nahm im vergangenen Jahr aber wieder leicht zu. In den ersten elf Monaten 1982 erreichte sie einen Wert von 13,1 Mrd. DM, 7 Prozent mehr als in der gleichen Vorjahresperiode. Da in Japan etwa 250 000 Traktoren, 180 000 Hydraulikbagger und 50 000 Krane in Betrieb sind, ist im Bereich großer Baumaschinen der Markt schon nahezu gesättigt. Bei Hydraulikbaggern besteht ein Überangebot, daß zu einer äußerst scharfen Konkurrenzsituation geführt hat.

In Qualität und Leistung ihrer Baumaschinen stehen die Japaner nach Ansicht ausländischer Branchenkenner den amerikanischen und deutschen Angeboten kaum nach, bei den Preisen und Lieferterminen liegen sie eher günstiger. Die japanischen Hersteller geben aber zu, daß sie in der Entwicklung neuer Geräte, Techniken und schwerer Maschinen noch hinter den europäischen und amerikanischen Konkurrenten zurückstehen. Allerdings bemühen sich die großen Produzenten, auch hier die Lücke zu schließen.

Einige vor Jahren mit ausländischen Firmen abgeschlossene Lizenzabkommen wurden 1981 und 1982 beendet oder neu formuliert. Dabei gaben sich die japanischen Partner meist nicht mit Ausfuhrbegrenzungen zufrieden. Bei Verträgen mit amerikanischen Gesellschaften bestanden sie darauf, weltweit – mit Ausnahme der USA – zu verkaufen.

Seit etwa 10 Jahren hat die Konzentration in der Branche rasche Fortschritte gemacht. Für die meisten großen Baumaschinen – mit Ausnahme von Hydraulikbaggern – hat sich eine oligopolistische Marktform herausgebildet. Die zehn größten Hersteller verfügen gegenwärtig über einen Marktanteil von ungefähr 90 Prozent. Einige der großen Unternehmen wie Mitsubishi Heavy Industries, Kobe Steel oder Sumitomo Heavy Industries sind nicht ausschließlich in der Branche tätig, sondern betreiben die Baumaschinenfertigung als Nebenlinie.

Der Branchenführer, die Firma Komatsu Ltd., ist dem Umsatz nach das zweitgrößte Baumaschinenunternehmen der Welt. Mit einem Exportanteil von 64 Prozent 1982 hat sich der Schwerpunkt des Geschäfts auf die Ausfuhren verlagert. Da die Lieferungen ins Ausland – vor allem in den Mittleren Osten, nach Südostasien und Afrika – noch kräftig gestiegen sind, erzielte Komatsu im vergangenen Jahr sein bisher bestes Ergebnis. Die Firma besitzt acht Tochtergesellschaften, 20 Vertretungen und 170 Vertriebsstellen im Ausland und liefert in über 100 Länder.

Die Aussichten der japanischen Baumaschinenindustrie für dieses Jahr werden besser als im vergangenen Jahr eingeschätzt, obwohl die öffentlichen Bauaufträge in Japan kaum zunehmen werden: Der Branchenverband rechnet für 1983 mit Inlandsaufträgen im Wert von 5,9 Mrd. DM und Auslandsordern von 5,8 Mrd. DM. Ausländische Beobachter halten diese Zahlen allerdings für zu optimistisch, zumal der Ausbau der japanischen Infrastruktur praktisch abgeschlossen ist und sich Grenzen ergeben, weil der Inlandsmarkt teilweise übersättigt ist.

Die meisten Unternehmen bemühen sich gegenwärtig, ihre Kosten durch Rationalisierung zu senken. Die Hoffnungen richten sich vor allem auf die Exporte. (SAD)

FAUN-WERKE

Baukrise gut überstanden

dpa/VWD, München

Keine Spuren hat die Baukrise bei dem Nutzfahrzeug- und Baumaschinen-Hersteller Faun-Werke, Lauf a. d. Pegnitz, hinterlassen. Der konsolidierte Gruppenumsatz konnte 1982 um 26 Prozent auf 740,4 Mill. DM ausgeweitet werden. In gleicher Relation wuchs das Baumaschinengeschäft, das mit 39 Prozent zum Gesamtumsatz – ohne USA – beiträgt. Das gegenüber 1981 verbesserte Ergebnis sei „voll befriedigend", berichtete der Vorsitzende der Geschäftsführung, Jürgen Rothstein, auf der Bauma in München. Er widersprach nicht einer Interpretation, das Nettoergebnis könne bei gut 3 Prozent liegen.

Bedingt durch einige Exportgroßaufträge verfüge Faun heute über einen Auftragsbestand von 350 Mill. DM, der „erheblich" über dem Stand vom Jahresanfang liege. Für 1983 erwarte man ein weiteres Umsatzwachstum, allerdings nicht in der Größenordnung des Vorjahres. Das von Kurzarbeit verschont gebliebene Unternehmen spüre keinerlei Absatzschwierigkeiten. Auch im Geschäft mit den Opec-Ländern habe es bisher weder große Einbrüche noch Probleme bei der Abwicklung gegeben. Verhältnismäßig unbeeinflußt von politischen Entwicklungen laufe weiterhin das Osteuropa-Geschäft mit einem Umsatz von rund 20 Mill. DM 1982. Fast 80 Prozent des Gesamtumsatzes werden im Exportgeschäft erzielt.

Sorgenkind ist auch 1982 die US-Tochter Trojan geblieben, die bei einem auf rund 20 (24) Mill. Dollar verminderten Umsatz erneut einen Verlust in der Größenordnung von umgerechnet 7 Mill. DM hinnehmen mußte.

WESTLB INTERNATIONAL / Ergebnis verdoppelt

Risikovorsorge hatte Vorrang

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die sich verschlechternde wirtschaftliche Situation einiger Staaten hat die WestLB International S. A., Luxemburg, 1982 in ihrer Politik des selektiven Kredit-Neugeschäfts bestärkt. Nach Angaben der Tochtergesellschaft der Westdeutschen Landesbank im Geschäftsbericht 1982 haben die an Bonität der Kreditnehmer und Rentabilität der Engagements gestellten Anforderungen die Bank bei der Bewilligung neuer Kredite „zu spürbarer Zurückhaltung" bewogen. Dabei wurde auch angesichts gestiegener Risiken und häufig nicht ausreichender Margen auf eine Ausweitung des Kreditportefeuilles bewußt verzichtet.

Die Zurückhaltung hat sich nicht zuletzt in der um 10,3 Prozent, bedingt durch die Währungsstruktur der Bilanz mit hohem Anteil am US-Dollar- und DM-Geschäft, real nur um 2 Prozent auf 214,5 Mrd. lfr (10,6 Mrd. DM) gestiegenen Bilanzsumme niedergeschlagen. Das Kreditgeschäft stellt mit 170,8 Mrd. lfr (rund 70 Prozent) unverändert den größten Anteil am Geschäftsvolumen der Bank.

Die Struktur des Kreditvolumens hat sich (zwei Drittel Kunden in EG-Staaten und anderen Industrieländern, der Rest Opec-, Schwellen- und Ostblock-Staaten sowie überwiegend Kredite an Staaten sowie an staatliche und international tätige Unternehmen) nicht verändert. Die Refinanzierung der Ausleihungen erfolgte überwiegend durch Einlagen von Banken, deren Anteil an den Passiva mit 191,8 Mrd. lfr bei rund 89 Prozent liegt.

Das Betriebsergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr, das jedoch 15 Monate umfaßte, nahezu verdoppelt. Diese Verbesserung resultiert aus dem erheblichen Zins- und Provisionsüberschuß (3 Mrd. lfr) aller Geschäftsbereiche. Der größte Teil des Ergebnisses wurde der Risikovorsorge für das internationale Kreditgeschäft (2,6 Mrd. lfr bzw. 128 Mill. DM) zugeführt. Der gegenüber 1981 auf 249 (236) Mill. lfr gestiegene Gewinn wird den Rücklagen zugeführt. Die haftenden Eigenmittel betragen danach 6,6 Mrd. lfr (325,5 Mill. DM).

Landmaschinen wieder gefragt

Hdt. Salzkotten

Die Lage auf dem Landmaschinenmarkt ist von einer zunehmenden Investitionsbereitschaft der deutschen Landwirtschaft gekennzeichnet. Zu dieser optimistischen Lagebeurteilung kommt die Franz Kleine Landtechnik GmbH & Co., Salzkotten, die neben dem Fahrzeug- und Maschinenhandel selbst Zuckerrüben-Erntemaschinen und Präzisions-Sägegeräte herstellt. Das ostwestfälische Unternehmen, das rund 730 Mitarbeiter beschäftigt, tätigte 1982 einen Gruppenumsatz von etwa 140 Mill. DM.

Nach der spürbaren Zunahme der Auftragseingänge im Bereich neuer Landmaschinen ist *jetzt auch* eine verstärkte Nachfrage auf dem Gebrauchtmaschinensektor zu verzeichnen. Das erwartete Auftragsvakuum, eine natürliche Folge des Vorzieheffekts durch die Investitionszulage des vergangenen Jahres, konnte laut Geschäftsführer Frowin Störkle bereits im ersten Quartal 1983 voll überwunden werden. Zudem läßt das unerwartet hohe Interesse an moderner Landtechnik eine weiterhin verstärkte Nachfrage erwarten.

Weniger erfreulich gestaltet sich jedoch das Geschäft mit Geräten und Maschinen für den Kommunalbereich. Hier wird wegen der Haushaltslage der öffentlichen Hände kaum mit einer wesentlichen Belebung vor 1984 gerechnet.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin Charlottenburg: Astra Leasing GmbH; Hotelschiff Berlin GmbH & Co. Betriebs KG; **Bocholt:** Rowa Bauelemente GmbH, Südlohn-Oeding; **Bochum:** Bernd Schwarz GmbH & Co. KG, Herne 1; Hubert Overtheil, Kaufm.; **Braunschweig:** Wolff Küchenstudio H. Wolff GmbH; **Bremen:** Wohnstudio Fred Weigler GmbH; **Darmstadt:** EWS Handelsges. mbH; **Dortmund:** Frank Scheele, Kaufm.; **Esslingen:** Nachl. d. Otto Heinrich Joos; **Frankfurt/M.:** Nachl. d. Itar Im- u. Export Handelsges. mbH; Segif Serviceges. f. Industrie und Flugwesen mbH; **Hamburg:** Piltz-Druck KG; **Hannover:** Nachl. d. Christa Traudel Wilhelmine Springmann geb. Baehr; **Heidenheim/Brenz:** Albrecht GmbH; **Höxter:** Nachl. d. Alfred Menke, Bauunternehmer, Beverungen 2 – Dalhausen; **Kaufbeuren:** Eissportverein Füssen e. V., Füssen; Gröwi – Verlags- u. Getränkedienst GmbH; **Lampertheim:** Heinrich Böck Fassadenbau GmbH, Viernheim; **Neu-Ulm:** Werbeagentur Tank GmbH i. L.; **Osnabrück:** City-Sound, Inh. Kurt Dettmer.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Baden-Baden: Korf Industrie u. Handel GmbH & Co. KG; Korf – Stahl AG; **Neustadt/Wstr.:** Schwabau-Wohnbau-Beteiligungsges. mbH.

Vergleich eröffnet: Kehl: Badische Stahlwerke AG.

Vergleich beantragt: Albstadt 1: Hansjörg Conzelmann, Kaufm.; **Bad Berleburg:** Klingspor Beteiligungs-GmbH und Ernst Klingspor GmbH & Co. KG; **Langen:** KG Gebrüder Marbach, Freieich; **Neustadt:** Wilhelm Hoppe, Kaufm. Garbsen-Havelse; **Pirmasens:** Devra – Schuhhandels GmbH; **Reutlingen:** 1. Möbel-Ibeo Inge Bechtle GmbH u. Co. KG, 2. Möbel-Ibeo GmbH.

BAST-BAU / Höherer Gewinn für Belegschaft

Wachstum in der Flaute

HARALD POSNY, Erkrath

Mit einem zwar erst im zweiten Halbjahr einsetzenden, für 1983 vielleicht bei 5 Prozent liegenden realen Anstieg der Bauinvestitionen rechnet Emil Bast, Inhaber der Bast-Bau-Unternehmensgruppe, Erkrath, eines der führenden regional anbietenden mittelständischen Bau-, Bauträger- und Baubetreuungsunternehmen in der Bundesrepublik. Im gleichen Rahmen dürften sich nach Ansicht Basts auch die Preiserhöhungen bewegen. Mit der sich 1984 verstärkt fortsetzenden Baukonjunktur sei auch hier eine steigende Tendenz zu erwarten.

Die Baugruppe Bast hat im Vergleich zum realen Rückgang des deutschen Bauvolumens um 5 Prozent 1982 die Gesamtleistung um 25 (17), preisbereinigt um beachtliche 21 (10) Prozent auf 239 Mill. DM gesteigert. Dabei lagen die stärksten Zuwachsraten wiederum beim Schlüsselfertigbau mit einem Plus von 44 (48) Prozent auf 173 Mill. DM.

Der Bereich Betreuung und Verwaltung verdoppelte seinen Umsatz auf 60 Mill. DM. Diesem Wachstum standen Rückgänge beim Rohbau (18 nach 34 Mill. DM) und im Bauträgerbereich mit 38 (46) Mill. DM gegenüber. Der Absatz an Eigentumswohnungen sowie Ein- und Zweifamilienhäusern stieg auf 1396 (737) Einheiten mit einem Verkaufsvolumen von 441 (228) Mill. DM. Ende 1982 waren die Eigentumsmaßnahmen zu durchschnittlich 21 (27) Prozent fertiggestellt, aber zu 84 (83) Prozent verkauft. Der Auftragsbestand lag Ende 1982 bei 314 (220) Mill. DM, die Beschäftigtenzahl stieg auf 662 (635).

Liquidität und Ertragslage 1982 nennt Bast „zufriedenstellend". Einen Hinweis auf die schon gewohnte „Untertreibung" gibt die auf über 1 (0,9) Mill. DM gestiegene Gewinnbeteiligung an die Belegschaft. Der Gewinn wird wie in der Vergangenheit zur Verstärkung des Eigenkapitals verwendet, das erheblich über dem betrieblich genutzten Sachanlagevermögen liegt.

PHILIP MORRIS / Zum 29. Mal in Reihenfolge Rekorde bei Umsatz und Ertrag

Mit Bier und Tabak durch die Flaute

JAN BRECH, **Hamburg**

Hohe Arbeitslosigkeit in den USA sowie Rezessionen in fast allen westlichen Industriestaaten haben das Ergebnis des US-Tabakkonzerns Philip Morris zwar beeinflußt, aber nicht spürbar belastet. Das zweitgrößte Zigarettenunternehmen der Welt, das sich in dem jetzt veröffentlichten Geschäftsbericht schlicht als Gesellschaft der „Weltklasse" tituliert, weist für 1982 zum 29. Mal in ununterbrochener Reihenfolge Rekordergebnisse bei Umsatz und Ertrag aus.

Mit Aktivitäten in den großen Konsummärkten Tabak, Bier und alkoholfreien Getränken setzte Philip Morris im Berichtsjahr weltweit 11,7 Mrd. Dollar um; das entspricht einer Zuwachsrate von 7,6 Prozent. Gleichzeitig verbesserte sich der Nettogewinn um 18,5 Prozent auf 782 Mill. Dollar. Der US-Konzern kommt damit für 1982 auf die stolze Nettorendite von 6,7 Prozent.

Tragende Säule vor allem unter Ertragsaspekten blieb trotz merklicher Marktwiderstände in den USA und in Europa das Zigarettengeschäft. Zum Betriebsergebnis steuerte der Tabakbereich allein 90 Prozent bei, während der Umsatzbeitrag lediglich 67 Prozent erreichte. Philip Morris USA baute auf dem heimischen Markt den Marktanteil auf 32,8 Prozent aus, wovon auf die größte Marke „Marlboro" allein 19,2 Prozent entfielen.

Ein Rekordergebnis erzielte auch die Philip Morris International, die das Zigarettengeschäft außerhalb der USA betreibt. Die zum Teil drastischen Tabaksteuererhöhungen auf wichtigen Märkten wie etwa der Bundesrepublik führten zwar zu einem Absatzrückgang um 2,7 Prozent auf 243 Mrd. Stück, doch verbesserte sich der Umsatz um 4,8 Prozent auf 2,9 Mrd. Dollar und der Betriebsgewinn um 12,5 Prozent auf 159 Mill. Dollar. Am weltweiten Zigarettengeschäft (ohne USA) dürfte Philip Morris zu gut 6 Prozent beteiligt sein.

Nach einer Unterbrechung von zwei Jahren sprudelten 1982 auch die Gewinne in der Brau-Gruppe wieder munterer. Die Miller Brewing Comp., zweitgrößter Bierbrauer der Welt, verbesserte trotz eines Absatzrückgangs von 2,5 Prozent und geringen Marktanteilsverlusten das Betriebsergebnis um 37 Prozent auf 159 Mill. Dollar. Auf dem Vormarsch blieb vor allem die hochpreisige Marke „Löwenbräu", für die Miller von dem Münchener Unternehmen die Braulizenz in den USA hat.

In den roten Zahlen ist dagegen noch immer die alkoholfreie Getränke-Gruppe „Seven up". Trotz einer Umsatzausweitung um 22,8 Prozent auf gut 500 Mill. Dollar betrug der Betriebsverlust 1,2 Mill. Dollar. Diese Gesellschaft, die 1978 erworben wurde und der drittgrößte Hersteller von Erfrischungsgetränken ist, wird zur Zeit völlig umstrukturiert und soll in wenigen Jahren auch auf dem Massenmarkt alkoholfreier Getränke in eine führende Rolle wachsen. Um dieses Ziel zu erreichen und um die Wachstumsreserven auf allen anderen Märkten zu nutzen, setzt Philip Morris seit Jahren enorme finanzielle Kräfte frei. Nachdem in den vergangenen fünf Jahren mehr als 4 Mrd. Dollar investiert worden sind, sieht das Programm bis 1987 weitere 3 Mrd. Dollar vor.

TÜRKEI / Genesung auf Kosten der Bevölkerung

Krise erfolgreich bewältigt

dpa/VWD, **Ankara**

In der Türkei ist ein Hauch von Euphorie über die Wirtschaftserfolge spürbar. „Wir können nur hoffen, daß sich alle hochverschuldeten Länder an der Türkei ein Beispiel nehmen und sich so positiv entwickeln", betonte das Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, Hans Otto Thierbach, der als *Leiter einer hochkarätigen Wirt*schaftsdelegation Ankara und Istanbul besuchte. Der Türkei-Beauftragte der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Rolf Geberth, meinte, die Türkei sei ein „überzeugendes Beispiel dafür, wie ein Schwellenland (zwischen Entwicklungs- und Industrieland) eine tiefe Krise mit fast unglaublichem Erfolg bewältigt".

Staatshaushalt saniert

Thierbach und Geberth wissen, daß die derzeitige Genesung des „kranken Mannes am Bosporus" zunächst einmal auf Kosten der türkischen Bevölkerung ging. Die von dem früheren Wirtschaftsminister Turgut Oezal eingeleitete und geprägte – aber vor allem von den Generälen seit dem Putsch im September 1980 mit harter Hand durchgesetzte – Wirtschaftspolitik des knappen Geldes und der Exportförderung hielt sich strikt an die Empfehlungen von Weltbank, Internationalem Währungsfonds (IWF) und OECD. Dies war auch Voraussetzung für die mehreren Milliarden Dollar Hilfsgelder für das zahlungsunfähige NATO-Land.

Die rasante ökonomische Entwicklung scheint der monetaristischen Politik der Türkei recht zu geben. Die Inflationsrate von über 100 Prozent 1980 sank 1982 auf etwa 30 Prozent Jahresrate und soll nun weiter abnehmen. Der Staatshaushalt wurde saniert. Der Wert der Exporte – vor allem gesteigert durch einen Verkaufsboom im Nahen und Mittleren Osten – stieg von 2,2 Milliarden Dollar 1979 auf 5,7 Milliarden Dollar bzw. 13,8 Milliarden Mark 1982. Nun werden 6,8 Milliarden Dollar angepeilt. Die Exporterfolge konnten für viele Firmen die – aufgrund der Sparpolitik – nachlassende Inlandsnachfrage auffangen. Die Devisenreserven von zwei Milliarden Dollar sichern Importe für 2,5 Monate.

Das Defizit in der Leistungsbilanz sank von 3,2 Milliarden Dollar (1980) auf etwa eine Milliarde Dollar bzw. 2,4 Milliarden Mark. Die Importe konnten gedrosselt werden. Das Bruttosozialprodukt stieg in den letzten drei Jahren um fast neun Prozent, 1983 wird mit einem Wachstum von 4,7 Prozent gerechnet. Die Investitionen aus dem Ausland stiegen „explosionsartig" an, berichtete das Isoplan-Institut. Bis 1979 lagen die Auslandsinvestitionen erst bei 228 Millionen Dollar, seither kamen mehr als 600 Millionen hinzu. Die Bundesrepublik Deutschland nimmt nach der Schweiz (etwa 19 Prozent) den zweiten Platz der Investoren ein – vor den USA und Libyen.

Die Bundesrepublik, seit 80 Jahren größter Handelspartner der Türkei (1982: deutsche Exporte rund 2,4 Milliarden Mark, Importe 1,7 Milliarden Mark), wurde 1982 von Irak von dieser Spitzenposition verdrängt. Die Türkei findet nach Ansicht Thierbachs als *Geschäftspartner und Investitions*land zuwenig Aufmerksamkeit in der Bundesrepublik. Die Türkei biete mit ihrem eigenen großen Markt (46 Millionen Einwohner), aber auch wegen des Drittländer-Geschäfts noch lange nicht ausgeschöpfte Exportchancen für die deutsche Wirtschaft.

Industrievertreter zeigten sich weit skeptischer; schließlich gebe es Arbeitsplatzmangel in der Bundesrepublik, die politische Stabilität in der Türkei sei noch keineswegs gesichert, „da überlegen wir doch sehr intensiv, ob wir uns auf neue Auslandsabenteuer einlassen", hieß es. Deutsche Firmen wissen zudem von bürokratischen Hemmnissen in der Türkei zu berichten.

Die Türkei bleibt trotz der jährlichen Schuldentilgung (1982: etwa eine Milliarde Dollar) angesichts der Gesamtschulden von etwa 20 Milliarden Dollar und bisher noch nicht ausgeglichener Leistungsbilanz von ausländischer Hilfe und Krediten abhängig. Ab 1985 verdoppele sich die Tilgungsrate, so Geberth, und dann sei die Türkei auch auf Kredite auf den Kapitalmärkten angewiesen. Deshalb sei die Fortsetzung der Stabilitätspolitik als Vertrauensgrundlage unbedingt notwendig. Die türkische Wirtschaft muß derzeit auch mit den Zahlungsschwierigkeiten der für sie wichtigen Ölstaaten und mit der eigenen Bankenkrise fertig werden.

Kapitalmarkt schaffen

Nicht zuletzt leiden viele binnenmarktorientierte Betriebe an Absatzschwierigkeiten und nicht ausgelasteten Kapazitäten. Eine Art Ermächtigungsgesetz für den Finanzminister – kürzlich verabschiedet – soll nun die Finanzwelt in Ordnung bringen und einen bisher nicht vorhandenen Kapitalmarkt schaffen.

Für die Erfolge der Wirtschaftspolitik haben vor allem die Arbeitnehmer gezahlt, die heute nach OECD-Angaben einen um 15 Prozent niedrigeren Lohn haben als 1975/76. Die Zahl der Arbeitslosen wird auf über drei Millionen geschätzt, was einer Rate von 20 Prozent entspricht. Jährlich aber strömen angesichts der hohen Geburtenrate in dem islamischen Land *etwa 500 000 junge Menschen* auf den Arbeitsmarkt – selbst wenn alle ehrgeizigen Pläne der Ökonomen in Ankara verwirklicht werden, entstehen in diesem Jahr nur 185 000 neue Arbeitsplätze. Dies erklärt auch die Angst der türkischen Regierung vor einer plötzlichen Rückkehrwelle türkischer Arbeiter aus der Bundesrepublik.

Italien: Mehr Export von Mode

dpa/VWD, **Mailand**

Die italienischen Konfektions- und Maschenwarenunternehmen sind gegenwärtig bemüht, ihre Positionen auf den Auslandsmärkten auszubauen. Mit verstärkten Exportanstrengungen hofft die Bekleidungsindustrie, die Nachfrageschwäche im Inland wenigstens zum Teil ausgleichen zu können. Im Auslandsgeschäft setzt die Branche vor allem auf die Erfolge der Stilisten und Designer, die in den letzten Jahren entscheidend zum Qualitätssprung der italienischen Mode beigetragen haben. Namen wie Armani, Krizia und Versace werden dabei auch in Zukunft die Zugpferde für die Exportfirmen bleiben.

1982 produzierte die italienische Konfektions- und Mascheninustrie Waren im Wert von 16,5 Billionen Lire (29,6 Milliarden Mark), wovon 6,6 Billionen Lire (rund 40 Prozent) ausgeführt wurden. Von der Produktion entfielen neun Billionen Lire auf die Konfektion, die am Export mit drei Billionen Lire beteiligt war. Hauptabsatzmärkte sind die Bundesrepublik, die übrigen EG-Länder und die USA. Insgesamt haben die Partnerstaaten der Gemeinschaft an der Ausfuhr der italienischen Bekleidungsindustrie einen Anteil von rund 60 Prozent.

In der italienischen Bekleidungsindustrie sind derzeit rund 360 000 Menschen beschäftigt, davon in der Konfektion 205 000. Intensive Rationalisierungsbemühungen führen auch in der italienischen Bekleidungsindustrie zu einem ständigen Beschäftigungsrückgang. In den letzten zehn Jahren nahm die Zahl der Arbeitsplätze um 73 000 oder 17 Prozent ab.

Knight Wegenstein auf Erfolgskurs

J. G. **Düsseldorf**

Auf dem eher stagnierenden deutschen Markt der Unternehmensberaterbranche hat die Düsseldorfer Knight Wegenstein AG, Tochter der gleichnamigen Beratungsfirma in Zürich, 1982 ihren konsolidierten Umsatz abermals ungewöhnlich stark um 36 (26) Prozent auf 15,7 Mill. DM gesteigert. Ähnlich günstig hat sich offensichtlich auch der Gewinn entwickelt (1981: 0,66 Mill. DM mit 0,6 Mill. DM Ausschüttung). Denn aus laufendem Geschäftsertrag und Fusionsgewinn bei der Verschmelzung der bisherigen Tochter in Freiburg registrierte die Düsseldorfer AG eine „überhöhte Kapitalausstattung": Ihr Aktienkapital wurde zunächst durch Rückzahlung an die Züricher Mutter auf *0,10 (0,41) Mill. DM reduziert* und danach durch Rücklagenumwandlung auf 0,5 Mill. DM erhöht. Als letzter Akt der Umstrukturierung mit dem Ziel erhöhter Marktpräsenz ist für 1983 auch noch die Verschmelzung der Reinbold Industrieberatung GmbH, Düsseldorf, mit der Düsseldorfer Knight Wegenstein AG vorgesehen.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Spanien soll einige Zölle sofort abbauen

Allgemeine Schonfrist wird erweitert

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Schon vor ihrem EG-Beitritt sollen die Spanier zum Abbau einiger besonders hoher Zölle gegenüber der *Europäischen Gemeinschaft* verpflichtet werden. Dies hat die Brüsseler Kommission den EG-Regierungen vorgeschlagen. Sie will Madrid dafür eine längere Frist für die Beseitigung der „normalen" Einfuhrzölle einräumen. Geplant ist jetzt eine Übergangsperiode von sieben Jahren.

Die neuen Vorschläge sollen sowohl dem spanischen Wunsch nach einem möglichst vorsichtigen Abbau des gegenwärtigen Zollschutzes entgegenkommen als auch den Klagen einiger EG-Partner über den exzessiven Protektionismus in einer Reihe von gewerblichen Sektoren. Zu Beginn der Beitrittsverhandlungen hatten die Spanier eine Über gangszeit von zehn Jahren verlangt; die Gemeinschaft plädierte dagegen bisher für eine „Schonfrist" von drei Jahren.

Die ungewöhnliche Forderung nach einem Vorab-Zollabbau Madrids erklärt sich aus den „asymmetrischen" Zollsenkungen, die das 1970 abgeschlossene Handelsabkommen zwischen der Gemeinschaft und Spanien zur Folge gehabt hat: Damals galt die spanische *Industrie weithin als wenig* wettbewerbsfähig. Die EG hielt es daher für ungefährlich, den eigenen Einfuhrschutz schneller abzubauen als die spanischen Industriezölle.

Inzwischen hat sich die Lage jedoch zumindest in einigen Bereichen geändert. Vor allem die Briten bekommen die preisgünstige Konkurrenz spanischer Erzeugnisse zu spüren. Parallel zu den Beitrittsverhandlungen bemühten sie sich deshalb um Zollanpassungen im Rahmen des Handelsabkommens. Bei Kraftfahrzeugen wurden der Gemeinschaft inzwischen zollbegünstigte Kontingente eingeräumt.

Ein Vergleich zeigt in der Tat, daß die Ausgangszölle Spaniens und der EG teilweise außerordentlich differieren. So überschreiten die spanischen Zölle häufig Sätze von 25 und 30 *Prozent*, während sich die von der Gemeinschaft geforderten Importabgaben durchweg auf Sätze zwischen zwei und sechs Prozent beschränken und nur selten über zehn Prozent liegen.

Bei Kraftfahrzeugen fordert Spanien zum Beispiel gegenwärtig 36,7 Prozent Zoll, die EG 4,2 Prozent. Deshalb ist es der britischen Industrie bisher nicht gelungen, auf dem spanischen Markt Fuß zu fassen. Extreme Unterschiede in der Zollbelastung bestehen auch bei Spielzeug (EG: 4,6 Prozent, Spanien: zwischen 19 und 29 Prozent).

Das Konzept der Kommission beruht auf der Idee, Madrid einerseits zu einer sofortigen Zollsenkung für diese besonders geschützten Waren zu veranlassen, den Spaniern diese Geste jedoch dadurch zu erleichtern, daß der Zollabbau mit den übrigen Bestimmungen des Beitrittsvertrages verknüpft wird. In Betracht kommen sollen für die Vorab-Zollsenkung Waren mit einer Zollbelastung von gegenwärtig über 20 Prozent, wobei der Abbau je nach Höhe des geltenden Zollsatzes *gestaffelt* werden soll. Ausgeschlossen bleiben sollen Montanerzeugnisse. Für sie sind ohnehin vorübergehende Mengenbeschränkungen vorgesehen.

Bundesanleihen

		12. 4.	11. 4.
4 Abl. 57*	4/84	100,5G	100,5G
8 Bund 75 I	6/85	100,45G	100,45
8½ dgl. 75	6/85	100,5	100,5
8 dgl. 75 II	7/85	100,6G	100,6
5½ dgl. 78 I	1/84	100,05	100bG
6 dgl. 64 I	1/84	100,05	100,05
8 dgl. 76 I	2/84	101,95G	101,95
7 dgl. 77	3/84	101,35	101,35
7½ dgl. 76 II	4/84	101,95	102
5 dgl. 78	5/84	99,6	99,55
6 dgl. 78 III	9/84	100,35	100,35
8½ dgl. 76	9/84	105,15	105,05bG
6 dgl. 78 IV	12/84	100,05	100,25
6½ dgl. 79	1/85	100,3bG	100,2
7½ dgl. 73 I	3/85	104,4	104,4
7 dgl. 79	4/85	101,7	101,7
7½ dgl. 79 II	6/85	102,45	102,45
7¾ dgl. 79 I	7/85	103,5	103,5
8 dgl. 76 IV	10/85	103,9	103,9
5½ dgl. 78 II	3/86	98,1	98,1
5½ dgl. 78	5/86	97,55	97,55
7½ dgl. 76 I	12/86	101,4	101,3
6½ dgl. 79	1/87	99	99
7½ dgl. 76 II	1/87	101,3bG	101,25
6¾ dgl. 77	4/87	99,9	100
6½ dgl. 77	7/87	98,65	98,65
6 dgl. 77	10/87	97,1	97,05
6 dgl. 78 I	1/88	96,85	96,6
6½ dgl. 78 I	9/88	98,1	98,05
6½ dgl. 78 II	12/88	97,65	97,55
6¾ dgl. 79	1/89	99,1	99
7½ dgl. 79 I	4/89	100,45	100,5
10 dgl. 81	4/89	111,7	111,55
7½ dgl. 79 I	6/89	101,2	101,2
8 dgl. 79 I	7/89	103,3	103,3
8 dgl. 79 II	8/89	103,05	103,1
7½ dgl. 79 II	9/89	101,25	101,25
7¾ dgl. 79 II	11/89	101,85	101,85
7¾ dgl. 80 I	1/90	101,7	101,6G
10 dgl. 80	4/90	112,65	112,65
5¾ dgl. 78	5/90	94,45	94,45
8¼ dgl. 80 I	7/90	103,9	103,75
8¼ dgl. 80 II	11/90	103,9	103,8
7¾ dgl. 82	11/90	101,7	101,65
9 dgl. 81	2/91	107,8	107,8
10½ dgl. 81	7/91	115,1G	115,1
10¾ dgl. 81	9/91	118,1G	118,1
10 dgl. 81 II	12/91	113,95G	113,95
9¾ dgl. 82 I	1/92	112,6	112,6
9¾ dgl. 82 II	3/92	112,8G	112,8
6 dgl. 78 II	3/95	93,5	93,4
9,5 dgl. 82	4/92	111,2	111,25
9 dgl. 82	5/92	108,55	108,63
8½ dgl. 82	6/92	105,6	105,8
9 dgl. 82	8/92	108,8	108,75
8¾ dgl. 82	9/92	107,05	107,35
7¾ dgl. 82	12/92	101,25	101,25
7½ dgl. 83	1/93	100,2	100,2
7½ 83 II	3/93	100,25	100,25
7¾ B.Obl. 79 S.1	12/84	102,7	102,7
8 dgl. 80 S.2	2/85	103,4	103,4
8½ dgl. 80 S.3	2/85	103,85	103,85G
9½ dgl. 80 S.4	3/85	105,5	105,5
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	104,8	104,8
8¼ dgl. 80 S.6	5/85	104,1G	104,1
8 dgl. 80 S.7	6/85	103,75	103,75
7¾ dgl. 80 S.8	8/85	102,9	102,9G
8½ dgl. 80 S.9	10/85	104,3	104,25
8½ dgl. 80 S.10	1/86	104,85	104,85G
9 dgl. 81 S.11	1/86	105	105,15
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	107,7G	107,8
10 dgl. 81 S.13	3/86	108,15	108,15
9½ dgl. 81 S.14	4/86	107,3	107,3
10 dgl. 81 S.15	4/86	108,55	108,6
10½ dgl. 81 S.16	6/86	110	110,5
11 dgl. 81 S.17	8/86	111,6	111,7
10½ dgl. 81 S.18	10/86	110,25	110,25
10 dgl. 81 S.19	10/86	108,55	108,55
9½ dgl. 81 S.20	11/86	107,4G	107,4
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	108,9	109,4
10 dgl. 81 S.22	11/86	108,9	109
9¾ dgl. 81 S.23	12/86	107,35	107,35
9½ dgl. 82 S.24	1/87	108,1	108,1
9½ dgl. 82 S.25	3/87	107,6	107,6
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	106,85	106,85
9 dgl. 82 S.27	4/87	106,1	106,2
8½ dgl. 82 S.28	5/87	104,5	104,5
9½ dgl. 82 S.29	7/87	107,85	107,85
9 dgl. 82 S.30	8/87	106,15	106,15
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	105,6	105,65
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	103,75	103,75
8 dgl. 82 S.33	11/87	102,9G	102,9bG
7¾ dgl. 82 S.34	12/87	101,9bG	101,9
7½ dgl. 82 S.35	12/87	101,15	101,25
7¼ dgl. 83 S.36	3/88	100,25	100,6G
6 dgl. 77	9/87	97	96,9
6 dgl. 78 II	7/88	96,2	96,1
6½ dgl. 77	5/89	97	96,95
8 dgl. 79 I	7/89	103,6	103,45
6 dgl. 78 I	2/90	93,8	93,75
8 dgl. 80 II	7/90	103,25	103,25
9 dgl. 81	3/91	108	108
10½ dgl. 81	9/91	116,5	116,5
10¼ dgl. 81	11/91	115,5	115,5
8 dgl. 80 I	2/92	103,3	103,3
10 dgl. 82	2/92	114,3	114,3G
9½ dgl. 82	7/92	111,4	111,4G
8 dgl. 82	11/92	102,9	102,95
7¾ dgl. 83	1/93	101,6	101,7

Bundesbahn

		12. 4.	11. 4.
4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bdbahn 58	10/83	100,15G	100,2
8¾ dgl. 75	5/83	100,3	100,15
10 dgl. 73 II	11/83	102,6	102,6
7½ dgl. 72	2/84	101,55	101,65bG
8 dgl. 72	9/84	102,75	102,75
8½ dgl. 76	9/84	105	105
6 dgl. 78 III	11/84	100,05	100
6½ dgl. 79	2/85	100,85	100,85
8½ dgl. 73	2/85	104,2	104,2
7 dgl. 77	2/87	100,55	100,6

Bundespost

		12. 4.	11. 4.
4 Abl. 57*	4/84	100,5G	100,5G
5½ Bdpost 58	10/83	100,2G	100,2G
6 dgl. 63 II	7/83	100,3G	100,3G
8 dgl. 72 II	12/83	101,8	101,9
6½ dgl. 68	6/88	100,05	100,05
8 dgl. 72 I	9/87	102,9	102,55
10 dgl. 81	3/89	111,9	111,9
10¼ dgl. 81	6/89	113,45G	113,45G
8 dgl. 80	3/90	102,95	102,9
7½ dgl. 80	9/90	102,15	102
8¾ dgl. 80	12/90	106,35	106,35
10½ dgl. 81	10/91	116,85	116,75
9¾ dgl. 82	2/92	112,5	112,5
8½ dgl. 82	6/92	107,05	107,1G
8½ dgl. 82	10/92	105,5	105,5bG
7¾ dgl. 83	2/93	101,5	101,4

Länder – Städte

		12. 4.	11. 4.
5½ Bd.-Wrtbg. 58	83	100G	100G
8 dgl. 71	83	101G	101G
6½ dgl. 78	86	98,75	98,7
8½ dgl. 82	92	102,75	102,75
7 Bayern 66	86	101	101G
6½ dgl. 67	87	101G	101G
6 dgl. 68	85	99,8	99,8
7½ dgl. 71	83	100,05G	100,05G
7 dgl. 72	84	101,4	101,4G
7½ dgl. 76	84	101,8bG	101,85
6 dgl. 78	88	95,8	95,5
8¾ dgl. 80	90	106,1G	106,1
8¾ dgl. 82	92	106,1	106,1G
8½ Berlin 70	85	103G	103G
7½ dgl. 71	83	100G	100G
8 dgl. 72	85	102G	102
8½ dgl. 75	83	100G	100,15
7½ dgl. 76	84	101,8bG	101,8G
7 dgl. 77	85	101,25G	101,25G
6½ dgl. 78	88	98,5G	98,5G
8¾ dgl. 80	88	106,25G	106,25G
7¾ Bremen 71	87	102G	102G
8 dgl. 72	87	103G	103
8½ Hamburg 70	85	103,5G	103,5G
6½ dgl. 77	92	96,7	96,7
8 dgl. 80	90	102,6G	102,6G
9¾ dgl. 82	92	112G	111,85G
8 Hessen 71	86	101	101
6¼ dgl. 78	88	96	96
6 Nieders. 69	84	100,2G	100,2G
8½ dgl. 70	85	103,6G	103,6
7½ dgl. 72	87	101,9	101,9G
8 dgl. 72	87	103	103G
7½ dgl. 79	87	101,25	100,9
7¾ dgl. 82	92	100,6G	100,6G
7½ NRW 71	83	101,15	101,15G
8 dgl. 75	83	100,5bG	100,5bG
7½ dgl. 83	95	99,25bG	99,25
6 Rhld.-Pf. 64 II	84	100,25	100,25G
6½ dgl. 68	83	100G	100G
8 dgl. 71	86	101,5	101,25
6½ Saar 68	85	100G	100G
8½ dgl. 70	85	102,6G	102,6
7 dgl. 72	87	99,6G	99,6G
6 dgl. 78	88	96	95,75
5½ Schl.-H. 59	84	100G	100G
6 dgl. 64 II	84	–	–
7¾ dgl. 72	87	101,25G	101,25G
8½ dgl. 73	85	104	104,25G
7 Essen 72	85	101G	101G
7½ Köln 71	83	100G	100G
6 München 63	83	100G	100G
6 dgl. 64	84	100,3bG	100,4G
6 Stuttgart 63	85	100,2G	100,2G
7½ dgl. 71	86	102,5	102,5
7¾ dgl. 72	87	102,75G	102,75G

Begrenzte Kursbesserung

Der Rentenmarkt wurde vorbörslich positiv beeinflußt durch den Anstieg der Bond-Kurse in den USA. Zwar konnte sich die freundliche Tendenz im Börsenverlauf nicht durchsetzen, doch ergaben sich bei einigen öffentlichen Anleihen begrenzte Kursbesserungen. Bei den im Gespräch befindlichen Konditionen für die neue Bremen-Anleihe (7,5 Prozent, 10 Jahre Laufzeit, Ausgabekurs 100,5) wurde insbesondere der Ausgabepreis moniert. Am Markt für DM-Auslandsanleihen waren jüngere Emissionen teilweise zu steigenden Kursen gesucht, Pfandbriefe erneut unverändert.

Sonderinstitute

	12. 4.	11. 4.
8 DSLB Pf 55	88,5	88,5
6 dgl. Pf 37	85	85
7 dgl. Pf 63	94,5	94,5
8 dgl. Pf 118	99	99bG
5 dgl. KO 36	98,75	98,75
5½ dgl. KO 45	98	98
7 dgl. KO 58	105	105
6½ dgl. KO 67	98,75	98,75
8½ dgl. KO 94	109	109
8 dgl. KO 119	102	102
8½ dgl. KO 124	100,25	100,25
6 IKB 68	100	100
6½ dgl. 69	100,5	100,5
6¼ dgl. IS 90	92,75	92,75
6 dgl. IS 105	94,2	94,2
6 dgl. IS 108	87	87
5¾ dgl. IS 114	92,9	92,9
7½ K. f. W. 70	101,15G	101,15
8 dgl. 70	102,2G	102,2
8 dgl. 76	102	102
7¾ dgl. 79	100,8	100,8
10 dgl. 81	113,85	113,25
8½ dgl. 82	105,25	105,25
6 Landw.-Rtbk. 20	100,25G	99,75G
6 dgl. 26	100	100G
7½ dgl. 27	101,5G	101,5G
8 dgl. 29	100,15G	100,15G
9½ dgl. 36	104,5G	104,5G
6¾ dgl. 59	101G	101G
10 dgl. 120	107G	107G
8½ dgl. 127	104,5G	104,5G
9 dgl. 131	106,25G	106,25G
7¾ LAG 76/16	101,8G	101,9
8 dgl. 76/17	103,4G	103,4G
6½ dgl. 77/18	98,5G	98,5
5½ dgl. 78/19	95,1	95,1
7 dgl. 79/20	99,9	99,9

Bankschuldverschreib.

	12. 4.	11. 4.
7 All. Hyp. Pf 2	101	101
6½ dgl. Pf 7	93G	93G
6½ dgl. Pf 98	97G	97G
7 dgl. Pf 99	101G	101G
7¼ dgl. Pf 101	101,5G	101,5G
6 dgl. KO 1	86T	86T
6¼ dgl. KO 66	100,25G	100,25G
6 Bd. Komm.Ldbk. 69	85G	85G
7 dgl. Pf 76	95	95
6½ dgl. KO 64	88G	88G
6½ Bay. Hdbk. Pf. 3	87,5	87,5
7 Bay. Hdbk. KO 2	101,75	101,75
6 Bay. Hypo. Pf. 30	83	83
7 dgl. Pf 3	93,5	93,5
6½ dgl. KO 6	88	88
6 Bayer. Vbk. Pf. 39	83bG	83bG
6½ dgl. Pf 8	90	90
7 dgl. KO 3	101,75bG	101,75
8 Bln. Pfbr. Bk. 51 fr. Bln. Pfbr.Amt	103G	103G
7½ dgl. 33	100,5T	100,5T
7½ dgl. 47	101,5T	101,5T
6 Br. H. Hp. Pf 71	83,5	83,5
7 dgl. Pf. 72	101	101
6½ dgl. Pf. 75	89	89
6½ D.Centrbd. Pf 173	90	90
9 dgl. Pf 190	102,25	102,25
7 dgl. KO 113	102	102
6 DG HYP Pf 48	83G	83G
5½ dgl. Pf. 50	78G	78G
7 dgl. Pf 89	101,75G	101,75
5½ D. Gen. Bk. IS 70	94G	94T
6 dgl. IS 71	100G	100G
6¼ dgl. IS 73	98,75G	98,75
6½ dgl. IS 74	96	96,25
6½ dgl. IS 75	99G	99G
7½ D. GiroKO 101	102,15G	102,5G
10 dgl. KO 125	104,35	104,35
9 dgl. KO 179	107,1G	107,1G
9¾ dgl. KO 180	109,7G	109,70
9½ dgl. KO 181	109,6G	109,6G
9 dgl. IS/K	100,9	100,7G
6 D.Hyp.Brem. Pf 118	83G	83G
7 dgl. Pf 123	99,7G	99,7G
6½ dgl. KO 125	97,15G	97,15G
6 Dt. Pfbr. A. Pf 92	86G	86G
7 dgl. Pf 130	94	94G
6½ dgl. Pf 149	88,5G	88,5G
8¾ D. Schiffb. Pf 83	103,2	103,2
7½ dgl. Pf 84	101,75	101,75
6 Fr. Hyp Pf 98	83G	83G
7 dgl. Pf. 113	95,5G	95,5
6½ dgl. Pf 119	89G	89
10 dgl. Pf 168	101,6G	101,6G
8 dgl. KO 220	103,7G	103,7G
7¾ dgl. KO 222	103,15G	103,15G
10 dgl. KO 226	106,9G	106,9G
9¾ dgl. KO 228	111,4G	111,4G
8½ dgl. KO 231	104,25G	104,25G
9 dgl. KO 232	105,65G	105,65G
6 Hbg. Ldbk. Pf 48	84	84
9 dgl. IS 44	100,25	100,25
10 dgl. IS 46	100,8	100,8
9½ dgl. IS 53	105,45	105,65
8¾ dgl. IS 92	104,6	104,6
8 dgl. IS 96	103,7	103,7
9½ dgl. KO 110	109,75	109,75
9 dgl. KO 111	107	107
5½ H. Ldbk. Pf 43	81	81G
7 dgl. Pf 54	96,45G	96,2G
9 dgl. Pf 76	103,05G	102,95G
6 dgl. Pf 87	100,2G	100,15G
6 dgl. KO 47	83G	83G
6½ dgl. KO 81	88G	88G
7 dgl. KO 203	97,7G	97,45G
7¼ dgl. KO 204	98,85G	98,6G
6 Hyp.l.Hbg. Pf 46	84,75	85,5
6½ dgl. Pf 80	92,25	92,25
9 dgl. Pf. 117	100,4	100,4
8 dgl. Pf 248	102,4	102,4
9 dgl. KO 125	101,4	101,4
8 dgl. KO 175	103,1	103,1
9 dgl. KO 259	105,5	105,5
9¾ dgl. KO 262	105,1	105,1
6½ Lb.Rh.-Pf. Pf 16	88,75G	88,75G
7 dgl. Pf 24	97G	97G
6 dgl. Pf 26	90G	90G
7 dgl. KO 150	97,5G	97,5G
6½ dgl. KO 151	100G	100G
6¾ dgl. KO 154	99G	99G
8 dgl. KO 168	102,5G	102,5G
8¼ dgl. KO 171	104G	104G
8½ dgl. KO 174	103,25G	103,25G
9 dgl. KO 177	104,4G	104,4
9¾ dgl. KO 180	105G	105G
9½ dgl. KO 181	108,25	108,5G
9 dgl. IS 12	101,4G	101,4G
6½ dgl. IS 35	100G	100G
6 Ldbk. Saar Pf 18	88,25G	88,25G
6½ dgl. KO 69	101,25G	101,25G
7 dgl. KO 70	98,9G	98,9G
7 dgl. KO 73	101,25G	101,25G
7¾ dgl. KO 76	101,5G	101,5G
7½ dgl. KO 79	102	102G
8½ dgl. KO 85	106G	106G
9 dgl. KO 88	108G	108G
9¼ dgl. KO 89	105,4G	105,4G
7¾ dgl. KO 90	103,25G	103,25G
6 Ldbk. S.-H. Pf 87	83	84
7 dgl. Pf 95	93,5	93,5
8 dgl. Pf 80	103,5	103,5
7¾ dgl. Pf 81	103	103
7¾ dgl. Pf 83	101,1	101,1
8 dgl. KO 98	102	102
9¾ dgl. KO 242	112	112
7¾ dgl. KO 248	103	103
7 LKB Pf 27 fr. Bd.Ldkr.	96,5G	96,5G
6½ dgl. Pf 29	92,5G	92,5G
6½ LKB Pf 22 fr. W. Ldkr.	95	95
7 dgl. Pf 45	94,5	94,5
8 LKB KO 1	100	100
6½ Lüb.Hyp. Pf 62	90	90
9 dgl. Pf 92	101,25	101,25
8 dgl. Pf 168	102,5	102,5
8¾ dgl. Pf 174	103,25	103,25
8¾ dgl. Pf 175	103,85	103,85
9½ dgl. Pf 178	105,75	105,75
6 dgl. KO 39	85	85
7¾ dgl. KO 170	100	100
9 dgl. KO 180	104,75	104,75
6½ Mü.Hyp. Pf. 100	88,5	88,5
7½ dgl. Pf 111	99	99
7 dgl. KO 25	96	96
7 Nd.Hyp.W. Pf 28	99,5	99,5
6½ dgl. Pf 34	91	91
6 dgl. KO 27	88	88
9 Nord.LB IS 20	100,8	100,8
8 Old. Lbk. IS 75	100,4	100,4
8 dgl. IS 76 I	102,35	102,35
8 dgl. IS 76 II	103,3	103,3
7½ dgl. IS 77	102,7	102,7
6 dgl. IS 78	99,25	99,25
6 Pfälz. Hyp. 57	91,85G	91,85G
7 dgl. Pf 99	100,25	100,25G
8½ dgl. Pf 124	102,9G	102,9G
7½ dgl. Pf 191	100G	100G
9 dgl. Pf 195	102,85G	102,85G
9¼ dgl. Pf 196	103,8G	103,8G
7¾ dgl. Pf 197	102,1G	102,1G
8¼ dgl. KO 169	103,1G	103,1G
8 dgl. KO 173	101,35G	101,35G
7¾ dgl. KO 180	102,35G	102,35G
7 Rheinbod. Pf 60	94	94
6½ dgl. Pf 64	88	88
6 S.H. Ldsch. Pf 19	86	86
7 dgl. Pf 20	94	94
6½ dgl. Pf 21	88,5	88,5
8¾ dgl. Pf 31	106,5	106,5
6½ St.KrOld. Pf 53	90,95G	90,95G
7½ dgl. Pf 66	100,1G	100,1G
8 dgl. Pf 65	100G	100G
9 dgl. Pf 67	103,25G	103,25G
7½ dgl. KO 33	100,25G	100,25G
6 Südboden Pf 41	90,5	90,5
5½ dgl. Pf 57	80,75	80,75
7 dgl. Pf 105	100	100
6 Vbk. l. Nbg. Pf 56	92,5	92,5
7 dgl. Pf 102	97,25	97,25
9 dgl. Pf 131	102,75	102,75
10 West LB IS 577	101,1	101,25
6½ Westhyp. KO 58	95,15	95,15
6 Wf. Ldsch. Pf 12	91,5	97,5
7 dgl. Pf 13	96,5	96,5
5½ dgl. Pf 14	86bG	86bG
6 Württ.Hyp.KO 30	84,25G	84,25G
7 W. Ldbk. KO 44	99,8G	99,8G
7 Wü. Ko.Lbk. Pf 68	99	99
9 dgl. Pf 83	103,6G	103,6G

Industrieanleihen

	12. 4.	11. 4.
6 Badenwerk 64	–	–
6 dgl. 78	95,5	95,5T
5 BASF 59	98G	98G
5 Bayernw. 59	98	98G
8 Chem. Hüls 71	–	100,7G
7¾ Cont. Gum. 71	100,5T	100,5T
6 Dt. Texaco 64	99,5T	99,5T
6 Gelsenb. 64	99,5T	99,5T
6 HEW 58	100,2G	100,2G
5¾ dgl. 62	97,8G	97,8G
6 dgl. 63	99,85	99,85
7½ dgl. 71	101,5	102G
7¾ dgl. 71	102,25G	102,25G
4½ Harpen 59	1735	1735
6 Hoechst 63	99,5T	99,5T
6 dgl. 64	99,8G	99,5bG
6 Hoesch 64	99,25T	99,25G
7½ dgl. 71	100,5	100,35T
7½ Karstadt 71	100,6	100,5
7½ Kaufhof 71	100,3G	100,3G
7¾ dgl. 71	100bG	100,5T
7½ dgl. 76	100,8G	100,8
6 Klöckner W. 63	99,5T	99,5T
7½ dgl. 71	97,6	97,5
8 dgl. 72	99,25	98,6
6 Krupp 64	99,75T	99,75T
6 Linde 64	99,5T	99,5T
5 Mannesmann 59	98,6T	98,6T
6 Moselkraft 63	99,75T	99,5T
6 NWK 58	99,85G	99,85G
6 dgl. 61	99,5G	99,5G
6 dgl. 62	98,5G	98,5G
6 ObDon. Krwk. 64	95,5T	95,5T
5½ Öst.BayK. 58	99,5G	99,5G
6 Rat.Vdb. Stk. 68	98,25G	98,25G
5½ Rh.Brkw. 58	98T	98,15T
6 dgl. 63	98T	97,75T
6 dgl. 65	97T	96,75T
5½ RWE 59	99,25T	99,25T
6 dgl. 63	100T	99,25T
6 dgl. 65	99T	98,5T
7¾ dgl. 71	100,8	100,6
7 dgl. 72	100,35T	100,15
6 Rh.-M.-Don. 62	99G	99G
6½ dgl. 68	100,75G	100,75G
8 Schleswag 71	–	–
5 STEAG 59	98,75G	98,75G
6 Thyssen 63	99,5G	99,5G
7½ dgl. 71	100,5T	100,5T
8 dgl. 72	100,5T	100,5T
7¾ dgl. 77	99,5	99,75T
5 Veba 59	98,5T	98,5G
8 VEW 71	100,7T	100,7
6¾ dgl. 77	96,6T	96,6G
7 VW 72	100T	100
5½ Wintersh. 58	99,5G	99,5G

Wandelanleihen

	12. 4.	11. 4.
4½ AKZO 69	85T	85T
3½ All Nippon 78	95,5	95
3½ Asahi Opt. 78	105,5T	106T
4¾ Canon Inc. 77	294G	297G
3½ Cas. Comp. 78	179T	183T
5 D Bk. Lux. 77	99,7	99,7
5¾ Daiei Inc. 80	113,25T	113,25T
4½ Fujitsu Lim. 78	382G	380G
5 dgl. 79	255,5	255
5¾ Hoogovens 68	82G	82G
3½ Izumiya Co 78	93	93G
3½ Jusco Co. 78	95T	95
4 Kansai El. 79	100,5G	100,95
6 Konishiroku Pho.81	111	111G
6¾ dgl. 82	111,5T	111,5T
6 Komatsu 76	138,5	138G
3½ Korakuen 78	92,25	92,5G
7½ Kraft Inc. 70	108,5	109T
3½ Marudai F 78	95,5	93
6 Michelin Int. 70	94G	94G
5¾ Minolta 77	140,5	140G
4 dgl. 79	112,25G	112,25G
6½ Mitsub. Ch. 76	173T	169T
6,75 Mitsub. H 81	124,5T	124,6
6 dgl. 81	108	107,5
6 Nichii Co Ltd 80	112,5G	112,5G
7 Nippon Sh. Gl. 82	111,5	113,25
3¾ Nippon Sh. 78	162,5G	165G
3½ NissanMot. 78	92,5G	92,75
4 Nisshin Steel 78	135,5G	135,5G
6½ Océ v. d. Gr. 69	100G	100G
3½ Olympus 78	–	206,5G
3¾ Omron Tat 79	195G	197G
4¾ Orient Fin 79	220G	218G
3½ Ricoh Comp. 78	126	125
6¼ Rothm. Int. 72	95	94,5
3¾ SankyoElec. 78	95,5G	95,5
3½ Sanyo Elec. 78	151,5G	153T
3¾ Seiyu Stores 78	94,5G	94,5T
6¼ Sekisui 76	155,5G	155G
3½ Stanley 78	95,5	95,5T
6 Taiyo Yuden Co. 82	109	108,5G
5 Texaco Int. 66	96,5	96,7
3½ Tok. Elec. 78	245G	240G
4¾ Tok. Sanyo 77	248G	248G
4 Tokyu Land 79	104,5T	105,5
3½ Trio Kenw. 78	94G	94G
6½ Uny Ltd. 79	114,25	114,25G

Optionsscheine

	12. 4.	11. 4.
11 BASF 82	41	42,3
7¾ Bayer Fin. 79	34,4	37
10½ Bayer Fin. 82	41	44
6¾ Ciba-Geigy 75	715	719
3½ Commerzbk. 78	41	43
4½ Dt. Bk. Comp. 77	146	150,5
10 Hoechst 75	180	185
6¾ dgl. 79	43,5	44,5
8 Hoechst 83	60	62,4
7½ Jap.Syn.Rubber 82	790	800
Mitsui 82	163,5	172
6½ Wells F. 73	223,8	214

Optionsanleihen

	12. 4.	11. 4.
8½ BASF 74 m O	134,6	133,25
8½ BASF 74 oO	101,6	101bG
3½ Stumpf 88 mO	115	115
3½ Stumpf oO	78	77

Währungsanleihen

	12. 4.	11. 4.
8 Brasilien 72	98,75G	98,75G
6¾ Kopenhagen 72	94,5	95
7,875 Norwegen 78	99G	99
9½ dgl. 79	100G	100G

Optionsanleihen

	12. 4.	11. 4.
3½ ComBk. Int. 78 mO DM	109,3	109,3G
3½ dgl. 78 oO DM	91	90,75
4½ C F DT. Bk. 77 mO $	138,2G	138,2G
4½ dgl. 77 oO $	86,75	87,5bB
7½ Jap. Synth. 82	130	130G
7½ dgl. 82 oO	99,35	99,3G
6½ Wells F. 73 mO DM	113,5T	113,25T
6½ dgl. 73 oO DM	98T	97,5T

Optionsscheine

	12. 4.	11. 4.
8½ BASF 74	56,5	55,5

Wandelanleihen

	12. 4.	11. 4.
5 Bayer 69	102,5bB	102,5bG
8 Bay Wa 75	108	108
8 Beiersdorf 82	159	159
4½ Commerzbk. 78	99,35	99,35G
9 Girmes 74	334	338

Anmerkungen:

* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen

(Kurse ohne Gewähr)

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

	12. 4.	11. 4.
7¾ AKZO 83	100G	100G
6 dgl. 84	97,5/8,2	97,5/8,2
6½ dgl. 86	99,25G	99,25G
7¾ Arbed 83	97,5G	97,5G
7¾ dgl. 86	84G	84G
9 dgl. 87	95T	95T
6¾ Ardal 89	96,5G	96,5G
10 dgl. 88	104,5G	104,5G
8 Austr. 87	104,75G	104,75G
8¾ dgl. 87	105,50	105,75G
7½ BEC 83	100,25G	100,25G
4¾ CFDB 83	99,7/100	99,7/100
5 dgl. 84	99,6/100	99,6/100
6½ Estel 84	94,75G	94,75G
6¾ dgl. 85	93,5G	93,5G
8¾ dgl. 87	93,25G	93,25G
6¾ Euratom 91	93,5G	93,5G
6¾ Eurofima 87	99,5G	99,5G
10 dgl. 89	107G	107G
6 EIB 88	92G	92G
6½ Lufthansa 86	98,5G	98,5G
6 Montanunion 90	93,75G	93,75G
6½ Ö. Ko. Bk. 84	99,5G	99,5G
7¾ Parker-H. 87	98G	98G
8 S. A. R. 83 I	100G	100G
8 dgl. 83 II	99,9G	99,9G
7½ Schweden 89	97,5G	97,5G
6¾ Weltbank 83	100,25G	100,25G
6½ dgl. 85	99G	99G
7½ dgl. 87	101,25G	101,25G
7¾ dgl. 90	100	100
9 dgl. 88	103,5G	103,5G
8½ dgl. 88	103G	103G
7¾ dgl. 88	101/2,5	101/2,5
9½ dgl. 89	105G	105G
8 dgl. 90	101,25G	101,25G
11 dgl. 91	113,5G	113,5G

Ausländische Aktien

	12. 4.	11. 4.
F L'Air Liquide	160	164G
D Akzo	53	53
F Alcan	73	72
F Alcoa	79	79
F Alg. Bk. Nedld.	335	318
F All Nippon Air	3,6G	3,6G
F Amax	60	59,4
F Am. Cyanamid	101,8	98
D American Expr.	151G	148G
D Am Motors	15	15
F Am. T & T	158,7	158
F Amro Bank	56,5	55
M Anglo Am. Gold	294B	281,5
F Anglo Am.m.O.	52,2	49,8
F dgl. o.O.	50,5	47,5
F Arbed	57G	57T
F Asahi Chem.	3,2bB	3,15
M Atl. Richfield	108,7	104,3
H Atlas Copco	40G	41G
M Avon	77,5	77,45
F Bell Canada	18	18
F Banco Central	29,4	29,4
F Banco de Bilbao	24,4	24,4
F Banco de Santander	18,8	19
F Banco de Vizcaya	34,9	34,9
F Banco Hisp. Americ.	22,9	22,9
D Beatrice Foods	63T	61,5G
D Bell Canada	50,5T	50,4
F Black & Decker	47	46
F Boeing	101	97,5
F Bowater	7	6,95
D BP	14,15	13,4
M Broken Hill	15,6	15,2
F Bull	13,55	13,4
F Cdn. Pacific	85,8	85,5
F Canon	13	13bG
F Casio Comp.	11,2	11,2G
F Caterpillar	99,5	97,5
D Ch. Manhattan	138bB	133,5
F Chrysler	41,6	41
M Citicorp.	104,5	104
F City Investing	75	74G
F Coca-Cola	135	133G
D Colgate	57	54,5
F Cons. Gold F.	19,7bB	19,3
D Cont. Group	100G	99G
F Control Data	115	113
F Courtaulds	–	–
M CRA	10,85	10,35
M CSR	6,95	6,45
F Dart & Kraft	178	175
M De Beers Cons.	20,2	19,5
F Deere Comp.	85,2	86
F Diam Shamr.	60,5	56,5
M Digital Equipm.	294	284
M Disney Prod.	201,3	194
F Distillers	–	–
M Dome Petroleum	7,7B	7,6
D Dow Chemical	72	71
D Dresser	42,1	41
F Dunlop	–	–
D DuPont	105	100,5G
M East Drief. Gold	82,6	80G
D East Air Lines	21,5	21,7
F Eastman Kodak	198	195
F Elf Aquitaine	47	45,1
F Emhart	123G	123G
D Ericsson	128,5	132G
D Esmark	154G	154G
D Exxon	78,3	76,7
D Fiat St.	5T	5bG
D dgl. Vz.	3,65	3,6G
F Finsider	–	–
D Fisons	22TG	20,5T
M Fluor	51,8	51
D Ford	96	94G
F Foseco Minsep	5,5G	5,5T
F Fujitsu	9,25	9,3
F General Electric	263,7	258
F General Mining	64	65
D General Motors	141	140
D Gen. Shopping	560G	560G
M Getty Oil	154,8	149,7
D Gevaert	104G	103
F Goodyear	72	71
H Grace	101	101
D GKN	6,25	6,2
F Gulf	84	81,5
F Highveld m. St.	13,3	13
F dgl. o. St.	13,5	13
F Hitachi	790	785
M Holiday Inns	100,5	99,5
F Homestake	72,5	69,8
D Hoogovens	20,8	21,1
F IBM	259	251
F ICI	14,6T	14,7
M Imperial Oil	61,5	60,6
F Inco	31,4	30,8
F Int. T & T	90,5	87,7
D Istituto Fin.	9G	9G
F Italcementi	71,5	72
F Izumiya	6,5G	6,5G
F Japan Line	1,85bG	1,95bB
D Jusco	6G	6G
F Kawasaki Kisen	1,5G	1,5G
F Kawasaki Steel	1,5T	1,5T
M Kloof Gold Min.	123B	118G
F Komatsu	4,8	5bB
D KLM	133	133
F Kubota	3,6	3,65G
D Lafarge	82	82,5G
D Litton Ind.	140bG	139
F Lone Star	78,5	75G
D LTV	34,7	34,5
M M.I.M. Hold.	20,1	19,25
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	3,1G	3,05G
F Marudai Food	5,9	5,8G
D Matsushita El.	13,5G	15
M McDonald's	168,5	–
M Merrill Lynch	209	204
F McDonnell D.	132G	127,5
D Minnesota M.	185G	183G
D Minolta Camera	4,9	4,7T
F Mitsubishi Chem.	2,6	2,65
F Mitsubishi El.	3,75	3,65T
F Mitsui Bk.	4,5	4,5G
F Mitsui & Co.	4,4	4,4G
F Mitsui Engin.	1,5T	1,5T
F Mitsui O. S. K.	2G	2G
F Mitsumi El.	5	4,7
H Mobil Oil	73,5	69,5
F Monsanto	217G	214G
F Montedison	0,24	0,24
F Murata	17,9G	17,7G
M Nat. Semicond.	74	71,6
D Nat. Westminster	20,5T	19,9T
F Nestlé	4680	4625
D Nikko Sec.	4,25G	4,25G
F Nippon El.	9,6	9,5
F Nippon Kokan	1,5bB	1,45
F Nippon Shinpan	8,5G	8,5G
F Nippon Yusen	2,6	2,6
F Nissan Motor	7,7	7,7
F Nisshin Steel	1,6T	1,6T
F Nissho - Iwai	3,5T	3,5T
F Norsk Hydro	129	118,5
F Norton Simon	55	56
H Occ. Petroleum	49	47,5
D Océ v. d. Grint	–	169,8G
F Olivetti Vz.	4,75	4,75
F Olympus Optical	11	11T
H v. Ommeren	22	21,7
F Omron Tateisi	11,5	11,5
F Pakhoed	49	48,5
M PanAm	11,1G	11,8
M Pepsi	88,45	87,4
F Pernod-Ricard	160	155T
F Peugeot	65	63,1
F Philip Morris	154	152
H Philips	42,7	41,5
D Phoenix Ass.	12G	11,4G
F Pirelli	2,9	2,95
M Polaroid	76	76,3
M Prime Computer	82	80
F Procter & G.	150	148
D Ramada Inns	17,3G	17,5G
F Rank Org.	5,75	5,5
F Ricoh	7G	7
F Rio Tinto NA-St.	21,6	20,7
H Robeco	241,5	240
F Rockwell	123,5	124
H Rolinco	233	231,5
F Rorento	170	169
F Rothmans Int.	4,1T	4,1T
H Royal Dutch	104	102,3
F Sanko Steamship	2,1G	2,1G
F Sankyo Electric	4,7G	4,7G
M Santos	11,6	10,7
F Sanyo Elec.	4,9	4,8
F Sanwa Bk.	4,9G	4,9G
M SASOL	9,3	9,15
F Schlumberger	104,9	105
F Schw. Alum.	740	720
F Schw. Bankverein	–	302
M Sears, Roebuck	87,6	85
F Seiyu Stores	6,7G	6,7
F Sekisui Prefab.	7,6	7,3G
F Selected Risk	29,5G	29,5G
H Shell T & T	18,2	17,5
D Singer	64	63,5G
F Snia Viscosa	1,65	1,69
D Solvay	131,5	130T
D Sony Corp.	35,5	36
D Sperry Corp.	86,9	84,5
F Squibb	126	126
F Stanley Elec.	4,7G	4,7G
F Steyr-Daimler-P.	24,2	25
F Sumitomo Heavy	1,65	1,65
D Sumitomo Metal	1,65G	1,55G
F Sumitomo Shoji	4,4G	4,4
D Sun	87T	85TG
F Swissair	969	950G
F Taisei Kens.	2,3G	2,3G
M Tandy	142,5	140
F Tenneco	95	89
D Texaco	82	81,5
D Thomson-CSF	72,5bG	70,8
D Thorn Emi	18,8T	18G
D Tokyo Pac	210G	210G
F Tokyo Sanyo El.	5,4G	5,4G
F Trio Kenwood	5,6	5,5G
F TRW Inc.	156,5	151G
D Toray	3,7G	3,7G
D Toshiba	3,25T	3,2G
D UAL	80	82G
H Unilever	197,5	194,5
F Union Carbide	146,5	143G
D Uniroyal	28,5	28,5G
F United Techn.	168	168bG
F US Steel	57,2	56
M Vaal Reefs Expl.	280,8	267,5
F Veitscher Magn.	–	–
D Verl-Stork	56	65T
D Volvo A	130T	130T
D dgl. Nam B	130G	130G
F Warner Commun.	65,5	67,5
F Warner Lambert	77	73G
F Wells Fargo	78	73,1
M Western Deep L.	146	142
M Western Mining	10	9,65
F West.-Utrecht H.	112,7	113
D Xerox Corp.	102	99,5

Aktien nur knapp behauptet

Gewinnmitnahmen verhinderten erneut einen weiteren Kursanstieg

DW. – Wie an den vorangegangenen Börsentagen, so stand auch am Dienstag der Aktienmarkt zunächst im Zeichen weiterer Kaufaufträge aus dem Ausland. Sie reichten allerdings nicht aus, um die zunehmenden Abgaben aus dem Bereich der inländischen institutionellen Anleger sowie der privaten Bankenkundschaft zu absorbieren. Infolgedessen gaben die Notierungen der meisten Standardaktien leicht nach. Da auf ermäßigter Basis die Anlagebereitschaft zunimmt, konnten überall nennenswerte Kursabschwächungen vermieden werden. Deutliche Kursgewinne gab es in den internationalen Ölaktien, vor allem bei Norsk Hydro, aber auch bei Royal Dutch.

Die Ausländer konzentrierten ihre Käufe weiterhin auf die Papiere der Großchemie, auf Daimler und BMW. Elektrowerte und Banken werden neuerdings vernachlässigt und mußten entsprechende Rückschläge hinnehmen. Kursrückgänge gab es auch bei den Maschinenbauaktien, von denen sich allerdings Deutsche Bacock-Stämme um 3 DM erholten. Rheinmetall, am Vortag wegen des in Aussicht stehenden Panzerauftrags aus Saudi-Arabien stark heraufgesetzt, litten jetzt ebenfalls unter Gewinnmitnahmen. Ebenso wie übrigens Karstadt, wo der Kurs um fast 8,50 DM nachgab.

Düsseldorf: Ravensburger Spinne erhöhten sich um 8 DM auf 188 DM, Bilfinger zogen um 12,50 DM auf 262,50 DM an, und Allianz Leben verbesserten sich um 30 DM auf 2040 DM. Stahl Bochum verminderten sich um 10 DM auf 240 DM, Leffers sanken ebenfalls um 10 DM auf 320 DM, und Gerresheimer Glas fielen um 1,10 DM auf 92,80 DM.

Frankfurt: Während die Standardwerte nur bis zu 3 DM einbüßten, gaben Riedel de Haen bei doppelter Minusankündigung um 50 DM auf Taxe 330 DM nach. Cassella blieben nach der Dividendensenkung 496 DM (minus 4 DM). Ansonsten notierten Öl- und Goldaktien international fest. Norsk-Hydro 128 DM (plus 10,50 DM) und AAC ohne Stempel 50,30 DM (plus 2,80 DM).

Hamburg: Von Versorgungswerten waren HEW bei 132,50 DM minus 0,50 DM knapp gehalten, NWK-Vz. gaben auf 178 DM minus 2 DM nach. Phoenix Gummi fielen 102 DM minus 5 DM. Andererseits setzten Orenstein Koppel den Kursanstieg auf 230 DM plus 10 DM fort.

München: Audi NSU erhöhten sich um 9 DM auf 257 DM, Dywidag befestigten sich um 5 DM auf 292 DM und Erste Kulmbacher schlossen mit einem Plus von 50 DM auf 800 DM ab. Gehe AG sanken um 5 DM auf 175 DM und Grünzweig verminderten sich um 3 DM auf 197 DM.

Berlin: Herlitz Stämme und Orenstein zogen um je 13,50 DM und Herlitz Vorzüge um 12,50 DM an. Adca lagen um 1,50 DM freundlicher. Concordia Chemie wurden um 10 DM und Engelhardt um 7 DM höher taxiert. Berthold büßten 7 DM, Rheinmetall und Siemens je 6 DM, Bekula 4,40 DM und BHF-Bank 3,50 DM ein.

Nachbörse: schwächer

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München

Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelter Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Junge Aktien

12. 4. 83: BMW 294 G; Bavaria 211 G; Jute-Spinnerei 151 G; Philips Komm. 309; VEW 124,5; RWE St. 180; RWE Vz. 180; Herlitz St. 260; Herlitz Vz. 255. Freiverkehr: Reag 410 B.

WELT-Aktienindex vom 12. 4.: 133,2 (134,6); WELT-Umsatzindex vom 12. 4.: 5667 (5875).

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York · Toronto · London · Amsterdam · Tokio · Zürich · Madrid · Paris · Mailand · Hongkong · Sydney · Singapur

Wien

	12. 4.	11. 4.
Creditanstalt-Bkv Vz.	215	215
Gösser-Brauerei	243	–
Länderbank Vz.	171	212
Österr. Brau AG	221	226
Perlmooser	300	305
Reininghaus	275	272
Schwechater Br	147	147
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	167	160
Universale Hoch Tief	–	–
Veitscher Magnesit	–	210
Index	–	53,03

Kopenhagen

	12. 4.	11. 4.
Den Danske Bank	273,75	273,75
Jyske Bank	489	483
Kopenh. Handelsbk.	261,75	261,75
Novo Industri	2185	2080
Privatbanken	264	264,50
Ostasiat. Komp.	123	123,25
Dan. Sukkerfabr.	500	688
For. Bryggerier St.	830	499
Kgl. Porc. Fabr	310	301

Brüssel

	12. 4.	11. 4.
Arbed	1120	1122
Brux. Lambert	1795	1800
Cockerill Ougrée	102	99
Ebes	2320	2290
Gevaert	2200	2115
Kreditbank	5500	5250
Petrofina	5500	5270
Soc. Gén. d. Belg.	1630	1640
Sofina	4745	4745
Solvay	2700	2710
UCB	3250	3340
Index	120,66	118,92

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 12. 4.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9 –9¼	4⅝–4⅞	4⅛–4⅞
3 Monate	9⅛–9⅜	4⅞–5⅛	4 –4½
6 Monate	9¼–9½	5 –5¼	4 –4½
12 Monate	9½–9¾	5¼–5½	4 –4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 12. 4.: Tagesgeld 4,8–4,9 Prozent; Monatsgeld 5,0–5,1 Prozent; Dreimonatsgeld 5,15–5,25 Prozent.

Privatdiskontsätze am 12. 4.: 10 bis 29 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 12. 4.: 4 Prozent; Lombardsatz: 5 Prozent.

Ostmarkkurs am 12. 4. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,00; Verkauf 25,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,00 Verkauf 25,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurdem am 12. April folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1335,00	1621,55
10 US-Dollar (Indian)**)	1003,00	1196,00
5 US-Dollar (Liberty)	408,00	557,09
1 £ Sovereign alt	240,00	293,80
1 £ Sovereign Elizabeth II	242,00	296,06
20 belgische Franken	186,00	244,08
10 Rubel Tscherwonez	253,00	314,14
2 südafrikanische Rand	238,00	291,54
Krüger Rand, neu	1062,00	1245,26
Maple Leaf	1060,00	1243,00
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	251,00	317,53
20 schweiz. Franken „Vreneli"	210,00	265,55
20 franz. Franken „Napoléon"	212,00	267,81
100 österr. Kronen (Neuprägung)	986,00	1176,33
20 österr. Kronen (Neuprägung)	198,00	246,34
10 österr. Kronen (Neuprägung)	104,00	134,47
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	445,00	553,70
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	107,00	143,51

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Dem Handel in US-Dollar fehlten am 12. 4. erneut die Impulse, so daß es zu einer äußerst geringen Bandbreite von 2,4195 bis 2,4230 kam. Fest war nochmals die Tendenz für das Englische Pfund, das um weitere 2,9 Pfennige auf 3,713 kletterte. Neben den üblichen Ölpreisargumenten kam als neue Faktoren die Spekulationen auf baldige Neuwahlen mit einem deutlichen Sieg der Konservativen hinzu. Fest blieb auch der Schweizer Franken, der um 43 Pennig auf 118,53 anzog. Die übrigen Währungen lagen meist behauptet. Der Französiche Franc und die Dänische Krone wurden zum oberen Interventionspunkt amtlich notiert. US-Dollar in: Amsterdam 2,7285; Brüssel 48,22; Paris 7,2630; Mailand 1443,05; Wien 17,0310; Zürich 2,0431; Pfund/Dollar 1,5332.

Devisenterminmarkt

Die Dollar-Deports wurden am 12. April wiederum etwas enger notiert, den schwächeren Dollar-Zinssätzen entsprechend.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,00/0,90	2,82/2,53	5,00/4,80
Pfund/Dollar	0,15/0,12	0,30/0,26	0,35/0,30
Pfund/DM	2,50/1,10	5,30/3,90	8,90/7,50
FF/DM	30/14	78/82	155/139

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/3 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,73) – 6,00 (5,13) – 7,00 (5,56) – 7,50 (5,90) – 8,25 (6,23). Ausgabe 1983/4 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,00 (5,16) – 7,00 (5,62) – 7,50 (5,99) – 8,25 (6,37) – 8,25 (6,63)

Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,88, 2 Jahre 5,53.

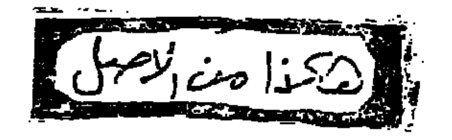
Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,80, Rendite 6,80.

Devisen und Sorten

12. 4. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. (Ankfs.-Kurse)	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York³)	2,4177	2,4257	2,3980	2,37	2,46
London¹)	3,706	3,720	3,6870	3,64	3,79
Dublin¹)	3,152	3,166	3,0820	3,10	3,25
Montreal³)	1,9634	1,9714	1,9456	1,92	2,01
Amsterd.	88,640	88,860	88,710	87,75	89,75
Zürich	118,430	118,630	118,53	117,00	120,00
Brüssel	5,014	5,034	4,941	4,84	5,08
Paris	33,270	33,430	32,85	32,50	34,50
Kopenh.	28,105	28,225	27,815	27,00	29,00
Oslo	33,770	33,890	33,15	32,75	34,50
Stockh.**)	32,310	32,470	31,92	31,25	33,00
Mailand²) **)	1,674	1,694	1,638	1,65	1,78
Wien	14,201	14,241	14,203	14,12	14,26
Madrid**)	1,760	1,780	1,730	1,70	1,82
Lissabon**)	2,460	2,500	2,225	2,10	3,00
Tokio	1,0175	1,0205	—	0,99	1,04
Helsinki	44,560	44,780	43,730	43,50	45,25
Buen. Air.	—	—	—	—	0,01
Rio	—	—	—	0,25	1,10
Athen*) **)	2,883	2,917	—	2,50	3,30
Frankf.	—	—	—	—	—
Sydney*)	2,09	2,160	—	2,03	2,15
Johannesbg.*)	2,201	2,22	—	1,97	2,22

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert; **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Optionshandel



Wie Sie zu mehr Informationen über Personal Computer, Büro und Mehrplatz-Computer kommen:



1. Mit dieser Anzeige stellen wir Ihnen den Olivetti Arbeitsplatz-Computer M20 und seine hilfreiche Bedienerführung durch die HELP-Taste vor. Möchten Sie diese Anzeige und weitere Informationen, kreuzen Sie im Coupon bitte Nummer 1 an.



2. In dieser Anzeige rechnen wir Ihnen vor, wie Sie durch den Einsatz eines Olivetti Büro Computers nicht nur Zinsen sparen, sondern Zinsgewinne erzielen. Diese Anzeige sowie weitere Informationen erhalten Sie, wenn Sie im Coupon die Nummer 2 ankreuzen.



3. Die Leistungsfähigkeit und vielfältigen Einsatzmöglichkeiten der Olivetti Mehrplatz-Computer sind Thema in dieser Anzeige. Die Textilfirma S. steht stellvertretend für Handel, Industrie, Banken, Versicherungen... Die Anzeige, zusammen mit weiteren Informationen, bekommen Sie umgehend, wenn Sie die Nummer 3 im Coupon ankreuzen.



4. An Leitende Angestellte, Manager, Führungskräfte, Entscheidungsträger in Unternehmen jeder Größenordnung und Branchen wenden wir uns mit dieser Anzeige, in der wir das Management-Planungsprogramm »Multiplan« auf einem Olivetti Personal Computer erläutern. Ihr Interesse vorausgesetzt, wollen Sie bitte Ihr Kreuzchen bei der Nummer 4 im Coupon machen.



5. Sehr geehrte Damen und Herren der steuerberatenden Berufe: Da Ihnen die in dieser Anzeige enthaltenen Informationen Zeit und Kosten sparen können, sollten Sie die Nummer 5 im Coupon wählen.

Ihre Anzeige

6. Dieses Anzeigenfeld haben wir für alle Leser reserviert, die sich bisher nicht angesprochen fühlten: Unter den Olivetti Personal, Büro und Mehrplatz-Computern ist sicherlich einer maßgeschneidert für Sie, und das Programm für Ihre Branche oder Anwendung steht bereit. Nehmen Sie die Wette an unter der Nummer 6 im Coupon.

Wir laden Sie ein – zur Hannover Messe 1983: Deutsche Olivetti DTS GmbH, Halle 1 CeBIT-Nord-B, Stand Nr. 5301-5401. Alles über Rechnen und Zeichnen, Computer für die technisch-wissenschaftliche Anwendung: Halle 1 CeBIT-Nord-C, Stand Nr. 6103-6202. Besuchen Sie bitte auch die Bankensonderschau in Halle 2 CeBIT-Süd, Erdgeschoß, Westflügel sowie die Sonderausstellung »Olivetti Design Process 1908–1983« in Halle 21. Aber bitte nicht vergessen: Wählen Sie Ihre Anzeige!

olivetti

Europas größter Büromaschinen- und Informatik-Konzern.

Schicken Sie uns diesen Coupon.
Wir informieren Sie gern ausführlich über das von Ihnen gewählte Thema.
An die Deutsche Olivetti DTS GmbH, Postfach 71 01 25
6000 Frankfurt am Main 71

Alles BC/34/Welt

Name: ____________________

Firma: ____________________

Straße: ____________________

PLZ/Ort: ____________________

Anzeige: [1] [2] [3] [4] [5] [6]

Zubehör mit diesem Zeichen ▢ gewährleistet die optimale Funktion Ihres Olivetti-Gerätes.

Kongresse · Tagungen · Konferenzen




Waldschlößchen Mühlenteich

Wir schicken gerne unseren Hausprospekt.
Waldschlößchen Mühlenteich
Mühlenteichstraße
2930 Varel 2 / Obenstrohe
Telefon (0 44 51) 57 50

Heute wie in alter Zeit – ein Zeichen guter Gastlichkeit

Burghotel (am Wildpark) 2843 Dinklage i.O. Tel. 04443/1025-26 od. 777
Mitten im Burgwald gelegen. Ideal für Tagungen, Betriebsfeste, Kegelausflüge etc.
Nur 1.400 m von der Abfahrt
Lohne - Dinklage der Autobahn Hansalinie (50 km nördl. Osnabrück).

Vor den Toren Hamburgs in der Nordheide
Hotel Niedersachsen
Ringhotel, 2112 Jesteburg, Tel. 0 41 83 / 20 44
Zimmer mit Bad/WC/Radio/Tel
70 Betten. Lift. Konferenzräume. 10 - 80 Personen.
Ringhotels
Hallenbad, mit Jetstream, Whirlpool, Sauna, Sunlift.

Es gibt noch Schönes zu entdecken
Informieren Sie sich über unsere vielseitige Angebotspalette für:
Tagungen Seminare Kongresse
Kur- und Verkehrsverein Bad Neuenahr-Ahrweiler e. V.
Postfach 505 k
5483 Bad Neuenahr-Ahrweiler
Telex: 861825 kvv-d
Tel. 02641/2278
Ihre 1. Adresse
BAD NEUENAHR AHRWEILER

Ringhotel Wingst 2177 Wingst 04778/70 66-68
Waldschlößchen Dobrock
80-Betten-Komforthotel, Spezialitätenrestaurant, div. neue Tagungsräume, Hallenbad, Sauna, Solarium, Fitnessraum, Kegelbahn, Kaffeeterrasse, Kurgarten, Baby-Zoo, Reithalle
Erholungsparadies in Nordseenähe

Optimal konzipiert in Raumangebot und Betreuung, garantiert Der Rothaar Treff reibungslosen Tagungsverlauf. Wohnen in Komfort-Appartements und unsere „Tagungsideen" führen Ihr Programm zum Erfolg.
Tagungs-Kupon
Ich interessiere mich für Ihr Angebot.
☐ Schicken Sie mir Informationsmaterial
☐ Ich erbitte einen Anruf Ihres Tagungsseminar-Spezialisten unter Tel.:
☐ Ich möchte unverbindlich Ihr Haus besuchen am
Name/Firma
Straße Ort
Telefon Telex
Höhenweg 1, 5928 Laasphe, Telefon 0 27 52/12 21, Telex 9 75 226 rotre d. Ein HTB-Hotel.
DER ROTHAAR TREFF Kur- und Sporthotel Laasphe

intermar Die Hotels der Behaglichkeit
Glücksburg · Malente · Gromitz · Timmendorfer Strand · Bad Segeberg · Bad Bramstedt
Tagungen im Intermar-Stil
Tagungen, Konferenzen, Seminare im INTERMAR-STIL sind zu einem Begriff geworden.
Fordern Sie bitte unseren Prospekt an.
Wir sind auch Ihr Partner für Urlaub, Wochenend und Freizeit.
Intermar-Hotelgesellschaft Information und Zentrale Reservierung Am Köhlerhof, 2357 Bad Bramstedt Tel.: 04192/3085-7, Telex 2180104

IN KONSTANZ TAGEN
Das heißt: die Gewißheit haben, neben bester Unterbringung, repräsentativen Tagungsräumen eine ideale Arbeitsatmosphäre und genügend gesellschaftliche und kulturelle Veranstaltungen vorzufinden.
Reizvolle Nahziele im Bodenseegebiet machen eine individuelle Rahmenprogrammgestaltung leicht. Theater · Konzerte · Blumeninsel Mainau · Internationale Spielbank · Autofähre Tag und Nacht.
Fordern Sie die Informationsbroschüre „Warum gerade Konstanz" bei der Tourist-Information Abt. III, Postfach 1230 7750 Konstanz oder Telefon (07531) 28 43 76 unverbindlich an.

wenn – Lärmfrei im Grünen tagen. Räume für 10 bis 500 Personen. Tagungspaket ab DM 39,– einschl. mod. Technik, Lunch u. Getränke Schwimmbad Sauna und Solarium **dann**
bad nauheim parkhotel am kurhaus Nördl. Park 16
Tel. (0 60 32) 30 30 * Tx. 0 415 514

Tagen im Kurparkhotel
Modernes Tagungshotel, erstklassige Gastronomie, Hallenschwimmbad, Sauna etc. Angebot anfordern!
3437 Bad Sooden-Allendorf 2, Tel. 05652/3031

Tagungen, Seminare, Schulungen Bitte Prospekt anfordern!
Waldhotel Schäferberg
3501 Kassel-Espenau, 0 56 73/79 71
Ringhotel Kassel

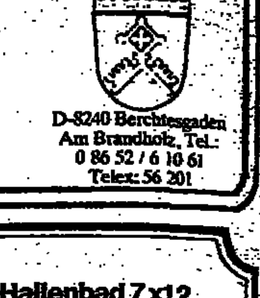
Tagungen + Seminare im Hotel und Appartementhaus Deutsch Krone Sonnenhang 15, Telefon 0 54 24 / 6 11, Telex 9 4 318, 4502 Bad Rothenfelde / Teutoburger Wald
Tagungspaket VP ab DM 78,50 – komplette Tagungstechnik vorhanden – 212 Betten, Schwimmbad, Sauna, med. Bäder, am Kurwald, 11 Tagungsräume, BAB-Anschluß A 1 und A 30

KUR-HOTEL „AM KAISERBRUNNEN" BRAKEL
Ruhe – Erholung – Entspannung zw. Bad Driburg u. Höxter (keine Verkehrsstraße), dir. am Wald u. Kaiserbrunnen, herrl. Rundwanderwege Minigolf. Jeglicher Komfort. Loggia, Konferenzräume. Beheiztes Hallenschwimmbad – Sauna, Massagen, Fitneßraum, Lift, Bundeskegelbahn (schalldicht). Grillabende, Wochenendpauschalen. – Eilzugstation – 3492 Brakel (Weserbergland). Telefon (0 52 72) 91 31 + 96 40 – Bitte Hausprospekt anfordern.

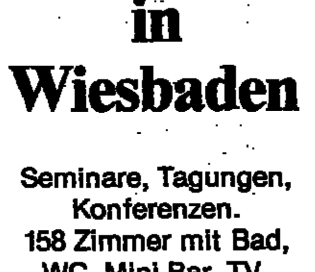
URLAUBSGEBIET Deutsche Weinstraße
DEIDESHEIM
Tagungshotels – Konferenzräume – Damenprogramme – Urlaubsaufenthalte – Hobbyseminare – Weinschule
Auskunft: Amt für Fremdenverkehr, Postfach 220 6705 Deidesheim, Telefon 0 63 26 / 19 21 oder 19 22

Hotel Jagdschloß Niederwald
6220 Rüdesheim/Rhein · Tel. 06722/1004 · Tlx 42152
- der stilvolle Rahmen für anspruchsvolle Konferenzen und Tagungen
- Räume für 20-70 Personen, Gruppenarbeitsräume, Tageslicht, moderne Tagungstechnik
- 48 Zimmer (85 Betten) mit Bad/Dusche/WC und Selbstwahltelefon
- Hallenbad, Sauna, Solarium u. Fitneß-Anlage
- Spezialitätenrestaurant

Seminare Tagungen Kongresse! Jetzt: Neue Veranstalter-Broschüre Bitte anfordern!
Ihr Partner: Verkehrsverein der Freien Hansestadt Bremen Mitglied GCB, ICCA ☎ 04 21-32 73 00, 2 44 854
Bremen am besten selbst kennenlernen

Alpenhotel Kronprinz
Berchtesgaden
Neues erstklassiges Haus mit modern ausgestatteten Konferenzzimmern für 5–50 Personen, Restaurant, Clubraum/Bar, Sauna, Fitness, Massage, Tiefgarage.
★★★★★
Ruhig und doch zentral gelegen – angenehme, großzügige Unterbringung – vorzügliche Küche – fachmännische und individuelle Beratung und Betreuung.

D-8240 Berchtesgaden Am Brandholz, Tel.: 0 86 52 / 6 10 61 Telex: 56 201

Rheinhotel **DREESEN**
In ruhigster Lage gegenüber den 7 Bergen
5300 Bonn-Bad Godesberg
T (0228) 364001-04, Telex 885417
Ideal für Erholung, Tagungen, Kongresse, Empfänge und Familienfeiern
Samstags u. sonntags nachmittags der beliebte 4-Uhr-Tanztee



Ihr Hotel in Wiesbaden
Seminare, Tagungen, Konferenzen.
158 Zimmer mit Bad, WC, Mini-Bar, TV.
Video-Großbildschirmanlage Betacord-Betamax
Sauna, Solarium, Swimming-pool.
Kostenlose Parkplätze, auch Diabetiker-Küche à la carte.
Forum Hotel Wiesbaden
Abraham-Lincoln-Straße 17
6200 Wiesbaden
Telefon 06121/77811
Telex 4186369
Reservierungen 06121/74041

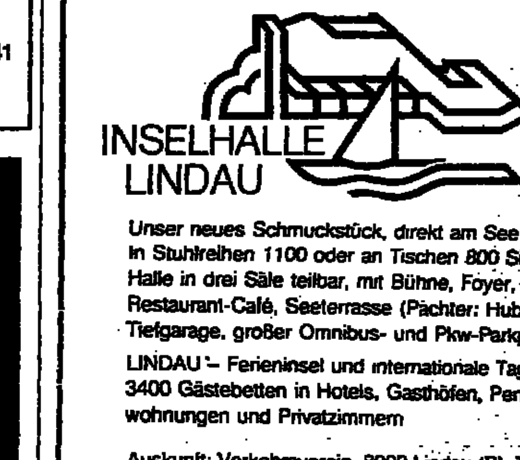

HOTEL HEIDEHOF Hallenbad 7 x 12 mit Gegenstromanlage, Sauna, Solarium
Für Urlaub und Wochenende
Restaurant im rustikalen Stil, altdeutsche Bierstube, 90 Betten, alle Zimmer mit Du/WC, Telefon, Radio, z. T. mit Südbalkon, Lift, Bundeskegelbahnen, Garagen, Parkplätze, Klub- und Tagungsräume bis 120 Pers.
3102 Hermannsburg Lüneburger Heide Telefon (0 50 52) 34 81

Ansbach – Stadt des fränkischen Rokoko
Bedeutende Sehenswürdigkeiten, erholsame, waldreiche Umgebung. Komfortable Hotels, gemütliche Gasthöfe mit deftigen fränkischen Spezialitäten.
Ansbacher Rokokospiele und Kirchweih 1. bis 13. Juli 1983
Internationale Bachwoche Ansbach 29. 7. bis 7. 8. 1983
Inf.: Städt. Verkehrsamt, Rathaus, 8800 Ansbach, Tel. (09 81) 5 12 43


Hotel Landhaus Höpen DAS EXCLUSIVE HEIDE-HOTEL
Modernste Konferenzräume mit neuzeitlicher Technik
Das Haus für anspruchsvolle Tagungen und Festlichkeiten
80 Betten, Hallenschwimmbad (9x18), Sauna, Solarium, Massagen, Doppelkegelbahnen. Verkehrsgünstig im Dreieck Hamburg–Hannover–Bremen (je 45 Minuten)
Fragen Sie uns – wir informieren Sie gern.
3045 Schneverdingen (Lüneburger Heide)

HOTEL RESIDENZ
neu eröffnet, 40 große (50 m²) und moderne Zimmer, Sauna, verkehrsgünstig gelegen (10 Minuten vom Flughafen Hamburg), Tagungsräume für 20 Personen.
Lütjenmoor 44
2000 Norderstedt 1
Telefon: 0 40 / 5 21 73 63


Romantik Hotel Deidesheimer Hof
6705 Deidesheim an der Weinstraße ☎ 0 63 26 · 18 11
Im Herzen der Pfalz
Atmosphärvolles Tagen ist meist erfolgreicher
Dies bestätigen viele unserer Veranstalter nach angenehmen Tagungen.
Was Sie auch bei uns durchführen wollen, Sie finden alles komplett vor.
Unsere Tagungsunterlagen sagen Ihnen mehr.
Rufen Sie uns einfach an, wir sind für Sie da.

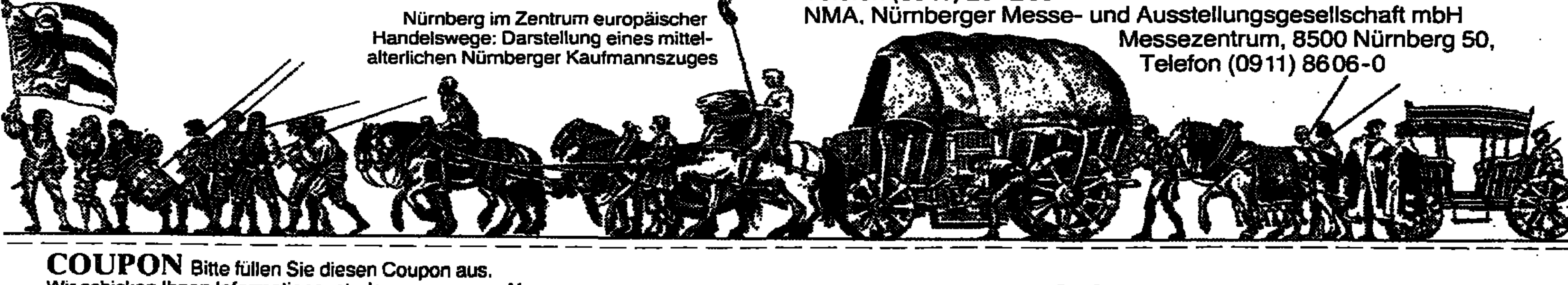

INSELHALLE LINDAU
IHR HAUS FÜR ALLE FÄLLE
Unser neues Schmuckstück, direkt am See
In Stuhlreihen 1100 oder an Tischen 800 Sitzplätze
Halle in drei Säle teilbar, mit Bühne, Foyer, Nebenräumen
Restaurant-Café, Seeterrasse (Pächter: Hubert Hübler)
Tiefgarage, großer Omnibus- und Pkw-Parkplatz
LINDAU – Ferieninsel und internationale Tagungsstadt
3400 Gästebetten in Hotels, Gasthöfen, Pensionen, Ferienwohnungen und Privatzimmern
Auskunft: Verkehrsverein, 8990 Lindau (B), Tel. 08382/

LINDAU BODENSEE

Tagen nach Maß macht Spaß.
Der Erfolg Ihrer Tagungen, Seminare oder Konferenzen hängt wesentlich von der Wahl des Veranstaltungsortes ab.
Deshalb gehen Sie auf Nummer sicher: Entschließen Sie sich für ein Hotel der Arabella-Gruppe! Denn die Arabella Hotels bieten die Vorteile, die jede Veranstaltung gelingen lassen.
Maßgeschneiderte Räumlichkeiten – von eleganten Clubräumen für kleinere Gruppen bis zu repräsentativen Sälen für große Veranstaltungen – gewähren individuelle Planung. Moderne Kommunikationstechnik steht selbstverständlich bereit.
Für abwechslungsreiche Entspannung und Erholung garantieren Swimmingpool, Fitness-Einrichtungen, Hotelbar und eine ausgezeichnete Küche.
Fragen Sie bei Ihrer Buchung auch nach unseren günstigen Tagungsarrangements.
Zentrales Reservierungsbüro: Arabella Hotels Arabellastraße 5, 8000 München 81, Tel. 089/92 32 29 13, Telex 5 29 987
Tagen nach Maß macht Spaß im:
ARABELLA HOTEL MÜNCHEN · olympiapark hotel münchen · CENTRAL HOTEL MÜNCHEN · ARABELLA HOTEL FRANKFURT · BRAUNECK HOTEL LENGGRIES · SPITZINGSEE HOTEL · SCHLIERSEE HOTEL

Nürnberg schafft Verbindungen

Nürnberg: Pulsierende, moderne Großstadt mit dem spürbaren Geist großer historischer Vergangenheit. Heute wie damals bietet Nürnberg den besonderen Rahmen für erfolgreiche Geschäftsverbindungen. Im hochmodernen Messezentrum und in der Meistersingerhalle finden sich erstklassige Voraussetzungen für individuelle Ausstellungen, Tagungen und Kongresse.

Nürnberg liegt ideal für Veranstalter und Besucher und verfügt über optimale Verkehrsverbindungen.
Und Nürnberg ist preiswert. Das zeigt schon ein erster Einkaufsbummel. Oder ein Besuch der malerischen Altstadt mit ihren gemütlichen Lokalen. Nürnberg verbindet – überzeugen Sie sich!
VERKEHRSVEREIN NÜRNBERG · 8500 Nürnberg 70, Postfach 4248, Telefon (0911) 20 42 56
NMA, Nürnberger Messe- und Ausstellungsgesellschaft mbH Messezentrum, 8500 Nürnberg 50, Telefon (0911) 86 06-0


Nürnberg im Zentrum europäischer Handelswege: Darstellung eines mittelalterlichen Nürnberger Kaufmannszuges

COUPON Bitte füllen Sie diesen Coupon aus. Wir schicken Ihnen Informationsunterlagen.
○ Schicken Sie mir Informationsunterlagen.
○ Ich möchte ein Gespräch mit Ihnen führen. Rufen Sie mich an.
Name:
Firma/Institution:
Straße:
Ort:
Telefon:


Schwabenlandhalle Fellbach

Das Kongreßzentrum nach Maß

Räume für 5-1500 Personen.
- Für Veranstaltungen und Tagungen.
- Für Feste und Feiern.
- Für Vereine, Betriebe oder Familien.
- In großen und kleinen Räumen.

Die Schwabenlandhalle informiert Sie gerne und gibt Ihnen Auskunft über Möglichkeiten, Planung und Gastronomie.
Schreiben Sie an das Sekretariat der Schwabenlandhalle Fellbach, Betriebsges.mbH. Tainer Straße 7, 7012 Fellbach. Telefon (0711) 58 00 55.

Warenpreise – Termine

Durchweg fester lagen die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Montag an der New Yorker Comex kurz vor Marktschluß. Während Kaffee bis zur Berichtsstunde uneinheitlich tendierte, kam es bei Kakao in allen Sichten zu kleinen Aufschlägen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	11. 4.	8. 4.
Mai	354,00	364,00
Juli	367,00	374,75
Sept.	377,00	384,50

Weizen Winnipeg (can. $/t)	11. 4.	8. 4.
Wheat Board cif. St. Lawrence 1 CW	240,06	239,51
Amber Durum	238,66	232,45

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	122,50	123,60
Juli	125,80	126,20
Okt.	130,00	131,70

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	102,70	100,00
Juli	96,20	96,00
Sept	–	–

Hafer Chicago (c/bush)	11. 4.	8. 4.
Mai	166,00	169,50
Juli	174,25	177,50
Sept.	181,00	183,00

Mais Chicago (c/bush)		
Mai	315,50	314,75
Juli	320,75	320,75
Sept.	311,50	313,75

Gerste Winnipeg (can. $/t)	11. 4.	8. 4.
Mai	108,50	109,10
Juli	105,10	106,00
Sept.	106,20	106,90

Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	11. 4.	8. 4.
Mai	10,38	10,50
Juli	10,68	10,76
Sept.	10,60	10,65
Nov.	10,69	10,73

Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
Mai	18,70	18,70
Sept.	19,37	19,37

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	11. 4.	8. 4.
Terminkontr. Mai	121,31	117,45
Juli	121,15	121,51
Sept.	120,51	121,45

Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. Mai	1645	1649
Juli	1689	1695
Sept	1725	1728
Umsatz	4310	–

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	7,12	7,07
Juli	7,50	7,45
Sept.	7,84	7,80
Okt.	8,09	8,03
Jan.	8,70	8,65
Umsatz	–	8595

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	11. 4.	8. 4.
	6,49	6,34

Kaffee London (£/t) Robusta-	11. 4.	8. 4.
Mai	1805–1810	1815–1816
Juli	1648–1650	1665–1668
Sept.	1612–1613	1613–1615
Umsatz	1319	–

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	1196–1197	1218–1220
Juli	1215–1218	1233–1234
Sept.	1229–1230	1242–1243
Umsatz	5658	4435

Zucker London (£/t)		
Rohzucker Mai	119,85–119,90	122,50–122,60
Aug.	128,50–128,60	131,50–131,60
Okt.	135,75–135,90	138,60–138,80
Dez.	141,50–141,75	144,00–144,75
März	149,75–150,00	152,55–152,70
Mai	153,50–154,25	155,00–157,00
Umsatz	2762	2908

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	11. 4.	8. 4.
schw. Sarawak spez.	255,00	255,00
weißer Sarawak	350,00	350,00
weißer Muntok	355,00	355,00

Orangensaft New York (c/lb)	11. 4.	8. 4.
Mai	114,20	114,00
Juli	112,85	112,75
Sept.	111,75	111,75
Nov.	107,75	107,80
Jan.	103,65	103,80
Umsatz	200	200

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	11. 4.	8. 4.
Südstaaten fob Werk	24,25	25,75

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	21,00	21,00

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Mai	19,08	19,27
Juli	19,50	19,70
Aug.	19,68	19,88
Sept.	19,85	20,07
Okt.	20,05	20,25
Dez.	20,41	20,55
Jan.	20,62	20,85

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	21,25	21,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	17,00	17,00
Choice white hog 4% fr. F.	16,50	16,00

Talg New York (c/lb)		
top white	16,25	16,25
fancy	15,75	15,75
bleichfähig	15,50	15,50
yellow max. 10% fr. F.	14,00	14,00

Schweine Chicago (c/lb)		
April	49,55	49,77
Juni	52,90	53,47
Juli	53,20	53,45

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
März	73,75	74,90
Mai	72,45	73,00
Juli	69,20	69,70

Häute Chicago (c/lb)	11. 4.	8. 4.
Ochsen einh. schwere River Northern	43,00	43,00
Kühe einh. schwere River Northern	38,00	38,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Mai	643,00	649,00
Juli	660,00	666,00
Aug.	665,00	672,00
Sept.	672,50	678,50
Nov.	686,00	690,50
Jan.	698,00	702,00
März	711,00	715,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Mai	180,20	190,70
Juli	184,60	195,10
Aug.	196,70	197,40
Sept.	199,40	199,80
Okt.	201,10	201,80
Dez.	208,20	208,70
Jan.	208,00	208,50

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	11. 4.	8. 4.
Mai	291,80	290,10
Juli	297,70	296,00
Okt.	306,40	304,30

Kokosöl New York (c/lb)	11. 4.	8. 4.
Westküste fob Werk	26,00	25,75

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	12. 4.	11. 4.
jegl. Herk. cif	495,00	495,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	410,00	410,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	410,00	415,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	119,00	121,00

Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	600,00	587,50

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	248,00	247,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	11. 4.	8. 4.
Mai	71,35	71,40
Juli	71,65	71,90
Okt.	71,90	71,80
Dez.	71,90	72,20
März	73,30	–
Juli	73,80	–

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS –1:	57,25	57,75

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	11. 4.	8. 4.
Mai	405–412	403–407
Aug.	424–427	418–420
Okt.	428–430	424–426
Umsatz	80	47

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	11. 4.	8. 4.
Mai	43,25	43,00
Juli	43,90	43,90
Okt.	44,60	44,70
Dez.	45,10	45,10
Umsatz	13 500	15 750
Tendenz: ruhig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	11. 4.	8. 4.
Mai	567,0–569,0	567,0–570,0
Juli	590,0–591,0	580,0–593,0
Okt.	578,5–579,0	578,0–578,4
Umsatz	43	77

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	11. 4.	8. 4.
East African 3 long.	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	11. 4.	8. 4.
April	14 047	14 029
Mai	14 167	14 143

Kautschuk London (p/kg)	11. 4.	8. 4.
Nr. 1 RSS loco	74,50–76,25	78,50–81,50
Mai	74,60–76,00	76,80–78,00
Juni	75,10–76,00	77,20–78,50
Juli/Sept.	75,80–76,00	78,50–78,70
Tendenz: leichter		

Kautschuk Malaysia (mal. c kg)	11. 4.	8. 4.
Nr 1 RSS loco	266,00–267,00	266,00–268,00
April	262,50–263,50	267,00–269,00
Mai	259,00–260,00	261,50–262,50
Nr. 2 RSS April	246,00–247,00	247,50–248,50
Nr. 3 RSS April	243,00–244,00	244,50–245,50
Nr. 4 RSS April	235,50–236,50	237,00–238,00
Tendenz: ruhig		

Jute London (£ lgt)	11. 4.	8. 4.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg 1 R. – 76 WD – (–): BTC – (–), BTD – (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	12. 4.	11. 4.
Blei: Basis London laufend Monat	111,23–111,41	108,52–108,70
drittfolg. Monat	115,13–115,32	112,85–112,94
Zink: Basis London laufend. Monat	167,03–167,21	162,40–162,59
drittfolg. Monat	172,42–172,61	167,94–168,03
Produz.-Preis	181,93	181,82
Reinzinn 99,9%	3690–3727	3643–3579

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	12. 4.	11. 4.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	408,64–410,89	399,74–401,95
Blei in Kabeln	119,00–120,00	116,25–117,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	370–372	370–372
Vorziehdraht	387	387

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	12. 4.	11. 4.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	341–344	335–339
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	380	375–376
MS 63	382–385	376–378

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring. kg)	11. 4.	8. 4.
	31,55	31,55

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	12. 4.	11. 4.
Leg. 225	300–301	300–301
Leg. 226	303	303
Leg. 231	341–347	341–347
Leg. 233	346–364	346–364

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	12. 4.	11. 4.
Platin (DM je g)	33,90	33,90
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkfpr.	34 200	33 700
Rücknahmepr.	33 400	32 900
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	34 140	33 680
Rücknahmepr.	33 120	32 670
verarbeitet	35 830	35 350
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 820	33 395
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	898,40	879,00
Rücknahmepr.	867,00	848,20
Verarbeitet	938,30	918,00

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	12. 4.	11. 4.
10.30	433,25	427,75
15.00	432,75	426,75
Zürich mittags	432,75–433,75	427,25–428,25
Paris (F-1-kg-Barren) mittags	101 500	100 000
Silber (p/Feinunze) London Kasse	740,15	729,05
3 Monate	757,30	746,30
6 Monate	774,60	763,40
12 Monate	810,70	799,60

Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	11. 4.	8. 4.
	271,20	267,35
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	78,95	75,05

New Yorker Preise	11. 4.	8. 4.
Gold H & H Ankauf	426,75	421,25
Silber H & H Ankauf	1123,00	1105,00
Platin fr. Händlerpr.	395,00–397,00	380,00–395,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	120,00–122,00	113,50–115,50
Produz.-Preis	140,00	140,00

Silber (c Feinunze)		
April	1130,80	1132,00
Mai	1133,00	1133,00
Juli	1144,00	1151,00
Sept.	1153,00	1172,00
Okt.	1174,00	1203,00
Jan.	1199,00	–
März	1210,80	–
Umsatz	25 000	–

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	11. 4.	8. 4.
April	75,35	73,80
Mai	75,90	74,50
Juli	76,55	75,05
Sept	77,40	75,95
Okt.	78,80	77,10
Jan	80,35	79,30
März	81,05	79,70
Umsatz	15 000	–

Londoner Metallbörse

	12. 4.	11. 4.
Aluminium (£/t) Kasse	890,50–891,50	889,50–890,50
3 Monate	918,00–918,50	916,50–917,00
Blei (£/t) Kasse	299,00–299,50	295,00–296,00
3 Monate	309,50–310,00	306,75–307,00
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1086,0–1086,5	1070,5–1071,0
3 Monate	1115,0–1115,5	1100,0–1105,5
abends Kasse	–	1074,0–1075,0
3 Monate	–	1104,0–1104,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1067,0–1068,0	1055,5–1056,5
3 Monate	1094,0–1095,0	1083,0–1084,0
Zink (£/t) Kasse	449,00–449,50	442,50–443,50
3 Monate	463,50–464,00	457,50–458,00
Zinn (£/t) Kasse	9090–9110	9290–9291
3 Monate	9080–9100	9270–9271
Quecksilber $/Fl.)	–	320–335
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	88–91

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Verkürzte Schulzeit?

„Bei uns wird zu lange studiert"; WELT vom 23. März

Herr Professor Turner, Vorsitzender der Westdeutschen Rektorenkonferenz, schlägt vor, die Schulzeit um ein Jahr zu kürzen. Hierüber sollte nachgedacht werden!

Neben den vielen von Professor Turner genannten Faktoren ist sein Vorschlag schon rein rechnerisch interessant. Wir meinen, ein Jahr weniger Schulzeit bedeutet beim Gymnasium (13 Jahre) = 7,7 Prozent, bei der Realschule (10 Jahre) = 10 Prozent; bei der Hauptschule sollte auf das vielfach geforderte 10. Schuljahr verzichtet werden, sie sollte bei 9 Jahren bleiben.

Eine Voraussetzung unserer Überlegung ist allerdings, daß dann alle in den jeweiligen Stundentafeln der Richtlinien und Lehrpläne vorgesehenen Stunden auch in die Stundenpläne der Schüler aufgenommen und vor allem erteilt werden.

Der auf die Stundenpläne der Schüler bezogene durchschnittliche Unterrichtsausfall liegt nach Meinung des Hamburger Landesschulrates (NDR – August 82) zwischen 5 und 6 Prozent.

Unter Einbeziehung der behördlichen Kürzungen bei den amtlichen Stundentafeln liegt der Stunden- und Unterrichtsausfall etwa bei 9 mit Tendenz nach 10 Prozent. Somit haben die Schüler bereits mit dem erteilten Unterrichtsvolumen über ihre gesamte Schulzeit betrachtet ohnehin schon rund ein Schuljahr weniger. Auch Herr Frister (ehemaliger GEW-Vorsitzender) hat auf diese Rechnung früher schon einmal hingewiesen. Hinzu kommt, daß nach dem „glaubhaften Vortrag" eines Leitenden Oberschulrats der Hamburger Schulbehörde vor dem Verwaltungsgericht Hamburg in den Lehrplänen von vornherein von einem Unterrichtsausfall von 10 bis 20 Prozent ausgegangen werde.

Es läge nun also bei den Pädagogen, unter Berücksichtigung dieser rechnerischen Faktoren eine kürzere Schulzeit mit Inhalten zu füllen, bei der zumindest kein schlechteres Ergebnis herauskommen dürfte, vielmehr durch die Straffung noch ein besseres. Bei den Kultusministern sollte man wegen der entsprechenden Lehrerausbildung anklopfen! Wir glauben nicht, daß die Eltern gegen eine Aufrechnung der permanenten Stunden- und Unterrichtsausfälle in dieser Form unbedingt protestieren würden.

Nur eine Überlegung des Herrn Turner muß abgelehnt werden, nämlich die Kürzung von einem Jahr in der Grundschule vorzunehmen. Hochschulen und Ausbildungsbetriebe klagen schließlich anhaltend über Mängel bei den Grundfertigkeiten.

Bruno Schulze-Wewezer, Pressesprecher, Eltern für Eltern e. V., Hamburg 1

Mit großer Sorge

„Jugendschützer auf Abwegen"; WELT vom 24. März

Die Ausführungen von Eberhard Nitschke sind sehr zu begrüßen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Aktion Jugendschutz bemüht sich nunmehr seit mehr als 30 Jahren zusammen mit den Arbeitsstellen in den Ländern der Bundesrepublik und ihren über 60 Mitgliedsverbänden, jungen Menschen zu helfen und Gefahren verschiedenster Art von ihnen abzuwenden. Wir registrieren mit großer Sorge und Betroffenheit die uns weithin unverständlichen Initiativen und vor allem publizistischen Aktivitäten des gegenwärtigen Vorsitzenden des Kinderschutzbundes.

Die Grundanliegen von Kindern und Jugendlichen sind in der Tat nicht für polemische und höchst oberflächlich anmutende selbstdarstellerische Aktivitäten geeignet. Im übrigen sollte sich der Kinderschutzbund auf seine Aufgaben – nämlich das Kind – beschränken und höchst einseitigen politisierenden Aussagen widerstehen.

Prof. Dr. Franz Fippinger, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Aktion Jugendschutz, Mainz

Mit Bildplatte

In dem Beitrag von Karl P. Aponer „Deutsche Verleger und Buchhändler stellen sich auf die neuen Medien ein. Zur Lektüre gleich auch den Film" (WELT vom 30. März) war zu lesen: Klett habe auf die Bildplatte gesetzt, habe aber nicht den gewünschten Erfolg gehabt, da sich das System Bildplatte (bis heute) nicht durchsetzen konnte.

In mancher Hinsicht kann man die Bildplatte sogar als revolutionierend bezeichnen, und sie wird noch von sich reden machen.

Die verläßliche Hardware gibt es. Es kommt jetzt darauf an, ein für die Schule attraktives, d. h. für den Unterricht effektives Angebot an Bildplatten zu entwickeln. Dazu wird der Ernst Klett Verlag das ihm Mögliche tun.

Der „gewünschte Erfolg" kann sich nach Lage der Dinge nur langfristig einstellen. In diesem Sinne muß die Aussage von Herrn Aponer über die Bildplatte bei Klett korrigiert werden.

Dr. Schramm, Verlag Ernst Klett, Stuttgart 1

Zerredete Würde

Sehr geehrte Herren,

es gibt wohl keinen Augenblick, in welchem der großen Zahl der Fernsehzuschauer und -zuhörer unsere Demokratie deutlicher und eindrucksvoller vor Augen gestellt werden kann als die Amtsübernahme der staatlichen Organe und die Vereidigung hoher staatlicher Würdenträger. Jeder gute staatsbejahende Demokrat legt deshalb besonderes Gewicht darauf, einen solchen Augenblick ungestört zu erleben, zu sehen und zu hören, wie der Amtseid gesprochen wird.

Dies hat das erste deutsche Fernsehen bei den historischen Augenblicken am 29. März gründlich verdorben: Sowohl bei der Amtsübernahme des Bundestagspräsidenten als auch bei der Vereidigung des Bundeskanzlers wurde der eigentliche politische Vorgang völlig überlagert durch die – völlig überflüssigen – Erläuterungen eines Reporters, und bei der Aushändigung der Ernennungsurkunde durch den Bundespräsidenten an den Bundeskanzler war es dasselbe. Man kann dies auch nicht erklären durch eine zeitlich ungenaue Synchronisation. Denn bei der Vereidigung des früheren Bundesministers Baum war es seinerzeit schon ebenso. Wenn man nur nicht verhindert, daß der Fernsehzuschauer die Worte der Eidesleistung hören kann, ist die Erläuterung, um was es sich dabei handle, wirklich überflüssig und nur störend.

Mit freundlichem Gruß
Dr. Hans Ehlers, Hamburg 11

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

„Fanatismus besteht darin, die Anstrengungen zu verdoppeln, wenn man das Ziel aus den Augen verloren hat."
George Santayana, amerik. Philosoph (1863–1952)

Personalien

ERNENNUNG

Dr. **Ekkehard Eickhoff**, bisher Botschafter in Südafrika, übernimmt die deutsche Botschaft in Dublin. Der Diplomat, 1927 in Berlin geboren, studierte Geschichte, Anglistik und Philosophie und absolvierte ein Volkswirtschaftsstudium. Als Dr. phil. trat er 1953 in das Auswärtige Amt ein. Erste Auslandsstationen wurden Kairo, Bern und Ankara. 1971 berief der damalige Außenminister **Walter Scheel** Eickhoff in den Planungsstab des Auswärtigen Amtes. 1974 ging Eickhoff mit dem neuen Bundespräsidenten Walter Scheel in das Bundespräsidialamt und wurde dort Abteilungsleiter. 1980 übernahm er die Leitung der Botschaft in Pretoria.

VERANSTALTUNG

Sowjetbotschafter **Wladimir Semjonow** und **Wladimir Nowikow**, Leiter der sowjetischen Handelsvertretung, ließen Wodka und Kaviar servieren, um den 60. Geburtstag der Außenhandelsvereinigung „Meshdunarodnaja Kniga" zu feiern, die sich mit dem Export von Büchern, Schallplatten, Bildern und Briefmarken befaßt. Ihre Druckerzeugnisse hatte die Sowjetunion zum ersten Mal auf der internationalen Buchausstellung in Florenz angeboten. 1927 präsentierte die Firma ihren ersten Pavillon auf einer Kölner Messe. Heute sind mehr als 1000 Firmen in 140 Ländern Geschäftspartner der Außenhandelsfirma. Mit Jubiläums-Medaillen bedachte der Botschafter bedeutende deutsche Geschäftspartner, unter ihnen Ariola, die Polygram GmbH, die Internationalen Musikverlage Sikorski und die Briefmarkenfirma Hermann Sieger.

SPORTHILFE

Sorgen macht sich der Vorsitzende der Deutschen Sporthilfe, **Josef Neckermann**, darüber, daß die Erträge aus dem Verkauf von Zuschlag-Briefmarken für den Sport stark rückläufig sind. Mit 6,6 Millionen Mark lagen sie 1982 um rund eine Million niedriger als 1981 und um rund zwei Millionen niedriger als 1980. „Mit der Mindereinnahme von einer Million Mark hätten wir beispielsweise unsere jährlichen Aufwendungen für den Bundeswettbewerb der Schulen ‚Jugend trainiert für Olympia' oder für die von der Sporthilfe geförderten Schüler in Sportinternaten abdekken können", sagt Neckermann. Zuschlag-Briefmarken für den Sport gibt es seit 15 Jahren. Neue Marken mit den Motiven Eishokkey, Moderner Fünfkampf, Turnen und Tanzen sind seit gestern an den Postschaltern erhältlich. Ebenfalls gestern stellten Vertreter der Bundesregierung und des Sports in Bonn die Erstdrucke dieser Marken vor.

Ludwig Thomas Volksstück „Magdalena"

Ein armes, dummes Luder

Gegen Ende des Jahres 1911 begann Bayerns großer Dialektdichter und Satiriker Ludwig Thoma (1867–1921) mit der Arbeit an dem Drama „Magdalena". Er schrieb dazu in einem Brief an seinen Freund Konrad Haußmann: „... jetzt bin ich an einem Volksstück, das stark werden wird, weil es stark werden muß. Es soll heißen ‚Magdalena' und behandelt das Schicksal einer armen Bauerndirne, die in der Stadt diente, schlecht wurde und auf dem Schub heimkommt. Hier setzt das Stück ein, zeigt die redlichen Eltern, den Versuch, das Mädel zu bessern, die Unmöglichkeit, und zum Schlusse den Tod der armen, dummen Person."

Und später erläutert Thoma noch einmal ausführlich die Schlußszene, als der Vater die Tochter Magdalena ersticht: „Aus der Herzensangst, dem Zorn und der Verzweiflung des Vaters ergibt sich der Schluß, der erlösend und befreiend wirken muß. Der Tod des Vaters würde das nicht tun. Denn, was dann? Der Hörer würde die peinliche und unbefriedigende Empfindung haben, daß nun das dumme Frauenzimmer am Beginn einer endlosen Reihe von Unglück, Schande und Dummheit stünde. So aber ist causa finita. Es bleibt keine quälende Frage mehr; deswegen muß das arme Luder sterben."

Mit dem Erfolg der Premiere am „Kleinen Theater" in Berlin (1912) und auch der Münchner Aufführung war Thoma sehr zufrieden, nicht jedoch mit den Kritikern: „... verstehen sollten diese Deppen wenigstens, was daran ist".

Jörg Graser, mittlerweile fast schon ein Spezialist für Dialektgeschichten – das bayerische Drehbuch zu seinem ersten Film „Der Mond ist nur a nackerte Kugel" schrieb er selbst; dann verfaßte er das Fernsehspiel „Der Irrenwärter" auf wienerisch und arbeitete es zu dem Theaterstück „Witwenverbrennung" um – besorgte nun eine TV-Neuinszenierung der bitterbösen Bauerntragödie „Magdalena" mit bayrischsprachigen Schauspielern wie Fritz Strassner, Maria Singer, Andrea-Maria Wildner, Toni Berger und Franz Xaver Kroetz in den Hauptrollen. hel.

Magdalena – ARD, 20.15 Uhr

STUDIO

Der Intendant des Senders Freies Berlin (SFB), Lothar Loewe, hat dem ehemaligen Kirchenfunkredakteur Gerhard Horstmeier die Arbeit an der seit einem halben Jahr vorbereiteten Reportage: „**Luther – Staat und Kirche in der DDR**" entzogen. Zur Begründung führte Loewe an, daß sich Horstmeier intensiv um die von ihm jetzt betreute SFB-Talkshow „Leute" kümmern solle und zudem „derartige Produktionen von den Korrespondenten" auszuführen seien. Die für den 16. November im Gemeinschaftsprogramm der ARD vorgesehene Sendung wird nun der Ost-Berlin-Korrespondent der ARD, Peter Merseburger, zusammenstellen. (epd)

*

Die Kabel- und Fernsehrechte an dem Film-Epos „**Gandhi**" für die USA und Kanada sind, wie die „New York Times" meldete, von der Vertriebs-Gesellschaft „Embassy Communications" für einen Preis erworben worden, der über 20 Millionen Dollar liegen soll. Die Gesellschaft wolle das Filmwerk als zweiteiligen Spielfilm, der an zwei Abenden gesendet wird, verkaufen. (dpa)

KRITIK

„Hier sind wir die Polacken"

Eine Spätaussiedlung aus Polen ist keine pure Jubelreise. Der hürdenreiche Weg zum Ziel, endlich als Deutscher in Deutschland zu leben, fordert Opfer zuhauf, und Daniel Christoff, Autor des Fernsehfilms „**Heimat, die ich meine**" (ZDF), zeigt sie uns mit gründlicher Einfühlung: Den Abschiedsschmerz, die Strapazen der Anpassung an die neue Umgebung, die auch normale Familienschwierigkeiten und Entwicklungsprobleme der heranwachsenden Kinder zu halben Tragödien verschärfen, Berufssorgen, Schul- und Sprachprobleme, Heimweh, Enttäuschung über das Verhalten mancher Mitmenschen samt depremierender Schlußfolgerung: „Drüben waren wir die Nemci, hier sind wir die Polacken."

Christoff hat das alles dicht zusammengepackt. Auch hier pflegt er wieder seinen Stil der kritischen Pointierung, der realistischen Typisierung mit eingestreuter, Individuen erfassender Psychologie. Und hinter allem eine Kritik an uns selbst, die nicht immer Schuld unterstellt, aber Besinnung fordert. Nicht nur unser Verhalten den Aussiedlern gegenüber soll an den Pranger; Gewissenserforschung scheint Christoff schon angesichts der Lockungen unseres Wohlstands angebracht, der trügerisch über die Grenzen, vor allem auch über den Eisernen Vorhang glitzert.

Aber wer in der Durchleuchtung der zahllosen Probleme so schonungslos ist, der dürfte sich auch nicht scheuen, dem Zuschauer mit einer breiteren Palette an Motiven für die Ausreise zu dienen, der dürfte letztendlich auch die unzähligen Chancen, die sich in der neuen Heimat bieten, nicht so ausschließlich aufs Materielle fixieren. Die Situation in Polen ist für die meisten längst unerträglich, weil unwürdig geworden, und es muß manchem Betroffenen übel aufstoßen, wenn hier das Wort von der ersehnten Freiheit ausschließlich dem unglaubwürdigen Pathos illusionärer Sehnsüchte überantwortet wird. Gerade Menschen, die aus dem Osten zu uns kommen, schätzen liberale Lebensumstände, Meinungsfreiheit und Bildungsvielfalt bei allen Schwierigkeiten und Enttäuschungen weit höher ein, als Christoff dies glauben will – und wohl auch selbst tut.

HERMANN A. GRIESSER

Fasching nach Ostern

Beim Bayerischen Rundfunk gehen die Uhren offenbar nach. Anders ist es nicht zu erklären, daß jetzt, zwei Monate nach Karneval, **Walter Sedlmayrs Fernseh-Illustrierte** einen ausgewalzten und in keiner Weise originellen Faschings-Beitrag aus der Münchner Mottenkiste holte. Mit der Komik ist es bei Sedlmayr ohnehin so eine Sache: Sie kommt recht schwerfällig daher. Selbst die gschamigen Hinweise auf die Prüderie des eigenen Hauses, das sich bei heiklen Sendungen gerne aus dem ARD-Gefüge auszuklinken pflegt, klemmten zwischen den Stellwänden des Fotoateliers, in dem gutgewachsene Modelle sehr viel zeigen durften. Und die Tatsache, daß man – vermutlich zum Zweck der kostenlosen Verpflegung – einen Beitrag über Münchens Nobelrestaurants dreht, reißt auch nicht aus dem Fernsehsessel.

Ein Vorschlag: Bei der nächsten „Fernseh-Illustrierten" schalten die anderen acht Sender ab und bringen statt dessen wirkliche Unterhaltung.

RAINER NOLDEN

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Die zweite Frau
11.50 Umschau
12.10 Panorama
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.00 Fußball-Jugend-EM
Bundesrepublik Deutschland – „DDR"
Aufzeichnung aus Braunschweig
16.10 Tagesschau
16.15 Aus fernen Tagen
Lieder und Tänze des 16. Jahrhunderts
Es tanzen die Solisten des Staatstheaters Saarbrücken
Choreographie: Rainer Köchermann
(Wh. v. 1978)
17.00 Deutsche Puppenbühnen
Theater am Faden
Dokumentarfilm
17.30 Klamottenkiste
Mickey hat Geburtstag
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme

WELT ● Videotext
täglich von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF) unter den Nummern 601, 602, 603

20.00 Tagesschau
20.15 Magdalena
Stück von Ludwig Thoma
Mit Fritz Straßner, Maria Singer, Andrea-Maria Wildner u. a.
Regie: Jörg Graser

21.45 Bilder aus der Wissenschaft
Eine Sendung von Winfried Göpfert
Mit den Themen: Häuser im grünen Pelz – Pflanzen als lebende Klimahülle / Die Wiese auf dem Dach – mit Grasdächern Energie sparen / Biologischer Landbau – wissenschaftlich untersucht
Studiogast: Prof. Dr. Hartmut Vogtmann
22.30 Tagesthemen
23.00 Das verschwundene Gift – der Seveso-Müll, eine europäische Affäre
23.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Anderland
Der Spaziergang (Wh.)
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Kiwi – Abenteuer in Neuseeland
Das Amulett des Maori (1)
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Vico Torriani
17.50 Rauchende Colts
Familienehre (Teil 1 und 2)
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Direkt
Magazin mit Beiträgen junger Zuschauer
Thema: Jugendarbeitsschutzgesetz
20.15 Bilanz
Themen: Hannover-Messe – deutliche Signale für den Aufschwung? / Roboter und Chips – Gefahren oder Chancen für die Arbeitsplätze? / Sinkende Zinsen – Gewinn für Kreditnehmer, Verlust für Sparer / Sozialistischer Spargürtel für Franzosen – Bericht und Interview mit der neuen Ministerin für Außenhandel, Edith Cresson / Mehr Umweltschutz durch weniger Autoabgase – wie teuer wird das für den Autokäufer?
21.00 heute-journal
21.20 Mittwochslotto – 7 aus 38
21.25 Die Straßen von San Francisco
Abstieg in die Unterwelt
22.10 Zerstrittene Erben
Marxismus in Asien
Von Helmut Lange
China und Birma, Afghanistan und Nord-Korea, Laos und Südjemen – so groß die Unterschiede dieser asiatischen Länder in Geschichte und Kultur, in Politik und Wirtschaft sind, eines ist ihnen gemeinsam: die Berufung auf die politische Philosophie des Karl Marx.
22.55 Aus Hollywood
Oscar-Verleihung 1983
00.25 heute



Fritz Strassner, Andrea-Maria Wildner und Franz Xaver Kroetz (v. l.) in dem Drama „Magdalena", ARD, 20.15 Uhr FOTO: KÖVESDI

III.

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Kleve
21.45 Auslandsreporter
Peter Bauer: Moskauer Skizzen
Vorgesehen: Die Moskauer „Banjas", Bäder als Erholungsstätte / Das zentrale Postamt / Eine Typologie der Autos in Moskaus Straßen / Ein Arbeitstag des Bürgermeisters / Das Superhotel „Meshdunarodnaja"
22.15 Eins plus eins
Engl. Spielfilm, 1968
23.50 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Das Leben auf unserer Erde
Die Entwicklung vom Einzeller zum Menschen
Der Mensch
19.15 Das ungeliebte Kind
Abschied von einer neuen Stadt
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Streitpunkte (10)
Mit Hermann P. Reiser
Verkabeltes Land – immer mehr TV-Programme?
22.05 Der Film-Club
Pat und Mike
US-Spielfilm, 1952
23.35 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Fauna iberica
18.55 Peter ...
19.00 Kopfball III (2)
19.30 Antiquitäten in Serie (1)
Von Gina Angress
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Politik live
21.30 Drei aktuell
21.45 Autoreport
21.50 Halbzeit
22.10 Unser Theater heute – und morgen?

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg
Volkswirtschaftslehre (1)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Die Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Die Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gesamt Südwest 3
19.25 Nachrichten
19.30 Rockpalast. Mit UB 40
20.15 Der Kondor
Nach der gleichnamigen Novelle von Adalbert Stifter
21.00 Wasser für Canitoga
Dt. Spielfilm, 1939

BAYERN

18.15 Marco
18.40 Der Verkehrswürfel
18.45 Rundschau
19.00 „Was hab' i in Hawaii verloren – Überhaupts nix"
19.45 Joan und Harry (13)
20.30 Mickey McGuire
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.45 Z.E.N.
21.50 Kino Kino
22.35 Das ungewöhnliche Leben der Lilian Harvey
23.20 Rundschau
23.25 News of the Week

St. Magnus, ausgesperrt

Bth. – Das Karlsruher Theater wollte und sollte bei den diesjährigen Baden-Württembergischen Theatertagen in Esslingen mit Peter Maxwell Davies' Oper „Das Martyrium des Heiligen Magnus" gastieren. Eine Kammeroper. Eine Kirchenoper. Davies komponierte sie für die St. Magnus-Kathedrale seiner heimatlichen Orkney-Inseln, und auch die Karlsruher spielen das Werk im Gotteshaus. Dafür spricht nicht nur die Heiligenlegende, sondern auch die Komposition mit ihrer abschließenden Litanei, ihren psalmodierenden Gesängen.

Doch die Esslinger verriegelten die Kirchentüren. Erst die der Stadtkirche St. Dionys, dann die des katholischen Münsters St. Paul. Begründung des Bischöflichen Ordinariats in Rottenburg: „Ein derartiges Werk gehört ins Theater und nicht in den Gottesdienstraum!"

So manche Kanzelpredigt im Ohr, die eher aufs politische Rostrum als in die Kirche gehört, darf man sich schon wundern, über die Engherzigkeit, mit der hier plötzlich die Elle an die Kirchentauglichkeit eines Musikstücks gelegt wird. Denn gerade in der Musik sind die Grenzen zwischen Heiligem und Profanem stets fließend gewesen. Die Sopranarie aus Mozarts Krönungsmesse gleicht dem „Dove sono" in der fürwahr weltlichen „Hochzeit des Figaro" wie ein Ei dem anderen. Und wer einem Feiertags-Hochamt in einer bayerischen oder österreichischen Barockkirche beigewohnt hat, dem ist bei den prunkvollen Ornaten, der theatralischen Kulisse und der schönen Musik mit Sicherheit das Opernherz weit aufgegangen.

Eben diese Opernhaftigkeit war es – und nicht, wie man beteuert, Davies' avantgardistische Komposition oder gar das Legendenlibretto –, was die bischöfliche Stelle verstörte. Ohnehin reiße es zu sehr ein, daß Kirchen als Konzertsäle oder Theater gebraucht würden, mit dem Effekt, daß sich die Leute im Gotteshaus wie in einem Konzertsaal benähmen. Aber wenn es der Kirche darum geht, Glauben zu vermitteln und Menschen im Glauben zu stärken – sollte ihr dann nicht jedes Mittel recht sein? Eine Bruckner-Sinfonie im Konzertsaal dürfte schon mehr Abtrünnige bekehrt haben als die Sonntagsmesse.



Parade der Oscar-Preisträger: Richard Attenborough wird als bester Regisseur und als Produzent des besten Films „Gandhi" gleich zweimal ausgezeichnet; Hollywoods neue Göttin Meryl Streep gewinnt den Preis als beste Darstellerin; Ben Kingsley als bester Hauptdarsteller für „Gandhi"; Louis Gossett jr. ist bester Nebendarsteller FOTOS: AP

Mahatma Gandhis zweiter Sieg: Richard Attenboroughs Film triumphiert achtmal bei der Oscar-Verleihung in Hollywood

Man hört die Botschaft – und man glaubt ihr auch

Falls es etwas gibt, das die Amerikaner mehr lieben als den Wettbewerb, dann ist es der „Winner", der aus diesem hervorgeht. Und ihre Movies lieben die Amerikaner. Das Produkt beider Leidenschaften ist der Oscar, der Filmakademie-Preis. Der Liebling der Akademiemitglieder wiederum in dieser Nacht aller Hollywood-Nächte, sogar „E. T." im Spurt unter ferner liefen hinter sich lassend, ist Richard Attenboroughs „Gandhi".

Attenborough nimmt selber zwei der Hauptpreise – als Produzent des besten Films und als Regisseur – für sein Lebenswerk entgegen. In seiner Dank- und Schlußrede weist der Geehrte auf ein Leitmotiv hin, das ihn maßgeblich zur Durchführung des ungeheuren Filmprojektes inspirierte, und das bereits vorher in der Dankesrede eines polnischen Preisträgers, Zbigniew Rybczynski (der den Oscar für seinen Zeichentrickfilm „Tango" mit nach Hause nimmt), anklingt: der Einfluß, den das Wirken des Mahatma auf so große Bürgerrechts-Kämpfer wie Martin Luther King in Amerika und Lech Walesa in Polen ausübte.

Die Akademie hat stets die Bedeutung der Botschaft im Auge – und den bewegenden Eindruck, den Ben Kingsley in der Titelrolle bei dem Betrachter des Werkes hinterläßt. Auch er wird für seine Arbeit mit einem Oscar (als bester Hauptdarsteller) ausgezeichnet. „Gandhi" geht noch mit fünf weiteren Preisen (Originaldrehbuch, Cinematographie, Filmschnitt, Ausstattung und Kostüme) aus dem Rennen hervor.

Spielbergs an den Kinokassen so erfolgreicher „E. T." folgt halb so schnell: Vier minore Oscars für Ton, Toneffekte, Bildeffekte und die Musik – des Komponisten John Williams vierter Erfolg.

Ben Kingsley spricht in seiner Dankesrede von der großen Ehre, schon durch die Nominierung in einem Atemzuge mit so vorzüglichen Veteranen wie Dustin Hoffman (für seine mitreißende Leistung als Emanze in „Tootsie"), Jack Lemmon in „Missing", Paul Newman in „The Verdict" und Peter O'Toole in „My Favorite Year" genannt zu werden.

Weitere Entscheidungen haben politische Einfärbung. Costa Gavras' „Missing", eine wie bei ihm üblich kältegraue Geschichte von der Suche eines amerikanischen Elternpaares (Jack Lemmon und Sissy Spacek) nach ihrem vermißten Sohn im vom Putsch geschüttelten Chile, wird für die Drehbuchadaption ausgezeichnet: eine Unterstützungsgeste der Akademie, die sich damit hinter die Interpretationsfreiheit der Filmschaffenden gegen Verleumdungsklagen amerikanischer Botschaftsangehöriger wider Buchautor und Filmverleih stellt. Ferner wird der durch einen Zensurvermerk des amerikanischen Justizministeriums als „Propagandafilm" gemaßregelte kanadische Anti-Nuklearfilm „If You Love this Planet" Oscar-vergoldet.

In vielen der nominierten und preisgekrönten Filme sind Anti-Establishment-Tendenzen spürbar; gegen Geschlechter-Rollenklischees wie etwa in „Tootsie", „Victor und Victoria" und „The World According to Garp", gegen das korrumpierte Justizsystem („The Verdict") und diese verwaltende, analysierende und gefühllose Erwachsenenwelt schlechthin in „E. T.".

Hollywood hat eine neue Göttin: Meryl Streep. In „The Deerhunter" fiel sie erstmalig einer breiteren Öffentlichkeit auf, war hinreißend als „The French Lieutenants' Woman" und wird diesmal für ihre erschütternde Darstellung einer Überlebenden im Konzentrationslager in „Sophies Choice" mit dem Oscar ausgezeichnet. Als zweite durchs Ziel geht Jessica Lange, nach ihrer Nominierung in zwei Kategorien: beste weibliche Hauptrolle für ihre unter die Haut gehende Verkörperung der an Hollywood, Alkohol und ihrer Mutter zerbrechenden Aktrice Francis Farmer und beste weibliche Nebenrolle in „Tootsie". Für letztere wird sie ausgezeichnet. Der Preis der besten männlichen Nebenrolle fällt an Louis Gossett jr. für seine Leistung als Schleifer in „An Officer and a Gentleman". Seit Sidney Poitiers Oscar für „Lilien auf dem Feld" ist das der erste Preis für einen schwarzen Darsteller in zwanzig Jahren.

Die Bundesrepublik ist dieses Jahr durch keinen Beitrag in der Kategorie „fremdsprachiger Film" vertreten. „Das Boot", unter fünf verschiedenen Rubriken nominiert, bleibt unprämiert. Spanien kann dafür den Auslands-Preis für „Volver a Empezar" von der aus London eingeflogenen, in Wien geborenen Luise Rainer (Oscar 1936 für „Der große Ziegfeld" und 1937 für „Die gute Erde") entgegennehmen.

Daß der Akademiepreis ins Alter kommt, macht sich bei dieser, der 55. Präsentationsshow, durch nostalgische Rückblicke bemerkbar, die in der Auszeichnung des Altstars Mickey Rooney gipfeln, der, 1920 geboren, bereits als Sechsjähriger vor der Kamera stand. Hollywood-Fans haben da eine träumerische Zeit, wenn sie die Zeitraffer-Retrospektiven betrachten. Mikkey als Puck in Max Reinhardts „Ein Sommernachtstraum" oder in einer inspirierten Steptanznummer von 1933, „Broadway to Hollywood". Und welch Wiedersehen mit einer kindlichen Elizabeth Taylor in „National Velvet" von 1944 als Pferdejockey, eine Rolle, die sie 1981 in „Der schwarze Hengst" leidenschaftlich wiederholt! Rooney empfängt einen Spezial-Oscar.

Wie üblich ist die dreieinhalbstündige Zeremonie mit fast durchweg erstklassigen Gesangs- und Tanznummern aufgelockert, wobei nominierte Filmmusiken den Vorzug genießen. „Up where we belong" aus „An Officer and a Gentleman" wird prämiert und von Joe Cocker und Jennifer Warren im harmonischen Duett vorgetragen. Henry Mancini erhält seinen dritten Oscar für die Musik aus „Victor und Victoria". Die Show-Glanznummer des Abends jedoch sind Peter Allen und Bernardette Peters mit den Rocketts, ganz in Rosa, Schwarz und Grau in einem Potpourri alter Irving-Berlin-Ohrwürmer. There ist no business like showbusiness. Nach dem Triumph von „Gandhi" wird niemand daran zweifeln.

NORBERT NEULING

„Der Kontrabaß"

Kampf gegen kratzende Ungeheuer

In Deutschland hat diese Art Theater selten die rechte Anerkennung gefunden: Theater, das unterhält und dennoch die traurigen Töne nicht meidet. Die Angelsachsen waren uns da schon immer überlegen. So darf man es einen kleinen Glücksfall nennen, daß dem 34jährigen Bayern Patrick Süskind, der sich bislang vor allem mit Drehbüchern beschäftigt hat, ein Stück wie „Der Kontrabaß" gelungen ist: ein Monodram aus dem Leben eines Hinterbänklers im städtischen Orchester.

Hier dräut kein Schicksal, hier werden keine weltbewegenden Dinge behandelt. Ein Mann, der Abend für Abend den Kontrabaß streicht, erzählt aus seinem Leben. Er ist wie sein Instrument: ohne viel Glanz, aber unverzichtbar. Für Kontrabaß gibt es kaum Stücke mit Brillierpassagen. Im Orchester sitzt der Kontrabassist auch nicht an vorderster Stelle. Und wenn man daheim übt, steigen einem noch die Nachbarn drei Häuser weiter aufs Dach.

Im Sommerhausener Torturmtheater, wo man seit Jahren mit publikumsfreundlichen Stücken trotz dörflicher Abgeschiedenheit vor ständig ausverkauftem Haus spielt, hat es sich Hausherr Veit Relin nicht nehmen lassen, diese Rolle selber zu inszenieren und zu spielen. Was er daraus macht, bekommt man so schnell nicht wieder zu sehen: das Porträt eines Einsamen, dessen Unglück komisch wirkt und dessen Glück so schäbig ist, daß man es gar nicht als solches wahrnimmt.

Veit Relin spielt eine Existenz zwischen Konservendosen und Dampfbügeleisen. Wenn er demonstriert, warum keine Frau die konkurrierende Gegenwart des Kontrabasses zu ertragen vermag, möchte man sich schütteln vor Lachen; aber zugleich bleibt es einem im Halse stecken, weil man begreift, wie schmerzhaft diese Komik ist. Relin verzichtet natürlich nicht auf die Pointen, aber er hat immer im Auge, wie wenig Rechtfertigungen, wie wenig Kompensationen oder gar Sublimationen für die traurigen Helden des Alltags zur Verfügung stehen.

Selbst das Instrument, das diesem Mann zum Schicksal geworden ist, wird da gleichsam zu einem bösen Leben erweckt. Es isoliert den Mann auf eine heimtückische Weise: Es gibt ihm den Anschein von Bedeutung und entzieht sie ihm wieder, indem es sich als kratzendes, schabendes Ungeheuer entlarvt. Der Zweikampf zwischen Mensch und Ding ist von vornherein entschieden. Auf den Hinterbänken des Glücks hat man wenige Chancen: Die Tragik ist belanglos wie ein stehengebliebener Hausschuh.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Magischer Realismus: Heiner Altmeppens Gouache „Tankwagen" (1976) aus der Darmstädter Ausstellung FOTO: KATALOG

Darmstadt zeigt Schmidt-Rottluff-Stipendiaten

Vom Druck der Kräfte

Karl Schmidt-Rottluff hat eine gute Förderungsstiftung hinterlassen. Jeweils mehrere Stipendiaten erhalten für ein Jahr 30 000 Mark pro Person, werden von der Studienstiftung „betreut" und von der Stadt Darmstadt am Ende mit einer Ausstellung auf der Mathildenhöhe gefeiert. Damit gelangen die Stipendiaten mit ihren Arbeiten und die Stiftungsjury mit ihrem Qualitätsgespür an die Öffentlichkeit.

Dieses Jahr ist die Ausbeute der acht Stipendiaten aus zwei Jahren nicht überwältigend. Warum z. B. mußte die längst arrivierte Katharina Sieverding überhaupt gefördert werden? Weil nicht genug gekauft wird? Fotos und Fotomontagen in riesiger, schreiend eingefärbter Vergrößerung, denen „wir uns ausgesetzt sehen" (so Klaus Heinrich Kohrs, ihr „Betreuer" von der Studienstiftung), machen uns nicht nur betroffen, sondern sie wären ohne Erläuterungen glattweg unverständlich.

Völlig albern ist das Gekritzel des Jürgen Bordanowicz, der Chiffren für das nicht wahrnehmbare Geistige, für den „Druck der Organkräfte", für die Idee der Materie erfindet. Ebenso abenteuerlich abstrus ist das verbale Gekritzel, das Kohrs dazu liefert. Kohrs scheint auf der Suche nach immer sublimerer, „denkender" Kunsttätigkeit allmählich auf ein totes Gleis zu laufen.

Otto Boll hängt an unsichtbaren Nylonfäden dünne, ebenfalls ins Unsichtbare sich verjüngende Metallstäbe, Halbkreise u. dgl. auf. Als Minimal-Art ist das nicht schlecht, vorausgesetzt, jemand räumt einem solchen Objekt einen leeren weißen Raum ein und meditiert darin. Oder eben: ins Museum damit!

Dagmar Rhodius bearbeitet Ingres-Papiere mit Graphit und freut sich über die Verwerfung des Papiers unter dem Druck des Stiftes. Dan Freudenthal setzt schichtweise aufgebaute monochrome Farbflächen nebeneinander, macht auch „Bücher" daraus, noble Objekte, wenn sich dafür auch trotz aufwendigem Innovationsvokabular zahlreiche Vorgänger nennen lassen. Lothar Baumgartens Arbeit ist nicht zu überblicken, „die Publikation erscheint zu einem späteren Zeitpunkt". Die leere Hülle verspricht ein „Shabono der Yanomami Indianer". Warum nicht.

Bleiben noch zwei. Da ist Michael Heindorf mit seinen „Rheinbildern", wilden Stürzen ins Blau, Grün und Gischtweiß; sie erinnern an Corinths Walchenseelandschaften, sind aber viel vehementer. Die hinreißenden Farben können von den Farbfotos des Katalogs nicht eingefangen werden, das muß man in effigie sehen. Seine Zeichnungen sind unwichtig.

Zuletzt Heiner Altmeppen, der Landschaften und Porträts in magischem Realismus filtert, sehr eindrucksvoll, mit den Fotorealisten verwandt, aber mit anderem Anspruch: er zielt auf Betroffenheit. Sieht auf den ersten Blick aus, als käme es dem unbedarften Abbildsucher entgegen, dann aber wird der Betrachter ins Bild eingesogen, ohne daß er weiß, wie ihm geschieht (bis 24. April, Kataloge zusammen 28 Mark).

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Jerusalems Rockefeller-Museum dokumentiert Grabungen auf dem Sinai

Wo Moses das Wasser sprudeln ließ

Das Team des israelischen Archäologen Rudolph Cohen war nicht das erste, das auf der Suche nach dem biblischen Kadesh-Barnea an dem Hügel bei der Oase „Ein el Qudeirat" im nördlichen Sinai den Spaten ansetzte. Woolley und Lawrence hatten dort schon Jahrzehnte vor ihnen die Überreste einer Festung entdeckt, die sie auf die Zeit des judäischen Königreiches zurückführten. Nach zehn Ausgrabungsperioden zwischen 1976 und 1982 (Rückgabe Sinais an Ägypten) waren sie aber die letzten. Und wer die jetzt im Ost-Jerusalemer Rockefeller Museum (das dem Israelmuseum angegliedert ist) eröffnete „Kadesh-Barnea"-Ausstellung besucht, wird zugeben, daß dies durchaus kein Nachteil ist.

Der Ort Kadesh-Barnea – zwischen der Wüste Zin im Norden und der Wüste Paran im Süden der Sinai-Halbinsel gelegen – wird im Alten Testament mehrfach erwähnt, hauptsächlich im Zusammenhang mit dem Aufenthalt der Israeliten in der Wüste nach ihrem Auszug aus Ägypten. Von dort entsandte Moses die zwölf Kundschafter in das verheißene Land Kanaan und die Boten zum König von Edom mit der Bitte um Durchzugserlaubnis durch sein Territorium. Dort schlug Moses mit seinem Stab Wasser aus dem Felsen, und dort begrub er seine Schwester Miriam. Wenn auch bis heute keinerlei Reliquien aus dieser Zeit aufgefunden wurden, so haben die Gelehrten sich doch darauf geeinigt, den Hügel Tel el Qudeirat mit dem biblischen Kadesh-Barnea gleichzusetzen.

Die hier von Woolley und Lawrence entdeckten und von Rudolph Cohen und seinem Team ausgegrabenen Überreste dreier Festungen – eine jede auf den Ruinen ihres jeweiligen Vorgängers aufgebaut – liefern der Geschichte das älteste bisher aufgefundene Zeugnis vom Aufenthalt des Volkes Israel in Kadesh-Barnea. Die erste (unterste) Festung datiert aus der Zeit des judäischen Königreiches (1000 v. Chr.). Experten nehmen an, daß sie während der Regentschaft König Salomons im Rahmen seiner zahlreichen Projekte zum Schutz und zur Befestigung der Südgrenze seines Reiches erbaut wurde.

Die zweite (mittlere) Festung wird auf die Zeit der Regentschaft König Uzijahs zurückgeführt (8. bis 7. Jhdt. v. Chr.). Es wird vermutet, daß sie einem Angriff ägyptischer oder assyrischer Krieger zum Opfer fiel oder von Wüstenräubern zerstört wurde.

Den Bau der dritten (obersten) Festung schreibt man dem judäischen König Josia (7.–6. Jhdt. v. Chr.) zu. Sie fiel einer großen Feuersbrunst zum Opfer, für die – wie die Experten meinen – die gleichen politischen Kräfte verantwortlich waren, die im Jahre 586 v. Chr. Jerusalem und andere judäische Städte zerstörten.

Bei den im Rockefeller Museum gezeigten Ausgrabungsfunden handelt es sich überwiegend um Tongefäße (z.T. sogar noch gefüllt mit Überresten von – verbranntem – Korn), Ostraka mit Inschriften, Tonfiguren und Amulette aus allen drei Festungen. Skizzen, Karten, Fotografien in Großformat, isometrische Zeichnungen, ein Dia-Schaukasten und ein originalgetreues Modell der mittleren Festung ergänzen das geschichtliche Zeugnis von Kadesh Barnea. (Katalog: 180 isr. Schekel, etwa 12 Mark).

ILANA BRUNELL

Sotheby's wehrt sich gegen den Aufkauf durch amerikanische Fabrikanten

„Frisches Geld, aber nicht solches!"

Sotheby's in der Londoner Bondstreet und auch in New York, dieser ehrwürdige Platz, wo alles unter den Hammer kommt, was auch nur entfernt mit Kunst zu tun hat: das ist zwar ein Versteigerungshaus, aber auch eine Institution. Nach den mehr als fetten siebziger Jahren freilich hat die Firma kürzlich Verluste gemacht, im letzten Geschäftsjahr an die 3 Millionen Pfund. Die Konkurrenz Christie's, bisher stets der Zweite unter den Allerersten, steht um einiges besser da. Seit Jahren ist Sotheby's ein Unternehmen, dessen Anteile an der Börse gehandelt werden. Seine Magie für jedermann: Umschlagplatz des Schönen, das jedermann sich leider nicht leisten kann.

Plötzlich, ganz ohne Magie, ist Sotheby's in die Schlagzeilen geraten. Die Amerikaner Stephen Swid und Marshall Cogan wollen den Laden übernehmen (vgl. WELT vom 12. April). Sie haben auf offenem Markt den Aktionären 520 Pence per Anteil geboten, das sind zusammen mehr als 60 Millionen Pfund. Swid und Marshall besitzen florierende Fabriken für Unterlegmaterial von Spannteppichen, aber auch die vornehme Möbelfabrik Knoll. 13,9 Prozent von Sotheby's Anteilen haben sie auch schon, dazu seriöse Bankgarantien für die Summen, die sie ausgeben wollen – zusammen mit Investitionen sind das alles in allem 100 Millionen Pfund.

In der Bondstreet hat man auf diese Offerte der „Teppich-Burschen" mehr als indigniert reagiert. Zwar braucht die Firma frisches Geld, aber doch nicht solches. Die Herren seien dem Geschäft ganz fremd, kämen ja mehr aus der Herstellungsbranche und würden den Laden bis zur Unkenntlichkeit verändern. „Das sind einfach die falschen Leute", sagte Sotheby's Direktor Graham Llewellyn. Die Herren aus den USA sind da ganz anderer Meinung: Sie betonen, daß sie als Berater von Museen mit der Kunst wohlvertraut sind.

Jedoch, auch Sotheby's Kunstexperten und Abteilungsleiter, angeblich unter ihrem Preis bezahlt, jedoch treu, sie haben unisono wissen lassen, sie würden sich andere Arbeitsplätze suchen, wenn die Amis kämen. Dies ist nicht nur bedenklich, weil den Leuten im Hause 17 Prozent der Anteile gehören – Sotheby's Experten sind das eigentliche und eigentlich einzige Kapital der Firma. Ohne sie sind die Leute mit dem Auktionshammer nicht viel wert. Ein Auktionshaus dieses Ranges lebt allein vom Vertrauen der Kundschaft. Ob freilich am Ende der Auszug der Weisen wirklich stattfinden würde, das steht dahin.

Zur Zeit ist die Stimmung so, daß man sich auf lange Kämpfe gefaßt machen darf. Es sieht aus, als sei die ganze Insel in der Silbersee bedroht, samt ihren heiligsten Gütern. Niemand spricht davon, daß es sich hier im Kern denn doch nur um einen simplen Umschlagplatz für Waren handelt – Waren mit Kunstwert, das schon –, bei deren Verkauf die Organisatoren fette Geschäfte machen. Aber alles Englische dieser Art lebt eben vom Mythos, und der schlägt auch an der Börse zu Buch. Auf jeden Fall, daß das Haus ein bißchen wackelt, wird ihm gut tun: Auch die Informationsarbeit von Sotheby's war in den letzten Jahren weit mäßiger als zuvor.

CHRISTIAN FERBER

KULTURNOTIZEN

Der „frühe" Kokoschka wird nach Hannover (vgl. WELT v. 25. 2.) nun in der Münchner Villa Stuck gezeigt (bis 24. Mai).

„In-teatro", ein internationales Festival der Theateravantgarde, wird vom 2. bis 7. Juli im Park der Villa Nappi im Polverigio in der italienischen Provinz Ancona abgehalten.

Florenz zeigt zum 100. Geburtstag des italienischen Malers Gino Severini (1883–1966) eine große Retrospektive (25. 6.–15. 9.).

JOURNAL

Einreiseverbot für polnische Autorin

JGG. **Warschau**

In Jaruzelskis Polen ist auch kein Platz für emigrierte Schriftsteller, die Verständnis für die neuen Machthaber zeigen. Dies mußte die bekannte Literaturkritikerin und Autorin Alicja Lisiecka feststellen, die 1972 illegal im Westen verblieb, nach zweitägigen „Gesprächen" auf dem Warschauer Flughafen Okecie abgeschoben wurde und nun wieder in London lebt. Frau Lisiecka hatte in letzter Zeit kritische Artikel über das polnische Exil der Krakauer Zeitschrift „Zycie Literackie" veröffentlicht. Vor ihrer Emigration gehörte sie als Chefredakteurin des Warschauer „Przeglad Kulturalny" der KP-Elite an. Zudem war die rote Gräfin mit dem Hause des adligen Jaruzelski, den sie als zweiten Pilsudski lobte, befreundet.

Garcia Marquez kehrt aus dem Exil zurück

AFP, **Bogota**

Der kolumbianische Literatur-Nobelpreisträger Gabriel Garcia Marquez ist nach zweijährigem Exil in seine Heimat zurückgekehrt. Am Flughafen von Bogota wurde der Autor von „Hundert Jahre Einsamkeit" von Außenminister Rodrigo Lloreda Caicedo empfangen. Im März 1981 war Garcia Marquez nach Mexiko ausgereist, nachdem er von seiner möglichen Verhaftung wegen angeblicher Beziehungen zu der Guerrilla-Organisation „M-19" erfahren hatte. Die Untersuchung gegen den Schriftsteller wurde nun fallengelassen.

Institut de France zeigt erstmals seine Schätze

AFP, **Paris**

Zum ersten Mal seit seiner Gründung im Jahr 1795 öffnet das Institut de France, die höchste amtliche Körperschaft für Wissenschaft und Kunst in Frankreich, seine Kunstsammlung für die Öffentlichkeit. Die Ausstellung zeigt ausgewählte Stücke aus den reichen Beständen des Instituts, zu der alle fünf Akademien, darunter die Academie Française, beitragen. Zu dem Besitz des Instituts, das seinen Reichtum vor allem den in 188 Jahren angehäuften Stiftungen verdankt, zählen unter anderem das Pariser Musée Marmottan mit dem Monet-Erbe sowie das Monet-Haus in Giverny und die Rothschild-Villa Ephrosi in Cap Ferrat. Die Ausstellung im Institut de France ist bis 29. Mai geöffnet.

Italienische Malerei in Krefeld und Bonn

DW. **Krefeld/Bonn**

Als erster Preisträger des Mies-van-der-Rohe-Stipendiums erhielt der italienische Maler Nicola De Maria Gelegenheit, die Innenräume des Museums Haus Lange in Krefeld auszumalen. Das Ergebnis, eine ruhige, fast kontemplative Monochromie, ist, zusammen mit rund 90 Zeichnungen und Bildern, noch bis zum 24. April zu sehen (Katalog 25 Mark). Auch in Bonn hat De Maria einen der Räume des Kunstvereins ausgemalt. Er ist dort einer von fünf Vertretern der jungen Malerei aus Italien (Chia, Clemente, Cucchi, Paladino), die in der Ausstellung „Concetto – Imago" mit je einem Beitrag der älteren Generation (Anselmo, Fabro, Kounellis, Merz und Paolini) gegenübergestellt sind (bis 1. Mai, Katalog 20 Mark).

M. W. Schulz leitet „Sinn und Form"

DW. **Berlin**

Der 62jährige Schriftsteller Max Walter Schulz, seit 1964 Direktor des Leipziger Literatur-Instituts, soll neuer Chefredakteur der „DDR"-Zeitschrift „Sinn und Form" werden, die seit dem Tod von Paul Wien im vergangenen Jahr ohne Schriftleiter war. Schulz' Nachfolger in Leipzig wird Hans Pfeiffer.

Staeck-Ausstellung in der „DDR" geplatzt

dpa, **Berlin**

Eine gemeinsame Ausstellung des Heidelberger Graphikers Klaus Staeck und seines in Bitterfeld lebenden Bruders ist nach anfänglicher Genehmigung durch die „DDR"-Behörden geplatzt. Die Ausstellung mit Plakaten und Fotomontagen hatte ursprünglich am Montag in Boizenburg an der Elbe eröffnet und bis zum 6. Mai gezeigt werden sollen. Dem Vernehmen nach untersagten Behörden in Ost-Berlin kurzfristig und ohne Begründung den Beitrag Klaus Staecks, worauf sein Bruder Rolf seinen Beitrag zurückzog.

Dolores del Rio †

Man sagte, ihre Schönheit sei größer als ihr Talent und setzte sie dementsprechend ein. Mit einer – für damalige Verhältnisse – recht gewagten Rolle in Raoul Walshs „What Price Glory?" wurde sie 1926 berühmt; und in dem 1932 entstandenen „Bird of Paradise" trug sie nichts als ein federnbesetztes Hularöckchen und einen neckischen Blumenkranz. Sie erlebte die „Loves of Carmen" und war mit von der Partie in dem Musical-Film „Flying Down to Rio". Erst der mexikanische Regisseur Emilio Fernandes gab ihr anspruchsvollere Rollen, so 1943 in „Maria Candelaria". Zu ihren besten Leistungen zählen ihre Rollen in John Fords „Befehl des Gewissens" (1947) und „Cheyenne Autumn" (1964). Am Montag ist Dolores del Rio im Alter von 78 Jahren in Los Angeles gestorben.

no

In Kanada endete Flucht mit einem Koffer voll Geld

dpa, **Düsseldorf**

Die Rolle des großen Geschäftsmannes, die der 37jährige Ulrich Kulik aus Karlsruhe in einer Bank im schweizerischen St. Gallen spielte, war so gut einstudiert, daß er es schaffte, das Schweizer Geldinstitut um insgesamt 20 Millionen Schweizer Franken (etwa 22 Millionen Mark) zu prellen. Das ist das Fazit der bisherigen Ermittlungen der Düsseldorfer Staatsanwaltschaft in einer aufsehenerregenden Betrugsaffäre. Der international per Haftbefehl gesuchte Kulik war unter Betrugsverdacht am vergangenen Donnerstag mit dem Geld im Koffer in Toronto festgenommen worden.

Eine deutsche Großbank in Düsseldorf hatte dem mutmaßlichen Schwindler am Gründonnerstag 12,5 Millionen Mark in bar auf einen Scheck über *mehr als 15,6 Millionen* Schweizer Franken ausgezahlt, den er sich von der Bank in St. Gallen erschlichen haben soll. Über den Verbleib der Differenz von rund drei Millionen Franken rätseln die Fahnder noch. Sie glauben aber, daß ein Teil davon als Courtage von mehreren deutschen Banken einbehalten wurde, bei denen Kulik letztlich erfolgreich versucht hatte, den Millionenscheck „unterzubringen". Kulik habe offensichtlich bewußt „verschiedene deutsche Kreditinstitute" eingeschaltet, um die „Nachvollziehbarkeit des Scheckweges zu erschweren".

Nach den bisherigen Erkenntnissen stellen sich der Staatsanwaltschaft die Transaktionen Kuliks „auf Vertrauensbasis" so dar: Der 37jährige ließ sich von Rechtsanwälten bei einer Freiburger Bank als potenter Geschäftsmann einführen. Dann erschien er bei einem Geldinstitut in St. Gallen und kündigte zwei „Transaktionen von großen Beträgen" aus Freiburg an, bei denen französische Franc gegen *Schweizer Franken verkauft* werden sollten. Prompt erhielt die Bank in St. Gallen am 29. März von den Kollegen in Freiburg das fernschriftliche Angebot, gegen Zahlung von 40 Millionen Schweizer Franken 140 Millionen französische Franc auf ein Konto in Paris zu erhalten.

Da dieses Geschäft mit Kursgewinnen für die Banken über die Bühne lief, hatte Kunde Kulik soviel Vertrauen gewonnen, daß die Schweizer ohne Argwohn auf eine zweite aus Freiburg per Fernschreiben angekündigte Transaktion über weitere 40 Millionen Schweizer Franken „blind" eingingen. Als Kulik anbot, 50 Prozent der zweiten noch ausstehenden „Tranche" auf ein Nummernkonto einzuzahlen, wenn er sofort über 20 Millionen Franken per Barscheck verfügen könne, zögerten die Schweizer keinen Moment. Sie stellten ihm einen Scheck über 15,7 Millionen und einen weiteren über 4,3 Millionen Franken aus. Während der 37jährige mit den 4,3 Millionen seine Schulden bezahlte, hob er den erschwindelten Großbetrag schließlich in Düsseldorf ab.

Hochwasser wird zur Katastrophe

Gestern vormittag war es soweit: Bei anhaltendem Regen stieg der Wasserstand an der Mosel so bedrohlich an, daß die Behörden Katastrophenalarm gaben. Der Pegel erreichte den höchsten Stand seit der Kanalisierung des Flusses im Jahre 1964. Wie in Zell (Foto) sind viele Häuser nur noch mit Booten erreichbar. Katastrophale Ausmaße nahm das Hochwasser aber auch am Rhein, vor allem in Köln und Bonn, an. In Köln stapelten Feuerwehr und freiwillige Helfer gestern in fieberhafter Hast Sandsäcke auf, um die Altstadt vor der Überschwemmung zu bewahren. Nahezu alle Uferpromenaden und Uferstraßen stehen schon unter Wasser. Es wurde damit gerechnet, daß auch der Kölner Rheinufertunnel geschlossen werden muß. In Bonn bereitet man sich auf die schlimmste Hochwasserkatastrophe seit Jahren vor. Vor dem Bundeshaus wurden 2,50 Meter hohe Stahlspundwände errichtet, der für den Bundestagspräsidenten vorgesehenen Eingang ist nur noch mit dem Boot zu erreichen. FOTO: FRITZ REISS/AP



Millionenerpressung führt zu Streit bei der Polizei

Frankfurter befürchten Behinderung ihrer Ermittlungen

PETER SCHMALZ, **München**

Die Veröffentlichungen über den unbekannten Millionen-Erpresser, der seit Monaten deutsche Ärzte, Anwälte und Manager terrorisiert (WELT vom 12. 4.), haben zu einer Verstimmung zwischen den Polizeipräsidien in München und Frankfurt geführt. In der Main-Metropole, wo der Täter in einem Supermarkt ein Glas mit Huhn und Reis mit einigen Tropfen Tabasco ungenießbar gemacht hat, befürchtet man eine Behinderung der Arbeit. „Zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Ermittlungen wäre es angebrachter gewesen, wenn über den speziellen Frankfurter Fall noch nicht berichtet worden wäre", meinte ein Sprecher des Frankfurter Polizeipräsidiums.

Die Münchner Polizei hatte am Montag erstmals von einer bundesweiten Fahndung berichtet, die seit Monaten läuft. Anfang Dezember vergangenen Jahres hatte ein prominenter Kölner Wirtschaftsanwalt einen Erpresserbrief erhalten, in dem sechs Millionen Dollar gefordert wurden. Andernfalls würde der Anwalt erschossen. Am 20. Januar fand der 57jährige Heilpraktiker Manfred Köhnlechner ein Erpresserschreiben im Briefkasten seiner Grünwalder Villa. Diesmal forderte der Täter zwei Millionen Mark und drohte wieder mit Erschießen. Köhnlechner: „Ich bin nicht erpreßbar." Aus Sorge um seine Familie schaltete er aber dennoch die Polizei ein.

Knapp einen Monat später wurde von einem Münchner Rechtsanwalt ebenfalls schriftlich eine Million Mark gefordert. Sollte er nicht zahlen, drohte der unbekannte Täter damit, Kompromittierendes über den Anwalt zu veröffentlichen.

Ende März startete der Unbekannte seinen bisher letzten Versuch: Von einem Manager der Münchner Geschäftsleitung eines Schweizer Lebensmittelkonzerns forderte er zwei Millionen Dollar, verbunden mit der Drohung, *Lebensmittel durch chemische Präparate* ungenießbar zu machen, falls nicht gezahlt werde. Um seine Forderung zu unterstreichen, verwies er die Polizei auf einen Frankfurter Supermarkt. Polizeibeamte fanden das Glas Huhn mit Reis, das vom Täter mit einem Kreuz gekennzeichnet war. Der Versuch einer Geldübergabe scheiterte am Wochenende.

Der Erpresser hat sich seither nicht mehr gemeldet. Die Polizei nimmt die Drohungen sehr ernst. „*Wir haben den Mann anfangs* nicht als gefährlich eingeschätzt", meint der Münchner Kriminalrat Josef Scharbert. „Doch wir beobachten eine Eskalation, die uns zu denken gibt. Niemand garantiert uns, daß dieser Mann nicht doch eines Tages zum Gift greift oder eines seiner Opfer erschießt."

Bei dem Täter, der als schreibgewandt beschrieben wird, kann es sich nach den Vermutungen der Ermittlungsbehörden ebenso um einen Spinner handeln wie um einen Menschen, der Spaß daran hat, die Polizei zu narren und die Öffentlichkeit in Panik zu versetzen.

Nach Jahrzehnten wurden die „Feen von Cottingley" zu Pappkameraden

Erfindung zweier Teenager wurde sogar Literatur / Als Großmütter machten sie reinen Tisch

HELMUT VOSS, **London**

Fünfzig Jahre nach dem Tode von Sir Arthur Conan Doyle, dem wohl berühmtesten Kriminalschriftsteller der Welt, hat sich jetzt herausgestellt, daß ausgerechnet der Vater von Sherlock Holmes zu Lebzeiten auf einen Schwindel hereingefallen ist, den sein scharf kombinierender Detektiv sofort durchschaut hätte: Die von Doyle (1859 bis 1930) so bestaunten, sogenannten „Feen von Cottingley" waren keine übernatürlichen Erscheinungen, sondern von zwei minderjährigen Mädchen produzierte und dann fotografierte Pappfiguren.

Die „Cottingley Fairies" sind im angelsächsischen Sprachraum fast so berühmt wie grimmsche Märchenfiguren. Es handelt sich dabei um verspielte, etwa handgroße Feen mit Schmetterlingsflügeln und wehenden Kleidchen, die im Jahre 1917 von der damals 16jährigen Elsie Hill und ihrer zehnjährigen Kusine Frances Griffiths auf einer Wiese in der Nähe von Elsies Elternhaus im Dörfchen Cottingley in Nordostengland fotografiert worden waren – so behaupteten es die Mädchen jedenfalls.

Über Elsie Hills Mutter gelangten die Fotos bald darauf in spiritistische Kreise und wurden dort als Sensation behandelt. Der damalige Generalsekretär der theosophischen Gesellschaft in England, Edward Gardiner, behauptete, daß Feen in den Stengeln von Blumen leben, daß sie die Blütenblätter kolorieren und nur dann zu sehen sind, wenn sie spielen und sich entspannen.

Conan Doyle, der sich in seinen späteren Lebensjahren sehr für Spiritismus interessierte, beschäftigte sich 1920 in einem Artikel im „Strand Magazine" – die gleiche Zeitschrift, in der Ende des vorigen Jahrhunderts die ersten Sherlock-Holmes-Geschichten erschienen waren – mit den angeblichen Feen und brachte anschließend sogar ein Buch mit dem Titel „The coming of the Fairies" (Die Ankunft der Feen) heraus. Er schenkte den beiden Mädchen zwanzig Pfund in *Kriegsanleihen und ließ* sich auch durch Skeptiker nicht beirren.

Die beiden Mädchen wurden in späteren Jahren die Geister, die sie riefen, nicht wieder los. Elsie Hill „flüchtete" später sogar in die USA, weil sie die ständigen Fragen nach den „Feen von Cottingley" nicht mehr ertragen konnte.



Hielt fast 70 Jahre lang dicht: die 82jährige Elsie Hill. FOTO: BRIAN HARRIS

Jetzt aber wurde der Zauber entzaubert. Elsie Hill, mittlerweile 82 Jahre alt, und Frances Griffiths, 76 Jahre alt, haben beide gestanden, daß sie die Feen seinerzeit eigenhändig „türkten". Frances Griffiths war eines Tages zu spät nach Hause gekommen und hatte als Entschuldigung erzählt, sie habe mit Feen gespielt. Um die Eltern zu überzeugen, bastelte sie anschließend *mit* Hilfe ihrer malbegabten älteren Kusine Pappfeen und fotografierte sie, auf Hutnadeln aufgepiekst, heimlich auf einer Wiese.

Elsie Hill, die heute in Nottingham lebt, erläuterte, daß sie am Anfang aus Rücksicht auf Sir Arthur Conan Doyle den Mund gehalten habe: „Ich wußte, daß er seinen Sohn im Krieg verloren hatte, und hatte das Gefühl, daß er sich mit übersinnlichen Dingen Trost zu verschaffen versuchte. Es wäre schrecklich gewesen, wenn er von zwei kleinen Dorfmädchen zerstört worden wäre." Jetzt aber hatte sie *das wachsende Bedürfnis, die* Katze doch aus dem Sack zu lassen, und schrieb ein Buch über den Fall.

Dem Sherlock-Holmes-Schöpfer wäre die peinliche, posthume Bloßstellung wahrscheinlich erspart geblieben, wenn er rechtzeitig auf Elsie Hills Vater gehört hätte. Die alte Dame sagte jetzt dazu: „Mein Vater war immer ein großer Bewunderer von Conan Doyle gewesen, und ich hörte einmal, wie er zu meiner Mutter sagte: ‚Wie konnte er nur an so etwas glauben, wo doch unsere Elsie fast immer die Schlechteste in der Klasse gewesen ist?'" (SAD)

Sechs Millionen Autos rollen in den Urlaub

dpa, Bon

Nach Schätzung des Bundesverkehrsministeriums werden von Juni bis September rund 30 Prozen der 60 Millionen Einwohner de Bundesrepublik mit 6,2 Millionen Personenwagen unterwegs sein Hinzu kommen rund 2,3 Millionen ausländische Personenwagen. Sc können bis zu *400 000* Personenwagen an den Hauptreisetagen das Fernstraßennetz zusätzlich zum Normalverkehr belasten. Hinweise auf kritische Reisetage und Staugefahr auf den Bundesautobahnen gibt das „Feriennetzmodell 1983" das Bundesverkehrsminister Werner Dollinger (CSU) gestern in Bonn vorlegte.

Nach dem Modell sind zwischen dem 17. Juni und dem 5. Septembe vier Wochenenden mit dichtem Verkehr und fünf Wochenenden mi zähflüssigem Verkehr oder mi Staugefahr zu erwarten. Dollinge empfahl den Auto-Urlaubern, di kritischen Wochenenden möglichs zu meiden und die Hin- und Rückreise auf die Wochentage zu verlegen. Nach Untersuchungen des Ministeriums liegen auch 1983 die bevorzugten Reiseziele im südliche Ausland. Allein nach Österreich Italien und Spanien verreisen 4 Prozent aller Auto-Urlauber.

Tod unter Tage

dpa, Ankar

Bei einem Grubenunglück in de Nordwesttürkei bei Zonguldak sin mindestens neun Bergleute um Leben gekommen. Erst am 7. Mär waren bei einem Unglück in eine benachbarten Zeche 103 Kumpe ums Leben gekommen.

Kind erschossen

dpa, Ramsa

Mit einem Kopfschuß hat ei 19jähriger in Ramsau (Berchtesga dener Land) ein elfjähriges Mäd chen getötet. Laut Angaben de Polizei hatte der junge Mann mi einem Kleinkalibergewehr auf da Kind angelegt und abgedrückt, oh ne zu wissen, daß im Lauf der Waff noch eine Patrone steckte.

Schlangestehen für Job

dpa, Hartvil

Tausende von Arbeitslosen stan den stundenlang Schlange für hun dert Arbeitsplätze, die eine Firma i Hartville (Ohio) ausgeschrieben ha Innerhalb von zwei Stunden ware 7000 Bewerbungsunterlagen ve teilt. Auf den Straßen in der Umge bung kam der Verkehr zeitwei zum Stillstand.

Kapitän gerettet

dpa, Londo

Der koreanische Kapitän des pa namesischen Massengut-Frachte „Bay Club" ist 15 Stunden nach de übrigen Mitgliedern der Besatzun mit einem Hubschrauber der briti schen Marine von seinem brenner *den Schiff geholt* worden. Er hatt vergeblich versucht, ein Be satzungsmitglied zu retten.

Überholt: 3 Tote

dpa, Köl

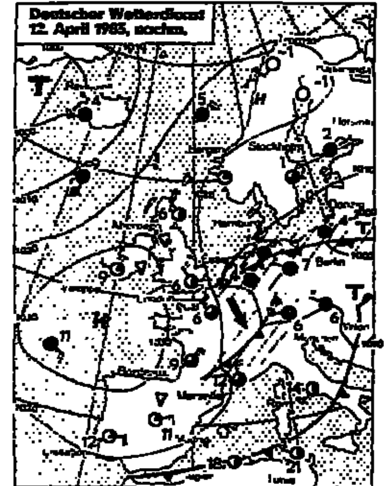
Bei einem schweren Verkehrsun fall auf dem Autobahnkreuz We bei Köln sind gestern drei Men schen getötet worden. Laut Poliz kam es zu dem Unglück bei eine Überholvorgang.

ZU GUTER LETZT

„Ostern-Konfirmation-Verlobung-Hochzeit-Endzeit" Ankündigung des Verlagsprogramms v *Trachsel, Frutigen (Schweiz)*

WETTER: Einzelne Schauer

Wetterlage: Die nach Deutschland einströmende Meeresluft polaren Ursprungs gelangt unter schwachen Zwischenhocheinfluß.



Stationen 17 bedeckt West Stärke 5 16°C. bedeckt still, Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgraupel. H-Hoch- T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb–750mm)

Vorhersage für Mittwoch:

Bundesgebiet und Berlin: Wechselnd bewölkt und vor allem im Norden noch einzelne Schauer. Höchste Temperaturen 6 bis 10, Tiefstwerte in der Nacht zum Donnerstag 4 bis null Grad, vor allem in Bayern *leichter* Frost. Schwacher bis mäßiger Wind aus Nord bis West.

Weitere Aussichten:

Eintrübung und Regen, nachts nicht mehr so kalt.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	7°	Kairo	22°
Bonn	5°	Kopenh.	2°
Dresden	9°	Las Palmas	23°
Essen	4°	London	6°
Frankfurt	8°	Madrid	11°
Hamburg	4°	Mailand	16°
List/Sylt	4°	Mallorca	14°
München	6°	Moskau	5°
Stuttgart	6°	Nizza	18°
Algier	18°	Oslo	6°
Amsterdam	6°	Paris	6°
Athen	19°	Prag	9°
Barcelona	15°	Rom	14°
Brüssel	6°	Stockholm	1°
Budapest	18°	Tel Aviv	19°
Bukarest	22°	Tunis	21°
Helsinki	2°	Wien	6°
Istanbul	17°	Zürich	4°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 6.30 Uhr, Untergang: 20.16 Uhr. **Mondaufgang:** 7.23 Uhr, Untergang 21.40 Uhr.

* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Chinas Sonderzone lockt Milliarden und Triaden

R.-P. LAUGK, **Hongkong**

Als erste kündeten die Wandzeitungen in Shenzhen von Mord und Totschlag, von Drogenhandel und Raub, von Diebstahl und Bandenkriegen in der blühendsten von Chinas vier „wirtschaftlichen Sonderzonen" an der Grenze zu Hongkong. Die Wandzeitungen appellierten an die Gangster, sich zu stellen, und lobten Belohnungen für die Bürger aus, die die Polizei auf die Spur der Verbrecher führten. Nahezu ohne Erfolg: Die Triaden, Hongkongs Geheimgesellschaften, die einst vor den Kommunisten auf dem Festland in die kapitalistische Kolonie flohen, entdeckten nun die wirtschaftliche Sonderzone, die eigentlich nur Investoren von Hongkong weg ins Reich der Mitte locken sollte.

Die Idee der Parteioberen in Peking, wenigstens einige der Dollarmilliarden der Kolonie für das rote Reich abzuzweigen, schlug ein. Billiges Land und niedrige Steuern führten dazu, daß die Bevölkerung sich innerhalb kürzester Zeit vervierfachte. Aus den heute 120 000 Einwohnern sollen bis 1990 etwa 400 000 geworden sein.

Aber nicht nur für die Chinesen aus der Republik, die auch eine Menge persönlicher Vorteile aus dieser „offenen Tür" Pekings ziehen, ist die „Sonderzone" attraktiv. Auch eine Menge Hongkonger Geschäftsleute verließ die übervölkerte und teure Kolonie. Die chinesische Regierung sprach im März von 1,5 Milliarden Dollar, die schon von außen, hauptsächlich aus Hongkong, nach Shenzhen geflossen seien. Wahrzeichen für dieses Engagement im kommunistischen Norden ist ein „wolkenkratzendes" Handelszentrum, gebaut von einem Konsortium aus der Kolonie.

Mit dem Geld kam aber auch das Laster. Schon im Dezember vergangenen Jahres vertraute ein hoher Parteifunktionär der Provinz Guangdong der Zeitung „People's Daily" an, daß die Triaden Hongkongs begonnen hätten, auch das Gebiet von Shenzhen zu infiltrieren: „Sie schmuggeln Drogen und dealen, betätigen sich als Fluchthelfer, machen unschuldige Mädchen zu Prostituierten, rauben, morden und tun alles, um die öffentliche Ordnung zu gefährden", sagte Li Janzhen, Sekretär der „Disziplin-Überwachungskommission".

Die chinesischen Geheimgesellschaften wurden zum Teil schon vor rund drei Jahrhunderten gegründet. Ursprünglich waren sie eine Art Bruderschaft mit logenähnlichem Charakter. Bewandert in der Kunst der waffenlosen Selbstverteidigung, unterstützten sie die Ming-Dynastie im Kampf gegen die Ching-Dynastie. Im Laufe der Zeit aber fanden sie mehr Gefallen an Mord und Totschlag und verkamen schließlich zu mafiaähnlichen Banden. Der Name „Triade" geht zurück auf die „Dreieinigkeit" der Beziehungen von Himmel, Mensch und Erde, die im Mittelpunkt des Taoismus stehen.

In Shenzhen, so sind die chinesischen Sicherheitsbehörden überzeugt, treiben vor allem die beiden größten Triaden Hongkongs, 14-K und Wo Shing Wo, ihr Unwesen. Mehrere Appelle des Büros für öffentliche Sicherheit, wie die Polizei im offiziellen Sprachgebrauch Chinas heißt, blieben bislang ohne Erfolg.

„Die Ratten überqueren die Straße" nannte die neuen Aktivitäten die „Yangcheng Evening News"; und Jing Bing, Chinas Delegierter bei der Drogenkommission der Vereinten Nationen, brachte das Problem auch schon bei einer Sitzung in Wien ein. Drogenhändler fremder Länder und Hongkongs, so empörte er sich, nützten auf das schändlichste die Politik der offenen Tür seines Landes.

Gerade der Drogenflut stehen die Chinesen relativ hilflos gegenüber, weil man im Reich der Mitte den Drogenhandel und -mißbrauch nahezu völlig ausgemerzt hatte. So sind Zöllner und Polizisten völlig ungeübt im Umgang mit den ausgefuchsten Gangstern und ihren Tricks. Aber auch die Behörden in Hongkong achteten weniger auf Reisende, die aus der Republik kamen, weil sie alle Hände voll zu tun hatten mit dem, was aus Bangkok und anderen einschlägigen Gegenden in die Kolonie strömte.

Um sich des plötzlichen Ansturms zu erwehren, ließen sich die zuständigen Stellen der Provinz Guangdong sogar zur Zusammenarbeit mit den Kollegen in Hongkong überreden, und man richtete einen „heißten Draht" ein. Erste Erfolge zeigen auch schon, daß auf die Geheim-Gesellschafter nun schwerere Zeiten zukommen. Die Drogenfahnder stellten in Hongkong zentnerweise Aufputschmittel sicher, die fertig waren für den Transport über die Grenze nach Shenzhen.

Nur auf solche taktischen Erfolge wollen sich die Chinesen des Festlands aber nicht verlassen. Sie bauen jetzt um ihre wirtschaftliche Sonderzone mal wieder eine „chinesische Mauer" – 100 Kilometer lang und entsprechend den neuen Zeiten aus Draht.

